



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Der Name Motzko ist ein Programm“ –

Alma Motzko: Die christlichsoziale Gemeinderätin und Präsidentin der
Katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien in der Ersten Republik.“

verfasst von / submitted by

Judith Faber

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Deutsch UF Geschichte, Sozialkunde,
Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Gabriella Hauch

An dieser Stelle möchte ich DANKE sagen.

Auf meinem Weg haben mich verschiedene Menschen in verschiedenen Lebensbereichen begleitet. Sie haben mich unterstützt, motiviert, neue Dinge gelehrt, bestärkt, mir Feedback gegeben, u.v.m. Danke an meine Freundinnen und Freunde für unsere gemeinsame Zeit!

Während meines Studiums war ich vielfach ehrenamtlich engagiert, was häufig auch zeitintensiv war. Danke an meine Familie, die mich in dieser Zeit immer unterstützt, nie unter Druck gesetzt und mir immer vorgelebt hat, wie wertvoll soziales Engagement ist.

Danke an meine Betreuerin Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Gabriella Hauch. Sie hat mir im langen Prozess der Themenfindung und Ausgestaltung meiner Arbeit immer neue Denkanstöße gegeben, um mich an meinen Interessen zu orientieren und so zu meinem persönlichen Thema zu gelangen.

Danke an die Personen, die mich beim Verfassen dieser Diplomarbeit unterstützt haben, sei es durch die Hilfe bei Übersetzungen und Korrekturen, aber auch durch das Geben von Motivation und Freude an der Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

1. Abkürzungsverzeichnis	7
2. Einleitung	9
2.1 Methodische Vorgehensweise, Aufbau der Arbeit und Quellenmaterial	11
2.2 Fragestellungen	15
3. Alma Motzko und ihre Familie	16
3.1 Eltern und Geschwister	16
3.2 Der Ehemann: Ing. Ludwig Motzko	17
4. Der Weg der Alma Seitz an die Universität	20
4.1 Auf dem Weg zum Frauenstudium	20
4.2 An der Universität angekommen	25
4.3 Alma Seitz an der Universität Wien/ Die Nationalen von Alma Seitz	27
4.3.1 Alma Seitz studiert – Belegte Kurse/ Vorlesungen	32
4.3.2 Studienabschluss und Dissertation	34
5. Alma Motzko und die Katholische Frauenorganisation	37
5.1 Die weibliche Seite der Partei – Die KFO und die CSP	44
5.2 Die katholischen Funktionärinnen und ihre Stellung zum Frauenwahlrecht	48
5.3 Die politische(n) Sektion(en) der KFO	49
6. Alma Motzko und der Wiener Gemeinderat	52
6.1 Die Entstehung des Gemeinderates in der Ersten Republik	52
6.2 Die Gemeinderatswahlen vom 4. Mai 1919	59
6.3 Die Kommission für Frauenfragen und dessen Konsulentin Alma Seitz	68
6.4 Die Christlichsoziale Partei im Kontext des Politischen Katholizismus	71
7. Alma Motzko und die Parteitage der Christlichsozialen Partei	74
7.1 Fünfter Parteitag der Wiener Christlichsozialen Partei am 15./16. November 1919	75
7.2 Zweiter Gesamtparteitag der Christlichsozialen Partei von 7. bis 9. Juni 1921	77
7.3 Vierter Parteitag der Christlichsozialen Partei von 9. bis 10. Dezember 1928	77
7.4 Fünfter Parteitag der Christlichsozialen Partei von 25. bis 26. April 1931	79
7.5 Sechster Parteitag der Christlichsozialen Partei von 5. bis 7. Mai 1933	82
7.6 Alma Motzko und die Wiener Parteitage von 1924 bis 1933	82
7.7 Alma Motzko und die Parteitage – ein Resumée	84
8. Alma Motzko im Gemeinderat	86
8.1 Anträge im provisorischen Gemeinderat	86
8.1.1 Antrag zur Einführung der Wohnungsaufsicht	86
8.1.2 Antrag betreffend die Zulassung von Frauen als Armenräte	89

8.1.3 Antrag zur Verleihung systemisierter Stellen an Fürsorgerinnen	92
8.1.4 Antrag zum Gehaltsschema für die definierten Fürsorgerinnen	97
8.2 Anträge im Gemeinderat von 4. Mai 1919 bis Februar 1934	99
8.2.1 Antrag betreffend Zuerkennung von Freikarten an die Pensionisten	99
8.2.2 Antrag betreffend Milch für Kinder	100
8.2.3 Antrag betreffend die Zuführung beschlagnahmter Milch zum legitimen Handel	102
8.2.4 Antrag betreffend eine städtischen Mietheimstelle für Invalide im Haus 15.	103
8.2.5 Antrag betreffend die Eingliederung des hauswirtschaftlichen Unterrichts	104
8.2.6 Antrag betreffend die ausländischen Missionen	106
8.2.7 Dringlichkeitsantrag betreffend die Kehrriichtabfuhr	107
8.2.8 Antrag betreffend die Aufhebung der Leitsätze für Arbeitsverträge	108
8.2.9 Antrag betreffend die Aktion „Winterhilfe“	109
8.2.10 Antrag betreffend Schaffung von Wirtschaftssiedlungen	110
8.2.11 Antrag betreffend die Anschaffung von Gebets- und Gesangsbüchern	112
8.2.12 Dringlicher Antrag betreffend die Renovierung der Kirche St. Otmar	113
8.2.13 Antrag betreffend die Sparmaßnahmen im Schulwesen	113
8.2.14 Antrag betreffend Ausschuss zum Studium der Bodennutzung für Ausgesteuerte	115
8.2.15 Antrag betreffend die Überstellung in ein anderes Versorgungsheim	116
8.2.16 Antrag betreffend die Vorlage des Berichtes des Rechnungshofes	116
8.2.17 Antrag betreffend die Verhältnisse im Wiener Fürsorgewesen	117
8.2.18 Dringlichkeitsantrag betreffend die Kinoverhältnisse	119
8.2.19 Antrag betreffend die Einsetzung eines Ausschusses	120
8.2.20 Antrag betreffend die Feiertagsruhe in städtischen Betrieben	120
8.2.21 Antrag betreffend die Enthebung der konfessionslosen Schulleiter	121
8.3 Conclusio des Kapitels	123
9. Conclusio	129
10. Quellen- und Literaturverzeichnis	133
10.1 Quellenverzeichnis	133
10.1.1 Archivquellen	133
10.1.2 Zeitungen/ Zeitschriften	133
10.1.3 Internetquellen	135
10.2 Literaturverzeichnis	139
11. Abstract Deutsch und Englisch	149

1. Abkürzungsverzeichnis

KFO	Katholische Frauenorganisation
KFRO	Katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs
CSP	Christlichsoziale Partei
CS	Christlichsozial
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
CV	Cartellverband
KA	Katholische Aktion
ROHÖ	Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs
AÖFV	Allgemeiner Österreichischer Frauenverein
EL	Einheitsliste
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Dipl. Arb.	Diplomarbeit
Diss.	Dissertation
Jg.	Jahrgang
Nr.	Nummer

2. Einleitung

Alma Motzko war eine der ersten weiblichen Abgeordneten im Wiener Gemeinderat in der Ersten Republik und Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien.

Der Titel dieser Arbeit bezieht sich auf den 50. Geburtstag von Alma Motzko im Jahre 1937. Der zu dieser Zeit amtierende christlichsoziale Bürgermeister Richard Schmitz charakterisierte die Jubilarin in der *Wiener Zeitung* folgendermaßen:

„Der Name Dr. Motzko ist ein Programm. Er ist in der Tat ein Programm und ein Symbol des politischen Erstrebens der österreichischen Frauenschaft und zugleich eine Gewähr, daß die besten Errungenschaften eines jahrzehntelangen Kampfes treu gehütet und gewahrt bleiben.“¹

Im *Duden Wörterbuch online* wird „Programm“ als „Gesamtheit von Konzeptionen, Grundsätzen, die zur Erreichung eines bestimmten Ziels dienen“² definiert. Bürgermeister Schmitz beschrieb Alma Motzko demnach als eine Person, die ihre Grundsätze verfolgt, um ein Ziel zu erreichen. Umformuliert bedeutet das, dass Alma Motzko sich für ihre Überzeugungen eingesetzt hat. Schmitz erwähnte auch die Symbolhaftigkeit Motzkos für das politische Erstreben der „österreichischen Frauenschaft“, welche 1918/1919 offiziell wurde.

Bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 war es Frauen das erste Mal erlaubt zu wählen, aber auch selbst für eine Partei zu kandidieren. Drei Monate später, am 4. Mai 1919, folgten die Wahlen des Wiener Gemeinderates und Landtages, auch hier galt das aktive und passive Wahlrecht für Frauen.³ Von insgesamt 165 Mandaten gingen 22 an Frauen: 16 weibliche Abgeordnete gehörten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, sechs der Christlichsozialen Partei.⁴ Eine von den sechs christlichsozialen Mandatarinnen war Alma Motzko. Motzko wurde bereits im Dezember 1918 von ihrer Partei in den provisorischen Gemeinderat Wiens entsandt, eine Entscheidung, die mit der Gemeinderats- und Landtagswahl im Mai 1919 offiziell wurde. Alma

¹ Personalnachrichten. In: *Wiener Zeitung*, 234. Jg., Nr. 147 (30. Mai 1937), S. 6.

² Programm, online unter: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Programm>> (7. August 2019).

³ Vgl. Franz *Patzer*, *Der Wiener Gemeinderat 1918–1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Wien und ihre Volksvertretung* (Wien 1961), S. 45.

⁴ Vgl. ebd., S. 79.

Motzko war von 1919 bis 1934 eine der Frauen mit Sitz und Stimme im Wiener Gemeinderat. Von 1920 bis 1934 war sie auch Stadträtin, jedoch ohne eigenes Ressort.⁵

Alma Motzko war nicht nur Kommunalpolitikerin, sondern von 1912 bis 1918 auch Generalsekretärin der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich, bevor sie von 1924 bis 1935 die Funktion der Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien innehatte.⁶ Laut Motzko selbst handelte es sich bei der KFO um die bedeutendste konfessionell orientierte Frauenorganisation Anfang des 20. Jahrhunderts.⁷ Die KFO organisierte sich in verschiedenen Sektionen, eine davon war die „Politische Sektion“.⁸ Zahlreiche Funktionärinnen der KFO waren während der Ersten Republik auch politisch engagiert, sei es in der Konstituierenden Nationalversammlung, im Wiener Gemeinderat, im Nationalrat, in den Gemeinderäten der anderen Bundesländer, etc.

Alma Motzko war sowohl kirchlich-religiös, aber auch politisch-religiös engagiert, weshalb die Korrelation dieser beiden Aspekte in fast jedem Kapitel dieser Arbeit Erwähnung findet. Wichtige Werke zu Frauen in der Politik in der Ersten Republik waren jene von Gabriella Hauch⁹ und Michaela Kronthaler¹⁰. In dieser Arbeit wird die Beziehung zwischen Politik und Religion herausgestrichen, eine Verbindung, die in Alma Motzkos Leben eine zentrale Rolle gespielt hat.

Gerade in dieser Verbindung liegt auch mein persönliches Interesse. Ich bin in der Katholischen Jugend als ehrenamtliche Vorsitzende engagiert, eine Organisation, die ebenfalls wie die Katholische Frauenorganisation, der Erzdiözese Wien angegliedert ist. Ich finde es wichtig, dass Frauen sowohl in der Kirche als auch in der Politik mitreden, mitbestimmen, mitgestalten, im besten Fall in den obersten Entscheidungsgremien. Mein Interesse für Alma Motzko liegt in ihrer Verbindung von Glauben, Kirche und Politik.

2019 heißt es außerdem: 100 Jahre Wiener Gemeinderatswahl mit weiblichen Kandidatinnen und Wählerinnen. Es ist wichtig die Frauen herauszustreichen, die damals den Schritt

⁵ Vgl. Irene Schöffmann, Organisation und Politik katholischer Frauen im „Ständestaat“. In: Zeitgeschichte 11 (1983/1984) 11/12, S. 350.

⁶ Vgl. Pia Maria Plechl, Vorwort. Alma Motzko – Persönlichkeit, Leben, Werk. In: Alma Motzko, mit einem Vorw. v. Pia Maria Plechl, Leben, Welt und Gott (Wien 1972), S. 11.

⁷ Vgl. Alma Motzko, Weg der Frau zu Recht und Geltung (Wien 1959), S. 147.

⁸ Vgl. Michaela Kronthaler, Die Frauenfrage als treibende Kraft. Hildegard Burjans innovative Rolle im Sozialkatholizismus und Politischen Katholizismus vom Ende der Monarchie bis zur „Selbstausschaltung“ des Parlaments (Wien 1995), S. 142.

⁹ Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933 (Wien 1995); Gabriella Hauch, Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013).

¹⁰ Michaela Kronthaler, Die Frauenfrage als treibende Kraft. Hildegard Burjans innovative Rolle im Sozialkatholizismus und Politischen Katholizismus vom Ende der Monarchie bis zur „Selbstausschaltung“ des Parlaments (Wien 1995).

in ein für sie neues Terrain wagten. Gerade hier liegt die besondere Relevanz dieser Diplomarbeit: Alma Motzko ist für viele Personen ein unbekannter Name. Mit dieser Arbeit soll die christlichsoziale Gemeinderätin und KFO-Präsidentin ein Stück mehr Bekanntheit erlangen.

2.1 Methodische Vorgehensweise, Aufbau der Arbeit und Quellenmaterial

Johanna Gehmacher betont in ihrem Beitrag *Leben schreiben. Stichworte zur biografischen Thematisierung als historiografisches Format*¹¹, dass das Schreiben einer Biografie auf den ersten Blick vergleichsweise einfach wirke, es sich dabei aber um kein stringentes Verfahren handelt. Zeitliche Abfolgen, Einordnungen oder aber auch die Relevanz einer biografischen Thematisierung können bei genauer Betrachtung verschwimmen. Hat man keine konkreten Fragen an den Forschungsgegenstand, lässt es einen möglicherweise planlos werden und man verliert sich in den verfügbaren Materialien.¹²

„Die Frage nach der *Zusammensetzung der Materialien* und den *Orten ihrer Archivierung* muss jede biografische Thematisierung begleiten,“¹³ meint Gehmacher. Diese Frage stand auch am Anfang meiner Recherchearbeiten. Die Spuren Alma Motzkos wurden in mehreren Archiven sichtbar – die für meine Arbeit relevanten Archive, Nachlässe etc. werden im darauffolgenden Abschnitt angeführt.

In der Geschichtswissenschaft herrscht eine Vielfältigkeit biografischer Zugänge vor, wonach es nicht die eine Vorgehensweise zum Schreiben einer Biografie gibt.¹⁴ Bei dieser Diplomarbeit handelt es sich nicht um eine vollständige Biografie Alma Motzkos, sondern um ein Aufschließen und Zusammentragen neuen Wissens rund um ihre Person und ihre Handlungen in der Ersten Republik. Der Aufbau der Arbeit gestaltet sich chronologisch und orientiert sich demnach an, für die Fragestellungen relevanten, Lebensstationen der Protagonistin:

¹¹ Johanna Gehmacher, *Leben schreiben. Stichworte zur biografischen Thematisierung als historiografisches Format*. In: Lucile Dreidemy (Hg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte*. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Bd. 1 (Wien 2015), S. 1013.

¹² Vgl. ebd., S. 1013.

¹³ ebd., S. 1014.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 1013.

Familie/ Herkunft – Universität/Studium – Engagement in der Katholischen Frauenorganisation – Der Wiener Gemeinderat – Parteitage der Christlichsozialen Partei – Anträge Motzkos im Gemeinderat

Das erste Kapitel beginnt mit ihrer **Familie** und ihrem privaten Hintergrund. Alma Seitz wurde am 1. Juni 1887 in Kierling in Niederösterreich in eine kinderreiche Familie geboren. Grundlegende Informationen zu den Namen der Geschwister, den Eltern, den gemeinsamen Umzügen von Kierling nach Wien und von Wien nach Klosterneuburg gab in diesem Fall der *Nachlass Alma Motzkos*¹⁵ im *Archiv der Erzdiözese Wien*. Daten zu ihrer Konfession, ihrem vollständigen Namen, aber auch zu ihrer Trauung konnten von der Internetseite *Matricula online*¹⁶ entnommen werden. Hier findet man, nach eingehender Suche, Tauf- und Trauungseinträge einzelner Personen. Neben den Geschwistern und den Eltern wird in diesem Kapitel auch auf Alma Motzkos Ehemann, Ingenieur Ludwig Motzko, eingegangen. Die beiden gaben sich am 21. September 1920 in Groß-Enzersdorf das Ja-Wort, was auch zu einer Problematik dieser Arbeit führt: Die Hauptperson wechselte mitten in der in dieser Arbeit untersuchten Zeit ihren Nachnamen. Daher wird die Protagonistin bei Handlungen vor dem 21. September 1920 Alma SEITZ genannt, nach ihrer Trauung dann Alma MOTZKO. Um Verwirrungen vorzubeugen, wird diese Information noch einmal am Ende des Einleitungskapitels gegeben.

Im Wintersemester 1906/1907 begann Alma Seitz an der **Universität** Wien als außerordentliche Hörerin zu studieren, ab dem Wintersemester 1908/1909 galt sie als ordentliche Studierende. Frauen wurde das Universitätsstudium 1897/1898 zugänglich gemacht, Alma Seitz war demnach eine Studierende der ersten zehn Jahre. Sie inskribierte an der Philosophischen Fakultät und schloss, als eine von ungefähr 25 Frauen, 1912 ihr Doktorat mit einer Dissertation ab. Bedeutende Quellen zu ihrer Studienzeit stellen die *Nationalien*¹⁷ (Stammdatenblätter) Alma Seitz' dar, welche im *Archiv der Universität Wien* zu finden

¹⁵ Archiv der Erzdiözese Wien, Nachlass Prälat Franz Loidl, Karton 31, Nachlass Alma Motzko- Seitz/1.

¹⁶ Matricula online, online unter: <<<http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/>>> (6. August 2019).

¹⁷ Archiv der Universität Wien, Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1906/1907; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1907; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1907/1908; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1908; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1908/09; Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1909; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1909/1910; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1910; Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1910/1911; Archiv der Universität Wien, Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1911; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1911/1912; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1912.

sind. Sie beinhalten Informationen zu ihrer Person (Alter, Herkunft, Vormund, Vorbildung etc.), aber auch zu ihrem Studium (Kursbelegungen, Stipendien etc.). Ihre Dissertation befindet sich in der *Hauptbibliothek der Universität Wien*, die Beurteilung ihrer Betreuungsprofessoren liegt den *Rigorosenakten*¹⁸ Alma Seitz' im *Archiv der Universität Wien* bei. Der Vater von Alma Seitz starb 1902, als ihren Vormund nannte sie in den Nationalien Raimund Seitz – Daten zu ihm und zu Jakob Seitz stammen aus *Personenaekten*¹⁹ im *Österreichischen Staatsarchiv*. Die zentrale Sekundärliteratur für dieses Kapitel war der Sammelband „*Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...*“. *Frauen an der Universität Wien* von Waltraud Heindl und Marina Tichy.²⁰

Im Kapitel zur **Katholischen Frauenorganisation** geht es um deren Entstehung, Entwicklung, aber auch um die Protagonistinnen dieser Organisation. Eine davon war Alma Seitz/Motzko. Sie war von 1912 bis 1918 Generalsekretärin der KFO Niederösterreich und von 1924 bis 1935 Präsidentin der KFO der Erzdiözese Wien. 1912 brachte Alma Seitz als nichtadelige promovierte Frau frischen Wind in die bisher von überwiegend adeligen Frauen geführte Organisation. Die *Frauen-Jahrbücher* (wurden am Ende jedes Jahres von der KFO der Erzdiözese Wien herausgegeben) gaben einen guten Einblick in die Tätigkeitsbereiche der Frauenorganisation und werden in diesem Kapitel demnach häufig herangezogen. Alma Motzko schrieb 1959 das Buch *Der Weg der Frau zu Recht und Geltung*²¹, in welchem sie besonders auf die Entstehung der Katholischen Frauenorganisation einging – es findet in diesem Kapitel Eingang und wird aber, aufgrund einer personenbezogenen Sicht, kritisch betrachtet.

Das Kapitel zum **Wiener Gemeinderat** handelt von der Einsetzung des provisorischen Gemeinderates nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der Ersten Republik im November 1918. Der provisorische Gemeinderat existierte von Dezember 1918 bis Mai 1919. Im provisorischen Gemeinderat hatten das erste Mal Frauen Sitz und Stimme. Im Mai 1919 fand dann die erste demokratische Wahl zum Wiener Gemeinderat und Landtag statt. *Franz Patzers* Buch zum *Wiener Gemeinderat*²² gibt hier grundlegende Informationen. Dieses Kapitel zeichnet zum Teil die medialen Reaktionen der ersten Gemeinderatssitzung mit weiblichen Mandatarinnen ab. Zeitungen, wie die *Reichspost* oder

¹⁸ Archiv der Universität Wien, Rigorosenaekten der Philosophischen Fakultät, Alma Seitz, PH RA 3341.

¹⁹ Seitz, Louis Raimund. In: Österreichisches Staatsarchiv, Finanz- und Hofkammerarchiv, AT-OeStA/FHKA SuS Pers FWNÖ 1456.;

²⁰ Waltraud Heindl, Marina Tichy, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. *Frauen an der Universität Wien (ab 1897)* (Wien 1990).

²¹ Alma Motzko, *Weg der Frau zu Recht und Geltung*.

²² Franz Patzer, *Der Wiener Gemeinderat 1918–1934*.

die *Arbeiter-Zeitung*, werden herangezogen, um zeitgenössische Meinungen miteinzubeziehen.

Anschließend an das Kapitel zum Wiener Gemeinderat folgt das Kapitel zu den **Parteitag**en der **Christlichsozialen Partei**. Anfangs wird ein kurzer Überblick über die Entstehung der Partei, über deren Einbettung in den Politischen Katholizismus und zu den Rahmenbedingungen der Parteitage gegeben, bis es schließlich konkret um die weibliche Abgeordnete im Wiener Gemeinderat geht. Eine Basis für dieses Kapitel stellt das Buch „*Dieses Österreich retten...*“. *Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik*²³ von Robert Kriechbaumer dar. In diesem Kapitel geht es besonders um die Performanz Alma Motzkos auf den Parteitagen – Welche Themen sprach sie an? Welche Position hatte sie innerhalb der Christlichsozialen Partei? Wie agierte sie innerhalb ihrer Partei?

Das Kernstück dieser Diplomarbeit bildet das Kapitel zu den **Anträgen Alma Motzkos im Wiener Gemeinderat**. Basierend auf den *Amtsbüchern*²⁴ der Stadt Wien von 1918 bis 1934 wurden die Anträge der Gemeinderätin herausgenommen und im Kontext der Zeit analysiert. Die Amtsblätter erschienen wöchentlich, sie enthielten Teile der Gemeinderats-, Landtags- und Stadtratssitzungen und wurden am Ende jedes Jahres zu einem Amtsbuch zusammengefasst. Die *Amtsbücher* wurden im *Wiener Stadt- und Landesarchiv* eingesehen. Die Anträge der Gemeinderät*innen wurden wörtlich abgedruckt, es finden sich jedoch keine Angaben darüber, ob sie anschließend angenommen oder abgelehnt wurden. Das Kapitel gibt einen Überblick über die Häufigkeit der Anträge Motzkos, die Themenbereiche, die betroffenen Personengruppen und die Verbindung zu Meinungen und Programmen der CSP und der KFO. Dieses Kapitel verlangte nach unterschiedlicher Sekundärliteratur, auf die Anträge Motzkos abgestimmt. Wichtige Informationen zum Fürsorgesystem in der Ersten Republik stammten von *Gudrun Wolfgruber*²⁵. Als grundlegendes Werk dieser Arbeit, besonders aber für dieses Kapitel, diente der Sammelband *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933* von Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch und Anton Staudinger²⁶.

²³ Robert Kriechbaumer (Hg.), „*Dieses Österreich retten...*“. *Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik* (Wien 2006).

²⁴ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919-1934.

²⁵ Gudrun Wolfgruber, *Von der Fürsorge zur Sozialarbeit. Wiener Jugendwohlfahrt im 20. Jahrhundert* (Wien 2013); Gudrun Wolfgruber, *Fremdunterbringung zwischen Kontrolle und Partizipation. Ein historischer Abriss* (Studie 2015).

²⁶ Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger, *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933* (Wien 1995).

2.2 Fragestellungen

Die folgenden Fragestellungen ziehen sich als roter Faden durch die Diplomarbeit und sollen im Laufe dieser beantwortet werden:

1. Wie gestaltete sich die Laufbahn Alma Motzkos: Wo wurde sie geboren, wo wuchs sie auf? Wo ging sie zur Schule, welche Kurse belegte sie an der Universität Wien? Welche politischen und kirchlichen Ämter hatte sie inne? Was weiß man über ihr Privatleben?
2. Alma Motzko zog als eine der ersten Frauen in den Wiener Gemeinderat ein. Wie war der Frauenanteil in diesem Gremium: Wie viele Frauen waren vertreten? Welchen Parteien gehörten sie an? Wie wurde die Tatsache, dass auch Frauen kandidieren durften, in der Öffentlichkeit angenommen?
3. Wie viele Jahre war Alma Motzko im Wiener Gemeinderat tätig? Wie viele Anträge stellte sie in dieser Zeit? Welchen Themen, Personengruppen etc. widmeten sich ihre Anträge?
4. Lassen sich zwischen ihrer politischen Arbeit und ihrer Funktionen in der KFO Parallelen hinsichtlich ihrer Anliegen/ Interessen/ Themenschwerpunkte ziehen? Wenn ja, welche?

Die Protagonistin dieser Arbeit hieß bis zu ihrer Hochzeit am 21. September 1920 Alma SEITZ. Bei ihrer Trauung nahm sie den Namen ihres Mannes Ludwig Motzko an und hieß demnach ab sofort Alma MOTZKO. In dieser Arbeit werden beide Namen genannt, je nachdem um welche Zeit es sich handelt. Handelt ein Kapitel von einem Zeitraum, in welchem der Namenswechsel stattfand, wird die Protagonistin im Titel mit Alma MOTZKO benannt, beispielsweise bei den Kapiteln zum Wiener Gemeinderat oder der Katholischen Frauenorganisation.

3. Alma Motzko und ihre Familie

Dieses Kapitel geht auf die Geschwister und Eltern von Alma Motzko, aber auch auf ihren Ehemann ein. Alma Anna Amalia Margareth Seitz wurde am 1. Juni 1887 geboren und am 14. Juli desselben Jahres katholisch in der Pfarrkirche von Kierling in Niederösterreich getauft.²⁷

3.1 Eltern und Geschwister

Alma Motzkos Vater war Jakob Seitz, geboren am 4. Februar 1824 in Wien, und ihre Mutter Anna Christine Seitz, geborene Walz, kam am 27. Juli 1845 in Heidelberg, Deutschland zur Welt. Jakob Seitz war zuvor schon einmal verheiratet und hatte fünf Kinder. Deren Namen lassen sich anhand von Notizen im Archiv der Erzdiözese Wien und Bestattungsdaten des Friedhofes in Matzleinsdorf nur vage erörtern. Laut der Inschriften des Familiengrabes von Jakob Seitz hießen die Kinder aus erster Ehe, also Almas Halbgeschwister, Alma, Friedrich, Erich und Amalie. Der fünfte Name ist nicht bekannt. Dass bereits ein Kind aus erster Ehe Alma hieß, ist irritierend und verweist offensichtlich auf einen tieferen Hintergrund: Die erste Alma starb als Kleinkind, neun Jahre vor der Geburt der in dieser Arbeit behandelten Alma Seitz.²⁸ In der psychoanalytischen Forschung werden Namensgebungen nach verstorbenen engen Verwandten oder Freund*innen „memorial candles“ genannt, meist wird damit eine Erbschaft vermittelt, die sich für die Betroffenen zu einer schweren Bürde entwickeln kann.²⁹ Aus der zweiten Ehe mit Anna Seitz, die am 6. Februar 1876 geschlossen wurde, stammten weitere drei Kinder: Martha Seitz, sie lebte von 1880 bis 1912, Eberhard Seitz, 1883 bis unbekannt, er lebte auf alle Fälle länger als Alma Motzko, und Alma Seitz. Alma war demnach die Jüngste.³⁰ Der Vater Jakob

²⁷ Vgl. Matricula Online. Taufbuch Kierling. In: Wien, rk. Erzdiözese Wien (östl. Niederösterreich und Wien), Kierling, Taufbuch, 02- Taufe_0125, online unter: < <http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/kierling/01-05/?pg=127>> (15. Mai 2019).

²⁸ Vgl. Personendaten Jakob Seitz, Friedhof Matzleinsdorf, online unter: <<https://www.evangel-friedhof.at/vs/SearchDetails.php?id=13754455>> (15. März 2019).

²⁹ Vgl. Astrid von Friesen, Gerhard Wilke, Generationen-Wechsel. Normalität, Chance oder Konflikt? Für Familien, Therapeuten, Manager und Politiker (Berlin 2016), S. 84- 89.

³⁰ Es handelt sich hierbei nur um einzelne Notizen und keine definitive Interviewform. Die Verfasserin/ der Verfasser wurde aus den Notizen heraus nicht erkannt. Die Notizen handeln hauptsächlich von den Familienmitgliedern. Vgl. Archiv der Erzdiözese Wien, Nachlass Prälat Franz Loidl, Karton 31, Nachlass Alma Motzko- Seitz/1.

Seitz wurde 1868 zum Oberamtsoffizial im Wiener Hauptzollamt ernannt³¹, er lebte laut der Notizen im Diözesanarchiv durchgehend in Wien, während seine Frau mit den Kindern von 1886 bis 1894 in der Hauptstraße 63 in Kierling in Niederösterreich wohnte. 1894 übersiedelten sie zum Vater nach Wien, unter anderem auch um in der Hauptstadt das größere Angebot an Schulen zu nutzen. Als 1902 der Vater starb, verschlug es die Familie Seitz von Wien nach Klosterneuburg. Welche Kinder am Umzug beteiligt waren, geht nicht hervor. Jakob Seitz wurde am 4. Jänner 1902 am Matzleinsdorfer Friedhof in Wien beerdigt; auf einem evangelischen Friedhof.³² Die Mutter war evangelisch, vom Vater geht keine Information zu seiner Konfession hervor.³³

Der damals 29-jährige Eberhard Seitz dürfte sein Leben weiterhin in Klosterneuburg verbracht haben. Er gehörte rund um 1912/1919 als Mitglied des Aufsichtsrates dem „Deutsch- evangelischen Bund für die Ostmark“³⁴ an und war demnach, wie die Mutter, evangelisch.³⁵ Er gab noch ein Interview zu seiner Schwester, dessen Mitschriften im Archiv der Erzdiözese Wien aufbewahrt werden.³⁶ Zu den anderen Geschwistern findet man keine weiteren Informationen.

3.2 Der Ehemann: Ing. Ludwig Motzko

Ludwig Motzko wurde am 16. August 1880 in Teschen in Schlesien geboren und absolvierte die Fachschule für Baugewerbe in Salzburg. Von 1902 bis 1904 war er außerordentlicher Hörer an der Technischen Universität Wien. Motzko trug den Titel des Ingenieurs und war technischer Zentralinspektor im Bauamt der Stadt Wien, in dessen Amt er u.a. in Wiener Versorgungsheimen die gesamten Bauerhaltungs- und Adaptierungsmaßnahmen durchführte.³⁷ Als Fachmann im Bauwesen veröffentlichte er zwei Bücher, die sich mit der Kälte und Wärme in Luft und Erde und der Trockenlegung von Mauern be-

³¹ Vgl. Personalmeldungen. Ernennungen. In: Verordnungsblatt für den Dienstbereich des k.k. Finanzministeriums für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, Jg. 1868, Nr. 6 (19. Februar 1868), S. 42.

³² Vgl. Personendaten Jakob Seitz, Friedhof Matzleinsdorf, online unter: <<https://www.evangelischerfriedhof.at/vs/SearchDetails.php?id=13754455>> (15. März 2019).

³³ Vgl. Archiv der Erzdiözese Wien, Nachlass Prälat Franz Loidl, Karton 31, Nachlass Alma Motzko-Seitz/1.

³⁴ Der „Deutsch-evangelische Bund für die Ostmark“ wurde 1903 gegründet und 1948 zum Evangelischen Bund in Österreich umbenannt. vgl. Evangelischer Bund Österreich, online unter: <<http://www.evangelischerbund.at/geschichte>> (19. April 2019).

³⁵ Vgl. Evangelische Kirchen-Zeitung für Österreich, 29. Jg., Nr. 24 (15. Dezember 1912), S. 9; Evangelische Kirchen-Zeitung, 34. Jg., Nr. 21 (1. November 1917), S. 7.

³⁶ Vgl. Archiv der Erzdiözese Wien, Nachlass Prälat Franz Loidl, Karton 31, Nachlass Alma Motzko-Seitz/1.

³⁷ Vgl. Motzko, Ludwig 16.08.1880. In: Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, AT-OeStA/AdR HBBuT BMfHuV Allg Reihe Ing Motzko Ludwig 1921 AE 501.

schäftigen, das heißt für die Austrocknung feuchter Mauern durch strömende Luft meldete er sogar ein Patent an.³⁸ Ludwig Motzko war, wie seine Frau, ebenfalls Anhänger der christlichsozialen Bewegung.³⁹

Ludwig Motzko und Alma Seitz heirateten am 21. September 1920 um 11 Uhr in Groß-Enzersdorf bei Wien.⁴⁰ Er war 40 Jahre, sie 33 Jahre alt.⁴¹ Die beiden waren zu dem Zeitpunkt bereits fest im christlichsozialen Milieu verankert, quasi Repräsentant*innen des „schwarzen Wien“. Die Trauung vollzog der Klosterneuburger Chorherr Professor Dr. Ferdinand Schönsteiner.⁴² Unter den zahlreichen Festgästen waren auch bekannte Namen aus Politik und Kirche zu finden: Die einzige weibliche christlichsoziale Abgeordnete der Konstituierenden Nationalversammlung, Hildegard Burjan, die christlichsoziale Wiener Landtagsabgeordnete Aloisia Schirmer, Stadtrat Carl Vaugoin mit seiner Frau, die Präsidentin des Christlichen Frauenbundes, Gemeinderätin Gabriele Walter, die Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation, Berta Walterskirchen, Klementine Metternich und die Generalsekretärin der KFO für Niederösterreich und spätere Bundesrätin der CSP, Berta Pichl.⁴³ Als Trauzeugen wurden im Trauungsbuch der Pfarre Groß-Enzersdorf Alois Motzko, zu ihm sind keine weiteren Informationen bekannt, und Eberhard Seitz, der ältere Bruder der Braut genannt.⁴⁴

Ob das Paar nach der Hochzeit gemeinsam am Judenplatz 2 im ersten Wiener Gemeindebezirk lebte, ist ungewiss, zumindest war Ludwig Motzko dort als Mieter genannt.⁴⁵ Die Wohnungsfrage wurde in Verbindung mit den Motzkos öffentlich, vor allem vom politischen Konkurrenten, verhandelt. Bezüglich der Anzahl an Wohnungen schrieb die *Arbeiter-Zeitung* von einer „Wohnungshamsterei“ der Familie Motzko und dem Nutzen ihrer Positionen als Stadträtin und Wohnungskommissar. So soll Alma Motzko mindestens zwei Wohnungen besessen haben, worauf die Zeitung der Sozialdemokratie auf die Woh-

³⁸ Die beiden Veröffentlichungen Ludwig Motzkos: Ludwig *Motzko*, Vollständige und dauernde Austrocknung feuchter Mauern durch strömende Luft. System Ing. Ludwig Motzko (Wien 1926); Vgl. Ludwig *Motzko*, Kälte und Wärme in Erde und Luft. Ausnützung für technische und landwirtschaftliche Zwecke in allen Klimaten der Erde (Wien 1947).

³⁹ Vgl. Christlichsoziale Wohnungshamsterei. In: Arbeiter-Zeitung, 32. Jg., Nr. 323 (24. November 1920), S. 6.

⁴⁰ Vgl. Tagesbericht. In: Reichspost, 27. Jg., Nr. 257 (17. September 1920), S. 5.

⁴¹ Vgl. Matricula Online. Trauungsbuch Groß-Enzersdorf. In: Wien, rk. Erzdiözese Wien (östl. Niederösterreich und Wien), Gross-Enzersdorf, Trauungsbuch, 02-08, fol. 17, 03-Trauung_0017, online unter <<http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/gross-enzersdorf/02-08/?pg=20>> (17. April 2019).

⁴² Vgl. Vermählung. In: Die Neue Zeitung, 13. Jg., Nr. 263 (23. September 1920), S. 4.

⁴³ Vgl. Tagesbericht. In: Reichspost, 27. Jg., Nr. 263 (23. September 1920), S. 5.

⁴⁴ Vgl. Matricula Online. Trauungsbuch Groß-Enzersdorf. In: Wien, rk. Erzdiözese Wien (östl. Niederösterreich und Wien), Gross-Enzersdorf, Trauungsbuch, 02-08, fol. 17, 03-Trauung_0017, online unter <<http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/gross-enzersdorf/02-08/?pg=20>> (17. April 2019).

⁴⁵ Vgl. Adolph *Lehmann's* allgemeiner Wohnungsanzeiger 1939-1942, 1942, Bd. 1, online unter: <<https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/265578>> (16. April 2019).

nungsnot der Stadt Wien und die überproportional hohe Anzahl an Wohnungen der Politikerin und ihres Mannes hinwies.⁴⁶ Ludwig Motzko starb am 19. April 1949 mit 68 Jahren⁴⁷ und wurde am Friedhof in Ober St. Veit begraben. Alma Motzko wurde 1968 im selben Grab bestattet.⁴⁸

Alma Motzko nahm den Namen ihres Mannes an. Hier gab es damals keine Alternative. In mehreren Fällen wird Alma Motzko als Alma Motzko-Seitz genannt, dabei handelte es sich jedoch nicht um eine offizielle Namensführung, denn die Wahlfreiheit von Doppelnamen aus der Verbindung beider Familiennamen wurde erst 1977 ins ABGB (Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch) aufgenommen. Bis dahin war der Name des Mannes zwingend der gemeinsame Familienname.⁴⁹ Die Anführung des Doppelnamens in diverser Sekundärliteratur, aber auch den Amtsblättern der Stadt Wien rund um 1921, sollte vermutlich für Klarheit sorgen, dass es sich weiterhin um dieselbe Person handelte.

Ansonsten gibt es über die Ehe des Paares, außer deren Kinderlosigkeit, wenige Informationen.⁵⁰ In der katholischen Frauenbewegung dürfte jedoch allgemein bekannt gewesen sein, dass die beiden in einer sogenannten „Josefsehe“, also zölibatär, lebten. Das Ehepaar hatte demnach keinen Geschlechtsverkehr.⁵¹

⁴⁶ Vgl. Christlichsoziale Wohnungshamsterei. In: Arbeiter-Zeitung, 32. Jg., Nr. 323 (24. November 1920), S. 6.

⁴⁷ Vgl. Matricula Online. Trauungsbuch Groß-Enzersdorf. In: Wien, rk. Erzdiözese Wien (östl. Niederösterreich und Wien), Gross- Enzersdorf, Trauungsbuch, 02-08, fol. 17, 03-Trauung_0017, online unter <<http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/gross-enzersdorf/02-08/?pg=20>> (17. April 2019).

⁴⁸ Vgl. Personendaten Ing. Ludwig Motzko, Friedhof Ober St. Veit, online unter: <https://www.friedhoefewien.at/grabsuche_de> (19. April 2019).

⁴⁹ Vgl. Sarah *Zaussinger*, Die Vorrangstellung des Mannes bei der Bestimmung des Ehenamens. Eine rechts- und kultursoziologische Untersuchung zur Namenswahl bei der Eheschließung in Österreich (Dipl. Arb., Wien 2009), S. 30.

⁵⁰ Vgl. Nina *Kogler*, GeschlechterGeschichte der Katholischen Aktion im Austrofaschismus. Diskurse, Strukturen, Relationen (Wien 2014), S. 68.

⁵¹ Vgl. Irene *Bandhauer-Schöffmann*, Hausfrauen und Mütter im Austrofaschismus. Gender, Klasse und Religion als Achsen der Ungleichheit. In: Veronika *Duma*, Linda *Erker*, Veronika *Helfert*, Hanna *Lichtenberger* (Hg.), ÖZG 27 (3/ 2016). Perspektivenwechsel. Geschlechterverhältnisse im Austrofaschismus, S. 65.



Abb. 1: Alma Seitz im Jahr 1918 mit 31 Jahren⁵²; Abb. 2: Alma Motzko um das Jahr 1930 herum⁵³.

4. Der Weg der Alma Seitz an die Universität

4.1 Auf dem Weg zum Frauenstudium – Österreich als Schlusslicht in der Gleichberechtigung

Im folgenden Abschnitt sollen markante Schritte hin zum Frauenstudium in Österreich genannt werden, denn was die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der universitären Ausbildung anbelangt, bildete Österreich, gemeinsam mit Preußen, das Schlusslicht Europas. In langsamen Schritten konnten sich auch Frauen an einzelne Studienrichtungen herantasten. 1897 machte die Universität Wien die Philosophische Fakultät, im Jahr 1900 die Medizinische und das Studium der Pharmazie für die Studentinnen frei zugänglich. Das Studium der Rechte war ihnen beispielsweise jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1919, erlaubt. Festzustellen ist, dass weibliche Studierende um die Jahrhundertwende noch eine Rarität waren. Doch was 1897 seine Umsetzung fand, ging eine lange Vorgeschichte voraus.

Ab den 1860er Jahren war das Frauenstudium eine Thematik, die ganz Europa beschäftigte, in den Medien wurde über Vor- und Nachteile diskutiert und es wurde klar, dass eine

⁵² Dr. Alma Seitz, online unter: <http://fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/ShowPlakat.aspx?p_iBildID=10555678> (4. August 2019).

⁵³ Alma Motzko, online unter: <http://fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/ShowPlakat.aspx?p_iBildID=19801905> (4. August 2019).

Einführung Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben würde.⁵⁴ Am 10. März 1890 wurde die Forderung Frauen zum Studium zuzulassen publik. Betrachtet man die Tatsachen, dass in Prag früher als in Wien ein Mädchengymnasium gegründet wurde und die böhmische Frauenbewegung in Bildungsfragen eine Vorreiterrolle hatte, wundert es nicht, dass die Forderung aus der heutigen tschechischen Hauptstadt kam. Der Wiener „Verein für erweiterte Frauenbildung“ mit dem Gründungsjahr 1888 erweckte zuallererst Hoffnungen bei etlichen Frauen, gerade in Bildungsfragen Fortschritte einzuleiten. Er schaffte es jedoch erst im Zuge der Initiative der böhmischen Frauen und in Zusammenarbeit mit anderen Frauenvereinen Wiens auch eine Petition zu verfassen: Diese beinhaltete die Zulassung zum ordentlichen Universitätsstudium an der Philosophischen sowie an der Medizinischen Fakultät und dass Frauen als Lehrerinnen an höheren Lehranstalten für Mädchen tätig sein durften. Die Petition wurde von sechs Vereinen unterschrieben, dazu zählten unter anderem der „Verein für Lehrerinnen und Erzieherinnen“, der „Wiener Hausfrauen- Verein“ und der „Pensionsverein der provisorischen und privaten Lehrerinnen“.⁵⁵ Neben dem Studium für Frauen wurde auch die Errichtung eines Mädchengymnasiums unter den Frauen diskutiert. Marianne Hainisch⁵⁶, Ehrenmitglied des „Frauenerwerbsvereins“, sprach sich für die gymnasiale Bildung von Mädchen aus, konnte die Vereinsleitung jedoch nicht überzeugen, Schritte dahingehend einzuleiten.⁵⁷ Sie gab nicht auf und setzte im „Verein für erweiterte Frauenbildung“ ihre Bemühungen zur Gründung eines Mädchengymnasiums fort, begleitend zu der Forderung plädierte sie für die Öffnung der Hochschulen für die weibliche Bevölkerung.⁵⁸ Der „Verein für erweiterte Frauenbildung“ gründete 1892 das erste – sechs Schulstufen umfassende – Mädchengymnasium in Wien.⁵⁹

⁵⁴ Vgl. Waltraud *Heindl*, Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990), S. 17.

⁵⁵ Vgl. Irene *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen. Zum Engagement der österreichischen Frauenvereine für das Frauenstudium. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990), S. 49f.

⁵⁶ Marianne Hainisch wurde am 25. März 1839 in Baden bei Wien, Niederösterreich, geboren. 1870 stellte sie den Antrag auf eine allgemeine Mittelschule für Mädchen aller Stände und legte die Forderung nach einem realgymnasialen Unterricht dem Wiener Frauenerwerbsverein zur Beschlussfassung vor. Große Anliegen von ihr waren ein vollwertiges Mittel- und Hochschulstudium für Frauen. 1888 war sie an der Gründung des Vereins für erweiterte Frauenbildung beteiligt und 1902 hob sie den Bund Österreichischer Frauenvereine aus der Taufe. Vgl. Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 1 (Böhlau 2016), S. 1157f.

⁵⁷ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 50.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 51.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 51–54.

Konkrete erste Schritte, die die Frauenbewegung hinsichtlich der Öffnung des Frauenstudiums unternahm, bezogen sich auf die Philosophische und die Medizinische Fakultät sowie auf das Pharmaziestudium. Nicht immer wurde vorrangig die Gleichberechtigung hinsichtlich der Berufsausbildung als Grund erwähnt, sondern häufig die Tatsachen, dass nicht alle Frauen heirateten und sich deshalb selbst ernähren mussten, oder aber auch die Scham, die bei vielen Frauen vorherrschte, wenn Männer sie ärztlich untersuchen würden.⁶⁰ 1891 ging eine Gruppe von Frauen einen Schritt weiter und forderten den Zugang zu allen Fakultäten und akademischen Berufen. Diese waren zuerst noch ohne einer Vereinsstruktur, organisierten sich aber bald darauf in einem Frauenkomitee und dann ab 1893 als „Allgemeiner Österreichischer Frauenverein“. Im Mai 1891 forderten sie in einer Petition, die es eine Woche später in den Reichsrat schaffen sollte, das allgemeine, gleiche Wahlrecht und die unentgeltliche Zulassung der Frauen zu den Mittelschulen und den Universitäten.⁶¹

Zwei Jahre später, 1895, kam es zu einer neuen Herausforderung. Im Prager Mädchengymnasium standen fünf Mädchen vor der Matura. Für sie und für weitere 13 Maturantinnen aus Prag und die Mittelschülerinnen anderer Mädchengymnasien herrschte Ungewissheit bezüglich ihres weiteren Bildungsweges. Die Frage des Frauenstudiums musste, laut den Frauenvereinen und einigen Abgeordneten, so schnell wie möglich geklärt werden. Doch die Motivation, die bei den Frauenvereinen zu finden war, zeigte sich, wenn auch modifiziert, auch bei den Gegner*innen des Frauenstudiums. Im Wintersemester 1895/96 wurde die sogenannte „Damenakademie“ eröffnet, eine Institution, die den Frauen zwar den Zugang zu den Räumlichkeiten der Universität Wien ermöglichte, vom vollwertigen Studium aber weit entfernt war. Der Versuch, die Frauen zu beschäftigen, sie jedoch nicht zu Gleichberechtigten zu machen, beunruhigte die Organisationen der Frauen.⁶² Frauen, wie Marianne Hainisch, Rosa Mayreder⁶³, Therese Schlesinger⁶⁴ oder Auguste Fickert⁶⁵

⁶⁰ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 54.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 55.

⁶² Vgl. ebd., S. 58.

⁶³ Rosa Mayreder wurde am 10. November 1858 in Wien geboren und kämpfte schon früh für Wissen und Bildung. Sie liebte das Malen und schaffte als erste Frau den Einstieg in den Aquarellistenclub. 1897 gründete sie eine eigene Kunstschule für Frauen und Mädchen. Sie war Mitbegründerin und Vizepräsidentin des AÖFV und schrieb unter dem Pseudonym Franz Arnold Kunstkritiken. Vgl. *Korotin*, Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 2, S. 2201f.

⁶⁴ Therese Schlesinger wurde am 6. Juni 1863 in Wien geboren und stammte aus einem großbürgerlich-liberalem Elternhaus. Sie arbeitete von 1894 bis 1897 mit Auguste Fickert im Zentrum der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung, bald darauf war sie auch beim AÖFV engagiert. Als Funktionärin der Sozialdemokratischen Partei war sie Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung und anschließend Abgeordnete zum Nationalrat. Vgl. *Korotin*, Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 3, S. 2900f.

ergriffen das Wort und plädierten für die Zulassung der Frauen zur Universität. Mayreder betonte, dass sich bei der Argumentation gegen das Frauenstudium häufig um Stereotype handelte. Fickert hob hervor, dass die Grenzen der weiblichen Begabung bei weitem noch nicht definiert wurden.⁶⁶ Schlesinger thematisierte die Angst, die vermutlich einen großen Anteil an Unstimmigkeiten bezüglich der Zulassung von Frauen zu einem männlichen Gebiet hatte, dass die Frauen zur Konkurrenz werden könnten, etwa als Ärztinnen. Für sie war es eine unsinnige Begründung. Den Frauen und ihren Frauenvereinen ging es nicht nur um die Zulassung als ordentliche Hörerinnen, sondern auch um die Tatsache, dass ihre erbrachten Leistungen anerkannt würden. Nicht wenige Frauen nutzten damals die Chance, in einem anderen Land zu studieren. Um berufstätig werden zu können, bedarf es aber einer Nostrifikation, einer Anerkennung der Abschlüsse, denn ohne diese war es ihnen nicht gestattet, im eigenen Land ihr Erlerntes auszuführen.

Um an einer österreichischen Universität überhaupt als ordentliche Hörerin ein Studium beginnen zu können, war es notwendig zuvor die Reifeprüfung an einem Gymnasium abgelegt zu haben. Für die Philosophische Fakultät galt es als Voraussetzung die Matura an einem inländischen Gymnasium oder an einem ausländischen Staatsgymnasium zu absolvieren, das vom Ministerium für Kultus und Unterricht als gleichwertig anerkannt wurde. Doch im Allgemeinen war das Erreichen der Reifeprüfung ein steiniger Weg. 1896 wurde für Österreicherinnen die gesetzliche Grundlage geschaffen, um als Schülerin überhaupt zur Matura antreten zu können, gleichzeitig war dies nur an einer begrenzten Anzahl an Gymnasien möglich. Als Privatistin⁶⁷ konnte man sich bereits ab 1872 an einer Knabenmittelschule einschreiben, diese Möglichkeit nahmen jedoch wenige Frauen wahr.⁶⁸ Die ersten Maturantinnen an einer gymnasialen Mädchenschule gab es im Jahr 1898, mit ausgezeichneten Zensuren.⁶⁹ Neben der spärlichen Anzahl an Gymnasien gab es ab 1900 die sechsklassigen Mädchenlyzeen und Lehrerinnenbildungsanstalten, welche Mädchen besu-

⁶⁵ Auguste Fickert, geboren am 25. Mai 1855 in Wien, war städtische Lehrerin und 1893 gründete sie den AÖFV und war auch dessen Präsidentin. Fickert kämpfte für das Wahlrecht für Frauen und für die Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium. 1895 errichtete sie die erste Rechtsschutzstelle für unbemittelte Frauen in Österreich. Vgl. *Korotin*, Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 1, S. 813f.

⁶⁶ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 59–64.

⁶⁷ Privatist/ Privatistin ist ein österreichischer Begriff für einen Schüler/ eine Schülerin, der/ die sich ohne Schulbesuch auf die Prüfung an einer Schule vorbereitet. Vgl.: Duden. Die deutsche Rechtschreibung, online unter <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Privatist>> (4. November 2018).

⁶⁸ Vgl. *Waltraud Heindl*. 1. Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich. In: *Waltraud Heindl, Marina Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990), S. 23f.

⁶⁹ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 66.

chen konnten, die eine höhere Bildung genießen wollten. Diese Lyzeen legten besonderen Wert auf eine Bildung den Mädchen entsprechend. Der Unterricht in modernen Sprachen und in der Literatur hatten dabei höchste Priorität.⁷⁰ Leopoldine Kulka schrieb in der Zeitung „Neues Frauenleben“ über Gymnasien und Lyzeen und behauptete, dass die Regierung für die Lyzeen nicht dasselbe Bildungsziel wie für die Gymnasien vorsah. Für Kulka ging hervor, dass es sich bei den unterschiedlichen Schulformen nicht um eine ebenbürtige Vorbereitung auf die Universität handelte. Denn die Absolvierung eines Gymnasiums eröffnete für Frauen den Zugang zur Medizinischen und zur Philosophischen Fakultät als ordentliche Hörerinnen, wohingegen das Lyzeum die Frau als außerordentliche Hörerin vorsah. Nach einem dreijährigen Kurs an der Philosophischen Fakultät war es möglich eine Lehramtsprüfung abzulegen, um Lehrerin an einem Mädchenlyzeum zu werden. Der Weg zum Lehrberuf wurde den Studentinnen demnach einfacher gemacht, als ihre eigenen primären Interessen zu verfolgen und nach Höherem zu streben.⁷¹

Die Petition des „Allgemeinen Österreichischen Frauenvereines“ im Jahr 1895 und ein dazu verfasstes Schreiben Rosa Mayreders an die Dekanate der Medizinischen Fakultäten in Wien, Graz, Innsbruck, Prag, Lemberg und Krakau nahm auf diese beiden Punkte, die Zulassung als ordentliche Hörerinnen und die Anerkennung gebrachter Leistungen, Bezug und forderte eine Stellungnahme zum Frauenstudium.⁷² Ein Jahr später wurde die Nostrifizierung der medizinischen Dokorate, die von Frauen im Ausland erworben wurde, durch eine Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht erlaubt. Doch es bestand weiterhin ein Unterschied zu den männlichen Studierenden: War es den Männern möglich ihre Dokorate ohne Hindernisse im eigenen Land anerkennen zu lassen, mussten die Frauen alle Rigorosen, d.h. Prüfungen zur Promotion, erneut ablegen und zusätzlich den Nachweis eines moralisch unbeschadeten Vorlebens vorweisen. Der „Verein für erweiterte Frauenbildung“ war darüber nicht erfreut und hoffte, dass sich diese Tatsache bald ändern würde.⁷³

Als erste Frau unterzog sich Gabriele Baronin Possannern, die in Zürich Medizin studierte, dem Prozedere der Nostrifizierung ihres Doktorates an der Universität Wien und war

⁷⁰ Vgl. *Heindl*. 1. Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich, S. 24.

⁷¹ Vgl. Leopoldine *Kulka*, Lyzeen oder Gymnasien. In: *Neues Frauenleben*, 16. Jg., Nr. 10 (Oktober 1904), S. 2.

⁷² Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 62f.

⁷³ Vgl. ebd., S. 64.

somit die erste in Österreich promovierte Ärztin. Schritt für Schritt näherte man sich einer annähernden Gleichstellung.

Am 23. März 1897 war es dann soweit, das Unterrichtsministerium verkündete, dass Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, über 18 Jahre alt waren und ihre Schulpflicht mit der Matura abgeschlossen hatten, der Zugang als ordentliche Hörerinnen an der Philosophischen Fakultät gewährt war. Der Allgemeine Österreichische Frauenverein blickte darauf mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Sie waren froh über die nun vorhandene Verordnung, fanden es jedoch traurig, dass Österreich sich erst so spät dazu entschlossen habe.⁷⁴ An den Zahlen in den ersten Semestern zeigt sich, dass die Gruppe an weiblichen Studierenden deutlich von außerordentlichen Hörerinnen geprägt war, denn dafür reichte das Absolvieren eines Lyzeums oder einer Lehrerinnenbildungsanstalt, um an der Philosophischen Fakultät studieren zu können.⁷⁵ Um das ordentliche Studium doch noch erreichen zu können, wurde die Matura teilweise in Maturakursen nachgeholt. In vielen Fällen kann man bei den weiblichen Studierenden innerhalb ihrer Studienzzeit einen Wechsel von außerordentlich zu ordentlich erkennen.⁷⁶

4.2 An der Universität angekommen: außerordentliche und ordentliche Studentinnen an der Universität Wien

Im Wintersemester 1897/1898 inskribierten drei ordentliche Hörerinnen, eine davon war Else Richter⁷⁷, die als erste Frau das philosophische Doktorat an einer österreichischen Universität erhielt.⁷⁸ 1900 öffneten auch das Medizin- und das Pharmaziestudium ihre Pforten für weibliche Studierende, wenngleich auch mit viel Gegenwind. Das Recht der Frau auf ein Studium wurde nicht von allen Seiten angenommen und gutgeheißen, von einer Gleichberechtigung gegenüber den Männern war man auch an dieser Stelle noch weit entfernt, auch wenn sich im Laufe der Jahre neue Möglichkeiten der Berufsbildung für die Frau ergaben. Das Hospitieren, wie beispielsweise an der juristischen Fakultät, war

⁷⁴ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 65.

⁷⁵ Vgl. *Heindl*. 1. Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich, S. 23.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 25.

⁷⁷ Elise Richter wurde am 2. März 1865 in Wien geboren. Sie stammte aus einem gebildeten und fortschrittlichen Elternhaus, ihr Vater war Chefarzt. 1897 zählte sie zu den ersten immatrikulierten Frauen an der Universität Wien, ihre Fächer waren klassische Philologie, Indogermanistik, Germanistik und Romanistik. In letzterem promovierte sie im Jahre 1901 auch und war damit die erste weibliche Doktorin im Bereich der Romanistik. Vgl. *Korotin*, Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 3, S. 2702.

⁷⁸ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 65.

in mehreren Fällen erlaubt, die weiblichen Studierenden bekamen jedoch keine Bestätigungen dafür und studierten demnach lediglich für sich selbst, um ihr Wissen zu erweitern. Zu einer Öffnung der Juridischen Fakultät für die Frau kam es erst 1919.⁷⁹

Das Wintersemester 1897/98 stellt einen Meilenstein in der Geschichte des Frauenstudiums dar. Drei ordentliche und 34 außerordentliche Hörerinnen mehrerer Nationalitäten zählten zu den ersten Frauen, die das lange Warten hinter sich ließen und den offiziellen Weg an die Philosophische Fakultät fanden. Die 37 Studentinnen standen 6 775 männlichen Studierenden gegenüber.⁸⁰

Die Wahl des Studiums/ Belegung der Fächer

Obwohl ab 1900 auch die Möglichkeit gegeben war an der Medizinischen Fakultät zu studieren, wählte die Mehrheit der Studentinnen Anfang des 20. Jahrhunderts ein Studium an der Philosophischen Fakultät.⁸¹ Philosophie war die am häufigsten inskribierte Richtung, gefolgt von Psychologie und Pädagogik. Weitere beliebte Fächer waren Germanistik, Romanistik, Kunstgeschichte, aber auch Physik, Chemie und Mathematik. Die hohe Zahl an weiblichen Studierenden in den Fächern Psychologie, Pädagogik und Philosophie lässt sich dadurch erklären, dass sie notwendig waren, um bestimmte Abschlüsse zu erreichen. Wollte man an der Philosophischen Fakultät promovieren, musste man sich teilweise für Philosophie inskribieren und philosophische Vorlesungen belegen, auch wenn eine andere Richtung das Hauptfach bildete. Pädagogik und Psychologie waren Voraussetzungen für das Studium des Lehramtes. Ein zahlengenaues Reihen der meist frequentierten, inskribierten Fächer ist dahingehend nicht möglich, da man dies aus den Studienblättern, den Nationalen, nicht herauslesen kann. Durch die belegten Kurse kann man jedoch Vermutungen der Studienwahl aufstellen. Belegte eine Person beispielsweise jedes Semester mehrere Kurse mit historischem Aspekt, ist das Studium der Geschichte nicht unwahrscheinlich. Spannend ist die Tatsache, dass die Studentinnen häufig auch Kurse ganz anderer Studienrichtungen besuchten, die teilweise zu der Zeit noch gar nicht für Frauen zugänglich waren. Es zeigt sich, dass der Wissensdurst oftmals auch über den Möglichkeiten stand.⁸²

⁷⁹ Vgl. *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen, S. 67.

⁸⁰ Vgl. *Renate Tuma*, Die österreichischen Studentinnen der Universität Wien (ab 1897). 1. Studienwahl-Fächerwahl- Studienabschlüsse. In: *Waltraud Heindl, Marina Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990), S. 80.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 84.

⁸² Vgl. ebd., S. 86.

Der Studienabschluss

In den ersten Jahren, in denen Frauen das Studium an der Universität als ordentliche Hörerinnen erlaubt war, zeigt sich eine deutliche Unklarheit bezüglich der absolvierten Studien der Studentinnen. In den Jahren 1897 bis 1914 herrschte ein reger Wechsel was Fächer, Fakultäten, aber auch Universitäten betrifft. Daher war es nicht einfach die definitiven Studienabschlüsse im Verhältnis zu den Studienanfängerinnen zu datieren. Klar ist aber, genauso wie sich die Zahl der weiblichen Studierenden im Laufe der Jahre erhöhte, stieg auch die Absolventinnenanzahl. 1903/1904 waren es sechs Doktorandinnen, 1913/1914 bereits 29.⁸³

4.3 Alma Seitz an der Universität Wien/ Die Nationalen von Alma Seitz

Alma Seitz begann im Wintersemester 1906/1907 an der Universität Wien zu studieren. Die Informationen zu ihr wurden aus ihren Stammdatenblättern, den sogenannten Nationalen⁸⁴, entnommen. Zu Beginn jedes Semester wurde dieses Datenblatt ausgefüllt, in Seitz' Fall handelt es sich um 12 Stammdatenblätter.⁸⁵ Sie reichen von persönlichen Informationen, ihrem bisherigen Bildungsweg, möglichen erteilten Stipendien bis hin zu ihrer Kurswahl. Die Nationalen wurden handschriftlich persönlich von der jeweiligen Person ausgefüllt, in der oberen linken Ecke wird deutlich darauf hingewiesen lesbar zu schreiben andernfalls wird von den akademischen Behörden eine Zurückweisung des Antrags in Betracht gezogen.

⁸³ Vgl. *Tuma*, Die österreichischen Studentinnen der Universität Wien (ab 1897), S. 90.

⁸⁴ Seit eines Erlasses des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 1. Oktober 1850 war es an den Universitäten Wien, Prag, Lemberg, Krakau, Olmütz, Graz und Innsbruck Pflicht diese Nationalienblätter auszufüllen und dem Dekan der jeweiligen Fakultät weiterzureichen, damit dieser einen im Namen des Rektors immatrikulieren konnte. Dieser Vorgang wurde jedes Semester wiederholt. Vgl. Johannes *Seidl*, Quellen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zur biographischen Erforschung österreichischer Erdwissenschaftler aus den Beständen des Archivs der Universität Wien. Berichte der Geologischen Bundesanstalt. Bd 83 (Wien 2010), S. 34, online unter: <https://www.zobodat.at/pdf/BerichteGeolBundesanstalt_83_0033-0038.pdf> (4. April 2019).

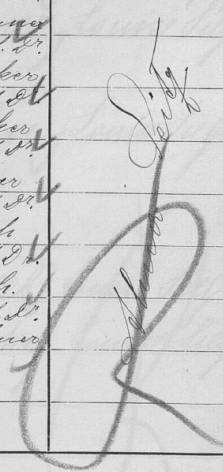
⁸⁵ Vgl. Archiv der Universität Wien, Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1906/1907; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1907; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1907/1908; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1908; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1908/09; Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1909; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1909/1910; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1910; Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1910/1911; Archiv der Universität Wien, Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1911; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1911/1912; Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Sommersemester 1912.

Es wird um deutlich lesbare Schrift ersucht. Die Organe der akademischen Behörden sind ermächtigt, Nationale mit schlecht lesbaren Eintragungen zurückzuweisen.

Gegenwärtig im I. Semester.

Nationale

für außerordentliche Hörer der philosophischen Fakultät.

Vor- und Zuname des Studierenden:	Alma Seitz			
Vaterland und Geburtsort:	Nied.-Österr., ^{Wien} Mirling			
Muttersprache, Alter:	Deutsch, 19 Jahre			
Religion, welchen Ritus oder Konfession:	Römisch-katholisch			
Wohnung des Studierenden:	Klosterneuburg, Seapalaststr. 12.			
Vorname, Stand und Wohnort seines Vaters:	Jakob Seitz, Fabrikant, off. Hofkammer			
Name, Stand und Wohnort seines Vormundes:	Karl Seitz, Hofkammersekretär, Verrechnungsbureau in Wien, Wien, K. u. K.			
Bezeichnung der Lehranstalt, an welcher der Studierende das letzte Semester zugebracht:	öfentl. Mädchenschule für arme des Schulvereines f. Pauerbach			
Genießt ein vorliehen von	Stipendium (Stiftung) im Betrage von	K	h	
	unter dem	19	3.	
Anführung der Grundlage, auf welcher der Studierende die Immatrikulation oder Insription anspricht:	Maturitätszeugnis			
Verzeichnis der Vorlesungen, welche der Studierende zu hören beabsichtigt.				
Gegenstand der Vorlesung	Wöchentliche Stundenzahl derselben	Name des Dozenten	Eigenhändige Unterschrift des Studierenden, zugleich Bestätigung des Empfanges der Legitimationskarte	
Psychologie	4	H. Prof. Dr. Jerusalem		
Geometrie oder Trigonometrie, der geogr. Erdk. u. d. Einleitung in die Studien der Geometrie	3	H. Prof. Dr. Herkmann		
Lehrbuch der Geometrie	1	H. Prof. Dr. Herkmann		
Lehrbuch der Geometrie	1	H. Prof. Dr. Herkmann		
Europa	5	H. Prof. Dr. Brückner		
Mittelalt. Historie	2	H. Prof. Dr. Radlisch		
Quellenkunde der Geschichte Österreichs	2	H. Prof. Dr. Darsch		
geographisches Seminar	1	H. Prof. Dr. Brückner		
Liquidierung der Quästur.				
Von der Zahlung des Kollegengelbes ^{halb} _{ganz}	Insriptionsgebühr	K	h	
befreit laut Bescheid vom	Kollegengeld	K	h	
19 3.	Zusammen	K	h	

Kofei 4 Heller.

K. K. Universitäts-
in Quästur Wien

375

Abb. 3: Nationale Alma Seitz, Wintersemester 1906/1907⁸⁶

⁸⁶ Archiv der Universität Wien, Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1906/1907.

Alma Seitz war zum Zeitpunkt ihres Studiums noch unverheiratet. Sie wurde in Kierling im Bezirk Tulln in Niederösterreich geboren. Zu Beginn ihres Studiums war sie 19 Jahre alt und hatte ihren Wohnsitz in Klosterneuburg in der Leopoldstraße. Ab dem Sommersemester 1908 war sie auch in der Stolzenthalergasse, im Wintersemester 1910/1911 in der Pfeilgasse, beides achter Wiener Gemeindebezirk, ab dem darauffolgenden Semester in der Seitenstettengasse im ersten Bezirk gemeldet.

Alma Seitz war römisch-katholisch. In den Anfangsjahren ihres Studiums waren 51,6% der weiblichen Studierenden an der Philosophischen Fakultät dieser Konfession zugehörig, mit 37,6% gefolgt von Studierenden, die mosaisch⁸⁷ angaben. Seit dem Wintersemester 1897 ist eine immer breiter werdende Vielfalt religiöser Zugehörigkeiten der weiteren Studentinnen feststellbar. Vor dem Ersten Weltkrieg zählten protestantische, altkatholische, konfessionslose, griechisch-katholische und griechisch-orthodoxe Frauen zu den Studentinnen an der Philosophischen Fakultät. An der Medizinischen Fakultät verlief die Entwicklung hin zu einer Diversität etwas langsamer. Die römisch-katholische Kirche und das Judentum bildeten bis 1907/1908, neben den Studentinnen ohne Konfession, die einzigen Richtungen innerhalb des Instituts. Wobei man dazu sagen muss, dass hier deutlich weniger weibliche Studierende zu finden waren.⁸⁸

Alma Seitz füllte die Nationalen sehr sorgfältig aus und sparte mit keinen der angeforderten Informationen, so auch in den Feldern über den Vater und den Vormund. Ihr Vater hieß Jakob Seitz, er war „k.k. Zolloberamtsbeamter“ und starb bereits im Jahr 1902. Nachdem ihr Vater vor ihrer Studienzeit aus dem Leben schied, wurde als Vormund Raimund Seitz genannt. Er wohnte in Wien und wurde die ersten beiden Semester als Verzehrungssteuerassistent⁸⁹, anschließend als Verzehrungssteuerbeamter beschrieben. Im Finanz- und Hofkammerarchiv des Österreichischen Staatsarchives findet man eine Akte zu Louis Raimund Seitz als Mitarbeiter der „k.k. Finanzwache“. Aus dieser Akte lässt sich die Beziehung zu Alma Seitz herauslesen, denn er schreibt in einem Dokument: „Mein Vater ist k.k. Oberamtsbeamter im k.k. Hauptzollamt zu Wien“. Weil diese Beschreibung genau auf den Beruf von Alma Seitz' Vater zutrifft, lässt sich annehmen, dass Louis Raimund

⁸⁷ „mosaisch“ ist ein anderer Begriff für jüdisch. Häufig wird, zurückzuführen auf Mose, von der mosaischen Religion gesprochen, diese befindet sich innerhalb des Judentums. Vgl. mosaisch, online unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/mosaisch_juedisch_israelitisch> (1. April 2019).

⁸⁸ Vgl. Waltraud Heindl, Marina Tichy, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990), S. 145.

⁸⁹ Die Verzehrungssteuer war eine indirekte Konsumsteuer und wurde an der „Linie“ bei den Linienämtern Wiens eingehoben. Vgl. online unter: <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Verzehrungssteuer>> (6. August 2019).

Seitz ihr Halbbruder war und sie demnach denselben Vater hatten. Louis Raimund Seitz wurde am 31. August 1859 geboren, er war also 28 Jahre älter als Alma Seitz und war römisch-katholisch. Eine Erkenntnis daraus könnte sein, dass der Vater römisch-katholisch und Alma Seitz deshalb auch katholisch war.⁹⁰

Da es sich bei einem Offizial um einen Beamten der allgemeinen Verwaltung handelte, gehörte Alma Seitz in die Gruppe der Beamtentöchter. Die Beamtentöchter stellten an der Universität Wien einen beachtlichen Anteil dar, Seitz war eine von ihnen und gehörte also zu einer der größten Gruppen. Ob ein Zolloberamtsbeamter in die Liga der höheren oder niederen Beamten einzuordnen war, ist schwer zu definieren, man kann jedoch, aufgrund der Betitelung, davon ausgehen, dass Ersteres zutrifft. Alma Seitz war im Wintersemester 1907/1908 demnach eine der 19 Studentinnen und zählte zu den 5,6% der Töchter höherer Beamter. Auch ihr Vormund trug den Titel des Offizials und gehörte den Beamten an. Einerseits waren es Töchter mit höherem, bildungsbürgerlichem Status des Vaters, andererseits Töchter aus kleinbürgerlichen Familien von Staatsdienern im mittleren bzw. unteren Feld der bürokratischen Hierarchie. Bei den Töchtern höherer Beamter handelte es sich im Wintersemester 1907/1908 um 5,6% (19 Studentinnen), bei denen niedere Beamter um 4,4% (15 Studentinnen) von insgesamt 341 an der Philosophischen Fakultät. Mädchen, die als Beruf des Vaters jenen des Kaufmanns angaben, bildeten die Mehrheit (13,2%, 45 Studentinnen). Eine große Anzahl bildeten außerdem Töchter von Ärzten, Mittelschullehrern und Offizieren. Es zeigt sich demnach, dass das Bildungsbürgertum das familiäre Umfeld vieler Studentinnen ausmachte.⁹¹

In dem Feld „Bezeichnung der Lehranstalt, an welcher der Studierende das letzte Semester zugebracht“ hat, verzeichnete Seitz auf ihrem ersten Nationalienblatt das öffentliche Mädchenlyzeum des Schulvereines für Beamtentöchter als zuletzt besuchte Bildungsanstalt.⁹²

In Unterlagen zu Alma Seitz im Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien finden sich Informationen, dass sich dieses Mädchenlyzeum in der Lange Gasse im achten Wiener Gemeindebezirk befand.⁹³ Der Schulverein für Beamtentöchter, welcher 1876 gegründet wurde,⁹⁴

⁹⁰ Vgl. Seitz, Louis Raimund. In: Österreichisches Staatsarchiv, Finanz- und Hofkammerarchiv, AT-OeStA/FHKA SuS Pers FWNÖ 1456.

⁹¹ Vgl. Marina Tichy. 2. Soziale Herkunft, Elternhaus und Vorbildung der Studentinnen. In: Waltraud Heindl, Marina Tichy, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990), S. 94.

⁹² Vgl. Archiv der Universität Wien, Nationale, Alma Seitz, Nationale der Philosophischen Fakultät, Wintersemester 1906/1907.

⁹³ Vgl. Archiv der Erzdiözese Wien, Nachlass Prälat Franz Loidl, Karton 31, Nachlass Alma Motzko-Seitz/1.

fürte 1903 das erste Mal eine Reifeprüfung mit 19 Schülerinnen durch.⁹⁵ Motzko gab in ihrem Lebenslauf, der sich in den Rigorosenakten befindet, an, dass sie 1905 die Reifeprüfung am Mädchenlyzeum abgelegt habe, bevor sie interimistisch als außerordentliche Hörerin an der Universität inskribierte. Diese Reifeprüfung reichte nicht aus, um ordentliche Studentin an der Philosophischen Fakultät zu werden. Alma Seitz berichtete in ihrem Lebenslauf, dass sie im Oktober 1908 am Staatsgymnasium in Prag an der Kleinseite die Gymnasialmaturität bestand und danach ab dem Wintersemester 1908/1909 als ordentliche universitäre Hörerin gemeldet wurde. Bis dahin war sie außerordentliche Hörerin.⁹⁶ Das Prager Staatsgymnasium dürfte demnach eine vom Ministerium für Kultus und Unterricht anerkannte Einrichtung zur Ablegung der Reifeprüfung dargestellt haben. Alma Seitz maturierte dort als Privatistin.⁹⁷

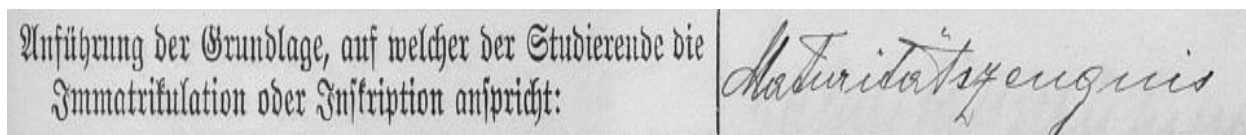


Abb. 4: Ausschnitt Nationale Alma Seitz, Wintersemester 1906/1907

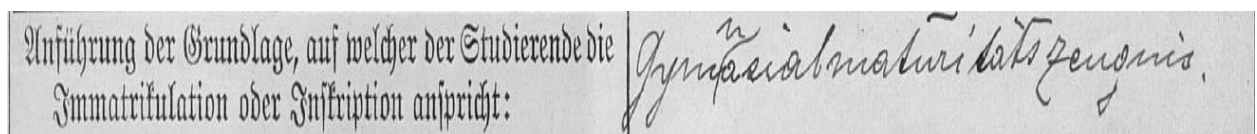


Abb. 5: Ausschnitt Nationale Alma Seitz, Wintersemester 1908/1909

Diese beiden Ausschnitte demonstrieren die Steigerung von der außerordentlichen zu ordentlichen Studentin anhand der abgelegten Reifeprüfungen. Der Abschluss des Mädchenlyzeums wird mit Maturität beschrieben, der Abschluss des Staatsgymnasiums mit Gymnasialmaturität.

Im Wintersemester 1910/1911 und im Wintersemester 1911/1912 erhielt Alma Seitz ein Stipendium in der Höhe von jeweils 660 Kronen. Es handelte sich beide Mal um ein Anton Schey'sches Stipendium, das ihr von Hofrat Dr. Freiherr von Schey verliehen wurde. Um wen es sich bei dem genannten Herrn handelte, konnte nicht eruiert werden.

⁹⁴ Vgl. Schulverein für Beamtentöchter, online unter: <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=12521670> (5. April 2019).

⁹⁵ Vgl. Rundschau. In: Neues Frauenleben, 15. Jg., Nr. 9 (September 1903), S. 17.

⁹⁶ Vgl. Curriculum vitae Alma Seitz. In: Archiv der Universität Wien, Rigorosenakten der Philosophischen Fakultät, Alma Seitz, PH RA 3341.

⁹⁷ Vgl. Susanne Feigl, Politikerinnen in Wien 1848–2000. Biographien/ Interviews von Brigitte Limbeck (Wien 2000), S. 30.

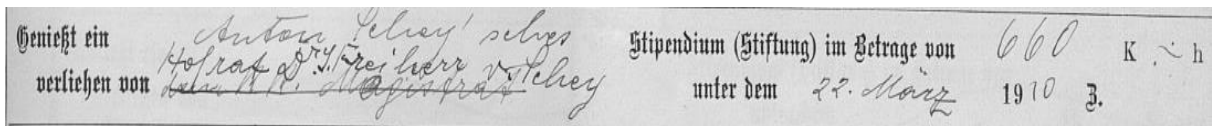


Abb. 6: Ausschnitt Nationale Alma Seitz, Wintersemester 1910/1911

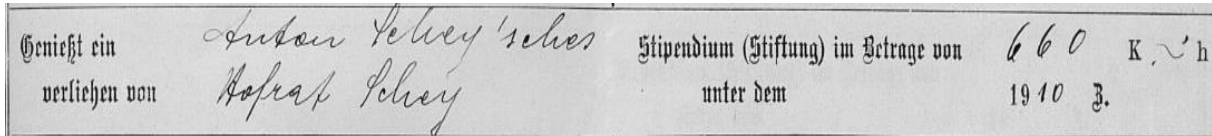


Abb.7: Ausschnitt Nationale Alma Seitz, Wintersemester 1911/1912

4.3.1 Alma Seitz studiert – Belegte Kurse/ Vorlesungen

Auf den Nationalen der Studierenden befand sich der Abschnitt „Verzeichnis der Vorlesungen, welche der Studierende zu hören beabsichtigt“. Aufgeteilt in „Gegenstand der Vorlesung“, „Wöchentliche Stundenzahl derselben“, „Name des Dozenten“ und „Eigehändige Unterschrift des Studierenden, zugleich Bestätigung des Empfanges der Legitimationskarte“ wurden die Kurse, deren Stundenzahlen, bei welchem Dozenten diese besucht wurden und eine Unterschrift eingetragen.

Da aufgrund der Nationalen nicht auf die Studienrichtung geschlossen werden kann, die von der Protagonistin definitiv inskribiert wurde, versuche ich aufgrund der Vorlesungen, die Seitz während ihres Studiums besuchte, ihr mögliches Hauptfach zu eruieren.

Alma Seitz war 12 Semester lang Hörerin an der Universität Wien, vier davon war sie außerordentlich, acht Semester ordentlich. Um einen Überblick zu bekommen werden im Folgenden zwei Diagramme herangezogen, die einen Einblick in ihre Studienzeit geben sollen.

Im ersten Diagramm wird die Anzahl der belegten Kurse pro Semester gezeigt.

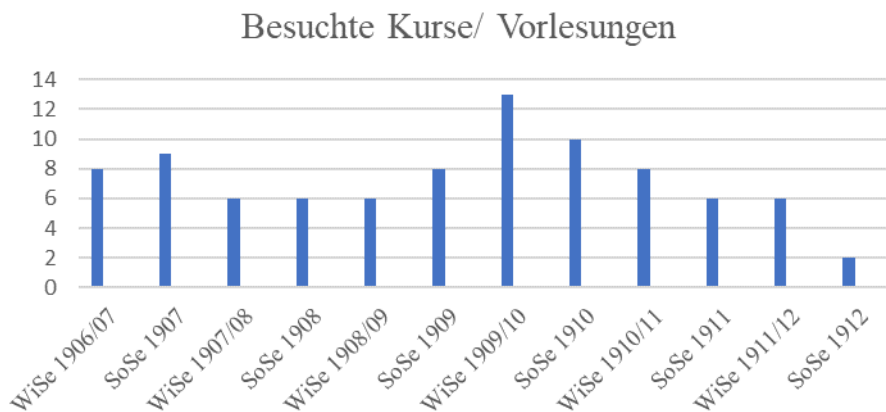


Abb. 8: Diagramm; Verteilung der Kurse/ Vorlesungen auf die zwölf Semester an der Universität

Es zeigt sich, dass Seitz durchschnittlich sieben Kurse pro Semester besuchte. Im Wintersemester 1909/1910 hatte sie mit 13 Kursen ihren Höchststand erreicht, während sie gegen Ende, genauer gesagt im Semester ihrer Promotion, mit zwei Kursen die geringste Anzahl vorwies.

Hinsichtlich der Inhalte der Kurse, welche Studienrichtungen von Alma Seitz bevorzugt wurden, gibt das zweite Diagramm Aufschluss.

Aufteilung der belegten Kurse/ Vorlesungen in Fachgebiete

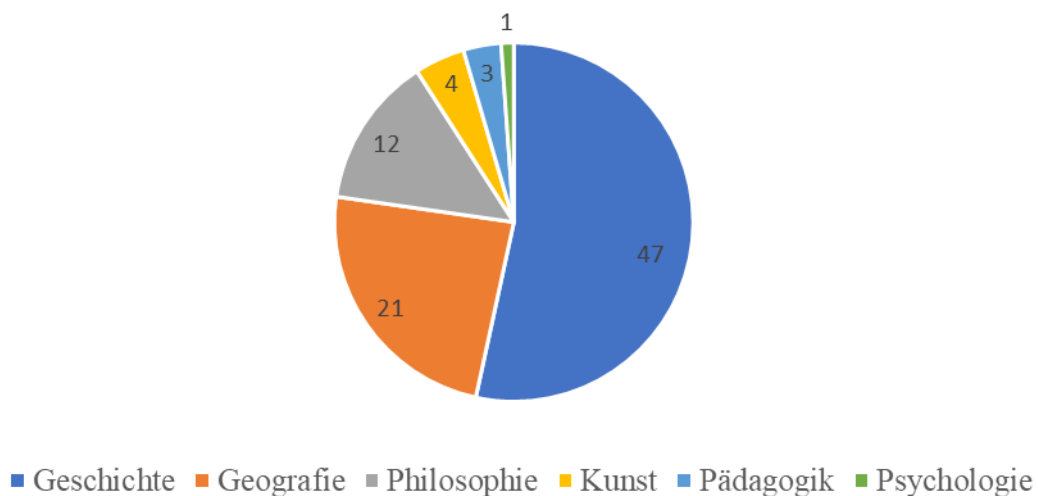


Abb. 9: Diagramm; Aufteilung der belegten Kurse/ Vorlesungen in Fachgebiete/ Studienrichtungen

Meine Zuteilung der Kurse zu einem Fachgegenstand erfolgte mithilfe deren Titel, wie zum Beispiel „Quellenkunde der Geschichte Österreichs“ oder „Geographie von Nordamerika“. Der Großteil konnte ohne Probleme einem Fachgebiet zugesprochen werden. Neben den geschichtlichen, geographischen und philosophischen Kursen besuchte Seitz vier im Fach Kunst. Bemerkenswert ist hierbei das Deutlichwerden ihrer Interessen, die sich sichtlich auch im künstlerischen Bereich wiederfanden.

Wie bereits festgestellt, war Geschichte eines der beliebtesten Fächer für Frauen an der Philosophischen Fakultät. Geografie, das in der ausgewählten Sekundärliteratur zum Frauenstudium gar nicht genannt wurde, dürfte nicht zu den häufig inskribierten Fächern gehört haben. Alma Seitz' Fall zeigt, dass es für eine philosophische Promotion Voraussetzung war, auch Kurse in Philosophie zu belegen – sie absolvierte zwölf. Eindeutig ist, dass es sich bei ihren beiden Hauptfächern um Geschichte und Geografie handelte.

Auffallend oft treten drei Dozentennamen in den Vordergrund, blickt man auf die Nationalen von Alma Seitz. Prof. Dr. phil. Oswald Redlich und Prof. Dr. phil. Josef Hirn aus

dem Gebiet der Geschichte und Prof. Dr. Eduard Brückner aus der Geografie erscheinen sehr häufig. Von insgesamt 47 Geschichtskursen im Laufe ihrer Studienzeit absolvierte Alma Seitz 15 bei Redlich und 11 bei Hirn. Im Fach Geografie besuchte sie 15 von 21 Kursen Brückner. Diese Schwerpunktsetzung bei den Professoren könnten erste Anzeichen auf das Verfassen der Dissertation gewesen sein, denn Alma Seitz verfasste ihre Abschlussarbeit bei den beiden erstgenannten: Prof. Dr. phil. Hirn war ihr Hauptbetreuer und Prof. Dr. phil. Oswald der Zweitbegutachter.⁹⁸ Hirn war gebürtiger Südtiroler und studierte Geschichte und Geografie an der Universität Innsbruck. Politisch engagiert war er neun Jahre lang Gemeinderat in Innsbruck, darauffolgend fünf Jahre Mitglied im Tiroler Landtag. 1899 kam er als Professor für österreichische Geschichte an die Universität Wien und wurde dort Anhänger der Christlichsozialen.⁹⁹ Redlich war im Jahr der Promotion Seitz' Rektor der Universität Wien und stand demnach an der Spitze der Bildungseinrichtung. Er selbst studierte Geschichte und Geografie an der Universität Innsbruck, die Fächer Hirns und Seitz'. Redlich war auch Mitdirektor des Historischen Seminars, ein Kurs, den Seitz im Laufe ihrer Zeit an der Universität sieben Mal besuchte, entweder bei Prof. Dr. phil. Redlich oder bei Prof. Dr. phil. Hirn. Eine für Österreich prägende Arbeit leistete Redlich hinsichtlich der Erneuerung des Archivwesens, indem er unter anderem auch die Ausbildung für Archivare ins Leben rief.¹⁰⁰

4.3.2 Studienabschluss und Dissertation

Im Jahr ihrer Promotion war Alma Seitz 24 Jahre alt und eine von ungefähr 25 Frauen, die 1912 ihr Studium erfolgreich abgeschlossen hatten.¹⁰¹ Seitz' Abschluss erfolgte am 6. Juli 1912.¹⁰² Um ihr Studium abschließen zu können, war eine Abschlussarbeit, die Dissertation von Nöten. Seitz verfasste ihre Arbeit im Bereich Geschichte, der Titel lautete „Der Landsberger Bund. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im sechzehnten Jahrhundert.“¹⁰³ Alma Seitz schrieb die 122 Seiten ihrer Arbeit händisch. Auf der Titelseite findet

⁹⁸ Vgl. Beurteilung der Dissertation. In: Archiv der Universität Wien, Rigorosenakten der Philosophischen Fakultät, Alma Seitz, PH RA 3341; Vgl. Alma Seitz, *Der Landsberger Bund. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im sechzehnten Jahrhundert* (Wien 1912).

⁹⁹ Vgl. Josef Hirn. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung. Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter: <https://www.biographien.ac.at/oebl/oebl_H/Hirn_Josef_1848_1917.xml> (11. April 2019).

¹⁰⁰ Vgl. Prof. Dr. phil. Oswald Redlich, online unter: <<https://geschichte.univie.ac.at/de/personen/oswald-redlich-prof-dr-phil>> (4. April 2019).

¹⁰¹ Vgl. Tuma, *Die österreichischen Studentinnen an der Universität Wien*, S. 90.

¹⁰² Vgl. Datum der Promotion von Alma Seitz unter „Bemerkung“, online unter: > <https://scopeq.cc.univie.ac.at/Query/detail.aspx?ID=210725>< (04. April 2019).

¹⁰³ Vgl. Alma Seitz, *Der Landsberger Bund. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im sechzehnten Jahrhundert*. Diss. (Wien 1912).

man sowohl noch einmal die Namen ihrer Betreuer als auch das Datum der Abgabe, der 8. Jänner 1912. Im „Verzeichnis der herangezogenen Literatur“ erkennt man, dass sie auch ein Werk von Prof. Dr. phil. Hirn für die Recherche heranzog: „Erzherzog Ferdinand II. von Tirol. Geschichte seiner Regierung und seiner Länder“¹⁰⁴.

Die weiteren Sätze sollen eine kurze inhaltliche Übersicht über Seitz' Dissertation geben. Der Landsberger Bund war ein Bündnis von mehreren Reichsständen zur Bewahrung des Friedens in ihren Ländern.¹⁰⁵ An diesem Bund beteiligt waren Albrecht V. von Bayern, Erzherzog Ferdinand von Österreich, das Erzstift Salzburg und die Stadt Augsburg. In Seitz' Dissertation geht es häufig um die Werbung um die Protestanten¹⁰⁶ – die katholischen Stände wollten ihre Stärke erhöhen und bemühten sich um ihr protestantisches Gegenüber. Der Landsberger Bund sah sich in gewisser Weise um die Wahrung des Augsburger Religionsfriedens bemüht, auch wenn dies vor allem nominell vorhanden war. 1583 schieden die protestantischen Stände aus, ein Jahr darauf auch Erzherzog Ferdinand. Am Ende des 16. Jahrhunderts kam es demnach auch zum Ende des Bundes.¹⁰⁷

In den Aspekten Religion, Frieden und Politik lassen sich Verbindungen zu Alma Seitz' Dissertation und ihrem weiteren Lebensverlauf herstellen: In der Arbeit wird die häufig unumgängliche Beziehung zwischen Politik und Religion herausgestrichen, eine Verbindung, die auch in Seitz' Leben immer eine Rolle gespielt hat. Sie machte sich für ihre Konfession, für ihre Überzeugung immer stark, genauso wie die katholischen Stände beim Landsberger Bund. Es zeigten sich demnach bereits früh ihre Interessen – noch im selben Jahr ihres Universitätsabschlusses stieg sie als Generalsekretärin bei der KFO Niederösterreich ein.

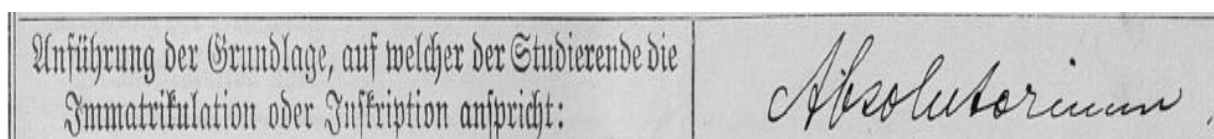


Abb. 10: Nationale Alma Seitz, Sommersemester 1912, Semester der Promotion

¹⁰⁴ Josef Hirn, Erzherzog Ferdinand II. von Tirol. Geschichte seiner Regierung und seiner Länder. Bd. 1 und 2 (Innsbruck 1885/1888).

¹⁰⁵ Vgl. Dietmar Schiersner, Politik, Konfession und Kommunikation. Studien zur katholischen Konfessionalisierung der Markgrafschaft Burgau 1550-1650 (Berlin 2005), S. 115f.

¹⁰⁶ Vgl. Seitz, Der Landsberger Bund, S. 2.

¹⁰⁷ Vgl. Schiersner, Politik, Konfession und Kommunikation, S. 116.

Die Beurteilung der Dissertation¹⁰⁸ wurde am 19. Jänner 1912 von Prof. Dr. phil. Hirn in Kurrentschrift verfasst, Prof. Dr. phil. Oswald setzte sein Einverständnis unter die Benotungen Hirns. In der Beurteilung betonte Hirn, dass es erst durch das Erscheinen von Walter Goetz' "Beiträge zur Geschichte Herzog Albrechts V." möglich war, ein Geschichtsbild über den Landsberger Bund im 16. Jahrhundert zu entwerfen, dieses Werk war demnach Voraussetzung für Seitz' Recherche. „Die Kandidatin“, wie Hirn Alma Seitz nannte, versuchte sich an der Neuverfassung der Geschichte dieses Bundes. „Der Versuch der Kandidatin ist wohl gelungen.“ Sie scheute auch nicht die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema, auch wenn laut Hirn „wenig Anlass dafür geboten war“. Der Betreuer strich die „offensichtlich glückliche Gestaltungsgabe, die aus dem vielfach spröden Stoff der monotonen Bundestagsverhandlungen eine ansprechende frische Darstellung erarbeitete“ heraus. Eine „Schiefheit“ bezüglich zu ungenauer Analyse eines Themas wurde auch genannt, genauso wie das Hinausschießen eines Ausdruckes über das Ziel, aber „solche Ausstellungen hindern nicht die flott geschriebene und methodisch richtig angelegte Arbeit als ein sehr befriedigend zu bezeichnen.“ Bei der Endnote, insofern sie Anfang des 20. Jahrhunderts in der Weise wie heute vorhanden war, dürfte es sich um ein „Befriedigend“ gehandelt haben. Die Beurteilung ihrer Abschlussarbeit sagt einiges über Alma Seitz aus: demnach scheute sie nicht vor kritischen Aussagen zurück, waren sie noch so unangebracht oder angebracht, sie verfasste ihre Arbeit gestalterisch ordentlich, ansprechend und genau.

¹⁰⁸ Vgl. Beurteilung der Dissertation. In: Archiv der Universität Wien, Rigorosenakten der Philosophischen Fakultät, Alma Seitz, PH RA 3341.

5. Alma Motzko und die Katholische Frauenorganisation

Alma Motzko schrieb 1959 in ihrem Buch *Der Weg der Frau zu Recht und Geltung* rückblickend über die Meilensteine in der Entwicklung der „Katholischen Frauenorganisation“ (KFO). Dieses Werk dient im folgenden Kapitel als Grundlage, diverse Behauptungen sind daher aus der Sicht Alma Motzkos zu sehen und zu verstehen.

Die „Katholische Frauenorganisation“ war unter den konfessionell orientierten Frauenorganisationen die bedeutendste, entstand jedoch als die katholische Frauenwelt bündelnde Zentrale erst relativ spät.¹⁰⁹ 1907 entstand die „Katholische Reichsfrauenorganisation“ (KRFO), unter der Leitung von Melanie Gräfin Zichy-Metternich, der Tochter des österreichischen Staatskanzlers Klemens Wenzel Lothar von Metternich. Unter der Dachorganisation KRFO bildeten sich in allen Teilen der Monarchie Landesorganisationen. Innerhalb der KRFO konnte man erkennen, dass beinahe alle Funktionärinnen der ersten Stunde Aristokratinnen waren, was sich auch an den führenden Namen, Gräfin Lola Marschall-Alemann, Gräfin Greta Walterskirchen oder die später hinzukommende Fürstin Fanny Starhemberg, Leiterin der KFO Oberösterreich, zeigte.¹¹⁰ Die „Katholische Reichsfrauenorganisation“ war, wie es auch die Bezeichnung vermuten lässt, eng verbunden mit der katholischen Kirche und wurde zunächst von ihr in doppelter Weise geführt: Einerseits gab es die religiöse Leitung, welche vom Bischof bestellt wurde, und zweitens herrschte eine starke Verbundenheit zum Adel, demnach zu den Aristokratinnen.¹¹¹

Von dieser „doppelten Bindung“¹¹², von der Motzko schrieb, hatte sich die KFO für die Erzdiözese Wien, die mit der KFO Oberösterreich zu den mitgliederstärksten Zweigorganisationen zählte, weitgehend gelöst. Die demokratischen Vereinsstatuten, die Selbstorganisation der Frauen und die bedingte Mitsprache des geistlichen Konsulenten unterschieden sie von anderen Landesorganisationen.¹¹³

Um die Jahrhundertwende kam es zu einer Reformbewegung. Die Papstencyklika „*Rerum novarum*“, genauso aber die christlichsozialen Politiker Karl von Vogelsang und Karl Lu-

¹⁰⁹ Vgl. Alma Motzko, *Weg der Frau zu Recht und Geltung* (Wien 1959), S. 147.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 148.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 149.

¹¹² ebd., S. 149.

¹¹³ Vgl. Irene Schöffmann, *Die bürgerliche Frauenbewegung im Austrofaschismus. Eine Studie zur Krise des Geschlechterverhältnisses am Beispiel des Bundes österreichischer Frauenvereine und der Katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien* (Diss., Wien 1986), S. 215.

eger, die ihr Augenmerk auf die Arbeiter*innen und auf den mittleren und kleinen Bauern- und Gewerbestand legten, prägten die katholische Soziallehre und die Entwicklung der Christlichsozialen Partei. Es entstanden rund um den Politiker Leopold Kunschak Organisationen der christlichen Arbeiterschaft und dazu christliche Gewerkschaften.¹¹⁴

Von diesem Geist der Erneuerung blieb auch die junge katholische Frauenbewegung nicht unberührt und sie schaffte es, durch Schulungen in sozialen und kulturellen Fragen, die Themen der Zeit an die Frau zu bringen. 1909 wurde der „Verband der christlichen Hausgehilfinnen“ gegründet, eine der ersten Leistungen der KRFO.¹¹⁵ Die Frage der **Hausgehilfinnen** erreichte damit einen neuen Level der Aufmerksamkeit innerhalb der Arbeiter*innenbewegung. Die Frauenorganisation unterstützte die Arbeiterinnen mit Rechtsberatungen, einer gemeinnützigen Stellenvermittlung oder auch einem Dienstvertrag. 1920 gipfelte ihre Arbeit in dem Erlass des Hausgehilf*innengesetzes^{116, 117}

Für die jüngere Generation schuf der „Christliche Verein zur Förderung der Frauenbildung“ ein Mädchenrealgymnasium in Wien¹¹⁸, welches die aktive Förderung durch Gräfin Greta Walterskirchen erfuhr.¹¹⁹ Weitere wichtige Frauen in der KFO waren Hanny Brentano¹²⁰ und Hildegard Burjan. Brentano war Schriftstellerin und erste Generalsekretärin der KRFO. Laut Motzko war sie „die eigentliche Veranstalterin“ zweier Frauentage

¹¹⁴ Vgl. *Motzko*, Weg der Frau zu Recht und Geltung, S. 150.

¹¹⁵ Bereits vor der Gründung der KRFO gab es eine Vielzahl an katholischen Frauenvereinen. Ab den 1850er Jahren bildeten sich Gruppierungen, die auf soziale Fragen reagierten. Um ein paar davon zu nennen: die „Marianische Frauenkongregation“ (1864), der „Katholische Arbeiterinnenverein“ (1875/1895), die „Marien- Anstalt für weibliche Dienstboten“ (1857). Konfessionelle Frauenvereine begannen sich auf unterbürgerliche Schichten zu konzentrieren. Vgl. Gabriella *Hauch*, Das „lange“ 19. Jahrhundert. In: Gabriella *Hauch*, Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013), S.40,41,45.

¹¹⁶ Das „Gesetz über den Dienstvertrag der Hausgehilfen“, auch „Hausgehilfengesetz“ genannt, wurde in der 64. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung am 26. Februar 1920 beschlossen und trat mit 1. Mai 1920 in Kraft. Dabei sprachen sich unter anderem Adelheid Popp von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Hildegard Burjan von der Christlichsozialen Partei für dieses Gesetz aus. Burjan betonte, dass die Christlichsoziale Partei als Erste einen Antrag mit Richtlinien zur Verbesserung der Hausgehilfinnen-Situation gestellt hatte. Vgl. Barbara *Scheffl*, Die ÖVP-Politikerin Grete Rohr und ihr Einsatz für Frauen am Beispiel des Hausgehilfengesetzes (Dipl. Arb., Wien 2009), S. 24f, 26.; Antragstellerin war Anna Boschek von der SDAP. Sie war bis November 1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung und anschließend bis 1934 Nationalrätin. Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 147, S. 246- 249.

¹¹⁷ Vgl. *Motzko*, Weg der Frau zu Recht und Geltung, S. 150.; Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 142- 148.

¹¹⁸Das öffentliche Wiedner Mädchenlyzeum wurde 1910 vom „Christlichen Verein zur Förderung der Frauenbildung“ gegründet und hatte seinen Sitz zuerst in der Börsegasse, ab 1912 dann in der Wiedner Hauptstraße im vierten Wiener Gemeindebezirk. Vgl. online unter: <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=20635365> (17. Juni 2019).

¹¹⁹ vgl. *Motzko*, Weg der Frau zu Recht und Geltung, S. 151.

¹²⁰ Hanny Brentano konvertierte 1908 zum Katholizismus und wurde 1911 – vor Alma Motzko – Generalsekretärin der KFO Niederösterreich, bevor sie 1912 das Generalsekretariat der KRFO übernahm. 1919 gab sie alle Tätigkeiten auf und trat ins Benediktinerinnenkloster in Nonnberg/ Salzburg ein. Vgl. Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 1 (Böhlau 2016), S. 418.

(1910 und 1914) und hatte die redaktionelle Leitung der Zeitung „Die österreichische Frau“ über. Hildegard Burjan, holte die Heimarbeiterinnen in den Mittelpunkt ihres Interesses und bot den hilflosen und ausgebeuteten Frauen ein Sprachrohr.¹²¹

Zu den fruchtbarsten Ereignissen in der Arbeit der Frauenorganisation zählten die katholischen **Frauentage**. Der zweite Frauentag im Jahr 1914, der die berufstätigen Frauen in den Vordergrund rückte, bildete den Ausgang für die Gründung christlicher Frauenberufsvereine. Die Frau im Beruf wurde ein immer wichtigeres Thema.¹²² Es ging konkret um die Besserung der Bildungssituation, die sozialen Tätigkeitsbereiche der Frau und den Beitrag der Frauen zur religiösen Erziehung. Aufgrund der Teilnahme zahlreicher Hochschülerinnen und Junglehrerinnen kam es zu einer ersten Jugendversammlung.¹²³

So organisierte die KFO für Wien und Niederösterreich¹²⁴ die christlichen Angehörigen des Schank- und Gastgewerbes¹²⁵, die Hebammen¹²⁶, die Beamtinnen¹²⁷, die Lehrerinnen¹²⁸ und unterstützte die Studentinnen bei der Schaffung einer Vereinigung der katholischen Hochschülerinnen¹²⁹. Genauso aber wurde 1916 die **Soziale Frauenschule** der Wiener KFO entwickelt, die unter der langjährigen Leitung von Berta Pichl¹³⁰ stand.¹³¹

¹²¹ vgl. *Motzko*, Weg der Frau zu Recht und Geltung, S. 152.

¹²² vgl. ebd., S. 153.

¹²³ Vgl. Friedrich *Steinkellner*, Emanzipatorische Tendenzen im Christlichen Wiener Frauen-Bund und in der Katholischen Reichsfrauenorganisation Österreichs, S. 63.

¹²⁴ Die Trennung Wiens von Niederösterreich erfolgte in Schritten, zeitlich gesehen wird der Trennungsprozess in den Jahren 1918/1919 und 1921 angesiedelt und hatte den Ausgang im Zerfall der Monarchie. Genauso wenig war die Aufgliederung der katholischen Verbände in Diözesen vollzogen. Vgl. Barbara *Steininger*, Der Trennungsprozess von Wien und Niederösterreich – rechtliche, politische und ökonomische Aspekte – oder: Szenen einer Scheidung. In: Elisabeth *Loinig*, Stefan *Eminger*, Andreas *Weigl*, Wien und Niederösterreich – eine untrennbare Beziehung? Festschrift für Willibald Rosner zum 65. Geburtstag (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, St. Pölten 2017), S. 138.;

¹²⁵ Im Frauen-Jahrbuch 1930 der Erzdiözese Wien wird von einem „Hauptverband katholischer weiblicher Hotel-, Restaurants-, Cafe- und Pensionsangestellter“ berichtet, welcher der KFO der Erzdiözese Wien angegliedert war. Genauere Informationen sind nicht bekannt. Vgl. Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.), S. 172.

¹²⁶ Der „Verein christlicher Hebammen für die Erzdiözese Wien“ war bis 1929 an die KFO der Erzdiözese Wien angeschlossen. Das Gründungsdatum ist nicht bekannt. Vgl. online unter: <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675503> (17. Juni 2019).

¹²⁷ Der „Verband katholischer Beamtinnen und weiblicher Angestellter“ war der KFO der Erzdiözese Wien angeschlossen. Vgl. online unter: <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675498> (17. Juni 2019); Laut Frauen-Jahrbuch 1930 war dessen Vorsteherin Alma Motzko. Vgl. Der Katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien sind folgende Vereine und Verbände angeschlossen. In: Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.), S. 172.

¹²⁸ Im Frauen-Jahrbuch 1929 fand man bei den angeschlossenen Verbänden zur KFO der Erzdiözese Wien noch den „Verein katholischer Lehrerinnen und Erzieherinnen für Österreich“, im Jahr darauf wurde der Verein nicht mehr im Jahrbuch genannt. Vgl. Der Katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien sind folgende Vereine und Verbände angeschlossen. In: Frauen-Jahrbuch 1929 (Wien o.J.), S. 184.

¹²⁹ Beim zweiten Frauentag nahmen zahlreiche Hochschülerinnen teil. Möglicherweise bildete dies eine Basis zur Bildung der Vereinigung der katholischen Hochschülerinnen.

¹³⁰ Berta Pichl arbeitete zuerst als Lehrerin, war Angestellte bei der KFO Niederösterreich und bis 1922 in der Zentrale der Katholischen Frauenorganisation tätig. Von 1923 bis 1937 leitete sie die Soziale Frauen-

Die Mitgliederzahl der KFO der Erzdiözese Wien wuchs stetig: Motzko berichtete von 43 000 Mitgliedern, nennt jedoch nicht das genaue Jahr der Zählung. Neben der KFO der Erzdiözese Wien zählte die KFO Oberösterreich zu den mitgliederstärksten Zweigvereinen der KRFO. In Oberösterreich setzte sich die Leiterin Fürstin Fanny Starhemberg für die Erfassung der Landfrauen und die Förderung des haus- und landwirtschaftlichen Bildungswesens ein.¹³² Für die KFO lag die Freiheit der Frau darin, immer wieder neuen Lebensraum für sie zu schaffen, indem sie die katholischen Frauen zur ganzen Leistung und zur vollen Verantwortlichkeit ermutigte.¹³³ Motzko betonte, dass das Ziel der Katholischen Frauenbewegung nicht die Vermännlichung der Frau ist, sondern die Ausbildung der katholischen Frauenpersönlichkeit,¹³⁴ „die dann ihrer Bestimmung, das Männliche durch ihr weibliches Wesen zum Allgemeingültigen zu ergänzen, nachkommen könne.“¹³⁵ Die Katholische Frauenorganisation etablierte sich durch ihre sozial-wirtschaftliche und sozial-kulturelle Arbeit, aber vor allem auch durch ihr Einschalten ins politische Leben.¹³⁶ Alma Motzko schrieb in ihrem Werk *Weg der Frau zu Recht und Geltung* über die Prioritäten und Prinzipien der KFO. Die Katholische Frauenorganisation stand, aus christlicher Überzeugung, allem ablehnend gegenüber, was mit der christlichen Gesellschaftsordnung nicht vereinbar war. Sie hielt die Ehre der Familie und der Ehe hoch¹³⁷ und strebte nach „Sittlichkeit“, vor allem in der „weiblichen Jugend“.¹³⁸ Um diese „Sittlichkeit“, besonders in der nachfolgenden Generation, durchsetzen zu können, bemühte sich die KFO um eine Zusammenarbeit mit der „bürgerlichen“ Frauenbewegung. 1927 erstellte die KFO Oberösterreich, gemeinsam mit evangelischen und israelitischen Frauenvereinen, ein Schreiben an die oberösterreichische Landesregierung, mit der Aufforderung Jugendliche strenger zu überwachen. Konkret ging es um das Verbot von Kino-, Nachtlokal- und Theaterbesuchen. Gleichzeitig zur diesbezüglichen Zusammenarbeit war es für die KFO wichtig zu den liberalen und deutschnationalen Frauenvereinen Abstand zu halten.¹³⁹

schule der KFO Niederösterreich. Am 1. Dezember 1920 wurde sie christlichsoziale Abgeordnete des sich konstituierenden Bundesrates bis zu dessen Auflösung. Vgl. Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 286.

¹³¹ Vgl. Motzko, *Weg der Frau zu Recht und Geltung*, S. 154.

¹³² Vgl. ebd., S. 154.

¹³³ Vgl. ebd., S. 155.

¹³⁴ Vgl. Alma Motzko, Die katholische Frauenbewegung in Österreich. In: Der katholische Almanach 1932, 1. Jg. (Wien 1931), S. 95.

¹³⁵ Schöffmann, Die bürgerliche Frauenbewegung, S. 217.

¹³⁶ Vgl. Motzko, *Weg der Frau zu Recht und Geltung*, S. 155.

¹³⁷ Vgl. Motzko, *Weg der Frau zu Recht und Geltung*, S. 155.

¹³⁸ Vgl. Gabriella Hauch, Die Erste Republik (1918 bis 1933/34). In: Hauch, *Frauen. Leben*. Linz, S. 362.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 368.

Wie auch heute sich viele Student*innen neben ihrem Studium in anderen Bereichen engagieren, Interessen herausfinden, kam Alma Seitz während ihrer Studienzeit in Kontakt mit zwei Vereinigungen, die prägend für ihr Leben wurden. Auf der einen Seite war das die „Academia“, ein Rede- und Leseverein christlich-deutscher Hochschüler*innen, der als herausragendes Merkmal beinhaltete, auch weiblichen Studierenden die ordentliche Mitgliedschaft zuzugestehen und nicht nur den männlichen, wie der Großteil der übrigen Studentenvereinigungen. Auf der anderen Seite war es die Katholische Frauenorganisation Österreichs, die Motzko, als Generalsekretärin für Wien und Niederösterreich, nach ihrer Promotion an der Universität Wien im Jahr 1912, aufnahm und nicht so schnell wieder losließ. Vermutlich zu gutem Auftreten neigend, begann sie schon in ihrer Studienzeit Vorträge in katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen zu halten, wo sie auch Kontakte zu CS-Politikern, wie Leopold Kunschak oder Karl Lueger, schloss.¹⁴⁰

Von 1912 bis März 1918 hatte sie die Funktion der Generalsekretärin der KFO Wien und Niederösterreich inne. 1924 übernahm sie die Leitung als Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien. Zu ihren Aufgaben zählten dabei nicht nur karitative und religiöse, sondern sich auch mit politischen Themen zu befassen.¹⁴¹ Ihre Zeit als Präsidentin überschneidet sich, bis auf das letzte Jahr, mit ihrer Zeit im Gemeinderat.

Die Tatsache, dass Alma Motzko, im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen, nicht aus dem Adel stammte und gleichzeitig ein Studium an der Universität abschloss, sollte einen neuen Wind in die Katholische Frauenorganisation bringen. Der katholische Frauenverein entwickelte sich in der Zeit ihrer Präsidentschaft zu einer vielseitigen Organisation. 1926 wurde unter dem Titel „**Frauenbriefe**“¹⁴² die katholische Frauenzeitschrift der KFO der Erzdiözese Wien gegründet. Die Zahl der Mitglieder der Frauenorganisation stieg, man wollte den Kontakt mit den Frauen aufrecht erhalten und intensivieren, sie mit Informationen versorgen und schuf ein monatliches Organ, welches aktuelle Fragen behandelte, über die Tätigkeiten der einzelnen Sektionen und Pfarrgruppen informierte, zu gegenwärtigen Themen¹⁴³ Stellung bezog, aber auch mit Rätseln, Gedichten und Erzählungen bilden und

¹⁴⁰ Vgl. Pia Maria *Plechl*, Vorwort. Alma Motzko – Persönlichkeit, Leben, Werk, S. 9.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 11.

¹⁴² Die Zeitschrift „Frauenbriefe“ erschien von 1926 bis 1935 monatlich und wurde von der KFO der Erzdiözese Wien herausgegeben. Sie äußerte sich zu kirchlichen und frauenpolitischen Themen und behandelte die Bereiche Gesundheit, Familie, Hauswirtschaft, etc. Vgl. „Frauen-Briefe“, online unter: <http://anno.onb.ac.at/info/ofz_info.htm> (17. Juni 2019).

¹⁴³ Bei gegenwärtigen Themen handelte es sich beispielsweise um die Frauenarbeit, Arbeitslosigkeit, aber auch Erziehungssorgen oder die Stellung des Papstes zum Frauenstudium (an der Universität Mailand wurde eine eigene Sektion für Frauen gegründet). Hierbei wurden lediglich ein paar Themen herausgegriffen. Vgl. Frauenbriefe, Folge 36 (Dezember 1928), S. 2; Frauenbriefe, Folge 13 (Jänner 1927), S. 3-5.

erheitern wollte. Laut der KFO sollte diese Zeitung in jeder katholischen Familie Eingang finden.¹⁴⁴

Durch die Aufteilung der KFO Wien in zahlreiche **Sektionen**, wie einer Organisationssektion, einer sozial-wissenschaftlichen Sektion, einer Wander- und Reisesektion, einer Schulsektion, einer Bildungs- Sektion oder aber einer hauswirtschaftlichen Sektion, verteilten sich die Zuständigkeiten auf mehrere Personen.

Die Ehrenpräsidentin der KFO Wien, Gabriele Walter, aber auch die Bundesrätin Berta Pichl zählten zu den Sektionsleiterinnen.¹⁴⁵ Alma Motzko war als Präsidentin bis Jänner 1934, wo sie die sozial-wissenschaftliche Sektion von Angelina Schlösinger übernahm, keiner Sektion als Leiterin zugeordnet.¹⁴⁶ Sie war jedoch die Jahre zuvor unter anderem für die „Beratungs- und Vermittlungsstelle für Abgebaute“ (=Arbeitslose), eine Zweigstelle der Fürsorgeaktionen der KFO Wien, verantwortlich und hielt dafür auch Sprechstunden ab.¹⁴⁷ Auch auf internationaler Ebene war Alma Motzko im Bereich der Organisation der katholischen Frauen „Union Internationale des Ligues Feminines Catholiques“ für die zehnte Studienkommission „Die Frau im öffentlichen Leben“ tätig. Die „Erziehung und Heranbildung der Frau für das öffentliche Leben, ihre staatsbürgerlichen Pflichten und Aufgaben“ war der Schwerpunkt Motzkos Arbeit in dieser Studienkommission.¹⁴⁸

Das rege Vereinsleben der KFO der Erzdiözese Wien unter Motzkos Präsidentschaft zeichnete sich vor allem durch das Betreiben eines Katholischen **Frauenklubs**, **Erholungsheimen**, **Unterkunftsheimen** für minderbemittelte Frauen, eines davon in der kleinen Sperlgasse im zweiten Wiener Gemeindebezirk, eines Heimes für katholische studierende junge Mädchen oder aber einer **Weberei** ab. Neben den genannten Institutionen veranstaltete die KFO **Hausfrauenkonferenzen**, **Jungmütterstunden**, den **Elisabeth-Tisch**¹⁴⁹, **Singstunden** und andere Zusammenkünfte für Frauen.¹⁵⁰ Um die Motivation für

¹⁴⁴ Vgl. Frauenbriefe. In: Frauen-Jahrbuch 1931, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 188.

¹⁴⁵ Vgl. Arbeitsgebiete innerhalb der Katholischen Frauenorganisation. In: Frauen-Jahrbuch 1930, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 173–179.

¹⁴⁶ Vgl. Sozialwissenschaftliche Sektion. In: Frauen-Jahrbuch 1935, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 190.

¹⁴⁷ Vgl. Fürsorgeaktionen. In: Frauen-Jahrbuch 1930, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 179.

¹⁴⁸ Die verschiedenen Arbeitsgebiete dieser internationalen Organisation wurden in zehn Studienkommissionen aufgeteilt. Auch in den anderen neun Kommissionen waren Österreicherinnen vertreten, wie beispielsweise die beiden Nationalrätinnen Hildegard Burjan und Emma Kapral. Vgl. Organisation der katholischen Frauenorganisation. In: Frauen-Jahrbuch 1932, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 146f.

¹⁴⁹ Der Elisabeth-Tisch wurde im Winter 1931/32 von Hildegard Burjan ins Leben gerufen und war für den notleidenden Mittelstand vorgesehen. Um wenig Geld sollte den Angehörigen des Mittelstandes ein warmes

politisches Engagement zu wecken, organisierte die KFO Wien Diskussionsabende zu Fürsorge-, Schulpolitik und Sittlichkeitsfragen. Ergänzt durch ab 1926 stattfindende Rednerinnenkurse, sollte dem Mangel an Funktionärinnen in der Christlichsozialen Partei entgegengehalten werden.¹⁵¹

Im Jahr 1935 gründete Motzko, gemeinsam mit der Frau des damaligen Bundespräsidenten, Leopoldine Miklas, Kardinal Theodor Innitzer und weiteren Mitgliedern, welche auch anderer Religionen zugehörig waren, die Bewegung „**Österreichischer Frauennotdienst**“.¹⁵²

1927 wurde in Österreich, auf Anordnung des Papstes, die Katholische Aktion (KA) gegründet. Bis zur Etablierung des austrofaschistischen Systems gab es keine Veränderungen im katholischen Vereinswesen. 1935 änderte sich dies. Die KFO der Erzdiözese Wien wollte sich nicht ihrer Selbständigkeit berauben lassen,¹⁵³ die Eingliederung in die KA bedeutete jedoch die Einbindung in die kirchliche Hierarchie, ein Dilemma für die nach Emanzipation strebende Katholische Frauenorganisation. Die KFO kam 1935 unter klerikale Führung. Die Funktionärinnen wurden ab jetzt nicht mehr gewählt, sondern vom Kardinal bestimmt. Außerdem hatte der Diözesankonsulent, der bisher nur in seelsorgerischen Angelegenheiten mitsprach, maßgebliches Entscheidungsrecht.¹⁵⁴ Es wurden neue Funktionärinnen angeworben, Mitglieder der KFO wurden abgeworben und dazu aufgefordert ihren Mitgliedsbeitrag an die Katholische Aktion zu richten. Diese Entwicklungen wurden für die bisherigen KFO Funktionärinnen nicht mehr tragbar, es entstanden Konflikte mit der kirchlichen Obrigkeit.¹⁵⁵ Im November 1935 wurde Alma Motzko als Präsidentin der KFO der Erzdiözese Wien von Kardinal Theodor Innitzer abgesetzt.¹⁵⁶ Die Aufgaben der KFO wurden mehr und mehr auf die Pfarrgruppen und deren Ausübung von Seelsorge und Caritas beschränkt – mit den organisatorischen und personellen Veränderungen wollte man der Vereinslinie der KFO beenden. Formell bestand die KFO der Erz-

Mittagessen ausgehändigt werden. Im Winter 1932/33 wurde er, auf Wunsch Burjans, von der KFO der Erzdiözese Wien übernommen. Im Damenkomitee des Elisabeth-Tisches saß unter anderem Alma Motzko mit der Frau des Bundeskanzlers Dollfuß. Vgl. Elisabeth-Tisch. In: Frauen-Jahrbuch 1935, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 215.

¹⁵⁰ Vgl. Frauenjahrbücher der Jahre 1929 bis 1935, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.).

¹⁵¹ Gabriella Hauch, Frauenbewegungen- Frauen in der Politik. In: *Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik (1918- 1933) (Wien 1935), S. 283.

¹⁵² Vgl. Oesterreichischer Frauennotdienst. In: Frauen-Jahrbuch 1935, hrsg. von der KFO der Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 216f.

¹⁵³ Vgl. Irene Schöffmann, Organisation und Politik katholischer Frauen im „Ständestaat“. In: *Zeitgeschichte* 11 (1983/1984) 11/12, S. 349.

¹⁵⁴ Vgl. Schöffmann, Organisation und Politik katholischer Frauen im „Ständestaat“, S. 350.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 352.

¹⁵⁶ Vgl. Gabriella Hauch, Die „österreichische Diktatur“: Autoritärer christlicher „Ständestaat“/ „Austrofaschismus“. In: *Hauch*, Frauen. Leben. Linz, S. 426.

diözese Wien noch bis 1938, bot für die katholische Frauenbewegung jedoch keinen Reiz mehr. Unter all diesen Begebenheiten erlebte das Frauenreferat der Vaterländischen Front¹⁵⁷, welches 1933 gegründet wurde, 1935 seinen ersten Aufschwung.¹⁵⁸ Nachdem Alma Motzko weder „frontfreundlich“ war noch der Heimwehr positiv gegenüber stand, wurde sie 1933 nicht zur Vorsitzenden des Frauenreferates der Vaterländischen Front in Wien ernannt,¹⁵⁹ was sich jedoch 1937 änderte.¹⁶⁰ Die KFO stand 1933 der Ausschaltung des Parlaments und der Errichtung des autoritären Ständestaates offen gegenüber. Sie hofften sich dadurch mehr Einfluss von und für Frauen.¹⁶¹ Durch die Auflösung des Parlaments und der Eingliederung in die KA verlor die KFO zunehmend an Bedeutung.

5.1 Die weibliche Seite der Partei – Die KFO und die CSP

Wie auch bei verschiedenen politischen Richtungen innerhalb der Frauenbewegung Österreichs stand auch bei der katholischen die Überlegung im Raum eine Partei zu gründen. Auch in katholischen Kreisen war dies ein nicht zu verachtendes Thema. Bundeskanzler¹⁶², und in derselben Person auch Prälat, Ignaz Seipel, wies die katholischen Frauen zu Beginn der 1920er Jahre darauf hin, sich doch in die Christlichsoziale Partei einzufügen. Aus seinen Tagebucheinträgen ist bekannt, dass er zu zahlreichen katholischen Funktionärinnen, wie auch Alma Motzko, Kontakt hatte.¹⁶³ Die Christlichsoziale Partei war für die katholischen Landesfrauenorganisationen die einzige Partei, in welcher sie ihre Wertvorstellungen manifestiert sahen. Sie wählten sozusagen christlichsozial, weil sie katholisch waren.¹⁶⁴

Die KFO war in mehrere Landesorganisationen unterteilt und eine davon, die KFO Steiermark führte in ihren Statuten auch politische Ziele an. Doch nicht alle Untergruppen wollten sich derartig politisch bekennen, die Wiener KFO gab an, weiterhin eine religiöse

¹⁵⁷ Die Vaterländische Front wurde am 20. Mai 1933 von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß als Einheitsorganisation nach faschistischem Vorbild gegründet worden. Sie sollte offen für alle „deutschen“ Österreicher*innen sein. Dem dazugehörigen Frauenreferat stand Fanny Starhemberg vor. Vgl. *Hauch*, Die „österreichische Diktatur“. In: *Hauch*, Frauen. Leben. Linz, S. 422.

¹⁵⁸ Vgl. *Schöffmann*, Organisation und Politik katholischer Frauen, S. 352.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 358.

¹⁶⁰ Vgl. *Hauch*, Die „österreichische Diktatur“. In: *Hauch*, Frauen. Leben. Linz, S. 426.

¹⁶¹ Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 82.

¹⁶² Ignaz Seipel war von 1922 bis 1924 und von 1926 bis 1929 Bundeskanzler von Österreich. Vgl. Dr. Ignaz Seipel. In: Republik Österreich. Parlament, online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01992/index.shtml> (19. Juni 2019).

¹⁶³ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 137.

¹⁶⁴ Vgl. ebd., S. 138.

Standesvereinigung für Frauen zu sein, die parteipolitische Arbeit ausschloss.¹⁶⁵ Bis zur Ausrufung der Ersten Republik am 12. November 1918 sahen die katholischen Frauenvereine ihre vorrangige Tätigkeit vor allem in der religiösen sowie kulturellen Schulung der Frau nach der christlichen Lehre, aber auch im sozialkaritativen Engagement. Auch wenn die Teilnahme am (partei)politischen Leben bisher nicht Bestandteil des Vereinswesens war, kam nun ein neues Aufgabengebiet, das Mitwirken und Mitdenken in der Politik und in diesem Bereich auch Nächstenliebe zu leben und zu verbreiten, hinzu. Es zeigte sich, dass für manche in der Organisation das Umdenken zur neuen Staatsform schwierig war, bestand die KRFO immerhin zu einem großen Teil aus adeligen Frauen, die der Dynastie und dem Kaiser seit jeher treu waren.¹⁶⁶

Die KRFO bildete in der Ersten Republik den weiblichen Flügel der Christlichsozialen Partei. Die engagierten Frauen strebten nach direktem Mitspracherecht in der Politik. Mit der Ausrufung der Republik im November 1918 und der ungefähr zeitgleichen Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts, wurden einige KFRO-Funktionärinnen durch ein Mandat oder eine Funktion auch christlichsoziale Partei-Politikerinnen.¹⁶⁷ Durch die Dynamik des Zusammenbruchs der Monarchie wurde am 30. Oktober 1918 zuerst die Versammlungs- und Vereinsfreiheit ausgerufen und am 12. November 1918 kam es zum freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Frauen, sie wurden demnach im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft „politikwürdig“.¹⁶⁸ Fanny Starhemberg¹⁶⁹ war von 1920 bis 1931 Bundesratsmitglied und zur selben Zeit Präsidentin der KFO Oberösterreich. Die Ämter der Vizepräsidentinnen hatten zwei Politikerinnen inne: Alma Motzko, Wiener Stadträtin und gleichzeitig Präsidentin (1924–1935)¹⁷⁰ der Landesorganisation der KFO Wien und Anna Holzer, Präsidentin der KFO der Diözese St. Pölten¹⁷¹, christlichsoziale Gemeinderätin und von 1921 bis 1934 christlichsoziale Landtagsabgeordnete für

¹⁶⁵ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 139.

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 136.

¹⁶⁷ Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 281.

¹⁶⁸ Vgl. Gabriella *Hauch*, Frauenbewegung- Frauen in der Politik in der Ersten Republik. In: Gabriella *Hauch*, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938 (Wien 2009), S. 129.

¹⁶⁹ Fanny Starhemberg wurde 1875 in Wien geboren und starb 1943 in Schlesien. Um ein paar ihrer Lebensstationen zu nennen: 1914 konstituierte sie die Katholische Frauenorganisation Oberösterreich, während des 1. Weltkrieges organisierte sie Frauen- Hilfstage, 1925 wurde sie Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation Österreichs, ab 1919 war sie Mitglied der Christlichsozialen Partei, von 1920 bis 1931 Bundesrätin, auch international war sie für die KFO und für die CSP tätig. Starhemberg hatte vier Kinder. Vgl. Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 3 (Böhlau 2016), S. 3151. Weitere Informationen zu ihrer Person: *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 330–336.

¹⁷⁰ Man muss erwähnen, dass Alma Motzkos Amt der Generalsekretärin der KFO Wien und Niederösterreich im März 1918 endete, im Dezember 1918 zog sie in den (provisorischen) Gemeinderat ein, war dort bis 1934 tätig und hatte von 1924 bis 1935 die Präsidentinnenrolle der KFO der Erzdiözese Wien inne.

¹⁷¹ Vgl. Katholische Reichsfrauenorganisation Oesterreichs. In: Frauen-Jahrbuch 1930, hrsg. von der KFO für die Erzdiözese Wien (Wien o.J.), S. 165.

Niederösterreich.¹⁷² Durch die Bildung der politischen Sektion hatte die KFO ein Gremium, in dem sie auf Diözesanebene politisch agieren konnte. Die Wiener Katholikinnenorganisation entsandte nicht nur eine KFO-Funktionärin in die Politik. Hildegard Burjan, Alma Seitz, Aloisia Schirmer, Marie Schlösinger, Gabriele Walter und Marie Wielsch zogen in den Gemeinderat ein, zahlreiche KFO- Ortsgruppenleiterinnen fungierten als christlichsoziale Bezirksrätinnen.¹⁷³ Hildegard Burjan wechselte nach den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung 1919 vom Wiener Gemeinderat in die Nationalversammlung, sie wurde als einzige christlichsoziale Abgeordnete gewählt,¹⁷⁴ schied aber 1921 wieder aus der Nationalversammlung aus. Offiziell tat die konvertierte Jüdin es aus gesundheitlichen Gründen, der vorherrschende Antisemitismus in der CSP sollte aber auch dafür in Betracht gezogen werden.¹⁷⁵

Die organisierten Katholikinnen waren sich bewusst, dass die Stimmen der Frauen unerlässlich für die Christlichsoziale Partei waren und appellierten, dass „es doch einer wahrhaft begeisterten Katholikin“ nicht schwer fallen wird „Bundesgenossinnen zu werben“, damit diese die höchsten und heiligsten Güter der Frau verteidigte.¹⁷⁶ Die CSP sprach sich lange Zeit nicht für das Frauenwahlrecht aus. Mit der Entstehung der Republik erkannten sie aber, dass es an der Zeit war, die Meinung und Richtung zu ändern. Es zeigte sich, dass die Christlichsoziale Partei mehrheitlich von Frauen gewählt wurde.¹⁷⁷ Bei der Gemeinderatswahl 1919 waren 55% der Wiener Wahlberechtigten Frauen, sie hatten demnach einen markanten Einfluss auf die Mandatsverteilung im Gemeinderat. Erst in den Jahren 1927 und 1932 wurden die Stimmzettel geschlechterdifferenziert ausgewertet, es ließen sich für die Gemeinderatswahlen 1919 und 1923 daher keine genaue Stimmverteilungen¹⁷⁸ festlegen.¹⁷⁹ Bei der Gemeinderatswahl 1927 zeigte sich, dass sich Frauen in größerem Ausmaß für die Christlichsoziale Partei entschieden als Männer. Bei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war der Frauenanteil unter den Wähler*innenstimmen ein niedrigerer als

¹⁷² Vgl. Alphabetisches Personenverzeichnis, Anna Holzer. In: Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1921–dato, online unter: <https://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1921.pdf> (19. Juni 2019), S. 56.

¹⁷³ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 145.

¹⁷⁴ Vgl. ebd., S. 146.

¹⁷⁵ Vgl. *Hauch*, Frauenbewegungen- Frauen in der Politik, S. 282.

¹⁷⁶ Vgl. Wahlkampf. In: *Frauenarbeit und Frauenrecht*, 2. Jg., Nr. 10 (1. August 1920), S. 1.

¹⁷⁷ Vgl. Irene *Schöffmann*, Die bürgerliche Frauenbewegung im Austrofaschismus, S. 254.

¹⁷⁸ Bei der Gemeinderatswahl 1927 waren 58,6% der CSP-Wähler*innen Frauen, bei der SDAP 52,9% der Wähler*innen. Die CSP hatte demnach den höchsten Frauenanteil ihrer Wähler*innenstimmen. Vgl. *Die Stadt Wien in der Ersten Republik (1918 bis 1934)*. In: Maren *Seliger*, Karl *Ucakar*, Wien. Politische Geschichte 1740-1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik. Teil 2: 1896–1934 (Wien u.a. 1985), S. 1140.

¹⁷⁹ Vgl. *Die Stadt Wien in der Ersten Republik (1918 bis 1934)*. In: *Seliger*, *Ucakar*, Wien. Politische Geschichte 1740–1934, S. 1125.

der der männlichen Bevölkerung.¹⁸⁰ Alma Motzko sah den Erfolg der CSP auch in den Frauenstimmen und behauptete, dass die staatsbürgerliche Schulungs- und Aufklärungsarbeit der KFO mit Sicherheit ihren Teil dazu beigetragen habe.¹⁸¹ Frauen als Wählerinnen wurden in ihrer neuen staatsbürgerlichen Funktion zu einem politischen Machtfaktor. Obwohl die Christlichsoziale Partei massiv von deren Stimmen profitierte, zeigten sich während der gesamten Ersten Republik innerparteiliche Schwierigkeiten mit der Figur der politischen Frau.¹⁸²

Sowohl die KFO als auch die CSP konnte man zum politischen Katholizismus zählen:

„Zu ihm gehörte die Hierarchie und der Klerus, sofern sie politisch relevante Aussagen machten und sofern sie politisch agierten; [...] die Christlichsoziale Partei [...], eine breite Auffächerung von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich als Katholiken bekannten und die politisch Stellung bezogen.“¹⁸³

Jeder der drei Bereiche, demnach die kirchliche Hierarchie, die katholischen Organisationen und Vereine und die Christlichsoziale Partei, war mit den anderen verbunden und auf den anderen angewiesen, agierte jedoch auch in einer gewissen Weise selbständig.¹⁸⁴ Die Christlichsoziale Partei verkörperte sozusagen den „weltlichen Arm“ der katholischen Kirche. Nach dem Übergang von der Monarchie in die Republik übernahm die Partei die politische Schutzfunktion der Kirche, welche vor 1918 der Monarch innehatte. Doch auch umgekehrt gab es Vorteile: Die kirchliche Struktur, welche unter anderem Vereine, Organisationen und demnach viele Menschen miteinschloss, konnte von der CSP auch dahingehend genutzt werden, indem sie durch die Nähe zur Kirche zahlreiche potenzielle Wähler*innen gewinnen konnte.¹⁸⁵

Doch nicht nur die Wähler*innen waren essenziell. Sieht man sich die Liste der Funktionär*innen an, erkennt man Zweigleisigkeiten. Zahlreiche Frauen und Männer engagierten sich in katholischen Vereinen, Organisationen etc. und waren gleichzeitig als Mandatar*innen der Christlichsozialen Partei tätig.¹⁸⁶ In der Zeit der Ersten Republik waren um die 8000 Priester politisch aktiv: Ignaz Seipel (1876–1932) war langjähriger Parteiob-

¹⁸⁰ Vgl. Die Stadt Wien in der Ersten Republik (1918 bis 1934). In: *Seliger, Ucakar*, Wien. Politische Geschichte 1740–1934, S. 1140.

¹⁸¹ Vgl. *Motzko*, Die katholische Frauenbewegung, S. 100.

¹⁸² Vgl. Gabriella *Hauch*, Ambivalenzen in Transformation und Kontinuität. Zur Frage der Geschlechterverhältnisse in der „jungen“ Republik Österreich 1918ff. In: Robert *Kriechbaumer*, Michaela *Maier*, Maria *Mesner*, Helmut *Wohnout*, Die junge Republik. Österreich 1918/19 (Wien 2018), S. 155.

¹⁸³ Ernst *Hanisch*, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Wien 1977), S. 2.

¹⁸⁴ Vgl. Herbert *Dachs*, Das Parteiensystem. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems in Österreich (Wien 1995), S. 157.

¹⁸⁵ Vgl. *Dachs*, Das Parteiensystem, S. 155.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 157.

mann, Bundeskanzler und Geistlicher¹⁸⁷, Kardinal Theodor Innitzer war 1929/ 1930 als Sozialminister tätig¹⁸⁸, oder aber Prälat Johann Nepomuk Hauser als oberösterreichischer Landeshauptmann.¹⁸⁹

Ein sehr einflussreicher und mitgliederstarker Verein innerhalb der katholischen Kirche war der Cartellverband (CV). Das wirkte sich auch auf die parteiliche Zusammensetzung aus. Beinahe alle Bundeskanzler¹⁹⁰ der Ersten Republik stammten aus der Reihe des Cartellverbandes, aber auch zahlreiche weitere Politiker im Parlament.¹⁹¹ 1907 kamen 20% der christlichsozialen Mandatare im Parlament aus der Studentenverbindung, 1930 waren es 38% – es zeigte sich laut Hanisch eine steigende „Elitenrekrutierung“ für die „katholische Politik“.¹⁹²

5.2 Die katholischen Funktionärinnen und ihre Stellung zum Frauenwahlrecht

Bis Anfang des Jahres 1917 gab es von Seiten der führenden Katholikinnen, wie unter anderem von Hildegard Burjan, kein offizielles Statement zum Wahlrecht für Frauen. Doch langsam entkamen sie dem nicht mehr. Auch in den katholischen Kreisen mehrten sich die Diskussionen um die politische Gleichstellung der Frau und die Funktionärinnen erkannten, dass es notwendig wurde sich zu äußern. In einem Schreiben an Bürgermeister Weiskirchner im Frühjahr 1917 manifestierte die KFO Niederösterreich ihre Meinung der Notwendigkeit einer unmittelbaren Einflussnahme der Frau auf das wirtschaftliche, aber auch auf das soziale Leben der Gemeinde. Wichtig zu erwähnen ist die Tatsache, dass sie dies nicht unbedingt in der Zuerkennung des Wahlrechts der Frau sah, sondern eher im Engagement und im Mitbestimmen im Armenwesen, in der Kinder- und Jugendfürsorge

¹⁸⁷ Vgl. Ernst *Hanisch*, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918- 1933 (Wien 1995), S. 446.

¹⁸⁸ Theodor Innitzer wurde 1933 zum Kardinal ernannt, in seiner politisch aktiven Zeit war er Theologieprofessor. Vgl. Markus Rudolf *Einfalt*, Ignaz Seipel im Spannungsfeld zwischen Politik und Kirche. Politischer Katholizismus in den Jahren 1918 bis 1934 (Dipl. Arb., Wien 2004), S. 98.

¹⁸⁹ Vgl. *Hauch*, Der Erste Weltkrieg. In: *Hauch*, Frauen. Leben. Linz, S. 125; J.N. Hauser war auch Mitglied des Cartellverbandes. Vgl. Stephan *Neuhäuser*, „Wir werden ganze Arbeit leisten...“. Der austrofaschistische Staatsstreich 1934. Neue kritische Texte (Norderstedt 2004), S. 81.

¹⁹⁰ Ignaz Seipel war Ehrenmitglied des Cartellverbandes. Vgl. Martin *Berger*, Daniel *Heitzmann*, Martin *Kaplans*, Herausforderung Zukunft. 110 Jahre Traungau Graz (Wien u.a. 2018), S. 124.

¹⁹¹ Vgl. Ernst *Hanisch*, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus, S. 447.

¹⁹² Vgl. Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus im 20. Jahrhundert in Österreich. Elitenrekrutierung durch den Cartellverband. In: Heiner *Timmermann*, Die Rolle des politischen Katholizismus in Europa im 20. Jahrhundert, Bd. 1 (Wien u.a. 2009), S. 196.

und in der Wohnungsfürsorge.¹⁹³ Alma Motzko forderte als Generalsekretärin der KFO Niederösterreich die Aufstellung von „Frauenkurien“ und als Vorstufe zum Wahlrecht die Mitarbeit der Frauen in allen städtischen und staatlichen Kommissionen.¹⁹⁴ Das Wahlrecht für Frauen war nicht nur in der KFO Thema, sondern auch im Wiener Gemeinderat. Der christlichsoziale Bürgermeister Rudolf Weiskirchner plädierte für die Erweiterung der Wählerschaft durch die Frauen, jedoch sollten sie innerhalb einer Frauenkurie wählen.¹⁹⁵ Der Gesetzesentwurf der Wahlordnung im September 1918 sah im ersten Wahldurchgang eine solche Kurie neben einer Männerkurie auch vor.¹⁹⁶ Es blieb jedoch ein Entwurf. Innerhalb der Christlichsozialen Partei fand man zu keiner gemeinsamen Meinung. Der Gemeinderat Karl Rummelhardt sprach sich zwar auch für das Wahlrecht für Frauen aus, implizierte damit aber nur die erwerbstätigen Frauen.¹⁹⁷ Was die KFO nicht wollte, war die Ansicht, dass das Wahlrecht der Frauen eine Art „Belohnung“ oder „Anerkennung“ für die Arbeit ist, die sie im Krieg geleistet haben.¹⁹⁸

Doch gerade das Ende des Krieges und die Ausrufung der Republik bewegte auch die Meinungen innerhalb der katholischen Kreise. Das Bündnis von Kaiser und Kirche zerbrach mit dem Ende der Monarchie und Alma Seitz, gemeinsam mit Hildegard Burjan und anderen Vertreterinnen der Landesorganisationen der katholischen Frauen, wurden zu Mitkämpferinnen für die politische Mitbestimmung der Frau.¹⁹⁹

5.3 Die politische(n) Sektion(en) der KFO

Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 stellten eine Premiere für alle Parteien, politischen Organisationen und Gruppierungen dar. Eine neue Gruppe an Wahlberechtigten kam hinzu, die man umwerben musste: die Frauen.²⁰⁰ Als neue Wählerinnen wurden sie vor allem über ihre Geschlechtszugehörigkeit angesprochen- „Mütter“, „Frauen Wiens“, „christliche Frauen und Mädchen Wiens“, „Frauen und Mädchen des Proletariats“ – neben an Männer gerichtete oder geschlechtsneutralen For-

¹⁹³ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 125.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 126.

¹⁹⁵ Vgl. Hanno *Rebhan*, Entwicklung zur Demokratie in Österreich. Verfassung, Kampf um Gleichstellung und Demokratiedebatten in der Habsburgermonarchie (1867–1918), S. 185.

¹⁹⁶ Die Männerkurie sollte 65 Abgeordnete in den Wiener Gemeinderat entsenden können, die Frauenkurie lediglich acht. Vgl. Hanno *Rebhan*, „Es herrschen die Parteien“. Die Demokratieverständnisse der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik Österreich 1918- 1933. In: Réka *Szentiványi*, Béla *Teleky*, Brüche–Kontinuitäten–Konstruktionen. Mitteleuropa im 20. Jahrhundert (Wien 2017), S. 141f.

¹⁹⁷ Vgl. *Rebhan*, Entwicklung zur Demokratie in Österreich, S. 185.

¹⁹⁸ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 126.

¹⁹⁹ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 133.

²⁰⁰ Vgl. ebd., S. 140.

mulierungen, gab es ab sofort Adressierungen an die Frauen und Mädchen.²⁰¹ Da die Frauen auch zahlenmäßig nach dem Krieg die Mehrheit ausmachten und ihre Entscheidung demnach den Wahlausgang maßgeblich beeinflussen konnte, war es wichtig sie bestmöglich darauf vorzubereiten. Die einzelnen KFO Landesorganisationen reagierten und gründeten eigene politische bzw. staatsbürgerliche Sektionen, die sich mit politischen Fragen beschäftigten und den Frauen Wissen darüber vermitteln sollten,²⁰² was unter anderem in Form von Rednerinnenkursen, Vorträgen über politische Tagesfragen und dergleichen passierte. Um dies auch auf Österreichebene durchführen zu können, bildeten die Leiterinnen der diözesanen politischen Sektionen in Wien einen Zentralausschuss der politischen christlichen Frauenbewegung Österreichs, dessen Leitung 1919 Hildegard Burjan als christlichsoziale Abgeordnete zur Nationalversammlung übernahm. Dieses politisch interessierte Gremium wurde für direkte und indirekte Wahlen genutzt, um Mitglieder der KFO in den Nationalrat, den Bundesrat, den Landtag, den Stadtsenat, den Gemeinderat, den Stadtschulrat, den Bezirksrat, den Fürsorgerat und den Ortsschulrat zu entsenden.²⁰³ Eine eigene Frauenpartei zu bilden war im kirchlich-politischen Kontext nicht erwünscht. Trotz zahlreicher Versuche²⁰⁴ seitens der katholischen Frauen politisch zu agieren, kam es zu keiner Gründung einer christlichsozialen Frauenorganisation.²⁰⁵ Nachdem der Anschluss der politischen Sektion der KFO an die Christlichsoziale Partei erfolgte und man sich dadurch einen verstärkten Einfluss der Frauen innerhalb der Organisation erwartete,²⁰⁶ übernahm die politische Sektion die Informations- und Propagandaarbeit unter den Frauen. Es stellte sich heraus, dass es dabei vor allem auch um Bewusstseinsarbeit ging. Man musste den Frauen erst die Bedeutung ihres Handelns in der Öffentlichkeit näherbringen, was oftmals durch den Begriff der „Pflicht“ vermittelt wurde.²⁰⁷ Bei einer Vertrauens-Frauenversammlung in Wieden, die die katholische Frauenorganisation Anfang Dezember 1918 einberief, waren prägnante Worte, wie „Pflicht“, „besondere Verpflichtungen“ und „heilig“, im Zusammenhang mit den Frauen und ihrem Wahlverhal-

²⁰¹ Vgl. Johanna *Gehmacher*, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können...Frauenbewegung, Partei/ Politik und politische Partizipation von Frauen- begriffliche und forschungsstrategische Überlegungen. In: Johanna *Gehmacher*, Natascha *Vittorelli*, Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Historiographie, Dokumentation, Stellungnahmen, Bibliographien (Wien 2009), S. 146.

²⁰² Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 140- 141.

²⁰³ Vgl. ebd., S. 141.

²⁰⁴ Bei den Versuchen handelte es sich um eine explizit politisch genannte christlichsoziale Frauenversammlung, einer politischen Zeitung für Frauen, Verbindungsfrauen zur Parteizentrale, etc. Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 77.

²⁰⁵ Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 77.

²⁰⁶ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 141.

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. 142.

ten, dominant. Minister Viktor Mataja²⁰⁸ sprach davon, dass durch die Einführung des Frauenwahlrechts den christlichen und katholischen Frauen besondere Verpflichtungen auferlegt wurden, sie sind zahlentechnisch in der Mehrzahl und können entscheiden, ob sie christlichsozial oder sozialdemokratisch, demnach eine christliche oder antichristliche Weltanschauung wählten. Die weibliche Bevölkerung sollte alles daransetzen, dass der Wahlkampf zugunsten des Christentums ausgeht. Alma Seitz pochte in derselben Versammlung auf den Standpunkt der katholischen Frau, „die das schützen will, was ihr heilig ist.“²⁰⁹ Den katholischen Frauen wurde vermittelt, dass sie lediglich in einer Partei, in der Christlichsozialen Partei, ihre Werte, Vorstellungen, vor allem aber ihren Glauben wiederfinden können und sie zu wissen hätten, was sie bei der Wahl anzukreuzen hätten. Gleich zu Beginn des neuen Jahres, dem ersten Jahr mit dem demokratisch universellen Wahlrecht, wollte man keine Zeit verlieren und nutzte jede Gelegenheit, um die katholischen Frauen für die Christlichsoziale Partei zu gewinnen.

Die Gruppe der wählenden Frauen war eine noch unerforschte. Dies zeigte sich auch anhand der Einstellungen der Parteien zur Wahlpflicht. Die Christlichsoziale Partei forderte die Wahlpflicht. Sie schätzte die Frauen als potenzielle Wählerinnen ein und fürchtete aber, dass sie, weil wenig interessiert, der Wahl fernbleiben würden. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hingegen vermutete in der weiblichen Bevölkerung vor allem eine ungebildete und daher konservative Masse – daher wenige sozialdemokratische Stimmen.²¹⁰

Die Reichspost druckte am 1. Jänner 1919 eine Aufzählung zum Thema „Warum sollt und wen sollt Ihr wählen?“ mit einer Reihung von Bekenntnissen der Frau zu ihrem Glauben und damit zur Christlichsozialen Partei. „4. Ihr sollt wählen Männer und Frauen, die verlangen, daß der christliche Geist unserem Volke erhalten bleibe“ und jene, die die Freiheit der Kirche hochhalten, also „Christliche Frau, begreifst du nun, um was es geht?“. Speziell die weibliche Bevölkerung, als neue Wahlberechtigte, wurden adressiert.²¹¹

²⁰⁸ Viktor Mataja baute 1917/1918 das Sozialressort mit auf und wurde 1918 der erste Minister für soziale Fürsorge. Vgl. Viktor Mataja, Wien Geschichte Wiki, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Viktor_Mataja> (20. Juni 2019).

²⁰⁹ Vgl. Rege Versammlungstätigkeit. In: Reichspost, 25. Jg., Nr. 557 (3. Dezember 1918), S. 5.

²¹⁰ Vgl. *Gehmacher*, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können..., S. 147.

²¹¹ Warum sollt und wen sollt Ihr wählen. Katholische, christliche Frauen, Achtung! In: Reichspost, 26. Jg., Nr. 1 (1. Jänner 1919), S. 9.

6. Alma Motzko und der Wiener Gemeinderat

Dieses Kapitel analysiert die Entwicklung der Entstehung des Wiener Gemeinderates in der Ersten Republik. Außerdem wird beleuchtet, wie sich die Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts für Frauen auf die Besetzung des Gemeinderates auswirkte und welche Reaktionen es in der Öffentlichkeit hervorrief.

6.1 Die Entstehung des Gemeinderates in der Ersten Republik

Blickt man auf das Jahr 1918, ist es wichtig, neben den politischen Ereignissen, genauer gesagt der Übernahme der Gemeindeverwaltung durch die Sozialdemokratie, auch die wirtschaftliche Lage in Betracht zu ziehen. Wien erlebte zu dieser Zeit einen starken Wandel von der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt einer Großmacht hin zur Hauptstadt eines kleinen republikanischen Bundesstaates. Für die Stadt bedeutete das eine massive Änderung ihrer Stellung, denn das Verhältnis zwischen Stadt und Land verschob sich drastisch. Bei der Volkszählung 1910 hatte Wien 2,03 Millionen Einwohner*innen, die österreichische Reichshälfte 28,5 Millionen und die Länder der ungarischen Krone 20,8 Millionen. Insgesamt zählte Österreich-Ungarn demnach 51 Millionen Einwohner*innen. Bei der Volkszählung 1920 war das Bild ein anderes: Die Zahl der Einwohner*innen Wiens war auf 1,8 Millionen gesunken. Auffälliger ist jedoch die Anzahl des übrigen österreichischen Staatsgebiets: Hier verblieben lediglich 5,02 Millionen Einwohner*innen.²¹² Wien wurde in wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Grundlagen erschüttert, der Wirtschaftsraum Österreich-Ungarns wurde aufgelöst. Die ehemalige Residenzstadt wurde für nicht mehr überlebensfähig gehalten.²¹³ Der Hunger, die Lebensmittelknappheit, die hohe Sterblichkeitsrate²¹⁴, aber auch die Auflösung sozialer Hierarchien beschäftigten die Bevölkerung nach dem Kriegsende.²¹⁵

Ab Beginn des Ersten Weltkrieges bis 1916 setzten die Sitzungen des Gemeinderates aus, an ihre Stelle traten die Obmännerkonferenzen²¹⁶, die seit Juli 1914 durchgeführt wurden.

²¹² vgl. Franz *Patzner*, *Der Wiener Gemeinderat 1918–1934.*, S. 15.

²¹³ vgl. Wolfgang *Maderthaner*, *Zerrüttete Verhältnisse. Die Geburt des Neuen aus dem Geist der Desintegration.* In: Robert *Kriechbaumer*, Michaela *Maier*, Maria *Mesner*, Helmut *Wohnout*, *Die junge Republik: Österreich 1918/19* (Wien u.a. 2018), S. 14.

²¹⁴ vgl. ebd., S. 16.

²¹⁵ vgl. ebd., S. 13.

²¹⁶ Die Obmännerkonferenz wurde vom christlichsozialen Bürgermeister Richard Weiskirchner ins Leben gerufen. Vgl. Stefan *Leichtfried*, *Politische Eliten in der Monarchie am Beispiel der Wiener Obmännerkonferenz 1914-1918*(Dipl. Arb., Wien 2009), S. 3.

Auch nach 1916 wurden die wichtigsten Entscheidungen hier getroffen und nicht im Gemeinderat²¹⁷. Der christlichsoziale Bürgermeister Richard Weiskirchner zog in diese Konferenz alle Parteien mit ein²¹⁸, unter anderem die sozialdemokratische Opposition mit dem späteren Bürgermeister Jakob Reumann, sowie Ferdinand Skaret und Georg Emmerling. Die Obmännerkonferenz stellte in der Verfassung keine Institution dar, wodurch die Opposition Kontroll- und Mitwirkungsrechte erhielt. Die Forderungen der Sozialdemokratie nach dem Ende des Kurienwahlrechtes und der Einführung des allgemeinen Männer- und Frauenwahlrechtes nach dem Krieg, brachten Weiskirchner immer mehr in Bedrängnis.²¹⁹ Von 28. Juli 1914 bis 16. Dezember 1918 fanden 112 Sitzungen in dieser Konstellation statt. In einem der letzten Zusammentreffen, genauer gesagt in der 105. Sitzung der Obmännerkonferenz am 3. November 1918, stellte der sozialdemokratische Gemeinderat Skaret eine Anfrage an den christlichsozialen Bürgermeister Weiskirchner, ob er denn geplant habe in kommender Zeit eine Demokratisierung der Wiener Gemeindeverwaltung durchzuführen. Die Forderungen hinsichtlich einer Demokratisierung, kamen von der Sozialdemokratie und wurden bereits im Staatsrat angesprochen. Sie wollten Mitspracherecht bei den Fragen der Außenpolitik, bei der Gestaltung der konstituierenden Nationalversammlung, beim Arbeitsrecht, bei der Pressefreiheit und bei der zukünftigen Gemeindeordnung. Bürgermeister Weiskirchner erkannte die Zeichen der Zeit.²²⁰ Das um das Kriegsende herrschende Chaos in der Stadt zwang die Bevölkerung zu neuen Organisationsformen. Die gegründeten Gruppen, wie beispielsweise Arbeiterräte, gingen für ihre Forderungen auf die Straße. Ihr Aktionismus machte es für die Regierung notwendig zu handeln.²²¹ Die *Reichspost* berichtete, dass „durch den Eindruck der Vorgänge der letzten Tage“²²² der Weg zur Demokratisierung beschleunigt wurde. Durch die anstehenden Veränderungen würde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei *ohne Wahl* zu weiteren Manda-

²¹⁷ Die Obmännerkonferenz trat zwischen Juli 1914 und November 1918 zusammen. Vgl. Maren Seliger, Karl Ucakar, Wien. Politische Geschichte 1740–1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Bd. 2: 1896–1934 (Wien 1985), S. 981.

²¹⁸ Die Obmännerkonferenz bestand aus Mitgliedern des Verbandes der freiheitlich-bürgerlichen Partei, der Christlichsozialen Partei, der sozialdemokratischen Partei und der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates. Vgl. Leichtfried, Politische Eliten in der Monarchie, S. 1.

²¹⁹ Vgl. Alfred Pfoser, Das politische System. Die Obmännerkonferenz und der Gemeinderat. In: Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft m.b.H, Das Wiener Rathaus im Ersten Weltkrieg, online unter: < <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/das-politische-system-die-obmaennerkonferenz-und-der-gemeinderat>> (14. Juni 2019).

²²⁰ Vgl. Patzer, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 23.

²²¹ Vgl. Helmut Konrad, Das Rote Wien. Ein Konzept für eine moderne Großstadt? In: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaner, Das Werden der Ersten Republik- ...der Rest ist Österreich, Bd. 1 (Wien 2008), S. 228.

²²² Veränderungen in der Gemeindeverwaltung. In: Reichspost, 25. Jg., Nr. 523 (12. November 1918), S. 10.

ten gelangen, was die christlichsoziale Zeitung kritisch sah.²²³ Die sozialpolitischen Erfolge nach dem Krieg ließen sich durchaus in Verbindung mit der Existenz der neuen Organisationsformen sehen. Die Sozialdemokratie konnte aus dem revolutionären Handeln der Arbeiter*innen Zuspruch für ihre Partei schöpfen.²²⁴ Am 8. November 1918 kam Bürgermeister Weiskirchner auf die bevorstehende Demokratisierung des Gemeinderates zu sprechen.²²⁵

Bei der 107. Obmännerkonferenz am 11. November 1918 war es erneut die Sozialdemokratie, die endgültige Vorschläge zur Demokratisierung der Wiener Gemeindeverwaltung vorlegte, wobei es dieses Mal um die Aufteilung der Mandate ging. Hier war bereits von einem provisorischen Gemeinderat die Rede, welcher wie bisher 165 Mandate umfasste, diese jedoch anders aufgeteilt werden sollten: Bislang hatten die Christlichsozialen 82 Mandate, die Sozialdemokraten 60 und die Freiheitlich-Liberalen 23. Neu an der Forderung war jedoch, dass bei den Christlichsozialen und bei den Sozialdemokraten je 10, bei den Freiheitlich-Liberalen je vier Mandate an Frauen gehen sollten. Die genannten Vorschläge fanden den Zuspruch aller Parteien. Außerdem einigte sich die Obmännerkonferenz noch in derselben Woche diese Neuerung durchzuführen. Die endgültige Verteilung der Mandate war jedoch den Wahlen vorbehalten.²²⁶ Die Geschehnisse rund um die Demokratisierung und die Entstehung des provisorischen Gemeinderates erregte eine starke Aufmerksamkeit der Gesellschaft. Für die konkrete Umsetzung war noch die Zustimmung der einzelnen Parteiklubs notwendig.²²⁷ Die erste Gemeinderatssitzung nach der Ausrufung der Ersten Republik fand schließlich bereits am 13. November 1918 statt.²²⁸

Die öffentlich abgehaltene Sitzung gestaltete sich als relativ ruhig, lediglich die Stimmung im Publikum war aufgeregt. Innerhalb der Parteiklubs gab es Anspannungen, immerhin musste die Christlichsoziale Partei, sollte sie den Forderungen der Sozialdemokraten nach Frauen nachgehen, Mandate für Männer aufgeben, was auch mit Personen verbunden war.²²⁹ Nach langer Debatte stimmte der „Bürgerklub“ der Christlichsozialen Partei zu. Bürgermeister Weiskirchner berichtete im Klub, dass es, aufgrund der neuen Aufschlüsselung, für einige Politiker notwendig werden würde zurückzutreten.²³⁰ „Inzwischen sind

²²³ Vgl. Veränderungen in der Gemeindeverwaltung. In: Reichspost, 25. Jg., Nr. 523 (12. November 1918), S. 10.

²²⁴ Vgl. Konrad, *Das Rote Wien*, S. 228f.

²²⁵ Vgl. Patzer, *der Wiener Gemeinderat 1918–1934*, S. 23.

²²⁶ Vgl. ebd., S. 24.

²²⁷ Vgl. ebd., S. 24f.

²²⁸ Vgl. ebd. S. 26.

²²⁹ Vgl. ebd., S. 27.

²³⁰ Vgl. ebd., S. 28.

zahlreiche Mandate durch Tod und Verzicht erledigt worden“, berichtete die *Reichspost* daraufhin am 12. November 1918.²³¹

Die Obmännerkonferenz am 16. November 1918 stand im Zeichen der Mandatsverteilung. Die Christlichsozialen erhielten schlussendlich 84 der 165 Mandate, zwei mehr als von der Sozialdemokratie vorgeschlagen, die sozialdemokratische Partei erhielt 60, die deutsch-freiheitliche Partei 19 und die deutschnationale Partei zwei. Die ursprünglich zehn Mandate, welche die Christlichsozialen und die Sozialdemokratie an Frauen vergeben sollten, wurden auf fünf reduziert.²³² Der Konstituierung des provisorischen Gemeinderates, welche bis Ende November über die Bühne gehen sollte, stand nichts mehr im Weg²³³ und der alte Kuriengemeinderat tagte am 22. November 1918 das letzte Mal.²³⁴

Bevor der provisorische Gemeinderat nun endlich beschlossen werden konnte, mussten noch grundsätzliche Dinge besprochen werden, vor allem auch innerhalb der Parteien. Es ging beispielsweise darum die Nominierungen der einzelnen Gemeinderät*innen, Stadträt*innen zu klären.²³⁵ Nach vielem Hin und Her wurde bei der 110. Obmännerkonferenz am 27. November 1918 die Konstituierung des neuen provisorischen Gemeinderates für den 3. Dezember 1918 fixiert, ein wichtiges Ereignis für die Öffentlichkeit, wie man an den vollen Zuseher*innenrängen sehen konnte.²³⁶

Vor allem aber Frauen waren dort zu finden, „die Zeugen des denkwürdigen Tages für die Frauenwelt Wiens sein wollen“²³⁷, schrieb die *Gemeindezeitung* der *Reichspost*. Auch präsentierte sich verändert das Bild auf der Journalist*innenbühne, sendeten die Zeitungen doch größtenteils ihre weiblichen Mitarbeiterinnen zu dem historischen Ereignis.²³⁸ Für das Publikum würde nicht nur die neue Sitzaufteilung, die die Sozialdemokraten jetzt auf der linken Seite vorsah, gemeinsam mit den Demokraten und den Deutschnationalen, die Liberalen im Zentrum und die Christlichsozialen auf der rechten Seite des Saales, Aufsehen erregen, sondern vor allem das Auftreten der ersten weiblichen Gemeinderätinnen

²³¹ Vgl. Veränderungen in der Gemeindeverwaltung. In: *Reichspost*, 25. Jg., Nr. 523 (12. November 1918), S. 10.

²³² Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 28.

²³³ Vgl. ebd., S. 29.

²³⁴ Vgl. ebd., S. 30.

²³⁵ Vgl. ebd., S. 32.

²³⁶ Vgl. ebd., S. 33.

²³⁷ *Gemeindezeitung*. Die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates. In: *Reichspost*, 25. Jg., Nr. 559 (4. Dezember 1918), S. 6.

²³⁸ Vgl. ebd.

wurde gespannt erwartet. Entsprechend des üblichen Höflichkeitshabitus begrüßte der Bürgermeister zuerst die Frauen.²³⁹

Zu erwähnen ist auch die Tatsache, dass die Frauen in den ersten Reihen der Blöcke ihrer Parteien saßen und somit an vorderster Front zu finden waren.²⁴⁰

„[...] Die Frau hat ein Recht erworben, im Rate der Männer mitzureden. Kein Zweifel: Unsere Wiener Gemeinderätinnen werden mit Engelszungen reden, und sie werden sich Gehör zu verschaffen wissen. Sicher wären viele Sünden und Dummheiten in der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln nicht geschehen, wenn man das Gutachten von Frauen eingeholt hätte. Bürgermeister Dr. Weiskirchner zeigte sich gestern als galanter Hausherr. Bis $\frac{3}{4}$ 5 nachmittags lag der Rathaussaal im Dunkel. In dem Augenblick, da die erste Gemeinderätin- Gabriele Proft- auftauchte, flammten die Lampen auf und es wurde hell. In rascher Aufeinanderfolge traten dann in die Ratsstube die Frauen Anita Müller, Marie Schwarz, Emmy Freundlich, Amalie Seidel und Anna Boschek. [...] Es dauerte nicht lange, und es kamen die Frauen Adelheid Popp, Doktor Hildegard Burjan, Gabriele Walter, Dr. Alma Seitz, Aloisia Schirmer und Anna Strobl. [...] Man darf auf die erste Frauenrede gespannt sein. [...]“²⁴¹

Unter den Christlichsozialen nahmen die bekannten Leiterinnen der Katholischen Frauenbewegung folgendermaßen Platz: Hildegard Burjan und die Bürgerschuldirektorin Gabriele Walter in der ersten Reihe, hinter ihnen die Konsulentin im Fürsorgeministerium, Alma Seitz, Anna Strobl²⁴² und Aloisia Schirmer²⁴³.²⁴⁴ In der ersten Arbeitssitzung des provisorischen Gemeinderates am 11. Dezember 1918 standen die Reden der weiblichen Abgeordneten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Amalie Seidel von der Sozialdemokratischen Partei, „[...]die glücklich das Eis brach und in flotter Rede über den Wiener Straßenjammer sprach“²⁴⁵, hatte als erste Frau im Wiener Gemeinderat das Wort.²⁴⁶ In der Zeitung *Neues Wiener Journal* wurde der „Straßenjammer“ „Wiener Straßenpflege“²⁴⁷ genannt. Anschließend kam Emmy Freundlich. Doch den größten Eindruck in der Sitzung hinterließ die Sozialdemokratin Adelheid Popp, „[...] die in einer eindringlichen Rede

²³⁹ Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 34.

²⁴⁰ Vgl. Gemeindezeitung. Die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates. In: Reichspost, 25.Jg, Nr. 559 (4. Dezember 1918), S. 6.

²⁴¹ Illustriertes Wiener Extrablatt (4.12.1918). Zit. nach: *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 34.

²⁴² Anna Strobl war Lehrerin, Gründungsmitglied des „Christlichen Frauenbundes Österreich“ und Gemeinderätin für die Christlichsoziale Partei. Vgl. Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 3 (Böhlau 2016), S. 3222.

²⁴³ Aloisia Schirmer war für den Verein „Soziale Hilfe“ im Wiener Gemeinderat vertreten, 1920 wurde sie auch niederösterreichische Landtagsabgeordnete und 1921 Mitglied im Nationalrat. Sie zählte zu den bürgerlichen Pionierinnen der katholischen Frauenbewegung und war unter anderem Leiterin der Landsektionen der KFO. Vgl. Gabriella *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933 (Wien 1995), S. 308f.

²⁴⁴ Vgl. Gemeindezeitung. Die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates. In: Reichspost, 25.Jg, Nr. 559 (4. Dezember 1918), S. 6.

²⁴⁵ Wiener Gemeinderat. In: Arbeiter-Zeitung, 30.Jg, Nr. 339 (12. Dezember 1918), S.6.

²⁴⁶ Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 35f.

²⁴⁷ Vgl. Wiener Gemeinderat. In: Neues Wiener Journal, 26. Jg., Nr. 9020 (12. Dezember 1918), S. 8.

[...]“ die Stadt Wien ermahnte, die Lage der Hausgehilfinnen zu einer besseren, menschenwürdigeren zu ändern.²⁴⁸ Nach den drei Sozialdemokratinnen folgte eine Christlichsoziale: Hinsichtlich der Rede von Anna Strobl schrieb die *Arbeiter-Zeitung* lediglich von einer rückständigen Auffassung der Rednerin.²⁴⁹ Die Zeitung *Neues Wiener Journal*, die den Untertitel „Unparteiliches Tagblatt“ trug, berichtete ebenfalls von der „Meisterin der Rede“ Adelheid Popp, betonte jedoch, dass auch Anna Strobl es schaffte das Interesse ihrer Zuhörer*innen zu wecken: „[...] sie spricht laut mit scharfer Pointierung einzelner Wörter und Sätze“.²⁵⁰ Abhängig, ob Zeitungen eine Parteinähe aufwiesen, wurde unterschiedlich über die Rednerinnen berichtet.



Die neuen weiblichen Mitglieder des Wiener Gemeinderates.
 1 Emma Freundlich. — 2 Gabriele Walter. — 3 A. Strobl. — 4 M. Schirmer. — 5 Adelheid Popp. — 6 Amalie Seidel. —
 7 Anita Müller. — 8 Alma Seitz. — 9 Marie Schwarz. — 10 Anna Wolček. — 11 Hildegard Burjan.

Abb. 11: Die weiblichen Abgeordneten des provisorischen Wiener Gemeinderates²⁵¹

Alma Seitz ergriff in dieser ersten Sitzung nicht das Wort, es wurde sogar darüber berichtet, dass sie als einzige Frau zu spät kam: „Die zwölf Frauen, die bis auf Frau Dr. Seitz pünktlich zur Sitzung erschienen waren, folgen mit größter Aufmerksamkeit den Ausführungen der Redner [...]“.²⁵² Motzko war, wie auch andere für die CSP politisch engagierte

²⁴⁸ Vgl. Wiener Gemeinderat. In: *Arbeiter-Zeitung*, 30.Jg, Nr. 339 (12. Dezember 1918), S.6.

²⁴⁹ Man kann jedoch annehmen, dass die *Arbeiter-Zeitung* vor allem die sozialdemokratischen Rednerinnen in höheren Tönen lobt, immerhin trägt die Zeitung die Überschrift „Arbeiter-Zeitung. Sozialorgan der deutschen Sozialdemokratie in Österreich“. Vgl. Wiener Gemeinderat. In: *Arbeiter-Zeitung*, 30.Jg, Nr. 339 (12. Dezember 1918), S.6.

²⁵⁰ Vgl. Wiener Gemeinderat. In: *Neues Wiener Journal*, 26. Jg., Nr. 9020 (12. Dezember 1918), S. 8.

²⁵¹ *Österreichische Illustrierte Zeitung*, 28. Jg., Nr. 11 (15. Dezember 1918), S. 9.

²⁵² Vgl. ebd.

Frauen, in der KFO verwurzelt und konnte früh Kontakte zu wichtigen Politikern, wie Leopold Kunschak und Karl Lueger knüpfen. Bereits vor der Konstituierung des provisorischen Gemeinderates war sie kein Neuling in der Christlichsozialen Partei, denn in der Sitzung des „Weiteren Parteirates“²⁵³ der Wiener Christlichsozialen Mitte November 1918 wurden zur Ergänzung des aktuellen Wiener Gemeinderates weitere Personen aufgestellt. Dabei kamen unter anderem für die katholische Arbeiterinnen Hildegard Burjan und Aloisia Schirmer, für die Katholische Frauenorganisation Alma Seitz und für den Christlichen Frauenbund Direktorin Gabriele Walter und Anna Strobl hinzu.²⁵⁴ Beim vierten Parteitag der Wiener Christlichsozialen Partei Mitte Dezember 1918 wurde Alma Seitz, gemeinsam mit Hildegard Burjan und Gabriele Walter außerdem in den engeren Parteirat der Wiener CSP gewählt.²⁵⁵ Gerade dieses Aufsteigen in eine neue Positionen zeigt, dass Alma Seitz im engeren Kreise der Wiener Christlichsozialen Partei tätig war und es demnach schlüssig war, dass sie als eine der Frauen in den provisorischen Gemeinderat einzog. Es zeigte sich jedoch auch, dass die Männer-Partei aus dem Gebiet der bereits engagierten Frauen fischte, sei es aus dem Funktionskreis der KFO oder aus dem Christlichen Frauenbund.²⁵⁶ Man darf jedoch nicht vergessen, dass der provisorische Gemeinderat, wie auch der Name sagt, lediglich eine Not- und Übergangslösung darstellte und keinesfalls eine dauerhafte Einrichtung. Sein Zweck war vor allem das Schaffen von gesetzlichen Grundlagen, auf Grund derer die gesamte Gemeindevertretung auf eine neue, demokratische Basis gestellt werden konnte. Es war Zeit für eine Neuordnung des Gemeindestatutes und der Gemeindevahlordnung, immerhin war die letzte Reform, welche unter anderem eine Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte, ein neues Verfahren für die Bürgermeisterwahl und den Ausbau des Wahlkörpersystems beinhaltete, in den Jahren 1899/ 1900 unter Bürgermeister Lueger durchgeführt worden. Man bildete einen Reformausschuss, dessen Arbeit jedoch,

²⁵³ Im Jahr 1920 war der Parteirat für die Vorbereitung, aber auch für Entscheidungen bezüglich des Parteitages zuständig. Die Delegierten wurden, aufgrund des Verhältnisses der Stimmen bei der letzten Bundeswahl, aus den Landesorganisationen entsandt. Vgl. *Staudinger, Müller, Steininger*, Die Christlichsoziale Partei, S. 167. Man kann daher annehmen, dass sich der Parteirat 1918 mit ähnlichen Aufgaben befasste, demnach ein engerer Kreis der Christlichsozialen Partei war.

²⁵⁴ Vgl. Gemeindezeitung. In: Reichspost, 25. Jg., Nr. 543 (24. November 1918), S. 8.

²⁵⁵ Vgl. Vierter Parteitag der Wiener Christlichsozialen Partei. In: Reichspost, 25. Jg., Nr. 580 (16. Dezember 1918), S. 1f.

²⁵⁶ Der „Christliche Wiener Frauen-Bund“ wurde 1897 vereinsrechtlich konstituiert und erlangte innerhalb von fünf Jahren, parallel zum Aufstieg der Christlichsozialen Partei, einen Mitgliederstand von 20 000. Die Führung lag allein in Frauenhand, wenngleich Männer als Ehrenmitglieder, etc. Teil des Vereines waren. Der Frauenbund verfolgte keine eigenständigen politischen Forderungen, sondern hielt sich an dessen Vertreter*innen in den politischen Ebenen. Als Hauptaufgaben sah man das karitative Wirken, die Verbreitung christlicher Grundsätze und die Teilnahme am kirchlichen Leben. Vgl. Friedrich *Steinkellner*, Emanzipatorische Tendenzen im Christlichen Wiener Frauen- Bund und in der Katholischen Reichsfrauenorganisation Österreichs. In: Rudolf G. *Ardelt*, Wolfgang J.A. *Huber*, Anton *Staudinger*, Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl. Zum 60. Geburtstag (Wien 1985), S. 55–58.

aufgrund der bevorstehenden Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919, schleppend voranging.²⁵⁷ Ernste Beratungen zur Neuordnung der Verfassung und der Wahlreform Wiens fanden demnach erst nach der Wahl, Ende Februar, statt. Stadtrat Viktor Kienböck legte hierbei konkrete Anträge zur Entscheidung vor:²⁵⁸

- „1. Einführung des allgemeinen, gleich und direkten Wahlrechtes, ohne Unterschied des Geschlechtes, [...]
2. das aktive Wahlrecht wird mit 20, das passive mit 29 Jahren festgelegt;
3. die Seßhaftigkeit in Wien, die bisher eine der Voraussetzungen zur Wahlzulassung war, entfällt. [...]
4. die Mandatsdauer soll 5 Jahre betragen;
5. der Gemeinderat setzt sich aus 165 Mandaten zusammen;
6. die Wahl in den Gemeinderat erfolgt bezirkweise;
7. die Aufteilung der Mandatszahlen auf die einzelnen Bezirke erfolgt auf Grundlage der Wählerzahl, die bereits für die Wahl der Nationalversammlung ermittelt worden ist“

Immerhin wurde zwischen den Christlichsozialen und der Sozialdemokratie in den wichtigsten Punkten des Wahlreformvorschlages eine Einigung erzielt.²⁵⁹ Die genannten Punkte bereiteten den Weg zu allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlen auf Gemeindeebene. Jetzt war es Frauen gleich wie Männern, die vor dem 1. Jänner des Kalenderjahres der Wahlverlautbarung das 20. Lebensjahr überschritten, im Gemeindegebiet ihren ordentlichen Wohnsitz hatten und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen waren, erlaubt zu wählen. Diese Neuerungen bildeten wichtige Schritte der Geschichte der Demokratie in Wien und nachdem sie endlich beschlossen waren, startete der Wahlkampf in Wien.²⁶⁰ Als Termin für die erste Gemeinderatswahl nach demokratischen Prinzipien wurde der 4. Mai 1919 festgesetzt.²⁶¹

6.2 Die Gemeinderatswahlen vom 4. Mai 1919

1919 war das Jahr der Wahlen. Auf die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 folgte im Mai die Gemeinderatswahl für Wien. Doch vor allem erstere standen im Mittelpunkt der Öffentlichkeit und des Interesses der Menschen.²⁶² Die Einführung von Wahlzellen, „die so einzurichten sind, daß sie gegen Beobachtung des Vor-

²⁵⁷ Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 37.

²⁵⁸ Vgl. ebd., S. 39.

²⁵⁹ Vgl. ebd., S. 42.

²⁶⁰ Vgl. ebd., S. 43.

²⁶¹ Vgl. ebd., S.44.

²⁶² Vgl. ebd., S. 45.

ganges in der Zelle vollkommen schützen“²⁶³, um demnach die Wahl tatsächlich geheim durchführen zu können, war eine Neuerung. Überlegungen, womit eigentlich gewählt werden sollte, wurden auch für die Gemeinderat- und Landtagswahlen übernommen. Die Idee amtliche Stimmzettel mit aufgedruckten Parteilisten zu erstellen wurde jedoch fallen gelassen und jede Sprengelbehörde bekam die Aufgabe, unausgefüllte Stimmzettel für die Wähler*innen bereit zu halten. Eine Wahlpflicht wurde nicht festgesetzt.²⁶⁴

Es dauerte eine Zeit, bis der Gemeinderatswahlkampf in Schwung kam. Die Sozialdemokratie ruhte sich noch auf ihrem erfolgreichen Wahlsieg bei den Wahlen im Februar 1919 aus und den Christlichsozialen saß noch der Schock in den Knochen.²⁶⁵ Die CSP haderte nach dem Ende der Monarchie mit innerparteilichen Unstimmigkeiten. Auf der einen Seite standen die konservativ, noch am Kaiser orientierten Wiener Christlichsozialen, auf der anderen Seite die, vorwiegend bäuerlichen, föderalistischen Gruppen aus den Bundesländern.²⁶⁶ Die Christlichsoziale Partei bekam bei der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung 35,9% der Stimmen, die SDAP hingegen 40,8%.²⁶⁷ In Wien zeichnete sich ein folgendes Bild ab: Die SDAP erhielt 55,4% der Stimmen, die CSP nur 22,3% – die Bundeswahl machte die Bedeutung Wiens für die Sozialdemokratie deutlich.²⁶⁸ Neben den beiden großen Parteien gab es zahlreiche andere, die sich der Wahl stellen wollten: Insgesamt hatten sechs Interessensgruppen die Teilnahme angekündigt. Neu im Rennen waren unter anderem die Jüdischnationale Partei und die Partei der sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken.²⁶⁹

Am 2. April 1919 wurde letztendlich eine Stadtwahlbehörde konstituiert. Es wurde entschieden, dass die Wähler*innenlisten mit 10. April aufgelegt werden mussten. Mit diesem offiziellen Entschluss stand dem Wahlkampf nichts mehr im Wege.²⁷⁰ Die Christlichsoziale Partei veröffentlichte ihren Wahlaufuf am 8. April 1919 in der *Reichspost*. Auf ihren Gründer Karl Lueger begründet, forderten sie die Bevölkerung auf, „Frauen und Männer Ihres Vertrauens in die niederösterreichische Landesversammlung, den Wiener

²⁶³ Die Vorschläge für die Wiener Wahlreform. In: Arbeiter-Zeitung, 30. Jg., Nr. 244 (8. September 1918), S. 3.

²⁶⁴ Vgl. Die neue Gemeindewahlreform. In: Deutsches Volksblatt, 31. Jg, Nr.10831 (1. März 1919), S. 2.

²⁶⁵ Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 52.

²⁶⁶ Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 52.

²⁶⁷ Vgl. ebd., S. 72.

²⁶⁸ Vgl. ebd., S. 73.

²⁶⁹ Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 52.

²⁷⁰ Vgl. ebd., S. 51.

Gemeinderat [...] zu wählen.“²⁷¹ Das Wort „Wahlkampf“ war hinsichtlich der beiden Großparteien kein treffendes Wort, denn die Christlichsoziale und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei trafen für die Monate vor der Wahl die Vereinbarung, dass der Wahlkampf sachlich geführt werden sollte. Dies bedeutete, dass persönliche Angriffe, wie der persönlichen Ehre, des Privat-, Familien- und Berufslebens der Wahlwerber*innen, nicht erlaubt waren. Die Versammlungen der jeweils anderen Partei durften nicht gestört und nicht besucht werden. Man wollte die Freiheit der Meinungsäußerung gegenseitig hochhalten und ermahnte auch die Presse Sachlichkeit zu bewahren.²⁷² Wien wurde, wie auch vor der Wahl zur Nationalversammlung, zu einer „Plakatausstellung“ – zahlreiche Plakate füllten die Plakatwände Wiens. Visuelle Botschaften, die man auf den ersten Blick erkennen konnte, wurden federführend in der Gestaltung.²⁷³

²⁷¹ Vgl. Die neuen Wahlen. In: Reichspost, 26. Jg., Nr. 165 (8. April 1919), S. 3.

²⁷² Vgl. Patzer, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 56.

²⁷³ Vgl. Marianne Jobst-Rieder, Politische Plakate in Österreich im 20. Jahrhundert, Österreichische Nationalbibliothek, online unter: <https://www.onb.ac.at/koop-poster/projekte/Oesterr_Platatgeschichte.pdf> (16. Juni 2019), S. 6.



Abb. 12: Wahlplakat Demokratische Parteien, Gemeinderatswahl Wien 1919²⁷⁴; Abb. 13: Wahlplakat Christlichsoziale Partei, Wahl zur Konst. Nationalversammlung 1919²⁷⁵; Abb. 14: Wahlplakat Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Wahl zur Konst. Nationalversammlung 1919²⁷⁶

Diese drei Abbildungen zeigen Wahlplakate der Vereinigten demokratischen Partei, der Christlichsozialen Partei und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Das erste Plakat wurde für die Gemeinderatswahl 1919 entworfen. Es porträtiert eine ertrinkende Person, die durch einen Rettungsring mit der Aufschrift „Die vereinigten Demokratischen Parteien“ gerettet werden kann. Mit dem Text „Bürger! Rettet euch, wählt für Freiheit, Arbeit, Brot!“ forderte die Partei die Bürger zum Wählen auf, um sich selbst zu retten. Das Plakat der CSP stammte bereits von der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung. Der Satz „Wenn ihr den nicht wollt, so wählet christlichsozial“ deutete auf das Feindbild des Bolschewiken hin, der in seiner Hand eine Bombe hält. Die Verwendung von Selbst- und Feindbildern war für die CSP kennzeichnend.²⁷⁷ Nach dem Krieg organisierten sich „Russland- Heimkehrer“ in Truppen, genannt „Rote Garde“ und zogen bewaffnet durch die Stadt, dieser Bolschewismus hielt noch bis zum Sommer 1919 an.²⁷⁸ Die CSP deutete vermutlich darauf hin. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wählte für ihr Wahlplakat zur Konstituierenden Nationalversammlung den Spruch „Die Toten rufen! Sind wir um-

²⁷⁴ Ernst Ludwig Franke, Vereinigte demokratische Parteien Wiens, Wahlplakat „Bürger! rettet euch, wählt für Freiheit, Arbeit, Brot!“, Gemeinderatswahl 1919. Bildarchiv Austria, Österreichische Nationalbibliothek, online unter: < https://www.bildarchiv.austria.at/Pages/ImageDetail.aspx?p_iBildID=15827819> (13. Juni 2016).

²⁷⁵ Eine niederträchtige Schurkerei. In: Deutsches Volksblatt, 31. Jg., Nr. 10817 (15. Februar 1919), S. 3.

²⁷⁶ Georg Karau, Wahlplakat Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 1919. Projekt „Kampf der Symbole“, Österreichische Akademie der Wissenschaften, online unter: < https://www.oeaw.ac.at/cmc/kds/parteien_detail.php?id=1602033&path=1602033&choose=f&list=Sozialdemokratische%20Arbeiterpartei> (13. Juni 2019).

²⁷⁷ Vgl. Jobst-Rieder, Politische Plakate, S. 6.

²⁷⁸ Vgl. Maderthaner, Zerrüttete Verhältnisse, S. 18.

sonst gestorben? Wählt die Sozialdemokraten, die zur Freiheit führen!“. Ihre Illustration zeigt Skelette, ehemalige Soldaten, mit einer Trommel in ihren Händen. Das Elend der Nachkriegszeit wurde auf den Plakaten deutlich sichtbar gemacht, wie durch „Die Toten rufen!“.²⁷⁹ Frauen wurden auf diesen Plakaten weder abgebildet noch angesprochen. Ein weiteres Plakat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sprach die Frau als Mutter an (siehe Abb. 15) die an ihre toten Söhne denken sollte. Frauen wurden hier als Mütter aufgefordert ihre Stimme für die Sozialdemokratie abzugeben, um einen erneuten Krieg zu verhindern.



Abb. 15, links: Wahlplakat Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Wahl zur Konst. Nationalversammlung, 1919²⁸⁰

Eine der markantesten und weitreichendsten Reformen, welche von der Wahl zur Nationalversammlung übernommen wurde, war die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, ohne Unterschied des Geschlechtes, demnach das Recht für Frauen wählen, aber auch sich in der Politik engagieren zu können. Wie auch die Zeitung *Die Frau*²⁸¹ schreibt, fanden diese Gemeinderatswahlen nun „auf Grund eines wirklich allgemeinen Wahlrechts statt“²⁸², denn „zum erstenmal war es der weiblichen Bevölkerung ermöglicht, den lang erstrebten Einfluß auf die Führung und Gestaltung des Gemeindehaushaltes auszuüben.“²⁸³ Den Frauen war es demnach nicht nur wichtig und möglich auf einer Wahlkarte mitbestimmen zu können, sondern auch ihre Ansichten in die Gemeindegremien einzubringen.

²⁷⁹ Vgl. Jobst-Rieder, Politische Plakate, S. 7.

²⁸⁰ Georg Karau, Wahlplakat Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 1919. Projekt „Kampf der Symbole“, Österreichische Akademie der Wissenschaften, online unter: <https://www.oeaw.ac.at/cmc/kds/parteien_detail.php?id=1602034&path=1602034&choose=f&list=Sozialdemokratische%20Arbeiterpartei> (13. Juni 2019).

²⁸¹ Die Zeitung *Die Frau* existierte von 1919 bis 1921, erschien wöchentlich und stand unter der redaktionellen Leitung von Otilie Krautmann. Krautmann war Kassierin und Vorstandsmitglied der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs (Rohö). Vgl. Die Frau, online unter: <http://anno.onb.ac.at/info/die_info.htm>; Otilie Krautmann, online unter: <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=20022659> (beides 13. Juni 2019).

²⁸² Epilog zu den Wahlen. In: *Die Frau*, 1. Jg., Nr. 37 (7. Mai 1919), S. 1.

²⁸³ ebd., S. 1.

Doch trotz der Tatsache, dass nun auch die weibliche Bevölkerung zur Wahlurne schreiten durfte, zeichnete sich ein deutliches Merkmal dieser Wahl ab: die geringe Wahlbeteiligung. Gaben bei den Wahlen zur Nationalversammlung 82% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, waren es bei den Wahlen zum Gemeinderat lediglich 60,7%.²⁸⁴ Natürlich muss man diese beiden Ergebnisse im Verhältnis betrachten: Die eine Wahl betraf die Bevölkerung Österreichs, die andere die Wiener*innen. In Zahlen heißt das konkret, dass die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bei der Nationalversammlungswahl 523 256 Stimmen in Wien zählte, bei der Gemeinderatswahl 368 230. Die Christlichsoziale Partei erreichte bei der Wahl im Februar 210 600 Stimmen der Wiener Bevölkerung, bei der Wahl im Mai 183 923.²⁸⁵

Noch im Jahre 1917 hatten Vertreter der katholischen Kirche das Frauenwahlrecht entschieden abgelehnt – doch nun, ein Jahr später, profitierte vor allem die Christlichsoziale Partei davon – die Mehrheit der Wiener christlichsozialen Stimmen stammte von der weiblichen Bevölkerung.²⁸⁶ Trotzdem erhielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 54,1% der Stimmen. Für die Verteilung der 165 zur Verfügung stehenden Mandate im Gemeinderat bedeutete das: 100 Mandate an Sozialdemokratie, 50 an die Christlichsozialen, 8 an die Partei der sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken, je 2 Mandate an die Deutschnationalen und an die bürgerlichen Demokraten und 3 an die Jüdischnationale Partei.²⁸⁷ Für die Christlichsozialen war das Ergebnis keine große Niederlage, die *Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung* schreibt eher davon, dass die Sozialdemokratie einen großen Verlust zu verkraften hatten, immerhin büßten sie in Wien, zwischen Konstituierender Nationalversammlung und Gemeinderatswahl, in etwa 150 000 ihrer Stimmen ein. Die CSP hingegen verlor lediglich gerundet 26 000, denn „die Christlichsoziale Partei ist nicht zu entwurzeln“.²⁸⁸

Aufgrund des Verhältniswahlrechtes und des Wahlergebnisses wurden die Spitzenfunktionen in der Gemeinde mit Parteiangehörigen der SDAP besetzt. Zur Verfügung stand das Amt des Bürgermeisters, zwei von drei Vizebürgermeistern und 19 Positionen als Stadt-

²⁸⁴ Vgl. Epilog zu den Wahlen. In: *Die Frau*, 1. Jg., Nr. 37 (7. Mai 1919), S. 1.

²⁸⁵ Vgl. Die Wahlen vom 4. Mai. In: *Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung*, 24. Jg., Nr. 19 (10. Mai 1919), S. 1.

²⁸⁶ Vgl. Ernst *Hanisch*, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918- 1933 (Wien 1995), S. 447.

²⁸⁷ Vgl. *Patzer*, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 62.

²⁸⁸ Vgl. Die Wahlen vom 4. Mai. In: *Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung*, 24. Jg., Nr. 19 (10. Mai 1919), S. 1.

rät*innen. Bürgermeister wurde Jakob Reumann, Vizebürgermeister wurden Georg Emmerling und Max Winter. Unter den Stadträt*innen war eine Frau, Amalie Seidel, zu finden. Die Christlichsozialen hatten einen Vizebürgermeister und zehn Stadträt*innen zu stellen. Franz Hoß wurde der dritte Vizebürgermeister und für den Stadtrat wurde hier, wie auch bei der SDAP, eine Frau ernannt: Alma Seitz.²⁸⁹

Der Frauenanteil des ersten demokratisch gewählten Wiener Gemeinderates war: zwei Stadträtinnen, 22 Gemeinderätinnen, 16 davon gehörten zu der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sechs zur Christlichsozialen. Eine wichtige Rolle bei der Wahl spielten die einzelnen Bezirke. Jeder Bezirk der Stadt Wien, mit Ausnahme von Wieden, Simmering und Hernals, entsendete mindestens einen weiblichen Gemeinderat in das Gremium. Die Bezirke Landstraße, Ottakring und Währing hatten sogar je zwei Mandatarinnen, wovon jeweils eine davon eine Sozialdemokratin und eine eine Christlichsoziale war. Die Ausnahme bildete Hietzing, hier wurden zwei Sozialdemokratinnen gewählt. Sieht man sich die Aufteilung im bisher gültigen provisorischen Gemeinderat an, kann man eine Steigerung in der Zahl der Frauen im demokratisch gewählten Gemeinderat erkennen.²⁹⁰ Alma Seitz kandidierte für den fünften Wiener Wahlkreis, auch genannt Wahlkreis Südost, welcher sich aus den Bezirken Margareten, Favoriten und Simmering zusammensetzte. Dort stand sie an dritter Stelle.²⁹¹ Im demokratisch gewählten Gemeinderat waren sechs Parteien vertreten, in zwei Parteien, SDAP und CSP, gab es Mandatarinnen, in den vier anderen Parteien nicht.

Am 22. Mai 1919 fand die konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Im Rathaus, so wurde berichtet, machte sich an diesem Tag eine unruhige Stimmung breit: „[...]auf den weitläufigen Gängen und Stiegen ein lebhaftes Hin und Her, neue Gemeinderäte im dunklen Rock, [...]Zuschauer, [...] geschäftige Beamte, eilige Stenographen und Magistratsdiener in unveränderter Gemächlichkeit“²⁹². Die neuen Gemeinderät*innen, welche durch ihre jeweilige Parteiblume geschmückt waren, fanden sich in den Räumlichkeiten, in welchen sie in Zukunft viel Zeit verbringen sollten, noch nicht sonderlich zu recht. Auch die Zuschauer*innen suchten den Weg zur Galerie, um dem geschichtsträchtigen Ereignis beizuwohnen. Nachdem das „Ereignis des Tages“ vor allem ein „Parteiereig-

²⁸⁹ Vgl. Der sozialdemokratische Gemeinderat. Konstituierende Sitzung der neuen Gemeindevertretung. In: Arbeiter-Zeitung, 31. Jg., Nr. 141 (23. Mai 1919), S. 5f.

²⁹⁰ Vgl. Patzer, der Wiener Gemeinderat 1918–1934, S. 69.

²⁹¹ Vgl. Wiener Neueste Nachrichten (13. Jänner 1919), S. 2.

²⁹² Die Eröffnungssitzung des Wiener Gemeinderates. In: Neue Freie Presse, Nr. 19664 (23. Mai 1919), S. 8.

nis“ war, handelte es sich beim Publikum, laut *Neue Freie Presse*, um Parteifreund*innen und Angehörige der SDAP.²⁹³ Als erste Partei betrat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei den Sitzungssaal, im Knopfloch eine rote Nelke und nahmen anschließend auf der linken Seite ihre Plätze ein. Mit einer weißen Nelke geschmückt folgte darauf die Christlichsoziale Partei, welche ihre Sitze auf der rechten Seite des Saales hatte. Auch die anderen Parteien erschienen mit Kennzeichnungen: Die Tschechen trugen eine rote Nelke, und ein Abzeichen des tschechischen roten Herzens, die Jüdischnationalen wiederum ein blauweißes Abzeichen und die Deutschnationalen eine Kornblume.²⁹⁴ Das Aufsehererregende stellte ohne Zweifel die große Zahl an weiblichen Abgeordneten dar. Es handelte sich um ältere, grau- und weißhaarige, aber auch jüngere Frauen. Bei den Männern herrschte keine derartige Bandbreite vor. Die jüngsten Jahrgänge waren spärlich vertreten, die neuen Gemeinderäte waren meist Männer in mittleren Jahren, aus dem Kleinbürger- und Arbeiterstande, aber auch einige Beamten-, Lehrer- und Professorenköpfe. Es handelte sich mehr um neue als um bekannte Gesichter im Sitzungssaale – so charakterisierte die *Neue Freie Presse* die neue Stadtvertretung.²⁹⁵

Bürgermeister Reumann eröffnete die Sitzung und erklärte, dass der Gemeinderat nun auf Grund legaler Wahlen zusammentritt und das bisherige Provisorium ein Ende gefunden hat. „Ich begrüße besonders die Frauen, die als Gleiche unter Gleichen durch den Willen der Bevölkerung hier in dem Saale, der für sie viel zu lange verschlossen blieb, Sitz und Stimme haben“, betonte Reumann zu Beginn. Die Stadtwahlbehörde hat die Wahl vom 4. Mai geprüft und die gewählten Gemeinderatsmitglieder haben ihre Annahmeerklärungen abgegeben, womit die offizielle Konstituierung des Gemeinderates erfolgte. Bei der anschließenden Wahl des Bürgermeisters wurde Reumann mit 110 Stimmen gewählt, 52 Stimmzettel waren leer. „[...] als Vertreter der Arbeiterschaft, die jahrzehntelang rechtlos und nur ein Objekt der Verwaltung war“, zählte der neue Bürgermeister auf, was die Pläne der Sozialdemokratie für die kommende Zeit waren: Die Schulen, die Kinder- und Jugendfürsorgeeinrichtungen bedurften eines Ausbaus, Wien musste den alten Rang als Mittelpunkt von „deutscher“ Wissenschaft und Kunst behaupten und gleichzeitig ein Ort der

²⁹³ Vgl. Die Eröffnungssitzung des Wiener Gemeinderates. In: *Neue Freie Presse*, Nr. 19664 (23. Mai 1919), S. 8.

²⁹⁴ Vgl. Bürgermeisterwahl in Wien. In: *Illustrierte Kronen Zeitung*, 20. Jg., Nr. 6964 (23. Mai 1919), S. 2.

²⁹⁵ Vgl. Die Eröffnungssitzung des Wiener Gemeinderates. In: *Neue Freie Presse*, Nr. 19664 (23. Mai 1919), S. 8.

Schaffensfreude und der Arbeit sein.²⁹⁶ Die neue Partei an der Spitze der Gemeinde Wien hatte sich für die kommende Zeit viel vorgenommen, gerade nach Jahren des Krieges mussten sie versuchen in unterschiedlichsten Bereichen tätig zu werden, doch vor allem die Ordnung der Finanzen und der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens standen ganz oben.²⁹⁷

Mit der Gründung des Gemeinderates kam es auch zur Formation der Ausschüsse innerhalb des genannten Gremiums. Alma Motzko war von 1920 bis 1934 im Wohlfahrtsausschuss vertreten. Die genaue Bezeichnung veränderte sich im Laufe der Jahre: 1920 noch „Ausschuß für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge“, wurde er 1921 mit dem Zusatz „[...] und Gesundheitswesen“ ergänzt. 1928 lautete der genaue Name „Ausschuß für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung“, bis er dann 1934 lediglich „Gemeinderatsausschuß III“ genannt wurde.²⁹⁸ Die Jugendfürsorge erlebte in der Regierungszeit der Sozialdemokratie durch Stadtrat Julius Tandler eine Reformierung. War sie zuvor vor allem dem Bereich der Armenpflege, die keine Unterscheidung zwischen Kinder, Jugendlichen oder Erwachsenen machte, angesiedelt,²⁹⁹ so erlebte sie im „Roten Wien“ eine Kommunalisierung und Institutionalisierung. 1921 wurde das Wiener Wohlfahrtsamt gegründet.³⁰⁰ Mütter-, Ehe- und Familienberatungsstellen und die Erziehung durch geschulte Fürsorgerinnen waren für Tandler unter anderem Faktoren für eine gelingende Jugendfürsorge³⁰¹, denn die „Jugendfürsorge geht alle an. Sie ist und bleibt das einzige Mittel, unser Volk am Leben zu erhalten.“³⁰²

²⁹⁶Vgl. Der sozialdemokratische Gemeinderat. Konstituierende Sitzung der neuen Gemeindevertretung. In: Arbeiter-Zeitung, 31. Jg., Nr. 141 (23. Mai 1919), S. 6.

²⁹⁷Vgl. Der sozialdemokratische Gemeinderat. Konstituierende Sitzung der neuen Gemeindevertretung. In: Arbeiter-Zeitung, 31. Jg., Nr. 141 (23. Mai 1919), S. 5.

²⁹⁸ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1920–1934, Inhaltsverzeichnisse.

²⁹⁹ Vgl. Gudrun *Wolfgruber*, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit. Wiener Jugendwohlfahrt im 20. Jahrhundert (Wien 2013), S. 18.

³⁰⁰ Vgl. ebd., S. 29.

³⁰¹ Vgl. ebd., S. 31.

³⁰² Prof. Dr. Julius *Tandler*, Wohltätigkeit oder Fürsorge? (Wiener sozialdemokratische Bücherei; Wien 1925), S. 15.

6.3 Die Kommission für Frauenfragen und dessen Konsulentin Alma Seitz

Die mit dem Kriegsbeginn und der Einberufung zahlreicher Männer in den Kriegsdienst³⁰³ entstandenen Arbeitskräftemängel forderten unter anderem das Heranziehen von Frauen und Jugendlichen in diverse Arbeitsbereiche.³⁰⁴ Noch während des Krieges gab es von verschiedenen Frauenorganisationen Bestrebungen ein Schutzamt für Frauen einzurichten. Unter der Leitung des Allgemeinen Österreichischen Frauenvereines richteten Wiener Frauenvereine eine Petition an die Regierung. Sie verlangten neben Beschwerdekommis- sionen auch ein Schutzamt für Frauen einzurichten. Verschiedene Frauenorganisationen, Frauengewerkschaften, Gewerbeinspektorinnen und Ärztinnen sollten diesem Amt für Beratungen zur Verfügung stehen. .³⁰⁵

Auch am Christlich-deutschen Frauentag³⁰⁶ Anfang Dezember 1917 wurde ein derartiges Amt gefordert. Zu dieser Zeit stand gerade die Errichtung eines Ministeriums für soziale Fürsorge im Raum, der Bund der österreichischen Frauenvereine, die ROHÖ, die KRFO und der Verein „Soziale Hilfe“ legten etwa zehn Tage nach dem Frauentag eine Eingabe an Minister Viktor Mataja vor, dass dem neuen Ministerium ein „Frauenamt“ angeschlos- sen werden sollte. Außerdem verfassten sie einen Entwurf über die Struktur dieses Amtes: 14 verschiedene, in acht Referate eingeteilte Materien. Der Vorschlag war für den Minis- ter zu umfassend und wurde aus administrativen und budgetären Gründen nicht ange- nommen.³⁰⁷ Der Kampf ging weiter. In der Präsidiumssitzung des Ministeriums für soziale Fürsorge³⁰⁸ am 23. Jänner 1918 wurde die Einsetzung einer Kommission für Frauenarbeit im Ministerium für soziale Fürsorge beschlossen, welche aus zehn bis 12 ehrenamtlich tätigen Frauen bestehen sollte. Die Frauen, die einen Sitz darin haben sollten, wurden von Minister Mataja, auf Vorschlag der großen Frauenorganisationen, ernannt.³⁰⁹ Die Reichs-

³⁰³ Bis 31. März 1918 waren es in Österreich ca. 4,36 Millionen Männer, die Kriegsdienst leisteten. Vgl. Edith *Rigler*, *Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich. Vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg* (Wien 1976), S. 82.

³⁰⁴ Vgl. ebd., S. 82.

³⁰⁵ Vgl. *Kleine Chronik*. In: *Arbeiterinnen-Zeitung*, 26. Jg., Nr. 18 (4. September 1917), S. 7.

³⁰⁶ Organisiert wurde der Christlich-deutsche Frauentag von den großen christlichen Frauenorganisationen, die ihre Hauptleitung in Wien hatten: die Katholische Reichsfrauenorganisation, die KFO Niederösterreich, der Christliche Frauenbund, der Verein „Soziale Hilfe“ und der Verband deutscher Hausfrauen. Vgl. *Frauenzeitung*. Der Christlich-deutsche Frauentag. In: *Wiener Neueste Nachrichten*, 24. Jg., Nr. 49 (3. Dezember 1917), S. 7.

³⁰⁷ Vgl. *Kronthaler*, *Die Frauenfrage als treibende Kraft*, S. 104.

³⁰⁸ Das „Ministerium für soziale Fürsorge“ wurde 1916 gegründet. Es vereinte die Aufgaben der Jugendfürsorge, der Kriegsofopferfürsorge, der Sozialgesetzgebung, der Sozialversicherung und das Gesundheitswesen in sich. Vgl. *Wolfguber*, *Von der Fürsorge zur Sozialarbeit*, S. 21f.

³⁰⁹ Vgl. *Kronthaler*, *Die Frauenfrage als treibende Kraft*, S. 105.

Organisation der Hausfrauen Österreichs, die Zentralstelle für weibliche Berufsberatung, die Katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs, der Verein „Soziale Hilfe“, der Christliche Frauenbund Österreichs, eine Abgeordnete der ständigen Delegation der gewerkschaftlichen Angestellten-Organisation Österreichs, die Gewerkschaftskommission Österreichs, die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission und der tschechisch bürgerlich-christliche Frauenverein „Zenský výrobný spolek' český“ nominierten jeweils drei Delegierte, aus denen das Ministerium eine Person auswählen konnte. Die tschechische Gewerkschaftskommission und der bürgerlich-christliche tschechische Frauenverein nahmen an keiner Sitzung teil. Andere Gruppierungen reklamierten sich wiederum selbst in die Kommission. So die Reichsorganisation für Hebammen, die Fachorganisation der geschulten Krankenpflegerinnen, Fürsorgerinnen und verwandte Berufe Österreichs, der deutsche Arbeitnehmerverband und der AÖFV.³¹⁰ Eine Kommission ist immer ein mit einer bestimmten Aufgabe betrautes Gremium³¹¹. In diesem Falle waren es die Fragen, Anliegen oder aber auch Probleme der erwerbstätigen Frauen und alles, was damit im Zusammenhang stand. Entschieden wurde in dieser Kommission nicht, denn sie sollte vor allem beraten und begutachten, besonders im Hinblick auf Erlässe des Ministeriums. Eine weitere Errungenschaft war das Einstellen zweier Frauen, die für ihre Arbeit für die Kommission auch bezahlt wurden. Zu den Konsulentinnen, welche die Referate für die Kommission vorbereiten und anschließend auch vortragen sollten, wurden Alma Seitz von der KFO Niederösterreich und Hedwig Lemberger, Sekretärin der Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge, ernannt.³¹²

Am 27. April 1918 fand die erste Sitzung der neuen Kommission für Frauenarbeit statt. Minister Mataja hatte den Vorsitz und „gab in seiner Begrüßungsansprache der Erwartung Ausdruck, daß die Kommission eine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle der arbeitenden Frauen entfalten werde.“³¹³ Die Zusammensetzung der Kommission stellte ein buntes Bild dar: Frauenbewegungen aus sozialdemokratischer, liberaler und katholischer Richtung. Es bildeten sich aus der Kommission heraus mehrere Komitees, wie beispielsweise das Komitee, welchem auch die Leiter der sozialen Frauenschulen und zuständige Fachleute an-

³¹⁰ Vgl. Verena *Rauch*, Arbeitsmarktpolitik und die Erste Frauenbewegung in Österreich 1916 bis 1920 (Dipl. Arb., Wien 2013), S. 60.

³¹¹ Vgl. Definition Kommission, online unter < <https://www.duden.de/rechtschreibung/Kommission> > (27. Februar 2019).

³¹² Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 105.

³¹³ Soziales. Frauenarbeit. In: Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung, 23. Jg., Nr. 19 (11. Mai 1918), S. 5.

gehörten. Die Führung dieses Komitees oblag Hildegard Burjan, die für den Verein „Soziale Hilfe“³¹⁴ Mitglied der Kommission war.³¹⁵

Bereits in der ersten Sitzung kamen beide Konsulentinnen zur Sprache. Hedwig Lemberger berichtete über die Einführung von Betriebspflegerinnen und die Arbeitsgebiete dieser „neu zu bestellenden Fürsorgeorgane“.³¹⁶ Alma Seitz referierte hingegen über das zentrale Anliegen, das diese Kommission während ihres Bestehens verfolgte: den Abbau der Frauenarbeit in der Zeit der Übergangswirtschaft. Dabei ging es vor allem darum, die Frauen, nach Friedensschluss, „aus jenen Beschäftigungen abzudrängen, in welche sie unter Gefährdung ihrer Gesundheit während Kriegszeit Eingang gefunden haben.“ Auch weitere Themen, wie das Verbot der Nacharbeit, der Einschränkung von jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften in gesundheitsgefährdenden Bereichen, der Reduzierung des Arbeitstages auf zehn Stunden, aber auch speziell die Verschärfung des gesetzlichen Arbeiterrinnenschutzes, wurden im Vortrag von Alma Seitz angesprochen.³¹⁷ Es wurde ersichtlich, worauf die Kommission für Frauenarbeit eigentlich hinauswollte: die Frauenarbeit auf „natürlichem“ Wege einzuschränken, um den Männern ihre Arbeitsplätze zurückgeben zu können.³¹⁸

Es zeigte sich, dass sich an der Einstellung gegenüber Frauenerwerbsarbeit im Laufe des Krieges wenig änderte. Obwohl Frauen in nahezu jeder Berufssparte vertreten waren, wurden sie häufig als Ausnahme betrachtet – als Übergangslösung sozusagen. Der Großteil der Frauenvereine sah die Arbeit der Frau nach dem Krieg als getan an, die Arbeitsplätze sollten wieder an die Männer gehen.³¹⁹ Alma Seitz regte als weitere Maßnahme „im Interesse der entlassenen weiblichen Arbeitskräfte [...] die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der Arbeitsvermittlung an“.³²⁰ Nachdem das Arbeitsplatzangebot nicht groß war, stellte sich die Arbeitsvermittlung als äußerst schwierig dar, außerdem sah das Amt für soziale Fürsorge die Frauen vor allem im hauswirtschaftlichen Dienst unter-

³¹⁴ Der Verein „Soziale Hilfe“ bestand von 1918 bis 1920 und dessen Präsidentin war Hildegard Burjan. Die Hauptanliegen waren u.a. die Berufsinteressenvertretung der katholischen Arbeiterinnen, online unter: <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675538> (16. April 2019).

³¹⁵ Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 106.

³¹⁶ Aus der Kommission für Frauenarbeit. In: Vereinsblatt. Organ des Vereines der Heim- und Hausarbeiterinnen, 6. Jg., Nr. 5 (15. Mai 1918), S. 3.

³¹⁷ Aus der Kommission für Frauenarbeit. In: Vereinsblatt. Organ des Vereines der Heim- und Hausarbeiterinnen, 6. Jg., Nr. 5 (15. Mai 1918), S. 3.

³¹⁸ Vgl. *Andrea Lösch*, Probleme der Frauenarbeit in Österreich 1918–1920. Sozialpolitische Maßnahmen zur Ausgliederung von Frauen aus der Erwerbsarbeit (Dipl. Arb., Wien 1986), S. 28.

³¹⁹ Vgl. *Andrea Lösch*, „Die Frau hat ihre Schuldigkeit getan...“. Staatliche Verdrängungspolitik gegenüber erwerbstätigen Frauen. In: *Erna Appelt*, *Andrea Lösch*, *Edith Probst*, Stille Reserve? Erwerbslose Frauen in Österreich (Wien 1987), S. 108.

³²⁰ Vgl. *Lösch*, Probleme der Frauenarbeit in Österreich 1918–1920, S. 28.

gebracht.³²¹ Dass die Bemühungen den erwerbstätigen Frauen auch nach dem Krieg sichere Arbeitsverhältnisse zu bieten kleiner waren als die Bestrebungen sie in den häuslichen Dienst, in ihre Familie, in ihr Heim zurückzudrängen, gibt klare Auskunft über den Stellenwert der Frauenerwerbsarbeit Anfang der Ersten Republik. Das Amt für soziale Fürsorge gab an die öffentlichen Arbeitsnachweisstellen den Auftrag, Frauen lediglich dann einzustellen, wenn sich keine geeigneten Männer dafür finden.³²² Das Wohl der Frauen, der Arbeiterinnenschutz, die Arbeitsvermittlungsstellen, das Nachtarbeitsverbot, etc. war lediglich ein Vorwand, um Arbeitsplätze für die Kriegsheimkehrer freizumachen.

6.4 Die Christlichsoziale Partei im Kontext des Politischen Katholizismus

Bei der Entstehung der Christlichsozialen Partei spielte um 1890 Karl Freiherr von Vogelsang eine tragende Rolle: Um ihn bildeten sich in Wien verschiedene politische, kirchennahe Vereine. Sie alle gingen davon aus, die soziale Lage des Kleinbürgertums durch Sozialreformen, die ethisch- religiös begründet waren, verbessern zu können.³²³ Für Vogelsang, welcher aus Norddeutschland stammte und in Wien als Redakteur der konservativen Zeitung *Das Vaterland* tätig war, war es notwendig dafür eine berufsständische Ordnung einzuführen. Seine Ideen beschränkten sich jedoch vor allem auf einen kleinen Kreis, wie dem hohen Adel.³²⁴

Der Durchbruch der Christlichsozialen zu einer Volksbewegung wurde unter Karl Lueger vollzogen. Lueger wurde sozusagen „der erste Organisator einer modernen Massenpartei in Österreich“³²⁵, er führte die politischen, der Kirche nahestehenden Vereine zu einer Bewegung zusammen.³²⁶

Bei den Reichsratswahlen 1891 feierte die christlichsoziale Bewegung den Einzug Luegers mit zwölf weiteren Personen ins Abgeordnetenhaus. Lueger sprach im Juli 1891 von

³²¹ Vgl. *Lösch*, „Die Frau hat ihre Schuldigkeit getan...“, S. 111.

³²² Vgl. ebd., S. 112.

³²³ Vgl. *Staudinger*, Christlichsoziale Partei. In: *Weinzierl, Skalnik*, Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, S. 249.

³²⁴ Vgl. *Adam Wandruszka*, Das christlichsozial-konservative Lager. In: *Heinrich Benedikt* (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1977), S. 306.

³²⁵ Vgl. ebd., S. 307.

³²⁶ *Staudinger, Müller, Steininger*, Die Christlichsoziale Partei. In: *Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, S. 160.

einer „Christlichsozialen Partei“, die jedoch von einer inneren Einigkeit und einer Organisation noch weit entfernt war.³²⁷

1897 übernahm die „Christlichsoziale Partei“ die Wiener Kommunalpolitik, die liberale Mehrheit im Rathaus wurde beendet und Karl Lueger wurde Bürgermeister.³²⁸ Errungenschaften seiner Ära³²⁹ waren unter anderem die Erbauung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die Errichtung von über 60 Schulen und der zweiten Wiener Hochquellenleitung, die Einführung einer städtischen Krankenkasse sowie eines städtischen Arbeitsvermittlungsamtes und die Schaffung einer Versorgungsanstalt für arme Menschen.³³⁰ Prägend für die Christlichsozialen zu dieser Zeit war der herrschende Antisemitismus, welcher auch Jahre später bei den christlichsozialen Politiker*innen noch spürbar war.³³¹

Im Jahr 1907 erlebte die Christlichsoziale Partei nicht nur einen erneuten politischen Erfolg, sondern auch eine Wandlung. Bei den Wahlen im genannten Jahr konnten die Christlichsozialen 66 Mandate im Abgeordnetenhaus erreichen. Daraufhin schlossen sich die katholisch-konservative Volkspartei im Parlament mit den Christlichsozialen zusammen, wodurch sie mit insgesamt 96 Vertretern zur mächtigsten Partei wurden. Durch diese Verbindung wurden die Christlichsozialen einerseits zu einer staatstragenden Partei³³², andererseits veränderten sie sich zu einer konservativen Reichspartei des besitzenden katholischen Bauern- und Bürgertums und weg von der Partei des Wiener Kleinbürgertums.³³³

Am 10. März 1910 starb Karl Lueger und die Christlichsoziale Partei erfuhr bei der Wahl im Jahre 1911 eine Niederlage. Sie wurden aus der Führungsrolle in der Reichshauptstadt Wien verdrängt, da sie von 20 Mandaten lediglich zwei halten konnten. Im Abgeordnetenhaus waren es noch 76 Mandate.³³⁴ Bürgermeister wurde der christlichsoziale Politiker Josef Neumayer.³³⁵

Die Gemeinderatswahl 1912 verlief für die Christlichsoziale Partei ambivalent: Bei den Wahlen in den Jahren 1900 und 1906 erreichten sie jeweils die absolute Mehrheit, nun war

³²⁷ Vgl. Klaus *Berchtold*, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967), S. 50.

³²⁸ Vgl. *Staudinger*, Christlichsoziale Partei, S. 249.

³²⁹ Weitere Ausführungen dazu: Vgl. Karl *Mang*, Architektur und Raum. Gedanken zum Wohnbau im Roten Wien. In: Historisches Museum der Stadt Wien 17.6.-5.9.1993, Das Rote Wien 1918–1934 (Ausstellungskatalog, Wien 1993), S. 46.

³³⁰ Vgl. Dr. Luegers 60. Geburtstag. In: Mühlviertler Nachrichten. Katholisch-konservatives Wochenblatt für das Mühlviertel, 16. Jg. Nr. 44 (29. Oktober 1904), S. 1.

³³¹ Vgl. *Berchtold*, Österreichische Parteiprogramme, S. 51.

³³² Vgl. ebd., S. 55.

³³³ Vgl. *Staudinger*, Christlichsoziale Partei, S. 250.

³³⁴ Vgl. *Berchtold*, Österreichische Parteiprogramme, S. 56.

³³⁵ Vgl. Wiener Bürgermeister. Chronologische Liste, online unter: <<https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bgmliste.html>> (26. Juni 2019).

es lediglich eine relative Mehrheit mit 45,5% der Stimmen.³³⁶ Im Dezember 1912 nahm Richard Weiskirchner den Platz als Bürgermeister Wiens ein. Auch wenn er keine derart starke Persönlichkeit wie Lueger besaß, erkannte er den Bedarf an Optimierung im Bereich des Sozial- und Wohnungswesens und schuf eine eigene Abteilung für Wohnungsfürsorge. Es kehrte langsam Stabilität in der Partei ein, die vom Ersten Weltkrieg jedoch schnell wieder unterbrochen wurde.³³⁷

Während des Ersten Weltkrieges stand die Christlichsoziale Partei auf Seiten der Dynastie.³³⁸ Die Partei wurde jedoch stetig von einem Problem begleitet: Es handelte sich nicht um eine straff organisierte Partei, sondern mehr um eine christlichsozial-parlamentarische Vereinigung, deren Zusammenarbeit nicht immer einfach verlief.³³⁹ Bis in die Zeit der Ersten Republik hinein organisierten sich die zahlreichen Gruppierungen nicht in einer Parteiorganisation an sich, sondern vor allem im Bereich des katholisch-kirchlichen Rahmens.³⁴⁰

Die Christlichsoziale Partei war Teil des politischen Katholizismus³⁴¹ und verkörperte den „weltlichen Arm“ der Kirche. Nach dem Übergang von der Monarchie in die Republik 1918 übernahm die Partei die politische Schutzfunktion der Kirche, welche zuvor der Monarch innehatte. Doch auch umgekehrt gab es Vorteile: Die kirchliche Struktur, welche unter anderem Vereine, Organisationen und demnach viele Menschen miteinschloss, konnte von der CSP auch hinsichtlich potenzieller Wähler*innen genutzt werden.³⁴²

³³⁶ Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 33.

³³⁷ Vgl. ebd., S. 39f.

³³⁸ Vgl. *Staudinger*, Christlichsoziale Partei, S. 250.

³³⁹ Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 25f.

³⁴⁰ Vgl. *Staudinger*, Christlichsoziale Partei, S. 251.

³⁴¹ Der Politische Katholizismus setzte sich aus folgenden Teilen zusammen: die kirchliche Hierarchie, die katholischen Organisationen und Vereine und die Christlichsoziale Partei. Jeder dieser drei Bereiche war mit den anderen verbunden, agierte aber auch selbständig. Vgl.: Herbert *Dachs*, Das Parteiensystem. In: *Tálos*, *Dachs*, *Hanisch*, *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems in Österreich, S. 157.

³⁴² Vgl. *Dachs*, Das Parteiensystem, S. 155.

7. Alma Motzko und die Parteitage der Christlichsozialen Partei

Die zentrale Arbeit über die Parteitage der Christlichsozialen Partei stammt von Robert Kriechbaumer. Er schrieb in seinem Buch „*Dieses Österreich retten...*“ über die Parteitage der Christlichsozialen Partei und deren Relevanz für die historische und politikwissenschaftliche Forschung, anhand dieser für die CSP-Politiker*innen zentralen Kristallisationspunkte bilden sie am besten die Dynamiken innerhalb einer Partei ab.³⁴³ In dem folgenden Kapitel wird die Performanz von Alma Motzko auf Parteitag analysiert.

Wenn auch die Christlichsoziale Partei in der Ersten Republik auf Landes- und Gemeindeebene in Wien keine Regierungspartei war, so dominierte sie auf Bundesebene die Politik der Ersten Republik federführend. Sie stellte von 1920 bis 1934 sämtliche Bundeskanzler und repräsentierte demnach eine für Österreich relevante Meinungsinstanz. Als Teil des Politischen Katholizismus sah sie sich in ihrer Organisation und Programmatik weitgehend als eine „auf den Katholizismus stützende Integrationspartei“³⁴⁴.

Die Parteitage waren die höchste Entscheidungsebene innerhalb der Partei. Folgt man dem Statut der CSP aus 1920, oblagen dem Parteitag Grundsatzentscheidungen der Partei, die Wahl der Parteileitung, Änderungen des Statuts der Parteiorganisation und der Geschäftsführung des Parteitages. Bei den Parteitagsdelegierten handelte es sich um nicht weniger als 150 und nicht mehr als 200 Personen. 1920 wurde statutarisch festgelegt den Parteitag jährlich stattfinden zu lassen, spätestens ab 1928 wurde er alle zwei Jahre abgehalten. In der Realität kam es nur einmal zu zwei Parteitag innerhalb von zwei Jahren, zweimal lagen sogar mehr als zwei Jahre zwischen den Parteitag.³⁴⁵ In der Umbruchszeit 1918 bis 1920 fanden keine gesamtösterreichischen Parteitage, sondern lediglich Parteitage der Wiener Christlichsozialen Partei statt. Die Parteitage der Gesamtpartei wurden im Zeitraum von 1920 bis 1933 abgehalten.³⁴⁶ In diesem innerparteilichen Gremium fand man zu gemeinsamen Meinungen, aber auch zu künftigen politischen Strategien und Ideologien,

³⁴³ Vgl. Robert Kriechbaumer (Hg.), „*Dieses Österreich retten...*“. Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik (Wien 2006), S. 5.

³⁴⁴ ebd., S. 5.

³⁴⁵ Vgl. Staudinger, Müller, Steininger, Die Christlichsoziale Partei. In: Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, S. 166f.

³⁴⁶ Vgl. Kriechbaumer, „*Dieses Österreich retten...*“, S. 6.

die häufig aufgrund von Veränderungen des politischen Umfeldes gefordert wurden. Es lässt sich nicht bestreiten, dass die Zusammenkunft aller bekannter Politiker*innen nicht nur zur formellen Form, sondern auch als Werbung für die CSP diente, beispielsweise medial³⁴⁷, so berichteten Zeitungen, wie die *Reichspost* oder die *Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung* immer zeitnah von den Geschehnissen auf den Parteitag.³⁴⁸

In der Ersten Republik fanden folgende Parteitage statt:

4. Parteitag der Wiener Christlichsozialen Partei am 15. Dezember 1918
5. Parteitag der Wiener Christlichsozialen Partei am 15./ 16. November 1919
1. Parteitag der Christlichsozialen Partei von 28. Februar bis 1. März 1920 in Wien
2. Parteitag der Christlichsozialen Partei von 7. bis 9. Juni 1921 in St. Pölten
Außerordentlicher Parteitag der Christlichsozialen Partei von 28. bis 29. Oktober 1922 in Wien
3. Parteitag der Christlichsozialen Partei am 2. Februar 1926 in Wien
4. Parteitag der Christlichsozialen Partei von 9. bis 10. Dezember 1928 in Wien
5. Parteitag der Christlichsozialen Partei von 25. bis 26. April 1931 in Klagenfurt
6. Parteitag der Christlichsozialen Partei von 5. bis 7. Mai 1933 in Salzburg

Abb. 16: Schattierung: Parteitage der Wiener Christlichsozialen Partei; weiß: Parteitage der Gesamtpartei auf Bundesebene³⁴⁹

7.1 Fünfter Parteitag der Wiener Christlichsozialen Partei am 15./16. November 1919

Dr. Ignaz Seipel³⁵⁰ referierte an diesem Parteitag über das neue Parteiprogramm, denn seit dem vierten Parteitag im Dezember 1918 hatte sowohl die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung als auch die Wiener Gemeinderatswahl stattgefunden. Beide demokratischen Wahlen brachten für die Wiener CSP massive Veränderungen, was auch Veränderungen im Parteiprogramm forderte. Seipel betonte, dass es sich hierbei um das Programm der Wiener Christlichsozialen Partei handelte und nicht um jenes der Bundespartei.³⁵¹

³⁴⁷ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 5.

³⁴⁸ Vgl. 5. Parteitag der Christlichsozialen Wiener Parteiorganisation. In: *Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung*, 24. Jg., Nr. 42 (18. Oktober 1919), S. 3; Vgl. Die Beschlüsse des Parteitages. In: *Reichspost*, 27. Jg., Nr. 62 (3. März 1920), S. 4.

³⁴⁹ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 7f.

³⁵⁰ Dr. Ignaz Seipel war von 4.3.1919 bis 9.11.1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung für die CSP und später Bundeskanzler, vgl. online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01992/index.shtml> (6. Juni 2019).

³⁵¹ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 51f.

In den Debattenbeiträgen zum Parteiprogramm setzte sich Stadträtin Alma Seitz im Kapitel III „Volksgesundheit und Wohnungswesen“ für ein **Verbot des Aufenthaltes Volksfremder** in Wien ein, solange für die Wiener*innen selbst kein Platz sei. Würden die unerwünschten Fremden aus der Stadt abgeschoben werden, wäre die Wohnungsfrage gelöst.³⁵² Ihre Argumentation sowie die in ihrem Schlusswort präsentierte Resolution zielte vor allem gegen die jüdischen Flüchtlinge, die besonders aus den östlichen Teilen der zerfallenen Habsburgermonarchie, vor den dort stattgefundenen Pogromen, nach Wien geflüchtet waren. Die Angst vor einer „Überfremdung“ durch die als kulturell fremd wahrgenommenen jüdischen Flüchtlinge förderte bereits vorhandene antisemitische Vorurteile. Dieser Diskurs prägte auch die Politik und die Gesetzgebung in den folgenden Jahren.³⁵³ Ein weiterer Redebeitrag Motzkos widmete sich im Kapitel VII „Wohlfahrtspflege“ der **Gewichtung auf die freiwillige Wohlfahrtspflege**, deren Ausbau im Einvernehmen mit der staatlichen zu erfolgen habe.³⁵⁴ Das neue CSP-Parteiprogramm sah auch ein spezielles Frauenkapitel vor, bei dem sich Alma Seitz in die Diskussion einschaltete und eine Resolution einbrachte. Bei den „Forderungen der Frauen“ im Kapitel VIII des Parteiprogrammes machte Alma Seitz auf die „Überfüllung der kaufmännischen Frauenberufe durch wenig geschulte und nur oberflächlich vorgebildete [...] Kräfte“ aufmerksam und kritisierte die Ausbeutung derer und die schlechten Arbeitsverhältnisse. Sie plädierte für das **Eindämmen von nicht qualifizierten Frauen in kaufmännischen Berufen**, beispielsweise durch das Herabsetzen derer Löhne.³⁵⁵ Ihr Antrag wurde angenommen.³⁵⁶ Der ganz ähnlich formulierte Passus im Programm der Wiener Christlichsozialen Partei 1919 trug auch Seitz' Handschrift: Unter „VIII. Forderungen der Frauen“ war die Einstellung vertreten, „dem übermäßigen Eindringen der Frauen in die kaufmännischen Berufe [...] durch Neuregelung des kaufmännischen Fortbildungswesens [...] entgegenzuwirken.“³⁵⁷

³⁵² Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, 54f.

³⁵³ Vgl. Wolfgang *Schellenbacher*, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938. In: Christine *Schindler*, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), *Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien* (Wien 2016), S. 269f.

³⁵⁴ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 58.

³⁵⁵ Vgl. ebd. S. 59.

³⁵⁶ Vgl. ebd., S. 61.

³⁵⁷ Vgl. *Berchtold*, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 370.

7.2 Zweiter Gesamtparteitag der Christlichsozialen Partei von 7. bis 9. Juni 1921

Der erste Parteitag der CSP auf Bundesebene tagte von 28. Februar bis 1. März 1920, wobei Alma Motzko weder als Debattenrednerin noch als Resolutionsantragstellerin überliefert ist. Als Stadträtin präsentierte Motzko ein Jahr später, am zweiten Gesamtparteitag der Christlichsozialen Partei im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landhauses beim Tagesordnungspunkt VII „Siedlungs- und Wohnungsfrage“, den Standpunkt der katholischen Frauen zur Wohnsituation. Dabei ging es konkret um die vor den Wahlen erlassene Verordnung, **Stundenhotels für soziale Zwecke zu verwenden**, die nicht umgesetzt wurde. Die Wohnungsnot machte es notwendig jegliche Unterkünfte für minderbemittelte Personen in Betracht zu ziehen. Motzko betonte, dass die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen, die von Institutionen unterstützt werden, unbedingt weiterverfolgt gehört. Sie erwartete sich die Unterstützung der Partei. Immerhin standen auch die Frauen immer der Partei zur Seite.³⁵⁸ Die CSP hatte den höchsten Frauenanteil unter ihren Wähler*innenstimmen³⁵⁹, Motzko, aber auch andere Politikerinnen motivierten die Frauen ihrer Organisationen christlichsozial zu wählen und der Aussage, der KFO als „weiblicher Flügel“ der CSP gerecht zu werden.³⁶⁰

7.3 Vierter Parteitag der Christlichsozialen Partei von 9. bis 10. Dezember 1928

Große Freude herrschte bei diesem Parteitag über die Ernennung eines christlichsozialen Politikers, Wilhelm Miklas, zum Bundespräsidenten³⁶¹. „Wir haben nun als Bundespräsidenten einen katholischen Mann, der als solcher bekannt ist.“, berichtete Dr. Ignaz Seipel

³⁵⁸ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 184.

³⁵⁹ *Seliger, Ucakar*, Wien. Politische Geschichte 1740–1934, S. 1140.

³⁶⁰ Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 77.

³⁶¹ Wilhelm Miklas wurde der Nachfolger des parteilosen Bundespräsidenten Michael Hainisch. Hainisch hatte bereits zwei Amtsperioden hinter sich, eine dritte war nicht vorgesehen. Bundeskanzler Ignaz Seipel bot ihm Anfang Mai 1928 die Möglichkeit einer Wiederwahl an, laut Seipel hatte die Christlichsoziale Partei keinen Kandidaten, der die Mehrheit der Stimmen im Bundesrat erhalten konnte, somit wären sie mit Hainisch auf der sicheren Seite gewesen. Hainisch lobte bei einer Rede jedoch zunehmend die sozialdemokratische Gesundheitspolitik und der Widerstand innerhalb der CSP ihm gegenüber wurde größer. Sie nominieren den Präsidenten des Nationalrates Wilhelm Miklas als offiziellen Kandidaten der Bundespräsidentenwahl. Er wurde am 5. Dezember 1928 von der Bundesversammlung in das Amt des Bundespräsidenten gewählt. Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 308f.; *Friedrich Weissensteiner*, Die österreichischen Bundespräsidenten. Leben und Werk, Hauptbd. (Wien 1982).

zu Beginn des Parteitages.³⁶² Zum vierten Punkt der Tagesordnung „Wohnbaufrage und Mietengesetz“, dessen Berichterstatter Nationalrat Leopold Kunschak war, brachten Alma Motzko und Gemeinderätin Marie Schlösinger³⁶³ folgenden Antrag ein: „Der Bundesparteitag wolle beschließen: Die Bundesparteileitung wird aufgefordert, bei den zuständigen Stellen nachdrücklichst auf die **materielle und geistige Förderung der christlichen Siedlungsbewegung**³⁶⁴ hinzuwirken und geeignete gesetzliche Maßnahmen zu veranlassen, durch welche Einzelsiedlern und Siedlungsgenossenschaften ausreichende Kredithilfe und Steuererleichterungen gewährt werden können.“³⁶⁵ Motzko sprach sich für die **Schaffung von individuellem Eigentum** aus. Jede Person sollte Eigentümer*in von Besitzungen sein, egal ob große oder kleine. Um diesen Stand zu erreichen, plädierte sie für eine starke Förderung des Siedlungswesens. Sie sah darin auch die Auflösung der Arbeiter*innenbewegung. Wenn man in den Menschen das Bewusstsein stärkt: „Ich bin ich, ich habe einen Raum, der mir gehört“ ist es möglich sie vom „Proletariatsgefühl“³⁶⁶ zu erlösen, meinte die Politikerin. Für sie stand die arbeitswillige Mittelschicht im Vordergrund. Es ging ihr nicht um das Ansprechen des Proletariats als Gruppe, sondern das Herausholen der Menschen aus diesem „Zustand“³⁶⁷. Damit entsprach sie dem Grundgedanken eines Karl von Vogelsang.³⁶⁸ Um einer „Verproletarisierung“³⁶⁹ und einer ungesunden Lebens-

³⁶² Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten...“, S. 309.

³⁶³ Marie Schlösinger wurde 1889 in Wien geboren. Die gelernte Volksschullehrerin war ab 1924 die erste Vizepräsidentin der KFO der Erzdiözese Wien und von 1925 bis 1934 CSP-Gemeinderätin. 1920 wurde sie die Nachfolgerin von Hildegard Burjan als Präsidentin des Vereines „Frauenrecht“. Vgl. Marie Schlösinger, online unter: < http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675387> (28. Juni 2019); Kronthaler, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 135. Marie Schlösinger und Alma Motzko waren in etwa gleich alt, Motzko war Präsidentin und Schlösinger Vizepräsidentin der KFO Wien, außerdem waren sie neun Jahre lang gemeinsam im Gemeinderat- die beiden hatten demnach mehrere Berührungspunkte.

³⁶⁴ Die Siedlungsbewegung entstand nach dem Ersten Weltkrieg: In dieser Zeit kam es zu großflächigen Rodungen des Wienerwaldes, es folgte eine wilde Bebauung dieser Flächen. Die Bebauung fand ohne Erlaubnis der Gemeinde oder der Grundstückseigentümer*innen statt. 1921 bildete sich der „Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen“ (ÖVSK), es begann das organisierte Bauen von Genossenschaftssiedlungen auf den besetzten Flächen. Die Siedlungsbewegung nahm derart große Ausmaße an, dass die SDAP nicht mehr darüber hinwegsehen konnte (bis zu 100 000 Teilnehmer*innen auf Demonstrationen). Von der sozialdemokratischen Wiener Stadtregierung wurde das „Siedlungsamt“ gegründet. Bedeutende Siedlungen, die am Beginn der 1920er Jahre entstanden sind, waren: Hermeswiese, Rosenhügel, Heuberg, etc. Bis zum Herbst 1922 wurden von Bund und Gemeinde ca. 600 Genossenschaftshäuser gefördert. Insgesamt wurden in der Ersten Republik von der Gemeinde Wien 65 000 Wohnungen errichtet, der Schwerpunkt verlagerte sich auf Großwohnanlagen. Vgl. *Heinrich-Kaufmann-Stiftung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V.*, Geschichte und Potenzial der Selbsthilfe. Die Wohnbaugenossenschaften. Beiträge zur 6. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte am 28. und 29. Oktober 2011 im Museum der Arbeit in Hamburg (Norderstedt 2012), S. 93–96; Klaus Novy, Wolfgang Förster, Ernst Koch (Hg.), Einfach bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlungsbewegung. Ein Projekt des Vereins für Moderne Kommunalpolitik (Wien 1991).

³⁶⁵ Vgl. Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten...“, S. 328.

³⁶⁶ Benesch, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 320

³⁶⁷ ebd.

³⁶⁸ Vgl. ebd.

weise der Bevölkerung überhaupt entgegenzuwirken, sah Motzko die Lösung in der **Förderung vom Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern** und in der **Anlage von Gartensiedlungen**. Die Heimatlosigkeit, die Hauptursache der Verproletarisierung zahlreicher Menschen, sollte damit gebannt werden.³⁷⁰ Motzkos und Schlösingers vorgelegte Punkte wurden einstimmig angenommen.³⁷¹

Am selben Parteitag sprach sie sich auch für den Ausbau des Verkehrsnetzes aus: Sie forderte den Ausbau des Wiener Hafens und die Nutzung der Donau als Wasserstraße. Außerdem sprach sie von einer notwendigen Errichtung einer Untergrundbahn, die 40 Jahre später errichtet werden sollte.³⁷² 1968 fasste der Wiener Gemeinderat den Grundsatzbeschluss des Baus der Wiener U- Bahn.³⁷³

7.4 Fünfter Parteitag der Christlichsozialen Partei von 25. bis 26. April 1931

Der fünfte Parteitag der Christlichsozialen Partei fand nicht in Wien, sondern in Klagenfurt statt. Alma Motzko war für die Wiener Landesorganisation delegiert und meldete sich mehrmals zu Wort. Zweimal ging es um Versicherungen. „Die Frauen“, wie Motzko sagte, plädierten bei der **Reform der Sozialversicherung** auf die **Erhaltung der Familienfürsorge**.³⁷⁴ Im Forderungskatalog der KFO war die Sozialpolitik fest verankert, genauso wie Ehe- und Erziehungsfragen, öffentliche Moral und Sittlichkeit.³⁷⁵ Bereits am Wiener Parteitag 1924 unterstrich Motzko, auf das Referat von Sozialminister Richard Schmitz³⁷⁶ zum Thema Sozialarbeit als wichtigen Bereich der Partei hin, dass eine umfas-

³⁶⁹ Benesch, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 320.

³⁷⁰ Vgl. Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten...“, S. 328.

³⁷¹ Vgl. ebd., S. 329.

³⁷² Vgl. Benesch, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 320f.

³⁷³ Die ÖVP-Politikerin Maria Schaumayer wurde 1965 amtsführende Stadträtin für Städtische Unternehmen in Wien. In ihre Amtszeit und in ihr Ressort fiel der Beschluss und der Baubeginn der Wiener U-Bahn, von Gustav Bihl eine „alte ÖVP-Forderung“ genannt. Womöglich handelte es sich hier um eine Anspielung auf Motzkos Anstoß zum Bau einer „Untergrundbahn“. Vgl. Gustav Bihl, Wien 1945–2005. Eine politische Geschichte. In: Peter Csendes, Ferdinand Opll, Wien. Geschichte einer Stadt. Von 1790 bis zur Gegenwart, Bd. 3 (Wien 2006), S. 612. Maria Schaumayer war von 1965 bis 1973 amtsführende Stadträtin, von 1969 bis 1982 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates und von 1990 bis 1995 die erste weibliche Präsidentin der Österreichischen Nationalbank. Vgl. Maria Schaumayer, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Maria_Schaumayer> (2. Juli 2019).

³⁷⁴ Vgl. Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten...“, S. 400.

³⁷⁵ Vgl. Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 81.

³⁷⁶ Richard Schmitz gehörte von 1918 bis 1923 dem Wiener Gemeinderat an, von 1920 bis 1934 war er Abgeordneter zum Nationalrat. 1922 wurde er Sozialminister, 1926 dann Unterrichtsminister. Außerdem

sende Sozialpolitik eine staatlich geförderte Familienpolitik implizieren sollte. Sie setzte sich dementsprechend damals schon für eine eigene Kinder- und Familiensozialversicherung ein.³⁷⁷ Der Bereich der Familie hatte für die organisierten Katholikinnen einen hohen Stellenwert, immerhin sahen sie dort den Wirkungsbereich für die Zukunft verortet. Frauen hatten, aus katholischer Sicht, ihren ursprünglichen Platz in der Familie. Für Motzko war das Feld Familie 1924 eines der prägnantesten Themen.³⁷⁸

Außerdem betonte Motzko am Parteitag 1931, dass es beim Inkrafttreten einer **Altersversicherung** zu **keiner Schädigung der Hausgehilfinnen** kommen dürfte.³⁷⁹ Das erste Hausgehilf*innengesetz 1920 und das zweite 1926 beinhalteten Lücken hinsichtlich einer Altersfürsorge der Hausgehilfinnen. Im Dezember 1927 wurden die fehlenden Bestimmungen in der Altersfürsorge im Nationalrat diskutiert. Zu dieser Zeit war jedoch keine christlichsoziale Abgeordnete in diesem Gremium vertreten, lediglich sozialdemokratische. Die Abgeordnete Anna Boschek kritisierte die Altersgrenze von 60 Jahren, außerdem die Tatsache innerhalb der letzten sechs Jahre drei Jahre beschäftigt gewesen zu sein, sowie einen Nachweis für eine Notlage erbringen zu müssen, um Altersfürsorge zu erhalten. Auch in den kommenden Jahren folgten Forderungen der sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten hinsichtlich der Altersfürsorge im Nationalrat. Zumindest die Altersgrenze wurde noch in der Ersten Republik gesenkt.³⁸⁰

Ein weiterer für Motzko wichtiger Punkt an diesem Parteitag war die Tatsache, dass **Direktor*innen** keine Gehälter in „**unmoralischen Höhen**“ erhalten, dabei handelte es sich laut der Delegierten um ein Grundprinzip der Solidarität.³⁸¹ Alma Motzko gehörte von Anfang an innerhalb der KFO zu den Vertreterinnen des mittleren Bürgertums, während die „Führerinnen der ersten Stunde“ durchwegs Aristokratinnen oder Frauen aus dem geadelten Bürgertum waren.³⁸² Möglicherweise plädierte sie auch deshalb in diesem Beitrag am Parteitag auf die Vertretung des Mittelstandes und der gerechteren Entlohnung unabhängig des Berufsstandes.

war er 1930 Vizekanzler unter Carl Vaugoin. Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 84.

³⁷⁷ Vgl. ebd., S. 200.

³⁷⁸ Vgl. Gabriella *Hauch*, III. Schule-Arbeitsmarkt-Kultur. In: *Hauch*, Frauen. Leben. Linz, S. 366.

³⁷⁹ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 400.

³⁸⁰ Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 154.

³⁸¹ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 400.

³⁸² Vgl. *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft, S. 43.

Die Delegierte bedauerte auch, dass bisher **keine katholische Arbeitgeber*innenorganisation**³⁸³ existierte, laut ihr eine empfindliche Lücke im Arbeitssystem.³⁸⁴ Für katholische Arbeitnehmer*innen gab es die Möglichkeit sich christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeiter*innenvereinen anzuschließen, Motzko forderte auch für die Seite der katholischen Arbeitgeber*innen eine Möglichkeit der Interessensvereinigung.³⁸⁵

Auch die Wahl des Bundesparteiobermanns und der Bundesparteileitung fand zu diesem Termin statt.³⁸⁶ Seit 1920 bestand die Parteileitung aus 15 Personen, unter anderem aus dem Parteiobermann und seinen beiden Stellvertretern. Diese Zahl wurde 1926 auf 17 Mitglieder erhöht.³⁸⁷ Zum Bundesparteiobermann wurde Heeresminister Carl Vaugoin³⁸⁸ einstimmig wiedergewählt. Die Stadträtin Alma Motzko wurde zum **Ersatzmitglied für Nationalrat Leopold Kunschak** ernannt. Die einzige Frau in diesem Gremium war Bundesrätin Fanny Starhemberg, die Vorsitzende der Katholischen Frauenorganisation auf Bundesebene, die auch zur Obermannstellvertreterin bestimmt wurde. Ansonsten lagen die Männer, mit 16 an der Zahl, in der Bundesparteileitung deutlich in der Mehrheit.³⁸⁹

³⁸³ Arbeitgeber*innenverbände sind Interessensvereinigungen der Arbeitgeber*innen in Form privatrechtlicher Vereine. Sie neben den Wirtschaftskammern als Verhandlungs- und Vertragspartnern den Gewerkschaften gegenüber. Vgl. Arbeitgeberverbände, online unter: < www.aeiou.at/aeiou.encycloped.a/a662393.htm > (1. Juli 2019).

³⁸⁴ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 400.

³⁸⁵ 1902 fand die Gründung des Reichsverbandes der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter*innen Österreichs statt, eine Dachorganisation, die diverse christliche Arbeiter*innenvereine zusammenschloss. 1906 kam es mit der Reichsgewerkschaftsorganisation zur Verankerung der christlichen Gewerkschaften in Österreich. 1909 folgte die klare organisatorische Trennung der katholischen Arbeiter*innenvereine und der christlichen Gewerkschaften: Die christlichen Gewerkschaften sollten als Interessensvertretung auf politischer Ebene wirken, während sich die Arbeitervereine um die lokale Mitgliederbetreuung kümmerte. Gemeinsam standen sie für die christliche Arbeiter*innenbewegung. Die Erste Republik brachte den christlichen Gewerkschaften mehr Mitglieder, vor allem aber auch aufgrund des Zuspiels der Christlichsozialen Partei. Vgl. Wolfgang *Benz*, *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5 (Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012), S. 105.

³⁸⁶ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 421.

³⁸⁷ Vgl. *Staudinger, Müller, Steininger*, Die Christlichsoziale Partei. In: *Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger*, *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, S. 167.

³⁸⁸ Carl Vaugoin gehörte von 1918 bis 1920 dem (provisorischen) Wiener Gemeinderat an, bis er 1920 Nationalratsmitglied wurde und ab 1921 bis zum Ende der Ersten Republik beinahe durchgehend das Amt des Heeresministers bekleidete. Zwischen 1929 und 1931 war er außerdem Vizekanzler und kurzzeitig auch Bundeskanzler. Vgl. *Benesch*, *Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934*, S. 90.

³⁸⁹ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 421.

7.5 Sechster Parteitag der Christlichsozialen Partei von 5. bis 7. Mai 1933

Gemeinsam mit Bundesparteibmann Minister Carl Vaugoin und Bundeskanzler a. D. Karl Ramek saß Alma Motzko im Vorsitz des Parteitages 1933 in Salzburg.³⁹⁰ Bei der Wahl zur Bundesparteileitung wurde sie zu einem offiziellen Ersatzmitglied ernannt, demnach nicht konkret als Ersatz für eine Person, wie in ihrem Fall Leopold Kunschak, sondern allgemein gehalten. Als weiteres weibliches Ersatzmitglied wurde Bundesrätin Olga Rudel-Zeynek³⁹¹ bestimmt.³⁹² Die 58-jährige Fanny Starhemberg³⁹³ war weiterhin Obmann-Stellvertreterin. Obwohl es ihr nicht gelungen war in den Nationalrat zu kommen, etablierte sie sich in der nationalen Führung der Christlichsozialen Partei.³⁹⁴ Diese drei Frauen waren Teil der CSP-Bundesparteileitung.

7.6 Alma Motzko und die Wiener Parteitage von 1924 bis 1933

Nachdem sich die Christlichsoziale Partei bei der Gemeinderats- und Landtagswahl im Jahr 1923, wie in allen anderen Wahlen, erneut der Sozialdemokratie geschlagen geben musste – die CSP erreichte 33,0 % der Stimmen, die SDAP hingegen 55,9 %³⁹⁵ – wurde eine neue Landesparteileitung gewählt. Parteiobmann wurde Leopold Kunschak, seine beiden Stellvertreter*innen wurden Matthias Partik und Marie Wielsch³⁹⁶, alle drei Personen bekamen mehr als 97,0 % der Stimmen. Alma Motzko erhielt 139 von insgesamt 139 Stimmen und erreichte damit 100,0 %. Die dritte Frau in der 17-köpfigen Parteileitung

³⁹⁰ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 425.

³⁹¹ Olga Rudel-Zeynek war von 1920 bis 1927 Nationalrätin, von 1927 bis 1934 Bundesrätin und hatte von 1927 bis 1928 den Bundesrats- Vorsitz inne. Sie stammte ursprünglich aus Mähren, lebte später jedoch in der Steiermark, wo sie auch der KFO angehörte. 1919 trat sie der Christlichsozialen Partei bei, außerdem wurde sie als Journalistin, zeitgenössisch Schriftstellerin genannt, bekannt. Ihr Mann und sie ließen sich 1918 scheiden, eine Seltenheit unter katholischen Politikerinnen. Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 302f.

³⁹² Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 459.

³⁹³ 1920 sollte Starhemberg für die CSP Oberösterreich in den Nationalrat kommen. Innerparteiliche Stimmen rund um den Prälaten Johann Nepomuk Hauser meinten jedoch, dass dieses Amt keiner Frau zustehe. Daraufhin kandidierte sie nicht. Bald darauf wurde sie von der christlichsozialen Landtagsfraktion in den Bundesrat delegiert.

Starhemberg war bis April 1931 Bundesrätin für die Christlichsoziale Partei. Beim Parteitag 1931 bekleidete sie dieses Amt demnach noch. Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 333.

³⁹⁴ Vgl. ebd.

³⁹⁵ Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 187.

³⁹⁶ Vgl. Marie Wielsch, von Beruf Hausfrau, war von 1919 bis 1932 Gemeinderätin in Wien. Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 209.

war Gabriele Walter³⁹⁷, 1930 folgte ihr Emma Kapral³⁹⁸ nach. Leopold Kunschak³⁹⁹ war von 1924 bis 1932 Parteiobmann, bis ihn 1933 Robert Krasser⁴⁰⁰ ablöste. Die folgende Tabelle demonstriert Alma Motzkos Ergebnisse bei den Wahlen der Wiener Parteileitung:

Parteitag	Funktion	Stimmen	Prozent
1924	Präsidiumsmitglied	139/ 139	100,0 %
1926	Präsidiumsmitglied	154/ 160	96, 25 %
1928	Präsidiumsmitglied	165/ 177	93,02 %
1930	Präsidiumsmitglied	155/ 158	98,10 %
1932	Obmann-Stellvertreterin von Leopold Kunschak	189/ 209	90,04 %
1933	Obmann-Stellvertreterin von Robert Krasser	k.A.	k.A.

Abb. 17: Wahlen der Landesparteileitung;⁴⁰¹

Deutlich wurde eine hohe Zustimmung der weiteren Delegierten hinsichtlich der Wahl Alma Motzkos als Präsidiumsmitglied und Obmann-Stellvertreterin. 1933 gab es keine genaueren Angaben zum Wahlergebnis.⁴⁰² Dahingehend war jedoch bereits das Ergebnis von 1932 markant: Bei der Wahl zur Obmann-Stellvertreterin bekam Motzko, für ihre Verhältnisse, lediglich 90,04 % der Stimmen.⁴⁰³ Gabriele Walter erreichte, im Vergleich, 1924 96,4 %, 1926 79,4 % oder 1928 79,1 % bei der Wahl zum Präsidiumsmitglied – sie lag damit deutlich unter Motzkos Prozentzahlen.⁴⁰⁴

³⁹⁷ Vgl. Gabriele Walter war von 1919 bis 1923 Gemeinderätin der Christlichsozialen Partei und Ehrenpräsidentin der KFO Wien. Außerdem war sie Vorsitzende des 1896 gegründeten „Christlichen Frauenbundes Österreichs“. Vgl. Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 3 (Böhlau 2016), S. 3449.

³⁹⁸ Vgl. Emma Kapral folgte 1930 Gabriele Walter in der Wiener CS-Parteileitung nach. Von 1930 bis 1934 war sie die einzige weibliche Nationalratsabgeordnete der Christlichsozialen Partei. Außerdem war sie in der KFO engagiert und leitete dort die Schulsektion. Ab 1933 war sie Vizepräsidentin der KFO und ab 1932 Leiterin des Vereines Katholischer Lehrerinnen. Vgl. Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 2 (Böhlau 2016), S. 1571. Zu Kapral: Vgl. *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 275–279.

³⁹⁹ Leopold Kunschak war von 1904 bis zum Ende des parlamentarischen Gremiums 1934 Wiener Gemeinderat. Von 1913 bis 1919 war er Landesrat von Niederösterreich, von 1919 bis 1934 Nationalratsabgeordneter und Wiener Gemeinderat. Außerdem bekleidete er von 1921 bis 1932 die Rolle des Obmannes der Wiener Christlichsozialen Partei. Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 79.

⁴⁰⁰ Robert Krasser übte von 1932 bis zur Auflösung der Partei 1934 die Funktion des Landesparteiobermanns der Wiener Christlichsozialen Partei aus. Parallel zu seiner politischen Tätigkeit war er der Präsident des Österreichischen Cartellverbandes. Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 96.

⁴⁰¹ Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 201, 236, 286, 321, 353, 369.

⁴⁰² Vgl. ebd., S. 369.

⁴⁰³ Vgl. ebd., S. 353.

⁴⁰⁴ Vgl. ebd., S. 201, 236, 286, 321.

7.7 Alma Motzko und die Parteitage – ein Resumée

Das inhaltliche Engagement von Alma Motzko korrespondiert mit ihren Anträgen im Landtag bzw. Gemeinderat. Auffallend ist jedoch, dass im Kontext der Parteitage der christliche Aspekt ihrer Anliegen mehr herausstach. So sprach Motzko von den „Frauen“, vermutlich als die katholischen Frauen ihrer Organisation, und bewusst von der materiellen und geistigen Förderung der christlichen Siedlungsbewegung. Der für sie christliche Aspekt, den sie mit dem Begründer der Christlichsozialen Partei Karl von Vogelsang teilte, war zu vermeiden, dass Menschen in die Gruppe des Proletariats sanken. Man musste den Menschen Selbstwertgefühl vermitteln, sie sollten Eigentümer*innen eigener Besitzungen sein. Um das zu erreichen, musste die Siedlungsbewegung gefördert werden.

Beim Punkt der Anlage von Gartensiedlungen war sie nahe am Gemeinderatsantrag zum Thema der Wirtschaftssiedlungen für Ausgesteuerte. Lediglich auf den Parteitage war die definitive Rede von Reformen der Versicherungen (Sozial- und Altersversicherung), in dessen Zusammenhang jedoch ihr häufig angesprochenes Thema der Fürsorge stand. Motzko setzte sich für die Frauen ein, beispielsweise für die Fürsorgerinnen. Wichtig war ihr dabei aber vor allem die Ausbildung derer. So plädierte sie beim Parteitag im November 1919 für die Eindämmung von nicht qualifizierten Frauen in kaufmännischen Berufen, unter anderem durch das Herabsetzen derer Löhne. Auch bei den Fürsorgerinnen war es ihr ein großes Anliegen, die gut und fachlich ausgebildeten unter ihnen zu bevorzugen und für die minder qualifizierten Kräften den Zugang zu beschränken.

Alma Motzko sprach am Parteitag 1930 von einer Idee der „Untergrundbahn“. „Wir brauchen ein schnelles und ein Massentransportmittel unter dem Zentrum der Stadt.“⁴⁰⁵ Ob der Anstoß für ein derartiges Verkehrsmittel von ihr kam, ist unklar. Fakt ist, dass sie sich dafür ausgesprochen hat. 1968 wurde der Bau der U-Bahn beschlossen. Amtsführende Stadträtin der Wiener Kommunalpolitik war zu dieser Zeit Maria Schaumayer. Die Idee einer christlichsozialen Politikerin wurde in etwa 38 Jahre später, im Ressort einer ÖVP-Politikerin umgesetzt.

Durch die Protokolle der Parteitage wird die Stellung Alma Motzkos innerhalb der CSP deutlich: In der Bundesparteileitung zählte sie 1931, neben Fanny Starhemberg, zu den einzigen Frauen⁴⁰⁶ und in der Landespartei wurde sie 1932 zur Obmann-Stellvertreterin

⁴⁰⁵ Benesch, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 321.

⁴⁰⁶ Vgl. Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten...“, S. 421.

gewählt.⁴⁰⁷ Auf Bundesebene zählte sie, teilweise zu den zwei, teilweise zu den drei Frauen in der Parteileitung. Auf Landesebene war sie Teil einer CSP-Politikerinnenriege von zuerst (1919) sechs und am Ende (1934) zwei Frauen.

Die antisemitische Einstellung, die die Stadträtin im Punkt des Verbots Volksfremder in Wien vorwies, war eine neue Erkenntnis für mich zu ihrer Person. Dass die Christlichsoziale Partei eine Neigung zum Antisemitismus zeigte, wurde des Öfteren berichtet⁴⁰⁸, wie unter anderem von der *Illustrierten Kronen Zeitung*.⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 353.

⁴⁰⁸ Der „partei-offizielle“ Antisemitismus entstand aus der Verbindung traditioneller katholisch-konfessioneller Judenfeindschaft mit wirtschaftlichen und sozialen Motiven in Zusammenhang mit den Folgen des Industrialisierungsprozesses. Vgl. *Staudinger*, Christlichsoziale Partei. In: *Weinzierl, Skalnik*, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, S. 266

⁴⁰⁹ Vgl. Der Zwist Dr. Mataja-Dr. Weiskirchner. In: *Illustrierte Kronen Zeitung*, 18. Jg., Nr. 6354 (7. September 1917), S. 5.

8. Alma Motzko im Gemeinderat

Dieses Kapitel befasst sich mit den Anträgen Alma Motzkos im provisorischen und im ordentlichen Gemeinderat und im Wiener Landtag von 1918 bis 1934, die Zeit, in der sie Gemeinderätin für die Christlichsoziale Partei war. Die Überschriften der Anträge in diesem Kapitel gleichen jenen Überschriften in den Amtsbüchern der Stadt Wien. Die meisten der Anträge Motzkos führt sie genauer aus, indem sie einen Aufriss der Thematik im Gemeinderat präsentiert, aber auch die damit verbundenen Probleme benennt. Im Folgenden werde ich jeden Antrag einzeln analysieren, aber auch zeitgenössisch kontextualisieren. Um einen Einblick darüber zu bekommen, wie Thematiken in dieser Zeit aufgenommen und behandelt wurden, werden Zeitungsberichte, aber auch Publikationen, die rund um 1920 und 1930 entstanden sind, für die Analyse herangezogen. Es wurden jene Anträge ausgewählt, bei denen Alma Motzko die Hauptantragstellerin war.

8.1 Anträge im provisorischen Gemeinderat

*8.1.1 Antrag zur Einführung der Wohnungsaufsicht durch Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen (30. Dezember 1918)*⁴¹⁰

Zu dem Zeitpunkt noch Alma Seitz, sprach sie in ihrem allerersten Antrag in der Gemeindepolitik Wiens von der steigenden Wohnungsnot, der zunehmenden Hilfsbedürftigkeit zahlreicher Familien und dem daraus resultierenden dringenden Ausbau der Wohnungsfürsorge.⁴¹¹ Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war die Wohnsituation Wiens katastrophal; Kriegsehen, neu entstandene Haushalte, die Vergrößerungen der Familie, aber auch die Zuwanderung von Flüchtlingen aus den früheren Kronländern der Habsburgermonarchie⁴¹² bedingten eine unübersehbare Wohnungsnot.

Um diesem Problem entgegenwirken zu können, war in der Stadt Wien im Dezember 1916 ein Wohnungsamt errichtet worden⁴¹³, die Wohnungsfürsorge zählte so zu den

⁴¹⁰ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 3 (8. Jänner 1919), Gemeinderatssitzung vom 30. Dezember 1918, S. 55.

⁴¹¹ Vgl. ebd.

⁴¹² Vgl. *Schellenbacher*, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. In: *Schindler*, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige, S. 269f.

⁴¹³ Vgl. Dr. Arnold *Baumgarten*, Leitfaden der Sozialen Fürsorge. Mit besonderer Berücksichtigung der Österreichischen Gesetzgebung und Einrichtungen für Ärzte, Lehrer, Beamte, Fürsorgerinnen und Krankenpflegerinnen (Wien u.a. 1925), S. 60.

Grundpfeilern des gesamten Fürsorgewesens der Stadt. Ziel war es unter anderem, Krankheiten, wie die Tuberkulose⁴¹⁴, als „Wiener Krankheit“ bekannt, durch hygienische Standards im Wohnen in Schach zu halten.⁴¹⁵ Mit der Übernahme der Stadt durch die Sozialdemokratie wurde die Regelung der Wohnverhältnisse zu einem prioritären Vorhaben ihrer Politik. Ihr Bauprogramm orientierte sich vor allem an der Leistbarkeit der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise, die Mieten sollten nur 6 bis 8% eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens benötigen.⁴¹⁶ Durch eine kommunale Bautätigkeit, die häufig auch mit dem Zusatz „sozialer Wohnungsbau“ oder „Wohnungsfürsorge“ in Verbindung gebracht wurde, sollte die Wohnungsnot gelindert werden.

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung sah die Aufwendung öffentlicher Mittel für die Errichtung von Wohnraum für wirtschaftlich minderbemittelte Schichten der Bevölkerung als völlig gerecht an.⁴¹⁷ 1919 wurden 513 Wohnungen aus Mitteln der Gemeinde Wien errichtet, eine noch eher bescheidene Zahl, die jedoch in den kommenden Jahren deutlich gesteigert wurde.⁴¹⁸ Das von Alma Seitz genannte „Wohnungselend“ spielte vor allem auf die hygienischen Zustände der Wohnungen an. Arnold Baumgarten, Direktor des Krankenhauses in Lainz, schrieb 1925 in seinem Buch *Leitfaden der sozialen Fürsorge*, dass für ein gesundes Wohnen nicht nur die ausreichende Zahl an Wohnmöglichkeiten, sondern auch das Verständnis der richtigen Pflege dieser Voraussetzung war. Sowohl in der Stadt als auch am Land fehlte es der Bevölkerung an Wissen dafür. Genauso wie Seitz sprach auch er von der Einführung einer Wohnungsaufsicht, die allgemein gesetzlich eingeführt werden sollte.⁴¹⁹ Zwischen dem Antrag von Alma Seitz und dem Erscheinen von Baumgartens Werk lagen sechs Jahre, der Antrag wurde Ende 1918 gestellt, das Buch von Baumgarten erschien 1925. Daraus lässt sich schließen, dass Seitz' Antrag nicht angenommen, vor allem aber nicht durchgeführt wurde.

⁴¹⁴ Die auch als „Wiener Krankheit“ bezeichnete Krankheit Tuberkulose war eine Infektionskrankheit, die bis zur Entwicklung des Medikaments Streptomycin 1944 unheilbar war. Vor allem Ende des 19. Jahrhunderts stellte die Krankheit in Wien, aber auch an vielen anderen Orten, eine große Bedrohung dar und erreichte zahlreiche Menschen. Vgl. Tomoyo Kaba, Arthur Schnitzler und die Wiener Medizin. Über die Darstellung der Krankheit um 1900. In: Daniela Angetter, Birgit Nemeč, Herbert Posch, Christiane Druml, Paul Weindling (Hg.), Strukturen und Netzwerke. Medizin und Wissenschaft in Wien 1848–1955 (650 Jahre Universität Wien- Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 5, Göttingen 2018), S. 380.

⁴¹⁵ Vgl. Baumgarten, *Leitfaden der Sozialen Fürsorge*, S. 59.

⁴¹⁶ Vgl. Felix Czeike, *Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik (1919–1934)*, Bd. 2 (Wien 1959), S. 13. Weiterführende Literatur zur Wohnungspolitik: Rainer Bauböck, *Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919–1934* (Salzburg 1979), Helmut Weihsman, *Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934* (3. Aufl., Wien 2019).

⁴¹⁷ Vgl. Baumgarten, *Leitfaden der Sozialen Fürsorge*, S. 15f.

⁴¹⁸ Vgl. ebd., S. 23.

⁴¹⁹ Vgl. ebd., S. 61.

Wortlaut ihres Antrages:

„In Anbetracht des zunehmenden Wohnungselendes wäre die Einführung der Wohnungsaufsicht durch Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen in Aussicht zu nehmen, welche vornehmlich die Frauen in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten und darüber zu wachen hätten, daß von Seite der in Wohnungsfürsorge zu nehmenden Parteien gewissen Mindestforderungen in Bezug auf Wohnungspflege erfüllt werden können und tatsächlich erfüllt werden. Bei der Heranziehung von Frauen und Mädchen für den Dienst in der Wohnungsaufsicht möge in erster Linie auf geeignete Kräfte aus Intelligenzberufen, welche durch die gegenwärtigen Umstände brotlos geworden sind, Rücksicht genommen werden. Erfordernis zur Verwendung als Wohnungsfürsorgerin ist eine gewisse fachliche Mindestausbildung, ebenso die geistige Reife und sittlichen Ernstes.“⁴²⁰

Mit der Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen als Organe zur Beauftragung und zur Beratung der Wohnungsparteien in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht, wie es die Frauenorganisationen schon während des Krieges als gut erachtet hatte, hätte man zwei Notsituationen der damaligen Zeit angesprochen, denn dadurch wäre eine Anzahl an brotlosen Frauen und Mädchen aus „Intelligenzberufen“⁴²¹ zur Schaffung einer neuen Existenz gekommen. Ende Dezember 1918 hatte die Verdienstlosigkeit weiblicher Erwerbstätiger ihren Höhepunkt erreicht, man musste nach Alternativen suchen. Der Krieg, der die Berufstätigkeit vieler Frauen forderte, war vorbei. Der Begriff der „Intelligenzberufe“ stammte vom christlich-deutschen Frauentag im Dezember 1917, der bis zu diesem Zeitpunkt größten katholischen Frauentagung in Wien, und bezeichnete vor allem die sozialen Frauenberufe, „die einer breiten Entwicklung fähig“ waren. Gemeint war damit vermutlich die Wandlungsfähigkeit der Frauen und Mädchen.

Von 8. bis 10. Dezember 1917 berieten sich die großen deutschen Frauenorganisationen, die ihre Hauptleitung in Wien hatten, demnach die Katholische Reichsfrauenorganisation, die Katholische Frauenorganisation Niederösterreich, der Christliche Frauenbund, der Verein „Soziale Hilfe“ und der Verband deutscher Hausfrauen⁴²², im Gemeinderatssaal des Wiener Rathauses zu den Themen „Frauenberufsfragen“, „Fürsorgefragen“, „Arbeiterinnenfragen“ und „Abbau der Frauenarbeit“.⁴²³ Anzunehmen ist, dass Alma Seitz als Generalsekretärin der KFO Niederösterreich am Frauentag beteiligt war. Sie betonte in ihrer Anführung zum Antrag, dass der Einstellung in den Dienst der Wohnungsfürsorgerin eine gewisse Mindestbildung vorausgehen musste. Seitz pochte demnach auf die Anstellung brotlos gewordener Frauen, wich jedoch nicht von ihrem Prinzip der Vorbildung und der Prüfung der geistigen Reife und des sittlichen Ernstes ab.

⁴²⁰ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 3 (8. Jänner 1919), Gemeinderatssitzung vom 30. Dezember 1918, S. 55.

⁴²¹ ebd.

⁴²² Vgl. Frauenzeitung. In: Wiener Neueste Nachrichten, 24. Jg., Nr. 49 (3. Dezember 1917), S. 7.

⁴²³ Vgl. Christlich-deutscher Frauentag. In: Reichspost, 24. Jg., Nr. 568 (8. Dezember 1917), S. 9.

8.1.2 Antrag betreffend die Zulassung von Frauen als Armenräte (19. Februar 1919)⁴²⁴

Der Beginn des Ersten Weltkrieges war für Frauen in Wien ein markantes Jahr. Ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat, egal von welcher Partei sie stammten, erstarkte. Alma Seitz formulierte in einem Beitrag zum Ersten Weltkrieg: „[...] man braucht uns, wir müssen helfen“⁴²⁵. Auch zu diesem Thema⁴²⁶ überlieferte sie ihre Sichtweise mittels einer Publikation. **„Kraft in Kopf und Herz war auch das eiserne Gebot, das die Frauenwelt aufrüttelte aus trägen, ruhvollen Sommerträumen“**⁴²⁷, denn ab der Ausrufung des Ersten Weltkrieges Ende Juli 1914 waren auch die Taten der Frauen gefragter denn je. Durch die Einberufung der tauglichen Männer in den Krieg entstanden Arbeitskräftemängel in vielen Berufssparten. Durch das Heranziehen von Frauen und Kindern sollte dieser gelindert werden.⁴²⁸ Frauen drangen in Arbeitsbereiche ein, die für sie zu dieser Zeit unüblich waren, wie beispielsweise in die Munitions- und Metallwarenindustrie⁴²⁹. Es handelte sich häufig um keine typischen Arbeiten für Frauen, die man mit dem damaligen Leitbild der mütterlich pflegenden Frau vereinbaren konnte.⁴³⁰ Obwohl sie in nahezu allen Bereichen einbezogen waren, sah man die Beschäftigung von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten oftmals nur als „Notbehelf“ an.⁴³¹ Dies zeigte sich bereits während des Krieges anhand der niedrigen Löhne der Frauen, sie lagen im allgemeinen unter den festgesetzten Lohnsätzen der Männer.⁴³² Seitz betonte, dass sich die Frauen vor allem aufgrund ihrer „Kraft in Kopf und Herz“ während des Krieges in teilweise ungewohnten Arbeitsbereichen engagierten. Fakt jedoch war, dass ihnen häufig nichts anderes übrigblieb. Frauen von Selbständigen beispielsweise, mussten während der Abwesenheit ihres Mannes, auf die Weiterführung des Betriebes achten.⁴³³

In ihrem zweiten Antrag im provisorischen Gemeinderat erklärte Alma Seitz die Verbindung der ehrenamtlichen Fürsorgearbeit der Frauen mit der öffentlichen Armenpflege, welche in der beinahe fünfjährigen Tätigkeit der Frauen Wiens während des Ersten Welt-

⁴²⁴ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 17 (26. Februar 1919), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1919, S. 457

⁴²⁵ Alma Seitz, Kriegshilfe der Wiener Frauen (Der Weltkrieg 16; Mönchengladbach o.J.), S. 4.

⁴²⁶ Weitere Publikationen Alma Motzkos werden in den anderen Kapiteln genannt.

⁴²⁷ Seitz, Kriegshilfe der Wiener Frauen., S. 3.

⁴²⁸ Vgl. Rigler, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich, S. 82.

⁴²⁹ Weitere teils für Frauen neue, teils bekannte Branchen waren: Textilindustrie, Straßenbahnbetrieb, Elektrizitätsindustrie, Berg- und Hüttenwesen, Transportunternehmen, Bergbau etc. Vgl. Rigler, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich, S. 89f.

⁴³⁰ Vgl. ebd., S. 87.

⁴³¹ Vgl. Lösch, „Die Frau hat ihre Schuldigkeit getan...“. In: Appelt, Lösch, Prost, Stille Reserven? S. 108.

⁴³² Vgl. Rigler, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich, S. 92.

⁴³³ Vgl. ebd., S. 87.

krieges in der Wiener Frauenhilfsorganisation hergestellt wurde. Dabei hatten sich die Mitarbeiterinnen der Frauenarbeitskomitees als große Stützen in der Armenpflege erwiesen. Der Beginn dieser Hilfsorganisationen führte auf die KFO zurück, in der Alma Seitz tätig war. Die KRFO forderte die KFO Niederösterreich auf, ein Treffen mit allen katholischen Frauenvereinen Wiens zu arrangieren. Die Katholische Reichsfrauenorganisation und die KFO Niederösterreich erkannten, dass ihre eigene Hilfe zu gering, im Kontext der öffentlichen Fürsorge der Gemeinde Wien jedoch Möglichkeiten der Hilfe vorhanden waren.⁴³⁴ Trotz der Zweifel des damaligen Bürgermeisters Richard Weiskirchner hatte die „Zukunft den Frauen Recht gegeben“. Die Entwicklungen des Krieges führten, auf Einladung des Bürgermeisters, sowohl Vertreterinnen der katholischen Frauenorganisationen, aber auch jene der liberalen Seite (Bund österreichischer Frauenvereine und Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs) in einem Saal des Rathauses zur Beratung zusammen. Entsprechend bereits bestehendem Plan der KFO wurde eine magistratische Frauenhilfsaktion ausgearbeitet. In jedem Wiener Bezirk sollte ein Frauenarbeitskomitee angegliedert werden, welches in einem eigenen Raum amtiert und alle Fälle von Frauen behandeln sollte. An dessen Spitze stand eine Leiterin, zwei Stellvertreterinnen und ein Vorstand, der die Arbeit der Mitarbeiterinnen kontrollieren und die Obliegenheiten aufteilen sollte.⁴³⁵ Einige Zeit später schlossen sich auch die Sozialdemokratinnen dem Komitee an. Auch in jedes Bezirksamt zog ein Mitglied der sozialdemokratischen Frauenvereinigung ein.⁴³⁶ Bei den Agenden der Frauenhilfsaktion handelte es sich um die Erteilung von Auskünften jeder Art, materielle Unterstützungen (Geld, Naturalien etc.), aber auch die Vermittlung von Arbeit oder der Mutter- und Säuglingsschutz.⁴³⁷ Die Frauenarbeitskomitees der einzelnen Bezirke nahmen beispielsweise auch die Verteilung von „Liebesgaben“ an Kinder vor.⁴³⁸ 1914, also mit Kriegsbeginn, war Alma Seitz gerade Generalsekretärin der KFO Niederösterreich, sie war bei der Bildung der Frauenhilfsorganisation maßgeblich beteiligt. Dementsprechend betonte sie in ihrem Antrag die Stärken der Frauen, wie Geduld, ihr Zeitmanagement und die naturgegebene Hilfstätigkeit sich um Arme zu kümmern. Die Gemeinderätin wollte damit nicht die Arbeit der Armenräte ausschalten oder einschränken, sondern forderte die prinzipielle Zulassung von Frauen als ehrenamtliche Organe der Armenpflege und beantragte:

⁴³⁴ Vgl. *Seitz*, Kriegshilfe der Wiener Frauen, S. 4.

⁴³⁵ Vgl. ebd., S. 5.

⁴³⁶ Vgl. ebd., S. 7.

⁴³⁷ Vgl. ebd., S. 5.

⁴³⁸ Vgl. Liebesgaben für Kinder. In: Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 12268 (13. März 1919), S. 5.

„Der §31 des Armenstatutes, welcher die Frau von der Tätigkeit des Armenrates ausschließt, möge als dem Zeitgeiste und den Erfahrungen namentlich der Kriegsjahre nicht mehr entsprechend aufgehoben werden.“⁴³⁹

Seitz' Antrag wurde angenommen.⁴⁴⁰ In der Zeitung *Neues Morgenblatt* wurde am 17. November 1919 davon berichtet, dass nach allen öffentlichen Körperschaften, die den Frauen zugänglich gemacht wurden, nun als letzte der Armenrat folgte. Frauen wurde nun durch eine Wahl das Recht eingeräumt, ihr caritatives Handeln offiziell auszuüben.⁴⁴¹

Die Bestimmungen des Reichsgemeindengesetzes von 1862 deklarierten die Armenfürsorge zur Angelegenheit der Gemeinden. Die Option auf eine Armenversorgung wurde den Staatsbürger*innen mit dem Heimatgesetz von 1863 zugesprochen, es bildete demnach die entscheidende Voraussetzung zur Hilfeleistung.⁴⁴² Die Stadt Wien übte ihre Armenpflege nach geltenden Vorschriften, wie es auch in anderen Großstädten gängig war, teils durch ehrenamtliche Organe, teils durch Berufsbeamt*innen aus. Der Schwerpunkt der Arbeit lag jedoch bei den gewählten Funktionär*innen⁴⁴³.⁴⁴⁴ Unter den bestehenden Gesetzen und Anordnungen des Wiener Gemeinderates und des Stadtrates wurde die Armenpflege Wiens durch das Magistrat und die Armeninstitute, welche in jedem Bezirk existierten, ausgeübt. Die Armenräte und später auch Armenrätinnen waren gemeinsam mit ihrer Leitung Bestandteil des Instituts. Das Amt des Armenrates/ der Armenrätin war ein freiwilliges Amt, man wurde dafür von der Bezirksvertretung auf sechs Jahre gewählt.⁴⁴⁵ „Die Lebenserfahrung, die Kenntnis des Wirtschaftslebens, die Gabe kluger Menschenbehandlung, vor allem aber den entschiedenen Willen zur selbstlosen, unparteiischen und nie versagenden Hilfsbereitschaft“⁴⁴⁶, die jeder Armenrat/ jede Armenrätin für das Amt mitbringen musste, sah Alma Seitz in den Frauen vereint. In beschränkter Weise waren Armenrätinnen bereits vor und während des Ersten Weltkrieges tätig, denn zur Armenkinderpflege

⁴³⁹ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 17 (26. Februar 1919), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1919, S. 457.

⁴⁴⁰ Vgl. Claudia Pinger, Dr. Hildegard Burjan. Erste weibliche Abgeordnete der Christlichsozialen Partei (Masterarb., Wien 2013), S. 56.

⁴⁴¹ Vgl. Gabriele Walter, Wiener Frauenzeitung. Die Frau als Volksvertreterin. In: Neues Montagsblatt, 26. Jg., Nr. 46 (17. November 1919), S. 7.

⁴⁴² Vgl. Gerhard Melinz, Das „zweite soziale Netz“–Kehrseite staatlicher Sozialpolitik. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), S. 161.

⁴⁴³ Frauen wurden, wie bereits erwähnt, ab Mitte des 1919er Jahres auch als Armenrätinnen zugelassen.

⁴⁴⁴ Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Anleitung für die Geschäftsführung der Armenräte der Stadt Wien (Wien 1920), S. 8

⁴⁴⁵ Vgl. ebd., S. 9.

⁴⁴⁶ ebd., S. 4.

wurden auch Frauen aus wohlhabendem bürgerlichem Milieu als Armenrätinnen herangezogen.⁴⁴⁷

Irene Stoehr beschrieb in ihrem Aufsatz *Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900*⁴⁴⁸ den Leitbegriff der „organisierten Mütterlichkeit“. Der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung gelang es ihrer Meinung nach mit diesem Begriff die bekannten Vorstellungen von „Weiblichkeit“ und „Mütterlichkeit“ zu verändern und damit verschiedene Lebensbereiche von Frauen zu politisieren. Es ging darum, selbst Bereiche zu definieren, „in denen Frauen kraft ihrer weiblichen Eigenarten an der Entwicklung und den Privilegien des kulturellen Lebens teilhaben können.“ Der Zuteilung „weiblicher Räume“ durch Männer sollte eine Absage erteilt werden; denn das Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung war die Herstellung einer „Frauenöffentlichkeit“ in Beruf und Politik.⁴⁴⁹ Es ging darum Handlungsräume für Frauen zu errichten, die nicht von Männern bestimmt wurden. Seitz forderte mit der Ernennung von Frauen zu Armenrätinnen einen derartigen Handlungsraum. Gleichzeitig betonte sie, dass es nicht darum ging, die Männer aus ihren Ämtern zu vertreiben oder sie in diesen zu beschränken, sondern um die „prinzipielle Zulassung der Frauen als ehrenamtliche Organe der Armenpflege“⁴⁵⁰.

Der Begriff der „Armenrätinnen“ wurde bereits in zeitgenössischen Zeitungsartikeln verwendet.⁴⁵¹ Alma Seitz sprach in ihrem Antrag jedoch von Frauen als Armenräte, zumindest wurde es in den Amtsbüchern der Stadt Wien so übermittelt.

8.1.3 Antrag zur Verleihung systemisierter Stellen an Fürsorgerinnen (19. Februar 1919)⁴⁵²

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zeichnete sich die Dringlichkeit einer Reform des Wiener Fürsorgesystems deutlich ab. Sämtlich Abteilungen, die sich mit Wohlfahrtsange-

⁴⁴⁷ Vgl. Susanne Birgit Mittermeier, Die Jugendfürsorgerin. Zur Professionalisierung der sozialen Kinder- und Jugendarbeit in der Wiener städtischen Fürsorge von den Anfängen bis zur Konstituierung des Berufsbildes Ende der 1920er Jahre. In: L'Homme Z.F.G., 5. Jg., Nr.2 (1994), S. 104.

⁴⁴⁸ Vgl. Irene Stoehr, „Organisierte Mütterlichkeit“. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900. In: Karin Hausen, Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (München 1983), S. 221–249.

⁴⁴⁹ Vgl. Irene Stoehr, „Organisierte Mütterlichkeit“, S. 221–249. Zit nach: Nadine Freund, Die Verwaltungsjuristin Theanolte Bähnisch (1899–1973) und der Deutsche Frauenring. Vom reformorientierten Preußen zur bundesdeutschen Westbindung- eine Wirkungsgeschichte (Diss., Bielefeld 2018), S. 158.

⁴⁵⁰ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 17 (26. Februar 1919), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1919, S. 457.

⁴⁵¹ als Beispiel für die Verwendung des Begriffs „Armenrätinnen“: Vgl. Angelobung der Armenräte. In: Illustrierte Kronen Zeitung, 21. Jg., Nr. 7261 (23. März 1920), S. 4. Bereits zehn Jahre zuvor berichtete die Illustrierte Kronen Zeitung von „Armenrätinnen“, Vgl. Städtische Angelegenheiten. In: Illustrierte Kronen Zeitung, 11. Jg., Nr. 3868 (7. Oktober 1910), S. 11.

⁴⁵² Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 17 (26. Februar 1919), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1919, S. 458

legenheiten beschäftigten, wurden unter der Verwaltungsgruppe III zusammengefasst, die Leitung der neu entstandenen Fürsorgestellen wurde der Magistratsabteilung 8 übertragen. Das Fürsorgesystem Wiens organisierte sich und wurde unter dem Begriff „Wiener System“⁴⁵³ auch außerhalb Österreichs bekannt.⁴⁵⁴ Der damalige amtsführende Stadtrat Julius Tandler hatte großen Einfluss auf die Fürsorge- und Gesundheitstätigkeiten der Gemeinde Wien in den Jahren 1920 bis 1932; sein Name fällt auch 100 Jahre später im Zusammenhang mit der Sozialpolitik Wiens in der Ersten Republik sehr häufig.⁴⁵⁵ Im Grunde lässt sich die Behauptung deklarieren, dass die Fürsorge in der Form, in der sie Jahre später bekannt war, ein Produkt der Nachkriegszeit war. Bereits in den Jahren vor dem Krieg war an der Stelle des Fürsorgewesens das Armenwesen.⁴⁵⁶

Die ausführenden Personen der Fürsorge waren unter anderem die Fürsorgerinnen, deren Ausbildung bereits vor dem Ersten Weltkrieg, 1910 von Ilse Arlt⁴⁵⁷, entwickelt wurde. Sie gründete zwei Jahre später, 1912, die „Vereinigte Fachkurse für Volkspflege“, die erste Fürsorgerinnenschule in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Der Unterricht dieser Schule war folgendermaßen aufgebaut: Das erste Jahr diente vor allem der „Einführung in die Arbeitsweisen der Bedürfnisbefriedigung, das zweite der Anwendung dieser auf die Fürsorge“, es handelte sich demnach um ein theoretisches und um ein praktisches Lernjahr. Ilse Arlt setzte bei der Ausbildung der Fürsorgerinnen auf Themengebiete, wie Erziehungslehre, Gesundheitslehre, Volkswirtschaftslehre, Wohnungskunde, Bürger*innenkunde, aber auch Jugendrecht, Fürsorgerecht, Armenwesen und Einführung in den Kanzleidienst. Eine breitgefächerte Bildung war für sie wichtig.⁴⁵⁸ Bevor ein Schwerpunkt gesetzt wurde, sollten die Schülerinnen einen Überblick über weitere Möglichkeiten, aber auch eine Allgemeinbildung erhalten. Der Unterschied zu anderen Schulen dieser

⁴⁵³ Besonders charakteristisch für dieses System war die Zusammenfassung all dessen, was zum Wohlfahrtswesen gehörte. Es diente zur Zentralisierung, um u.a. Vorgänge und Arbeiten zu vereinheitlichen. So wurde beispielsweise das Jugendamt mit der Armen- und Gesundheitsfürsorge zum Wohlfahrtsamt zusammengeführt, an dessen Spitze lediglich eine Person und kein ganzer Vorstand stehen sollte, um die Effizienz des Systems zu gewährleisten. Vgl. Dr. Hermann *Hartmann*, *Die Wohlfahrtspflege Wiens* (Diss., Gelsenkirchen 1929), S. 29.

⁴⁵⁴ Vgl. *Czeike*, *Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik*, S. 149–152.

⁴⁵⁵ Vgl. ebd., S. 155.

⁴⁵⁶ Vgl. Marie *Köstler*, *Die Fürsorgerin*. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.), *Handbuch der Frauenarbeit in Österreich* (Wien 1930), S. 282.

⁴⁵⁷ Ilse Arlt wurde 1876 in Wien geboren und starb auch 1960 dort. Sie war Fürsorgerin und Sozialwissenschaftlerin. Für sie war die professionelle Ausbildung und Ausübung der Fürsorgerinnen genauso von großem Wert wie die Grundlagenforschung zu Themen der Sozialpolitik. Demnach wurde in ihrer Schule beides durchgeführt: Forschung und Lehre. Vgl. Ilse *Korotin*, *biografIA*. *Lexikon österreichischer Frauen*. Bd. 1 (Böhlau 2016), S.133f; weiterführende Literatur zu Ilse Arlt: Maria *Maiss*, Ilse Arlt, Pionierin der wissenschaftlich begründeten Sozialarbeit (Wien 2013); Maria *Maiss*, Silvia Ursula *Ertl*, Ilse Arlt. (Auto)biographische und werkbezogene Einblicke. *Werkausgabe Ilse Arlt*, Bd. 3 (Soziale Arbeit- Social Issues 11, Wien 2011);

⁴⁵⁸ Vgl. Ilse *Arlt*, *Die Grundlagen der Fürsorge* (Wien 1921), S. 184.

Art lag in der Betonung der Volkspflege und in der Orientierung an der Bedürfnislehre.⁴⁵⁹ Der Begriff der „Volkspflege“ war aus Arlts Sicht eine Vereinigung von „Menschenpflege“ und „Wohlfahrtspflege“.⁴⁶⁰



Abb. 18: Ilse Arlt mit 70 Jahren;⁴⁶¹ Abb. 19: Stempel der „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“⁴⁶²

In den Jahren nach der Gründung der „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ wollte Ilse Arlt möglichst viele Frauen für ihre Ausbildung gewinnen, die Aufnahmekriterien waren in Bezug auf die schulische Vorbildung offen: Die Schülerinnen konnten zwischen 17 und 35 Jahre alt sein. Aber auch hinsichtlich der Vorbildung gab es keine konkreten Vorstellungen: Bürgerschule, Lyzeum, Universität, Haushaltungsschule, Kindergarten- oder Lehrerinnenprüfung, für Arlt war besonders die Persönlichkeit der angehenden Fürsorgerinnen von Bedeutung. Im Laufe der Jahre änderten sich die Voraussetzungen: 1918 wurden die Fachkurse zur „Akademie für soziale Verwaltung“ und ab 1919 war ein Schulabschluss mit Matura notwendig für die Aufnahme.⁴⁶³

Doch auch neben Arlts Schule wurde während des Krieges, aber auch in der Nachkriegszeit eine Liste an Ausbildungsstätten für Fürsorgerinnen geschaffen, folgende behaupteten sich: der städtische Fachkurs der Gemeinde Wien zur Heranbildung von Jugendfürsorgerinnen, die „Soziale Frauenschule“ der katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien, die „Fürsorgerinnenschule des niederösterreichischen Jugendamtes“, die „Evangelische Frauenschule Wien“, die „Fürsorgerinnenschule Graz“ und die „Oberösterreichische

⁴⁵⁹ Vgl. Cornelia Frey, „Respekt vor der Kreativität der Menschen“. Ilse Arlt: Werk und Wirkung (Opladen 2005), S. 90.

⁴⁶⁰ Vgl. ebd., S. 92.

⁴⁶¹ Ilse Arlt, online unter: < http://fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/ShowPlakat.aspx?p_iBildID=10864272 > (10. Juli 2019).

⁴⁶² Gudrun Wolfgruber, Ideale und Realitäten. Von der städtischen Jugendfürsorge zur Kinder- und Jugendhilfe. 100 Jahre Wiener Jugendamt (Stadt Wien, Wien 2017), S. 11.

⁴⁶³ Vgl. Wolfgruber, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit, S. 24f.

Fürsorgerinnenschule“ am Riesenhof bei Linz.⁴⁶⁴ Eine größere Anzahl von Ausbildungsstätten für Fürsorgerinnen⁴⁶⁵ hatten dieselben Aufnahmebedingungen: das Mindestalter der Schülerinnen war 18 oder 19 Jahre, wobei höhere Altersstufen bevorzugt wurden; die schulische Mindestvoraussetzung war die Absolvierung der Bürgerschule und eine zweijährige Fortbildung, unabhängig welcher Art. Lediglich bei der „Akademie für soziale Verwaltung“ war, wie schon erwähnt, die Ablegung der Matura von Nöten.⁴⁶⁶

Auch die katholische Seite erkannte die Dringlichkeit von geschulten Kräften für die Fürsorgearbeit während des Krieges. Die KFO Niederösterreich gründete 1916 unter Gräfin Gerta Walterskirchen die „Soziale Frauenschule“,⁴⁶⁷ deren vorderste Aufgabe die Schulung und Erziehung von Mädchen und Frauen zu bestehenden Berufen in der privaten und öffentlichen Wohlfahrtspflege war. Dies erreichten sie durch theoretische Vorträge und praktische Fürsorge. Genauso wie die karitative und allgemeine Ausbildung der weiblichen Bevölkerung war auch die Bildung auf christlichem Fundament ausschlaggebend in der Frauenschule. Durch religionswissenschaftliche Vorträge und Vorträge zur politischen Schulung wollte die KFO ihren Ansprüchen einer sozial-karitativen, katholischen Schule gerecht werden und ihre Schülerinnen dahingehend in das berufliche Leben entsenden.⁴⁶⁸

Die Fürsorgeschule baute ihre Ausbildung auf mehreren Gruppen auf. Die zweijährige Fürsorgerinnenschule zählte zur ersten Gruppe und nahm „gesunde Mädchen von mindestens 18 Jahren“ auf, die wenn möglich zuvor die Reifeprüfung abgelegt hatten. Anschließende Arbeitsgebiete dieser Gruppe waren: Fürsorgerinnen in Jugendämtern (von Gemeinden oder Ländern), Mutter- oder Säuglingsfürsorgestellen, Schulfürsorge, Fürsorgerinnen in Tagesheimstätten, Erholungsheimen, etc.⁴⁶⁹ Die Bezeichnungen der unterschiedlichen Ausbildungen und deren Profile veränderten sich im Laufe der Jahre. 1919 wurden die Gruppen noch in „juridische Gruppe“, „pädagogische Gruppe“ und „pflegerisch-hygienische Gruppe“ geteilt⁴⁷⁰, während im Frauen-Jahrbuch von 1930 von diesen Bezeichnungen keine Rede mehr war. Auch die Bildungsbereiche und die Möglichkeiten der

⁴⁶⁴ Es muss erwähnt werden, dass die Liste der Schulen aus der Sicht von 1930 aufgezählt wurde. Die Schulen hatten in den Jahren zuvor noch andere Bezeichnungen oder dergleichen. vgl. Ilse Arlt, Soziale Frauenschulen. In: Martha Stephanie Braun, Ernestine Fürth, Marianne Hörnig, Grete Laube, Bertha List-Ganser, Carla Zaglits (Hg.), Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich (Wien 1930), S. 168.

⁴⁶⁵ Dazu zählten die „Reichsanstalt für Mutterschutz und Säuglingsfürsorge“, die „Soziale Frauenschule“ der KFO Wien, die „Evangelisch-soziale Frauenschule des Zentralvereins für innere Mission in Österreich“. Letztere bildete eine Ausnahme, da sie nur einjährig war, alle anderen waren zweijährig. Vgl. Wolfgruber, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit, S. 25.

⁴⁶⁶ Vgl. Wolfgruber, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit, S. 25.

⁴⁶⁷ Vgl. Dr. Berta Pichl, Haben wir unsere Pflicht getan? In: Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.), S. 143.

⁴⁶⁸ Vgl. Eine Schule für die Frauen. In: Reichspost, 26. Jg., Nr. 255 (22. Juni 1919), S. 8.

⁴⁶⁹ Vgl. Dr. Berta Pichl, Haben wir unsere Pflicht getan? In: Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.), S. 144.

⁴⁷⁰ Vgl. Eine Schule für die Frauen. In: Reichspost, 26. Jg., Nr. 255 (22. Juni 1919), S. 8.

Berufsausübung wurden erweitert, so gab es ab 1924 beispielsweise einen „Kurs zur Schulung fürs Leben“ oder 1930 einen für Polizeifürsorgerinnen.⁴⁷¹

Von Seiten der Stadt gab es seit 1918 die „Akademie für soziale Verwaltung“, der die städtischen Fachkurse für Jugendfürsorge vorausgingen. Mit Hilfe der Fächer Sozialhygiene, Sozialpädagogik und Sozialrecht sollten Mitarbeiter*innen ausgebildet werden, die für gehobene Aufgaben in der Sozial- und Kommunalverwaltung eingesetzt werden konnten. Prinzipiell war die Akademie für Männer und Frauen geöffnet, es zeichnete sich jedoch schnell ein Bild mit mehrheitlich auszubildenden Fürsorgerinnen ab.⁴⁷²

In diesem Antrag vom 19. Februar 1919 betonte Alma Seitz die zu geringen Gehälter der Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes. Liest man ihren Antrag, lässt sich die Hierarchie betreffend der Ausbildungsorte der Fürsorgerinnen erkennen. Absolventinnen der Schule Arlt standen in der Gehälterskala weiter oben als Absolventinnen anderer Schulen. Arlt-Schülerinnen erhielten auch ohne Praxis bereits beim Eintritt ins Jugendamt systemisierte Stellen, während andere Fürsorgerinnen auch nach mehr als vier Jahren Praxis kein Angebot dieser Art vorgeschlagen bekamen. Die Gemeinderätin wies auf die harten Arbeitsbedingungen, die Geringschätzung und die Ungerechtigkeiten innerhalb der Berufssparte hin. Konkret berichtete sie von den Wetterumständen, denen man beispielsweise ausgesetzt war, während Fürsorgerinnen im Innendienst weniger Kraft benötigten. Alma Seitz trat für die Anhebung des Berufs der Fürsorgerin auf ein entsprechendes Lohnniveau ein, immerhin waren bestimmte Vorbildungsansprüche vorhanden, die ihrer Meinung nach durch die Bildung an sozialen Frauenschulen, wie auch die Schule Arlt, gegeben waren. Das fehlende Wissen sollte Seitz' Meinung nach nicht in nächtlichen Stunden in der städtischen Akademie aufgeholt werden, sondern das Berechtigungswesen im Beruf der Fürsorgerin sollte durchdacht erarbeitet werden. Alma Seitz stellte daher den Antrag:

„Die Gefertigte beantragt sohin, die ehebaldigste Verleihung von systemisierten Stellen an Fürsorgerinnen mit mehr als einjähriger Praxis unter Rückwirkung aller dadurch entstandenen Vorteile bis zum Abschluß des ersten Dienstjahres.“⁴⁷³

Der Bürgermeister übermittelte den Antrag weiter an den Stadtrat.

Alma Seitz engagierte sich besonders für den frauenspezifischen Handlungsraum der Frauen im Fürsorgewesen. Auffällig ist ihr Eintreten für die gerechte Behandlung der Für-

⁴⁷¹ Vgl. Dr. Berta *Pichl*, Haben wir unsere Pflicht getan? In: Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.), S. 145.

⁴⁷² Vgl. Maria Dorothea *Simon*, Von Akademie zu Akademie. In: *Wilfing*, Konturen der Sozialarbeit. Ein Beitrag zur Identität und Professionalisierung der Sozialarbeit Wien (Wien 1995), S. 15.

⁴⁷³ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 17 (26. Februar 1919), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1919, S. 458

sorgerinnen, wie auch im folgenden Antrag betreffend das Gehaltsschema der eben genannten.

8.1.4 Antrag zum Gehaltsschema für die definierten Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes (27. Februar 1919)⁴⁷⁴

In den Amtsbüchern der Stadt Wien standen keine stenographischen Protokolle der Gemeinderatssitzungen zur Verfügung. Es wurden lediglich die Anträge und Anfragen der Abgeordneten aufgelistet und ausgeführt, jedoch meistens nicht, wie sie weiterbehandelt wurden.

Alma Seitz sprach in ihren Anträgen des Öfteren von Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes. Das **städtische Jugendamt** als Träger der Jugendfürsorge ging auf zwei Institutionen der Monarchie zurück, einerseits auf die lange ausgeübte städtische Armenkinderpflege, andererseits auf die 1910 ins Leben gerufene städtische Berufsvormundschaft⁴⁷⁵. Das Jugendamt, auf das Seitz hinzielte, wurde 1917⁴⁷⁶ geschaffen. Es umfasste die Unterhalts- und Rechtsfürsorge, ab 1917 auch die Gesundheits- und Erziehungsfürsorge.⁴⁷⁷ Das Jugendamt zählte zur Sparte der offenen Fürsorge, die demnach nicht in Anstalten, Heimen etc. ausgeübt wurde.⁴⁷⁸

Seit der Gründung des Jugendamtes steht der „Schutz des Kindeswohls“ im Mittelpunkt. Zu den zentralen Aufgaben des Amtes zählten neben finanzieller und materieller Unterstützung unter anderem die Registratur von Pflege- bzw. Ziehkindern und die Überwachung von als „verwahrlost“ klassifizierten Kindern. Die nach dem Krieg anhaltenden Folgen machten bewusst, dass das Kinder- und Jugendlend keine zufällige und vorüber-

⁴⁷⁴ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 20 (8. März 1919), Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 1919, S. 551.

⁴⁷⁵ Die Einführung der Berufsvormundschaft wurde 1912 für alle Wiener Gemeindebezirke vorgesehen, wurde 1913 jedoch als Übergangslösung erst einmal in zwei Bezirken realisiert. Aufgrund der Zunahme der Säuglingssterblichkeit und von sozialer Not betroffener unehelicher Kinder wurde eine Erweiterung der städtischen Berufsvormundschaft immer notwendiger. Der Einsatz der ersten angestellten und entlohnten Berufspfleger*innen im Rahmen der Berufsvormundschaft stellte einen ersten Schritt in der Herausbildung eines spezifischen Berufes im Bereich der Jugendfürsorge dar. Vgl. Grudrun *Wolfgruber*, *Von der Fürsorge zur Sozialarbeit. Wiener Jugendwohlfahrt im 20. Jahrhundert* (Wien 2013), S. 22.

⁴⁷⁶ Der „Geburtstag“ des Wiener Jugendamtes geht auf den 27. April 1917 zurück. An diesem Tag wurde im Wiener Gemeinderat der Ausbau der Kinder- und Jugendfürsorge beschlossen. Dazu zählte der Ausbau von Kindergärten, der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, der Fürsorge für schulpflichtige und schulentlassene Kinder, die Zurverfügungstellung von Unterstützungsleistungen für schwangere Frauen und stillende Mütter. Bis zum Kriegsende konnten diese Pläne jedoch nur bedingt ausgeführt werden. Vgl. *Wolfgruber*, *Ideale und Realitäten*, S. 15.

⁴⁷⁷ Vgl. Magistratsabteilung 7, *Das Jugendamt der Stadt Wien* (Wien 1933), S. 5.

⁴⁷⁸ Vgl. Dr. Hermann *Hartmann*, *Die Wohlfahrtspflege Wiens* (Gelsenkirchen 1929), S. 16.

gehende Situation war, sondern eine sozial bedingte und den Krieg verschärfte Erscheinung, die dringende Maßnahmen forderte.⁴⁷⁹

Es wurden Bezirksjugendämter eröffnet, deren Leitung jeweils ein rechtskundiger Beamter innehatte, die angestellten Fürsorgerinnen wurden in Hauptfürsorgerinnen mit vorwiegendem Mittelschulabschluss und Fürsorgerinnen, die neben der Pflichtschule eine weitere Ausbildung vorweisen mussten, strukturiert. Beide genannten Fürsorgerinnenpositionen hatten die Absolvierung vorgeschriebener Fachkurse und eine Prüfung über die besonderen fachlichen Kenntnisse abzulegen.⁴⁸⁰

Der Antrag Alma Seitz´ vom 27. Februar 1919 thematisierte erneut die Rolle der Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes und deren Entlohnung. Die Gehaltsverhältnisse der „definierten Fürsorgerinnen“ des städtischen Jugendamtes, welche im Kanzlistenstatus⁴⁸¹ 2. Klasse standen, sicherten nicht die materiellen Grundlagen, die für die Fürsorgerinnen notwendig waren. Die Entlohnung stand in keinem gerechten Verhältnis von Aufwand und Zeit. Und da auch die Fachvorbildung weiterhin nicht gebührend geschätzt wurde, stellte Seitz den Zusatzantrag⁴⁸²:

„Es soll mit der Systemisierung von Stellen für die in Rede stehenden Fürsorgerinnen die Aufstellung eines eigenen Gehaltsschemas für das Definitivum parallel gehen, welches in der Anlage des Grundgehaltes auf die Stellung und Arbeitsleistung der Fürsorgerin im Ansatz von Teuerungszulagen auf die derzeit schwierigen Ernährungsverhältnisse und die Lage des Mittelstandes Bedacht nimmt.“⁴⁸³

Alma Seitz unternahm erneut den Versuch im Bereich der Fürsorgerinnen für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Deren Gehalt sollte zumindest soweit ausreichen, dass sie ihr Leben ohne existenzielle Probleme gut gestalten konnten. Immerhin war es auch ihre Pflicht genügend und dementsprechende Vorbildung mitzubringen.

Auch dieser Antrag wurde an den Stadtrat weitergereicht.

In den fünf Monaten im provisorischen Wiener Gemeinderat stellte Alma Seitz vier Anträge, die sich vorwiegend im Handlungsraum der Frauen im Fürsorgewesen bewegten. Drei handelten konkret von Fürsorgerinnen, ein Antrag implizierte die Zulassung von Frauen als Armenräte. Die Einführung einer Wohnungsaufsicht durch die Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen, die Verleihung systemisierter Stellen an Fürsorgerinnen und

⁴⁷⁹ Vgl. Gudrun *Wolfgruber*, Fremdunterbringung zwischen Kontrolle und Partizipation. Ein historischer Abriss (Studie 2015), S. 2.

⁴⁸⁰ Vgl. Magistratsabteilung 7, Das Jugendamt der Stadt Wien, S. 6.

⁴⁸¹ Vgl. Ein Kanzlist war ein Angestellter, online unter: <<<https://www.duden.de/rechtschreibung/Kanzlist>>> (23. Mai 2019).

⁴⁸² Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 20 (8. März 1919), Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 1919, S. 551.

⁴⁸³ ebd.

deren Gehalt waren vordergründige Themen der christlichsozialen Gemeinderätin. Die Zulassung der Frauen als Armenrät*innen gehörte zwar auch in die Sparte der sozial engagierten Frauen, zählte jedoch zum ehrenamtlichen Tun, denn sie führten ihre Arbeit ehrenamtlich aus. In ihrem Antrag bezüglich der Zulassung der Armenrät*innen forderte Alma Seitz, nach Stoehr⁴⁸⁴, das zulässige Eindringen der Frauen in „männliche Räume“.

8.2 Anträge im Gemeinderat von 4. Mai 1919 bis Februar 1934

Seit der Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien am 4. Mai 1919 war Alma Seitz Abgeordnete der Christlichsozialen Partei. Sie hatte diese Funktion die gesamte Erste Republik inne.

8.2.1 Antrag betreffend Zuerkennung von Freikarten an die Pensionisten der städtischen Straßenbahnen (20. Juni 1919) ⁴⁸⁵

In der Gemeinderatssitzung am 20. Juni 1919 berichtete die nun gewählte Gemeinderätin Alma Seitz vom Anliegen pensionierter Angestellter der städtischen Straßenbahn über die Sommermonate Karten zur Fahrt in die Peripherie von Wien zu erhalten. Die Erhöhung der Straßenbahnpreise und die geringe Anpassung der Gehälter und Löhne der Angestellten führte dazu, dass den Pensionisten die Möglichkeit genommen wurde, anstelle eines Sommerurlaubes, der nicht leistbar war, Ausflüge in die Umgebung Wiens zu unternehmen.

Das öffentliche Verkehrswesen hatte unter den Folgen des Ersten Weltkrieges zu leiden, die Preise für alle Bahn- und Baubedarfsmaterialien stiegen, Strom, genauso wie brauchbare Ersatzmaterialien, waren Mangelware. Die kriegsbedingte Inflation versetzte die Betriebsführung der Straßenbahn in eine schwierige Situation. Aufgrund der wirtschaftlichen Not nach dem Krieg kam es bis 1922 zu sieben Fahrpreiserhöhungen, um ein budgetäres Gleichgewicht herzustellen.⁴⁸⁶ Die ehemaligen Angestellten erwarteten sich von den städtischen Straßenbahnen weiterhin ein Entgegenkommen, immerhin hatten sie ihre Lebenskraft in den Dienst des städtischen Unternehmens gestellt.

⁴⁸⁴ Vgl. *Stoehr*, „Organisierte Mütterlichkeit“, S. 221–249.

⁴⁸⁵ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 52 (28. Juni 1919), Gemeinderatssitzung vom 20. Juni 1919, S. 1512.

⁴⁸⁶ Vgl. *Czeike*, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik, S. 98f.

Seitz führte an, dass die Betroffenen sich direkt an sie gewandt hatten, und stellte den Antrag:

„Die Pensionisten der städtischen Straßenbahnen, sowie die Witwen und Waisen nach Straßenbahnbediensteten sind für die Dauer der Sommermonate Karten (etwa 20 per Kopf und Monat) zur freien Fahrt in die Umgebung Wiens zuzubilligen. Der Antrag ist in Anbetracht dessen, daß er eine zeitliche befristete Angelegenheit zum Gegenstand hat, einer sofortigen Behandlung zuzuführen.“⁴⁸⁷

Der Antrag wurde kurz vor Beginn der Sommermonate gestellt, es handelte sich demnach um eine dringliche Angelegenheit. Auch hier geht aus dem Amtsbuch der Stadt Wien nicht hervor, ob der Antrag angenommen wurde, er ging erneut an den Stadtrat.

Am Christlichsozialen Parteitag von 1930 betonte Alma Motzko, dass für sie die „arbeitswillige Mittelschicht im Vordergrund“⁴⁸⁸ stand.⁴⁸⁹ Pensionisten der städtischen Straßenbahn wandten sich direkt an die Gemeinderätin, sie könnten in ihr eine Vertreterin ihrer Interessen gesehen haben, wie Motzko es auch am Parteitag deklarierte.

8.2.2 Antrag betreffend Milch für Kinder (9. Juli 1919)⁴⁹⁰

Die Ereignisse von 1918/1919, das Ende des Ersten Weltkrieges, die Ausrufung der Republik, aber auch die revolutionären Bewegungen, die sich von Russland aus über Europa ausbreiteten, sorgten für Umbrüche. Es kam zu radikalen Änderungen in der politischen Verfassung, aber auch in der territorialen Ordnung der Länder. Das Ende des Krieges hieß nicht das Ende der Unruhen. Im Mai 1919 herrschten unter anderem Konflikte an der Grenze zum neu gegründeten Königreich Jugoslawien. Doch neben kriegerischen Geschehnissen zogen sich auch weitere gewaltvolle Protestformen des Ersten Weltkrieges in die Erste Republik hinein: Hungerunruhen waren im ganzen Land präsent.⁴⁹¹ Der Beginn der Ersten Republik war vom Mangel an Lebensmitteln, einer unzureichenden gesundheitlichen und hygienischen Versorgung der Bevölkerung, Krankheiten, einer hohen Säuglingssterblichkeit und der zunehmenden Zahl kranker Kinder und Jugendlicher geprägt.⁴⁹² Eine Folge der Kriegswirtschaft war die Einschränkung der Milchproduktion. Großgrundbesitzer waren die größten Lieferanten für Wien. Doch der Krieg forderte seine Opfer: Die

⁴⁸⁷ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 52 (28. Juni 1919), Gemeinderatssitzung vom 20. Juni 1919, S. 1512.

⁴⁸⁸ Benesch, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934, S. 320.

⁴⁸⁹ Vgl. ebd.

⁴⁹⁰ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 58 (19. Juli 1919), Gemeinderatssitzung vom 9. Juli 1919, S. 1787.

⁴⁹¹ Vgl. Veronika Helfert, Auf dem Boden des Klassenkampfes! Revolutionäre Bewegungen in Österreich 1918/1919. In: Kriechbaumer, Maier, Mesner, Wohnout, Die junge Republik, S. 49f.

⁴⁹² Vgl. Wolfgruber, Ideale und Realitäten, S. 18.

Kühe mussten zur Nahrungsbeschaffung geschlachtet und die Futtermittel, wie beispielsweise Kleie, im Brot verwertet werden. Demnach fehlte vor allem das Kraftfutter für die Tiere. Die Ergiebigkeit der Milchwirtschaft wurde maßgeblich herabgesetzt, was besonders in der Stadt Wien spürbar wurde. Die Landbezirke und kleineren Städte konnten ihren Vorteil aus der lokalen und regionalen Versorgung ziehen, nur der Überschuss, falls je vorhanden, wurde in die Hauptstadt transportiert. Die Abgrenzungen zum tschechoslowakischen und zum ungarischen Staat spielten auch tragende Rollen hinsichtlich der Milchvorräte. Vor dem Krieg betrug die tägliche Milchlieferung nach Wien 960 000 Liter, im Dezember 1918 schwankte die Zahl zwischen 70 000 und 75 000 Liter. Die Bevölkerung litt unter dem Mangel, am schlimmsten war es jedoch für Kranke und für Kinder, denn Milch konnte durch kein anderes Nahrungsmittel ersetzt werden.⁴⁹³

In der Gemeinderatssitzung am 5. Juli 1919 stellte Alma Seitz den Antrag:

„Der Magistrat, Bezirkswirtschaftsstelle III, wird angewiesen, jugendlichen Personen im Alter von 6 bis 14 Jahren das ihnen zukommende Quantum von Milch zuzuweisen. Im Falle, daß die Zuweisung aus den Milchvorräten der Gemeinde infolge des dort bestehenden Mangels keine Möglichkeit der Durchführung fände, wird folgender Alternativantrag gestellt: Die Gemeinde Wien tritt an die amerikanische Kinderausspeiseaktion mit dem Ersuchen heran, daß allen Schulkindern im Wege der genannten Ausspeisungsaktion und aus den Vorräten derselben täglich $\frac{1}{4}$ l Milch als Zehnuhrjause verabreicht wird.“⁴⁹⁴

Motzko berichtete zuvor, dass aus den Kreisen der Mütter schulpflichtiger Kinder die Klage erhoben wurde, dass ihre Kinder nicht mehr, ihrem Alter entsprechend, genügend Milch erhalten hatten. Der kindliche Organismus benötigt den Nährgehalt der Milch für das Wachstum, demnach hatte die Milchnot vor allem auf Kinder und Jugendliche Auswirkungen. Der Antrag inkludierte auch das Herantreten der Gemeinde an die amerikanische Kinderausspeiseaktion, um die Milchzufuhr zu garantieren.

Eine wesentliche Unterstützung in der prekären Lage zu Beginn der Ersten Republik erfuhr Österreich durch ausländische Hilfsaktionen. Lebensmittel, aber auch Medikamente zur systematischen Bekämpfung unterernährter und kranker Wiener Kinder wurden von Holland und Amerika und vom Roten Kreuz bereitgestellt. Die Organisation und die Leitung der Ausspeiseaktionen übernahm das Wiener Jugendamt.⁴⁹⁵

Die ausländischen Hilfsaktionen erstreckten sich auf Kindergärten, Schulen und Horte und wurden nach dem Ende des Krieges durchgeführt. Die amerikanische Hilfsaktion konzentrierte sich auf das Verteilen von Mittagessen an Schulkinder, die holländische Kin-

⁴⁹³ Vgl. Die Milchnot. In: Arbeiter-Zeitung, 31. Jg., Nr. 26 (27. Jänner 1919), S. 4.

⁴⁹⁴ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 58 (19. Juli 1919), Gemeinderatssitzung vom 9. Juli 1919, S. 1787.

⁴⁹⁵ Vgl. *Wolfgruber*, Ideale und Realitäten, S. 18.

derhilfsaktion wiederum gab im Kindergarten Frühstück (Kakao und Weißgebäck) aus.⁴⁹⁶ Die *Österreichische Illustrierte Zeitung* berichtete am 2. November 1919, dass die amerikanische Ausspeiseaktion bis zum 1. Dezember 1919 verlängert werden sollte und laut der Bevölkerung Freude darüber herrschte. Die Aktion schaffte es circa 800 Kinder auf einmal auszuspeisen. Der Autor des Artikels betonte, dass „Wer einmal von den tieftraurigen Zusammenbruchszeiten und dem Ernährungselend [...] erzählen wird, der wird nicht vergessen, die Amerikaner mit ihrem obersten Nährvater Herrn Hoover und sein Segenswerk gleichzeitig zu nennen.“⁴⁹⁷ Letztendlich wurde die holländische Aktion im Oktober 1921, die amerikanische Ausspeiseaktion erst im Mai 1922 eingestellt.⁴⁹⁸



Abb.: 20 und 21: Amerikanische Kinderausspeiseaktion; Kinder im Saal des Belvedere⁴⁹⁹

8.2.3 Antrag betreffend die Zuführung beschlagnahmter Milch zum legitimen Handel (23. Juli 1919)⁵⁰⁰

Bereits in der Sitzung des provisorischen Gemeinderates am 24. April 1919 brachte Alma Seitz eine Anfrage hinsichtlich des Schleichhandels mit Milch ein. Sie forderte vom Bürgermeister Jakob Reumann die Eindämmung des Schleichhandels mit Milch, um den legitimen Handel zu schützen.⁵⁰¹ In der Stadtratssitzung am 23. Juli 1919 war die Milchnot weiterhin Thema. Am 9. Juli stellte Motzko den Antrag auf Zuweisung von Milch an Jugendliche, am 23. Juli folgte der Bericht der Milchversorgungsstelle darüber.

⁴⁹⁶ Vgl. Czeike, *Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik*, S. 183.

⁴⁹⁷ Vgl. Amerikanische Kinderausspeiseaktion im Belvedere und im Augarten in Wien. In: *Österreichische Illustrierte Zeitung*, 29. Jg., Nr. 5 (2. November 1919), S. 12.

⁴⁹⁸ Vgl. Czeike, *Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik*, S. 184.

⁴⁹⁹ Vgl. Amerikanische Kinderausspeiseaktion im Belvedere und im Augarten in Wien. In: *Österreichische Illustrierte Zeitung*, 29. Jg., Nr. 5 (2. November 1919), S. 12.

⁵⁰⁰ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, *Amtsblätter der Stadt Wien*, Jahrgang 1919, Nr. 63 (6. August 1919), Stadtratssitzung vom 23. Juli 1919, S. 1959.

⁵⁰¹ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, *Amtsblätter der Stadt Wien*, Jahrgang 1919, Nr. 36 (3. Mai 1919), Gemeinderatssitzung vom 24. April 1919, S. 1013.

Außerdem brachte sie einen weiteren Antrag vor:

„Die in Wien einlaufenden Personenzüge sind in Bezug auf im Schleichhandel eingeschmuggelte Milch zu kontrollieren. Die hiebei beschlagnahmte Milch ist dem legitimen Handel zuzuführen.“⁵⁰²

In derselben Sitzung berichtete der Stadtrat für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, Quirin Kokrda von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, über die Versorgung Wiens mit Milch und der in letzter Zeit ständigen Abnahme von Milchlieferungen und des hingegen steigenden Schleichhandels mit Milch. Er stellte den Antrag des Verbotes von Rucksackverkehr mit Milch, auch in geringen Mengen.⁵⁰³ Der Schleichhandel mit dem kostbaren Gut funktionierte vor allem via den öffentlichen Verkehrsmittel. Straßenbahnen wurden streng kontrolliert, wie auch die Bahnhöfe. Zum Beispiel berichtete die *Illustrierte Kronen Zeitung* über die Abnahme von 50 Liter Milch bei der Station Floridsdorf. Die beschlagnahmte Ware wurde anschließend an Wohltätigkeitsorganisationen und Spitäler verteilt.⁵⁰⁴ Alma Seitz forderte jedoch, dass die beschlagnahmte Milch im Handel verkauft werden sollte.

8.2.4 Antrag betreffend eine städtischen Mietheimstelle für Invalide im Haus 15., Pelzgasse 5 (17. September 1919)⁵⁰⁵

In der Stadtratssitzung am 17. September 1919 stellte die Stadträtin Alma Seitz gemeinsam mit einigen ihrer Kolleg*innen den Antrag:

„In dem durch Vermächtnis Josef und Anna Bischofs in das Eigentum der Gemeinde Wien übergegangene Haus 15., Pelzgasse 5, ist eine städtische Mietheimstelle für Invalide einzurichten und es wird der Magistrat beauftragt, ehestens diesbezüglich Bericht und Antrag dem Stadtrate vorzulegen.“⁵⁰⁶

Am 1. Oktober 1919 erfolgte die Kenntnisnahme des Magistratsberichts darüber, Berichterstatter war der sozialdemokratische Stadtrat Franz Siegel.

⁵⁰² Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 63 (6. August 1919), Stadtratssitzung vom 23. Juli 1919, S. 1959.

⁵⁰³ Vgl. Gegen den Schleichhandel mit Milch. In: Arbeiter-Zeitung, 31. Jg., Nr. 201 (24. Juli 1919), S. 7f.

⁵⁰⁴ Vgl. Die Milchwucherer. In: Illustrierte Kronen Zeitung, 20. Jg., Nr. 7008 (7. Juli 1919), S. 2.

⁵⁰⁵ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 79 (1. Oktober 1919), Stadtratssitzung vom 17. September 1919, S. 2367.

⁵⁰⁶ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1919, Nr. 79 (1. Oktober 1919), Stadtratssitzung vom 17. September 1919, S. 2367.

8.2.5 Antrag betreffend die Eingliederung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in die letzten Klassen der Mädchenbürgerschule (27. Februar 1920)⁵⁰⁷

Otto Glöckel wurde 1919 zum Unterstaatssekretär für Unterricht (entspricht dem heutigen Unterrichtsminister⁵⁰⁸) ernannt. Er war, nach dem Bürgermeister, Zweiter Präsident des Landesschulrates. Für ihn waren die Erziehung zur Selbsttätigkeit, auch unter dem Begriff der „Arbeitsschule“ benannt, und die Zugänglichkeit aller Kinder zu Bildung wichtig.⁵⁰⁹ Den Schüler*innen sollte in ihrem Gelernten eine direkte Verbindung zur Lebenspraxis vermittelt werden. „Reden ohne sachlichen Hintergrund wird heute mit allen Mitteln bekämpft“, erklärte Glöckel selbst, denn aus der unmittelbaren Anschauung und nicht nur aus Büchern sollen die Schüler*innen lernen. Im Schultyp der Bürgerschule (6. bis 8., bzw. 9. Schuljahr) wollte man den Unterricht vereinheitlichen und die einzelnen Unterrichtsfächer miteinander in Verbindung bringen.⁵¹⁰

Nach dem Besuch der Bürgerschule war es möglich einen einjährigen „Lehrkurs“, eine zweijährige „Niedere Fachschule“⁵¹¹ oder eine dreijährige „Gewerbliche und Kaufmännische Lehrlingsfortbildungsschule“ zu besuchen.⁵¹² 1927 wurde die Bürgerschule mittels Mittelschulgesetz abgeschafft. „Die reformierte, verbesserte höhere Pflichtschule, Rechtsnachfolgerin der alten Bürgerschule, bekam den Namen Hauptschule“, schrieb Angelina Schlösinger im „Frauenjahrbuch 1929“. Sie bedauerte das Ende der Bürgerschule, immerhin wurde sie bisher sowohl in der Stadt als auch am Land gut angenommen.⁵¹³

Glöckels Reformwesen konzentrierte sich auf eine gesellschaftspolitische Umorientierung des Bildungswesens. Er setzte den Schwerpunkt auf die Schaffung einer Mittelstufe, das dualistische System von Bürgerschule und Unterstufenmittelschule sollte durch eine Allgemeine Mittelschule für alle zehn- bis vierzehnjährigen Schüler*innen ersetzt werden.⁵¹⁴

Der Antrag von Alma Seitz vom 27. Februar 1920 widmete sich noch der Bürgerschule. Sie forderte die Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in die letzten Klassen der Mädchenbürgerschule. Ein Stadtratsbeschluss vom 30. Juli 1919 hatte die Errichtung eines Kurses zur Heranbildung von Koch- und Haushaltungslehrerinnen für schulentlassene Mädchen eingeführt. Motzko betonte die Tatsache, dass dabei nicht die breite Masse der

⁵⁰⁷ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1920, Nr. 20 (10. März 1920), Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 1920, S. 634.

⁵⁰⁸ Vgl. Konrad, Das Rote Wien. In: Konrad, Maderthaner, Das Werden der Republik, S. 234.

⁵⁰⁹ Vgl. Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik, S. 272- 274.

⁵¹⁰ Vgl. Otto Glöckel, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens seit dem Jahre 1919 (Wien 1927), S. 31.

⁵¹¹ Diese Fachschulen gab es für Handel, Gewerbe, Technik und Landwirtschaft. Vgl. Glöckel, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 135.

⁵¹² Vgl. Glöckel, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 135.

⁵¹³ Dr. Angelina Schlösinger, Die neue Hauptschule. In: Frauen-Jahrbuch 1929 (Wien o.J.), S. 130.

⁵¹⁴ Vgl. Hans-Ulrich Grunder, Schulreform und Reformschule (Bad Heilbrunn 2015), S. 111.

weiblichen erwerbstätigen Jugend, sondern mit dieser Maßnahme Mädchen aus höheren Ständen erreicht werden würden. Denn Mädchen, die sowieso den ganzen Tag arbeiten, hätten kaum Zeit für Fortbildungen. Sie formulierte ihr Anliegen in zwei Anträgen:

- „1. Die Fortbildung für die weibliche Jugend im hauswirtschaftlichen (und pädagogischen) Beziehungen ist nicht nur durch Kurse für die Schulentlassenen zu fördern, sondern durch die Eingliederung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in die letzten Klassen der Mädchenbürgerschulen. In diesem Sinne wäre der Magistrat zu beauftragen, den Plan eines solchen (solange gesetzliche Handhaben fehlen, inobligaten) hauswirtschaftlichen Kurses vorzubereiten und demnächst dem Stadtrate zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Es ist sofort ein neuerlicher entsprechend erweiterter Kurs zur Heranbildung von Koch- und Haushaltslehrerinnen auszuschreiben, da die Zahl von zwölf Lehrkräften nicht hinreicht, um die für die Wiener weibliche Schuljugend notwendige Anzahl von Kursen zu aktivieren.“⁵¹⁵

Seitz setzte sich für die hauswirtschaftliche Bildung der Mädchen innerhalb ihrer Schulzeit ein. Zu Beginn der Ersten Republik war es nicht selbstverständlich, dass Mädchen in Wien die Schule besuchten, demnach war es wichtig ihnen innerhalb dieser Zeit die bestmögliche Ausbildung zu bieten. Die von 1900 bis 1908 entstandenen 15 Mädchenlyzeen verringerten sich zu einem, zwei weitere wurden in achtklassige Mittelschulen umgewandelt. Die Gleichbehandlung von Buben und Mädchen in der Bildung kam in kleinen Schritten.⁵¹⁶

Mit dem Bruch der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalition im Juni 1920 und den darauffolgenden Wahlen wurde die CSP auf Bundesebene zur stimmenstärksten Partei. Die Christlichsozialen übernahmen die Regierungsfunktion, die Sozialdemokratie ging in die Opposition. Otto Glöckel musste seine Funktion des Unterstaatssekretärs im Unterrichtsamt ablegen und erhielt eine neue Aufgabe in der Wiener Schulbehörde: Als Präsident des Stadtschulrates für Wien konnte er bisherige theoretische Überlegungen in die Praxis umsetzen. Er kämpfte für die „Allgemeine Mittelschule“, einer einheitlichen Schule für alle zehn- bis 14jährigen.⁵¹⁷ Zwischen der CSP und der SDAP herrschte hinsichtlich der neuen Schulform eine ideologische Kluft, die Christlichsoziale Partei war von der Einheitsschule nicht überzeugt. 1926, nach Beendigung des ersten vierjährigen Zyklus des Schulversuches „Allgemeine Mittelschule“, gab es zwischen den christlichsozialen Unterrichtsministern Emil Schneider, Anton Rintelen und Richard Schmitz⁵¹⁸ und den sozial-

⁵¹⁵ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1920, Nr. 20 (10. März 1920), Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 1920, S. 634.

⁵¹⁶ Vgl. *Glöckel*, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 53.

⁵¹⁷ Vgl. *Olechowski*, Schul- und Bildungspolitik während der Ersten und der Zweiten Republik. In: Erich *Zöllner*, Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme (Schriften des Institutes für Österreichkunde 47, Wien 1985), S. 108f.

⁵¹⁸ Im Jahr 1926 waren drei Personen aufeinander folgend in der Funktion des Unterrichtsministers.

demokratischen Politikern, vorne voran Otto Glöckel, zähe Verhandlungen der Schulgesetze.⁵¹⁹

8.2.6 Antrag betreffend die Wahl eines Komitees zu Verhandlungen mit den ausländischen Missionen und Komitees in Angelegenheit der Unterbringung von Wiener Kindern im Ausland und Antrag betreffend die Unterstellung des Heimes in Sulzbach-Ischl unter das stadträtliche Komitee zur Überwachung der städtischen Humanitätsanstalten (17. März 1920)⁵²⁰

Alma Seitz stellte in der Stadtratssitzung am 17. März 1920 einen Doppelantrag:

„StR. Dr. Alma Seitz beantragt, ein nach dem Proporz zusammengesetztes kleines Komitee zu wählen, das die Verhandlungen mit den ausländischen Missionen und Komitees in Angelegenheit der Unterbringung der Wiener Kinder im Auslande führen soll. Sie beantragt weiter, das Heim in Sulzbach-Ischl dem stadträtlichen Komitee zur Ueberwachung der städtischen Humanitätsanstalten zu unterstellen.“⁵²¹

Stadtrat Max Winter erklärte anschließend, dass sowohl für die genannten Verhandlungen, aber auch für das Heim in Sulzbach-Ischl bereits das Jugendamtskomitee zuständig war.

Zwischen dem 1. Oktober 1919 und dem 1. März 1920 waren 50 000 Wiener Kinder im Ausland zur Erholung bzw. Existenzsicherung. Zielländer waren beispielsweise Dänemark⁵²², Italien, Holland, Deutschland, Norwegen und die Schweiz. Bürgermeister Reumann betonte in einem Schreiben an die genannten Länder den Dank der „schwer bedrängten Stadt Wien“, dass sie sich derart in den Dienst des Kinderhilfswerkes gestellt hatten. „Noch nie haben sich die Völker eines Erdteiles zu einem so großen Hilfswerk, wie es dieses ist, zusammen getan, die Kinder Wiens aus der Not und Verzweiflung herauszuholen.“⁵²³ Not und Elend, mangelnde Lebensmittelvorräte, Unterernährung vieler Kinder etc. waren Faktoren zahlreicher internationaler Hilfsmaßnahmen. Der humanitäre Einsatz für die vom Krieg betroffenen Staaten Mitteleuropas ging auf Initiativen der neutralen Staaten zurück, bald darauf beteiligten sich aber auch Länder wie Ägypten oder Argentinien an der Hilfe für Österreich. Charakteristisch für die internationalen Hilfsaktio-

⁵¹⁹ Vgl. *Olechowski*, Schul- und Bildungspolitik während der Ersten und der Zweiten Republik, S. 109.

⁵²⁰ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1920, Nr. 26 (31. März 1920), Gemeinderatssitzung vom 17. März 1920, S. 856.

⁵²¹ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1920, Nr. 26 (31. März 1920), Gemeinderatssitzung vom 17. März 1920, S. 856.

⁵²² Die dänische Hilfsaktion entstand aus dem humanitären Engagement von Personen, die persönliche Verbindungen nach Österreich hatten und aus dem liberalen Bürgertum Kopenhagens stammten. Anfangs kamen um die 104 Wiener Kinder nach Kopenhagen, im Oktober 1919 wurde vom Zentralkomitee ein Aufruf veröffentlicht, in dem um Einladungen für Kinder und um finanzielle Unterstützung geworben wurde. Vgl. *Isabella Mataushek*, Lokales Leid – Globale Herausforderung. Die Verschickung österreichischer Kinder nach Dänemark und in die Niederlande im Anschluss an den Ersten Weltkrieg (Wien 2018), S. 80–83.

⁵²³ Die Hilfe für Österreich. In: Reichspost, 27. Jg., Nr. 65 (6. März 1920), S. 5.

nen war, dass es sich bei den durchführenden Organisationen vorrangig um religiöse, private und nichtstaatliche Zusammenschlüsse handelte.⁵²⁴

Die Wiener Kinder sollten sich im Ausland erholen, das *Neue Wiener Tagblatt* stellte unter anderem den Bezug zwischen der fehlenden Milch und der gesundheitlichen Schwäche zahlreicher Kinder her.⁵²⁵

Alma Seitz thematisierte die Verhandlungen mit den zuständigen Komitees der anderen Länder, allerdings wurden die Inhalte dieser Verhandlungen im Antrag und in der dazugehörigen Ausführung nicht ausgeführt. Außerdem forderte sie in ihrem Antrag das Heim in Sulzbach-Ischl der Überwachung zu unterstellen. Die Gemeinde Wien besaß Einrichtungen wie Heime für Tuberkulosekranke oder Lungenheilstätten. Sulzbach-Ischl, im Bundesland Oberösterreich, wurde 1893 erbaut und von der Gemeinde Wien 1907, damals unter christlichsozialem Bürgermeister, übernommen. Es zählte zu den Kinderheilstätten für Tuberkulose, wie Bad Hall oder San Pelagio in Italien.⁵²⁶

Beide Anträge wurden abgelehnt.

8.2.7 Dringlichkeitsantrag betreffend die Kehrichtabfuhr (10. Februar 1922)⁵²⁷

Hinsichtlich dieses Dringlichkeitsantrages findet man im Amtsbuch keine genaueren Ausführungen. Lediglich in der *Wiener Zeitung* stand geschrieben, dass der Dringlichkeitsantrag von Alma Motzko die Regelungen der Kehrichtabfuhr betraf.⁵²⁸ Ihren genauen Antrag findet man im Amtsbuch der Stadt Wien nicht.

Die Kehrichtabfuhr, Vorstufe der Müllabfuhr⁵²⁹, sollte noch im selben Jahr, im April 1922, nach und nach auf einen Kraftwagenbetrieb umgestellt und demnach automobilisiert werden.⁵³⁰ Ob der Antrag angenommen wurde, ist nicht verzeichnet.

Zwischen dem Antrag betreffend die Kehrichtabfuhr und dem folgenden lagen zehn Jahre, in denen Alma Motzko keine Anträge gestellt hat. In diesen zehn Jahren fanden zwei Wahlen des Wiener Gemeinderats und Landtags statt: am 21. Oktober 1923 und am 24. April 1927. 1923 veränderte sich die Zahl der Mandatar*innen von 165 auf 120, statt 22

⁵²⁴ Vgl. *Matauschek*, Lokales Leid– Globale Herausforderung, S. 68f.

⁵²⁵ Vgl. Freie Einfuhr von Kondensmilch. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 54. Jg., Nr. 76 (17. März 1920), S. 23.

⁵²⁶ Vgl. *Czeike*, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik, S. 247.

⁵²⁷ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1922, Nr. 13 (15. Februar 1922), Gemeinderatssitzung vom 10. Februar 1922, S. 175.

⁵²⁸ Vgl. Wiener Gemeinderat. In: *Wiener Zeitung*, Nr. 34 (11. Februar 1922), S. 12.

⁵²⁹ Kehrichtabfuhr war ein Begriff für Müllabfuhr, demnach für das Entsorgungswesen Wiens. vgl. Kehrichtabfuhr, online unter: < <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Kehrichtabfuhr> > (11. Mai 2019).

⁵³⁰ Vgl. Die Kosten des technischen Verwaltungsdienstes der Gemeinde. In: *Neues Wiener Tagblatt*, 56. Jg., Nr. 95 (6. April 1922), S. 4.

weiblicher Abgeordnete waren es in der Funktionsperiode von 1923 bis 1927 lediglich 13 Frauen, genauso wie in der folgenden Periode von 1927 bis 1932. Was sich jedoch veränderte, war die Anzahl der christlichsozialen Mandatarinnen. Nach der Wahl 1923 zogen fünf CSP-Mandatarinnen in den Gemeinderat ein, nach der Wahl 1927 waren es nur noch drei. Neben Alma Motzko hatten Marie Wielsch und Marie Schlösinger einen Sitz im Entscheidungsgremium der Stadt Wien. Es lässt sich demnach daraus schließen, dass die SDAP-Mandatarinnen zahlenmäßig aufstockten.

Bei der Gemeinderatswahl 1927 schloss sich die Christlichsoziale Partei mit der Großdeutschen Volkspartei und weiteren kleinen Strömungen zur Einheitsliste (EL) zusammen, in der Hoffnung mehr Wähler*innenstimmen zu erzielen, was jedoch nicht der Fall war.

Nach der Gemeinderatswahl am 24. April 1932 wurde die Anzahl der Mandatar*innen auf 100 reduziert. Alma Motzko und Marie Schlösinger saßen für die CSP den 14 SDAP-Mandatarinnen gegenüber.⁵³¹

*8.2.8 Antrag betreffend die Aufhebung der Leitsätze für Arbeitsverträge (28. Jänner 1932)*⁵³²

Zu folgendem Antrag von Alma Motzko sind im Amtsblatt der Stadt Wien keine weiteren Ausführungen bekannt, außer, dass er abgelehnt wurde:

„Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe I wird beauftragt, dem Gemeinderat den Antrag vorzulegen, der Gemeinderatsbeschluss vom 9. Oktober 1920, Nr. 15429/20, betreffend Leitsätze für Arbeitsverträge ist aufzuheben.“⁵³³

Beim amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform) handelte es sich um den Sozialdemokraten Paul Speiser.⁵³⁴

⁵³¹ Vgl. Politikerinnen in der Ersten Republik, Wien Geschichte Wiki, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Politikerinnen_in_der_Ersten_Republik> (1. August 2019).

⁵³² Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 10 (3. Februar 1932), Gemeinderatssitzung vom 28. Jänner 1932, S. 90.

⁵³³ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 10 (3. Februar 1932), Gemeinderatssitzung vom 28. Jänner 1932, S. 90.

⁵³⁴ Paul Speiser war in der Ersten Republik Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat, von 1920 bis 1934 amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform und von 1920 bis 1927 Mitglied des Bundesrates. Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Sekretär des Vereins „Freie Schule“ der SDAP, der eine Reformierung des österreichischen Bildungssystems forderte. Unter anderem ging es dem Verein darum den Einfluss der katholischen Kirche aus dem Schulwesen zurückzudrängen. Im Jahr 1923 fusionierte der Verein „Freie Schule“ mit dem sozialdemokratischen Verein „Kinderfreunde“ zum Sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulverein „Freie Schule-Kinderfreunde“. Speiser spielte neben Glöckel eine zentrale Rolle im Verein „Freie Schule“. Vgl. Paul Speiser, online unter: <<https://www.wien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=politiker&Type=K&POLLAY=histpolsuc he&PERSONCD=2012062112073860&SUCHNAME=Speiser%20Paul&HP=Y&PERIODE=&RF=02&IC D=2011021810192827>> (31. Juli 2019); Verein „Freie Schule“, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Verein_%22Freie_Schule%22> (31. Juli 2019).

8.2.9 Antrag betreffend die Aktion „Winterhilfe“ (19. Februar 1932)⁵³⁵

Die Aktion „Winterhilfe“ wurde im Winter 1931/1932 das erste Mal durch die Wiener Gemeindeverwaltung durchgeführt. Es handelte sich um eine Fürsorgeaktion, die sich unterschieden von der klassischen Geldunterstützung unterschied und auf das Prinzip der Naturalunterstützung, beispielsweise in Form von Lebensmitteln, Brennstoffen oder Kleiderspenden, setzte. Die Finanzierung der Aktion „Winterhilfe“ wurde durch Sach- und Geldspenden sowie durch Beiträge diverser Gebietskörperschaften aufgestellt. Der Grad der Unterstützung durch die Mittel der Winterhilfe war an die Bedürftigkeit der einzelnen Personen und Familien gebunden. Aufgrund der allgemeinen Notsituation wurden daher strikte Überprüfungen durchgeführt.⁵³⁶

Alma Motzko nahm in diesem Antrag Bezug auf den „Zentralverband der Arbeitsinvaliden, deren Witwen und Waisen Österreichs“, mit der Zentrale im 5. Wiener Gemeindebezirk und deren Ansuchen bedürftige Mitglieder ihrer Organisation in die Aktion „Winterhilfe“ einzureihen. Das Problem für Motzko lag vor allem in der Gefährdung der Überparteilichkeit⁵³⁷ der Aktion „Winterhilfe“. Beim „Zentralverband der Arbeitsinvaliden, deren Witwen und Waisen Österreichs“ handelte es sich um eine sozialdemokratische Organisation.⁵³⁸ Alma Motzko kritisierte die gefährdete Überparteilichkeit der Aktion durch die einseitige Vereinbarung mit dem sozialdemokratischen „Zentralverband der Arbeitsinvaliden, deren Witwen und Waisen Österreichs“. Sie warf dem Zentralverband vor, die Aktion Winterhilfe zum Mitgliederfang und zur parteipolitischen Agitation zu missbrauchen. In Anbetracht dieses Sachverhaltes stellte die Gemeinderätin den Antrag:

„Der Herr amtsführende Stadtrat Prof. Dr. Tandler wird aufgefordert, dem Gemeinderat unverzüglich über den aufgezeigten Tatbestand Aufklärung zu geben und solche Anordnungen zu treffen, die den überparteilichen Charakter der Winterhilfeaktion herstellen und gewährleisten. In formaler Beziehung wolle dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt werden.“⁵³⁹

Stadtrat Tandler war der Vorsitzende des Kuratoriums der Aktion „Winterhilfe“. Im Oktober 1931 waren die Unterausschüsse des Kuratoriums gerade dabei die Grundsätze für

⁵³⁵ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 17 (27. Februar 1932), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1932, S. 154.

⁵³⁶ Vgl. Gerhard *Melinz*, Fürsorgepolitik(en). In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer*, Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte 1, Wien 2014⁷), S. 249.

⁵³⁷ Die Aktion „Winterhilfe“ war eine Aktion des Bundes und demnach von keiner konkreten Partei. Vgl. *Melinz*, Fürsorgepolitik(en), S. 249.

⁵³⁸ Vgl. Altersfürsorgerechter. In: Arbeiter-Zeitung, 45. Jg., Nr. 167 (17. Juni 1932), S. 5.

⁵³⁹ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 17 (27. Februar 1932), Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 1932, S. 154.

die Aktion neu festzulegen,⁵⁴⁰ bei welcher unter anderem Lebensmittelpakete an arbeitslose Fürsorgebedürftige verteilt wurden. Um ein Paket zu erhalten, mussten die Bezieher*innen das Fürsorgeblatt, eine Meldungskarte und einen polizeilichen Meldezettel vorweisen können.⁵⁴¹ Motzko forderte, dass die Überparteilichkeit der Aktion zu gewährleisten ist. Hinsichtlich einer Aufklärung des Antrages oder einer Antwort des Stadtrates Tandler ist hier nichts bekannt.

8.2.10 Antrag betreffend Schaffung von Wirtschaftssiedlungen für arbeitslose Familienerhalter (17. Juni 1932)⁵⁴²

Um die herrschende Wirtschaftsnot zu lindern, schlugen die am Antrag beteiligten Gemeinderät*innen die Schaffung von Wirtschaftssiedlungen vor. Diese boten, abgesehen vom Eigenheim, auch die Möglichkeit der Gartenkultur oder der Kleintierzucht, wodurch sich die Bewohner*innen einen Teil ihres Lebensunterhaltes selbst schaffen konnten. Die Gemeinde Wien besaß dafür geeignete Grünflächen am Rande der Stadt.⁵⁴³ 1921 war festgelegt worden „Siedlungsgebiete“ zu definieren, die vor allem zur Verbauung mit Kleinwohnungshäuser auf genossenschaftlicher Basis vorgesehen waren. Die Gemeinde unterstützte diese Siedlungen zusätzlich mit dem Bau von Zufahrtsstraßen, durch Kredite oder der Überlassung des Grundes im Baurecht. Bald darauf folgte die Widmung von sogenannten „Kleingartenzonen“, die vor allem die Förderung der Gemüse- und Obstkultur vorsahen. Hier durften jedoch lediglich provisorische Bauten errichtet werden.⁵⁴⁴

Das Baurecht besagt, dass man auf einem fremden Grundstück, in diesem Fall gehörte es der Stadt Wien, ein Bauwerk besitzen darf. Der Eigentümer kann seine Liegenschaft verwerten, ohne dafür sein Eigentum aufgeben zu müssen. Das Baurecht schafft demnach eine Art von Eigentum auf Zeit, diese Zeit darf nicht weniger als zehn und nicht mehr als 100 Jahre betragen.⁵⁴⁵ Die Gemeinde Wien konnte die Neubautätigkeit der Stadt fördern, ohne jedoch Eigentum verkaufen zu müssen.

Der Beschluss zur Unterstützung der Kleingartenbewegung stammte bereits aus dem Herbst 1920. Die Gemeinde Wien sicherte den Siedler*innen die Überlassung von Grund-

⁵⁴⁰ Vgl. Die Aktion „Winterhilfe“. In: Wiener Zeitung, 228. Jg., Nr. 249 (27. Oktober 1931), S. 2.

⁵⁴¹ Vgl. Die „Winterhilfe“. In: Illustrierte Kronen Zeitung, 32. Jg., Nr. 11455 (11. Dezember 1931), S. 4.

⁵⁴² Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 53 (2. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 17. Juni 1932, S. 530.

⁵⁴³ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 53 (2. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 17. Juni 1932, S. 530.

⁵⁴⁴ Vgl. *Czeike*, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik, S. 48.

⁵⁴⁵ Vgl. Das Baurecht. In: Online Lehrbuch Zivilrecht, online unter: <https://www.uibk.ac.at/zivilrecht/buch/kap8_0.xml?section-view=true;section=6> (1. August 2019).

stücken im Baurecht sowie eine Kredithaftung durch die Gemeinde zu, stellte Baumaterial zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, um so eine Zunahme des Wohnungsbaus in Wien sicherzustellen.⁵⁴⁶ Die technische und finanzielle Unterstützung der Siedler*innen hatte aber auch den Sinn, die Bautätigkeiten in geordnete Bahnen zu lenken. Die Eigeninitiativen der Bürger*innen nahmen hohe Maße an, die Stadt Wien musste sich in gewisser Weise einschalten.⁵⁴⁷

Die *Arbeiter-Zeitung* thematisierte im Juni 1932 die Schwierigkeit des Findens von passendem Boden für den Anbau von Gemüse und dergleichen. Die Gemeinde Wien besaß zwar Flächen in der Lobau, der Boden wäre jedoch für den Gemüsebau, aufgrund der dünnen Humusschicht, nicht passend gewesen. Außerdem müsste die Gemeinde darauf achten, keinen Grund herzugeben, der möglicherweise später für Wohnbauten geeignet wäre.⁵⁴⁸ Laut *Arbeiter-Zeitung* übergab die Gemeinde Wien 220 000 Quadratmeter Fläche an die Organisation Freiland zu Siedlungszwecken. Das bedeutete, eine tendenzielle Bereitschaft der Stadt war vorhanden.⁵⁴⁹

Als Motzkos Antrag zur Verhandlung kam, wunderte sich der sozialdemokratische Stadtrat Weber über ihren Beitrag, denn es sei für ihn irritierend, dass sich eine prominente Kollegin wie sie einem Thema annahm, das vor allem den Bund und nicht die Stadt betreffe. Laut *Arbeiter-Zeitung* machte er sich beinahe lustig darüber.⁵⁵⁰ In gewisser Weise wurde Motzko von Weber nicht ernst genommen, laut ihm war sie zu bekannt, um sich um diese Art von Themen zu bemühen.

Alma Motzko und Kolleg*innen stellten den Antrag:

„Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe IV wird aufgefordert, dem Gemeinderate ehestens eine Vorlage über die Schaffung von Wirtschaftssiedlungen für Familien, deren Erhalter arbeitslos sind, durch Widmung brachliegender Gemeindegrundstücke und finanzielle Mithilfe der Gemeinde unterbreiten.“⁵⁵¹

Es handelte sich um einen Dringlichkeitsantrag, den Alma Motzko mit weiteren Kollegen einbrachte, die Dringlichkeit wurde ihm auch zuerkannt. Über die Annahme oder das Ablehnen des Antrages wurde im Amtsblatt nichts vermerkt.

⁵⁴⁶ Vgl. *Seliger, Ucakar*, Wien. Politische Geschichte 1740-1934, S. 1071.

⁵⁴⁷ Vgl. Katalog. Wohnen. In: Werner Michael *Schwarz*, Georg *Spitaler*, Elke *Wikidal*, *Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis* (Basel 2019), S. 426.

⁵⁴⁸ Vgl. Heraus mit einem Bodenforderungsgesetz. In: *Arbeiter-Zeitung*, 45. Jg., Nr. 164 (14. Juni 1932), S. 1.

⁵⁴⁹ Vgl. Uns fehlt das Grundenteignungsgesetz. In: *Arbeiter-Zeitung*, 45. Jg., Nr. 168 (18. Juni 1932), S. 7.

⁵⁵⁰ Vgl. ebd., S. 6.

⁵⁵¹ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 53 (2. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 17. Juni 1932, S. 530.

8.2.11 Antrag betreffend die Anschaffung von Gebets- und Gesangsbüchern (1. Juli 1932)⁵⁵²

Die sozialdemokratische Mehrheit beschloss, hinsichtlich der Zuteilung von Lehr- und Lernmitteln, die sozialen Unterschiede aus der Schule zu eliminieren. Dies führte durch „kulturkämpferische Einseitigkeit“ zur Zweiteilung der Schullandschaft/ Schüler*innenschaft, so argumentierte Motzko, denn „den katholischen Schulkindern wurde bis jetzt die Beteiligung mit den für den Religionsunterricht und religiösen Übungen vorgeschriebenen Gebetbüchern verweigert.“ Dies führte laut Motzko und Kolleg*innen zur Benachteiligung von katholischen Schulkindern und sei für die Bevölkerung Wiens unerträglich, denn solange die unentgeltliche Abgabe von Lehr- und Lernmitteln an die Schüler*innen aufrecht erhalten blieb, hätten die Kinder auch die katholischen Gebet- und Gesangbücher ausgehändigt bekommen müssen. Der Antrag lautete:

„Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen für die rechtzeitige Anschaffung der katholischen Gebet- und Gesangbücher zu treffen, damit die unentgeltliche Versorgung der katholischen Schul Kinder in diesem unerläßlichen, durch den Lehrplan vorgeschriebenen Lernbehelf zu Beginn des nächsten Schuljahres klaglos erfolgen kann.“⁵⁵³

Infolge der Trennung von Niederösterreich und Wien im Jahre 1921 und der Erhebung Wiens zu einem eigenen Bundesland erhielt die Stadt eine eigene Landesschulbehörde: den Stadtschulrat für Wien. Alle Schulen, ausgenommen die Hochschulen und einige andere Schultypen, unterstanden dem Stadtschulrat, der mit den Aufgaben einer Bezirks- und Landesbehörde betraut war.⁵⁵⁴ 1919 wurde durch die Wiener Stadtverwaltung und dem Stadtschulrat für Wien eine Reform der Schulbücher durchgeführt, der Gemeinderatsbeschluss vom 19. Oktober 1919 besagte eine Unentgeltlichkeit aller Lernmittel für die Schüler*innen an Volks- und Sonderschulen, Bürger- und allgemeinen Mittelschulen. Dies bot eine einheitliche Lösung der Schulbuchfrage hinsichtlich der Anforderungen inhaltlicher und künstlerischer Richtung. Das Lesen rückte immer deutlicher in den Vordergrund, die literarische Erziehung wurde ein Schwerpunkt.⁵⁵⁵

⁵⁵² Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (20. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1932, S. 573–574.

⁵⁵³ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (20. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1932, S. 573–574.

⁵⁵⁴ Vgl. *Czeike*, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik, S. 274f; Vgl. *Olechowski*, Schul- und Bildungspolitik während der Ersten und der Zweiten Republik, S. 108.

⁵⁵⁵ Vgl. *Glöckel*, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 40.

Auf die genannte Unentgeltlichkeit der Lernmittel knüpfte Motzkos Antrag an, sie sah, wie auch die Christlichsoziale Partei, die religiösen Gebet- und Gesangsbücher in den Lernmitteln impliziert. Das ist ein Beispiel für den „Kulturkampf“ zwischen der Sozialdemokratie und den Christlichsozialen, der die politische Kultur der Bundeshauptstadt Wien prägte.

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI, auf den Motzko im Antrag Bezug nahm, Quirin Kokrda⁵⁵⁶, gehörte der SDP an

*8.2.12 Dringlicher Antrag der Gemeinderät*innen Stöger, Hula, Dr. Alma Motzko und Kolleg*innen betreffend die Renovierung der Kirche St. Otmar (1. Juli 1932)*⁵⁵⁷

Zu diesem Antrag wurden von den verschiedenen Gemeinderät*innen Ausführungen dargelegt, warum es wichtig wäre die St. Otmar-Kirche im dritten Wiener Gemeindebezirk zu renovieren. Daraufhin stellten sie gemeinsam den Antrag:

„Die Renovierung der St. Otmar- Kirche wird sofort in Angriff genommen, dem Antrag wird in formaler Beziehung die Dringlichkeit zuerkannt.“⁵⁵⁸

*8.2.13 Antrag betreffend die Sparmaßnahmen im Schulwesen (1. Juli 1932)*⁵⁵⁹

Der dringliche Antrag der Gemeinderätin Motzko und ihrer Kolleg*innen hatte die verschärften Einsparungsmaßnahmen im Wiener Schulwesen zum Thema. Bereits im Jahr zuvor waren diese im Wiener Landtag beschlossen worden. Die durchschnittliche Zahl an Schüler*innen pro Klasse wurde auf 39 erhöht, die Lehrverpflichtung von Hauptschullehrer*innen auf 25 Stunden festgesetzt und Schulleiter, d.h. Direktoren auch als Klassenvorstände herangezogen. Als Folge sollten zahlreiche Klassen aufgelöst werden, zum Nachteil der ca. 300 Junglehrer*innen, die vergeblich auf einen Posten warteten. Als Alternative bot die sozialdemokratische Schulverwaltung an, das Lehrdeputat auf 30 Stunden aufzustocken und die Bezüge durch Streichung des 14. Monatsgehalts zu kürzen. Ohne vorige „Anhörung der von der Lehrerschaft geschaffenen Bereinigungen zum Schutze ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Interessen“ sollten diese Maßnahmen getroffen werden,

⁵⁵⁶ Vgl. Quirin Kokrda, online unter: < <http://www.dasrotewien.at/seite/kokrda-quirin>> (2. Juni 2019).

⁵⁵⁷ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (3. Februar 1932), Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1932.

⁵⁵⁸ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (3. Februar 1932), Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1932.

⁵⁵⁹ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (20. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1932, S. 573–574.

welche sowohl für die Schüler*innen, aber auch für die Lehrkörper hohe Belastungen bedeuten sollten, kritisierte Motzko scharf. Ihr Antrag lautete:

„Der Herr Bürgermeister als Präsident des Stadtschulrates für Wien wird aufgefordert, zu veranlassen, daß

1. die geplante Verschärfung der Sparmaßnahmen im Schulwesen Wiens sofort systemisiert und
2. vom Stadtschulrat für Wien vor Einführung weiterer Sparmaßnahmen mit den von der Lehrerschaft zum Schutze ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Interessen geschaffenen Vereinigungen das Einvernehmen gepflogen werden.“⁵⁶⁰

In diesem Antrag wurden geplante Sparmaßnahmen des Stadtschulrates angesprochen. Der Stadtschulrat bestand aus insgesamt 109 Mitgliedern. Der Bürgermeister war der Präsident, 40 Mitglieder wurden vom Gemeinderat gewählt, 20 vom Stadtsenat, außerdem gab es zwei administrative Referenten, die Landeschulinspektoren, die Bundesschulinspektoren für den allgemeinen Unterricht und je einen Inspektor für den katholischen, den evangelischen und für den israelitischen Religionsunterricht, acht Vertreter der mittleren Lehranstalten sowie der gewerblichen und kaufmännischen Schulen, zehn Vertreter des Volksschullehrstandes und ein Arzt des städtischen Gesundheitsamtes.⁵⁶¹

Hinsichtlich der geplanten Einsparungsmaßnahmen lässt sich sagen, dass die Lehrverpflichtung im Jahr 1927 für geisteswissenschaftliche Fächer 17, für naturwissenschaftliche Fächer 20 und für weitere Fächer, wie Turnen, Stenographie, Gesang etc., 24 Wochenstunden betrug.⁵⁶² Eine Erhöhung auf 25 Stunden wäre demnach, je nach Fach, drastisch oder mild ausgefallen. Ein wichtiger Aspekt, den Motzko heraushob war, dass die Lehrer*innen-Vereinigungen (Vorläufer der erst nach 1945 gegründeten Lehrer*innengewerkschaften⁵⁶³), nicht zu den geplanten Reformvorstellungen zugezogen wurden.

⁵⁶⁰ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (20. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1932, S. 573–574.

⁵⁶¹ Vgl. *Glöckel*, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 15f.

⁵⁶² Vgl. ebd., S. 14.

⁵⁶³ Vgl. Gewerkschaft, online unter: < <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gewerkschaft> > (1. Juni 2019).

8.2.14 Antrag betreffend Ausschuss zum Studium der Bodennutzung für Ausgesteuerte (15. Juli 1932)⁵⁶⁴

1932 waren in Wien etwa 362 000 Menschen arbeitslos gemeldet. Dabei handelte es sich um jene Personen, die von der Behörde Unterstützung erfuhren. Ausgesteuerte⁵⁶⁵ waren in den genannten Zahlen nicht beinhaltet. Sie bekamen keine Unterstützung⁵⁶⁶ und waren auf die öffentliche Fürsorge angewiesen.⁵⁶⁷ Eine Arbeitslosenversicherung gab es zwar ab 1920,⁵⁶⁸ diese erhielten jedoch die ausgesteuerten Personen nicht.

Alma Motzko versuchte sich für die Bodennutzung durch Ausgesteuerte einzusetzen und dafür einen Ausschuss zu gründen. Sie stellte folgenden Antrag:

„Mit dem Studium und der Durchführung der Bodennutzung als Existenzhilfe für Ausgesteuerte ist ein Ausschuss zu betrauen, der aus Vertretern der Gemeinde Wien, der Ministerien für Landwirtschaft und Handel, sowie aus Vertretern der Gewerkschaftszentralen aller Richtungen und den Vertreterinnen von Hausfrauenorganisationen bestehen soll.“⁵⁶⁹

Der Antrag wurde abgelehnt.

In den Jahren 1924 bis 1930 wurde der kommunale Großwohnbau der Stadt Wien prägend, große Wohnhöfe entstanden. 1932 errichtete die „rote Stadtregierung“ eine Siedlung in Leopoldau, am Rand der Stadt. Diese Siedlung war „Ausdruck eines gleichermaßen verspäteten wie halbherzigen Versuchs, den Drang der Erwerbslosen und Ausgesteuerten [...] in sozialdemokratisch-genossenschaftlichem Sinn zu organisieren.“⁵⁷⁰

⁵⁶⁴ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 61 (30. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 15. Juli 1932, S. 603.

⁵⁶⁵ Eine ausgesteuerte Person erhält keine Arbeitslosen- oder Krankenversicherung mehr und ist demnach ausgesteuert, Vgl. Ausgesteuerter, online unter: < <https://www.duden.de/rechtschreibung/Ausgesteuerter> > (31. Mai 2019).

⁵⁶⁶ Nach dem Ende des Krieges musste sich die provisorische Nationalversammlung rasch mit dem Thema der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen, bald wurde eine Vollzugsanweisung erlassen, laut jener jeder krankenversicherungspflichtige deutsch-österreichische Arbeitnehmer, der durch das Fehlen seines Verdienstes im Lebensunterhalt, gefährdet war, Anspruch auf Unterstützung aus staatlichen Mitteln in Höhe des Krankengeldes hatte. Die Umsetzung war etwas schwierig, da Strukturen fehlten. Im März 1920 wurde ein von Prof. Karl Pribram erarbeiteter Entwurf zur Arbeitslosenversicherung vom Nationalrat zum Gesetz erhoben. Vgl. Dieter *Stiefel*, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen- am Beispiel Österreichs 1918–1938 (Berlin 1979), S. 52-54. Als weiterführende Literatur zur Arbeitslosigkeit in der Ersten Republik: ebd.

⁵⁶⁷ Vgl. Walter *Kleindl*, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur (Wien 1978), S. 333.

⁵⁶⁸ Vgl. Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, Reichs-, Staats- und Bundesgesetzblatt 1848–1940, online unter: < https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=sgb1920_0153_00283 > (31. Mai 2019).

⁵⁶⁹ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 61 (30. Juli 1932), Gemeinderatssitzung vom 15. Juli 1932, S. 603.

⁵⁷⁰ Friedrich *Hauer*, Andre *Krammer*, Wilde Siedlungen und Kosakendörfer. Zur informellen Stadtentwicklung im Wien der Zwischenkriegszeit. In: *Schwarz*, *Spitaler*, *Wikidal*, Das Rote Wien 1919–1934, S. 172.

8.2.15 Antrag betreffend die Überstellung in ein anderes Versorgungsheim (30. September 1932)⁵⁷¹

In diesem Antrag Alma Motzkos ging es konkret um eine Person. Ein Antrag dieser Art war sehr selten für die Gemeinderätin. Sie stellte zwar weitere Anträge zu Wohnungs- und Fürsorgeangelegenheiten einzelner Personen, führte diese jedoch nie derartig konkret wie diesen hier aus.

Die Partei Therese Mayer sollte in ein anderes Versorgungsheim überstellt werden. Die 36-jährige Hausgehilfin litt an Magengeschwüren, sodass sie keinem Dienst mehr nachgehen konnte. Aufgrund ihrer Krankheit benötigte sie Krankenkost, doch der Fürsorgerat nahm ihr Ansuchen nicht an. Das Essen im ursprünglichen Versorgungsheim war für sie nicht genießbar, wonach sie den Versuch zu einem Wechsel wagte. Alma Motzko und einige ihrer Kolleg*innen forderten das sofortige Einschreiten der zuständigen Abteilung:

„Der zuständige amtsführende Stadtrat wird aufgefordert, unverzüglich die Behandlung des Ansuchens der genannten Partei zu veranlassen und dem Gemeinderate hierüber zu berichten.“

Die Versorgungshäuser waren für die Versorgung erwerbsunfähiger, aber auch armer Personen zuständig, welche älter als 14 Jahre waren und ohne dauernde Unterstützung ihren Alltag nicht mehr bewältigen konnten. Eines davon war beispielsweise in Lainz.⁵⁷² Hinsichtlich der Annahme oder Ablehnung des Antrages geht aus dem Amtsbuch der Stadt Wien nichts hervor.

8.2.16 Antrag betreffend die Vorlage des Berichtes des Rechnungshofes und die Vorlage des zweiten Berichtes des Rechnungshofes (30. September 1932)⁵⁷³

Diese beiden Anträge wurden von mir zusammengenommen, da sie thematisch ähnlich sind. Der erste Antrag handelte von einem Kredit für die Rücklage der Hauptmietzinsüberschüsse bei den städtischen Althäusern und lautete:

„Der Bericht des Obersten Rechnungshofes vom 6. November 1931 an die Magistratsdirektion ist unverzüglich – in Entsprechung der verfassungsgesetzlichen Bestimmungen – dem Stadtsenate und dem Gemeinderate vorzulegen.“⁵⁷⁴

⁵⁷¹ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 58 (15. Oktober 1932), Gemeinderatssitzung vom 30. September 1932, S. 805-806.

⁵⁷² Vgl. Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik, S. 208.

⁵⁷³ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 83 (15. Oktober 1932), Gemeinderatssitzung vom 30. September 1932, S. 476.; Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 20 (9. März 1932), Gemeinderatssitzung vom 4. März 1932, S. 182.

⁵⁷⁴ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 83 (15. Oktober 1932), Gemeinderatssitzung vom 30. September 1932, S. 476.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Beim zweiten Antrag ging es um eine Unkorrektheit in der Handlungsweise des amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe III, Julius Tandler. Dieser präsentierte von zwei Berichten des Rechnungshofes lediglich einen, warum Alma Motzko ihn nach dem Grund des bisherigen Unterschlagens des zweiten Berichtes befragte. Sie stellte mit Kolleg*innen aus dem Gemeinderat den Antrag:

„Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe III wird beauftragt, diesen zweiten Bericht des Rechnungshofes über die Ergebnisse der Ueberprüfung der Gebarung des Jahres 1930 ungesäumt dem Stadtsenate zur Weiterleitung an den Gemeinderat vorzulegen. In formaler Beziehung wolle dem Antrag die Dringlichkeit zugesprochen werden.“⁵⁷⁵

Die Dringlichkeit wurde zuerkannt und der Antrag wurde mit der Weglassung der Worte „Weiterleitung an den Gemeinderat“ angenommen.

*8.2.17 Antrag betreffend die Verhältnisse im Wiener Fürsorgewesen (30. September 1932)*⁵⁷⁶

Dieser Antrag wurde ohne Namen titulierte und lediglich als Dringlichkeitsantrag bezeichnet und stammte von der Gemeinderätin Motzko und ihren Kolleg*innen. Die Verhältnisse im Wiener Fürsorgewesen hätten sich drastisch verschärft und das in einer Zeit, in der die Not in der Bevölkerung stetig stieg. Motzko und ihre Kolleg*innen kritisierten die gekürzten Aushilfskontingente in allen Bezirken, aber auch die rigorosen Bestimmungen, um aus diesen Kontingenten Beiträge zu erhalten. Die Aushilfskontingente der einzelnen Fürsorgeinstitute sollten die bedürftigen Menschen finanziell unterstützen. Gerade in den kommenden Wintermonaten, einer Zeit der gestiegenen Not, sei es notwendig, den völligen Zusammenbruch des Aushilfssystems zu vermeiden.

Die Pflegebeiträge von Familien wurden gekürzt, was von der Christlichsozialen Partei kritisiert wurde. Die CSP sorgte sich um die armen, kinderreichen Familien, die auf Unterstützung angewiesen waren. Die Christlichsoziale Partei betonte in ihrem Parteiprogramm von 1926, dass die Familie ein Grundstock der Gesellschaft und des Staates sei. Sie verlangten deren Schutz in sittlicher, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.⁵⁷⁷

Julius Tandler, der Stadtrat der Verwaltungsgruppe III, wurde aufgefordert:

„1. Die Kürzungen der Aushilfskontingente der Fürsorgeinstitute unverzüglich rückgängig zu machen.

⁵⁷⁵ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 20 (9. März 1932), Gemeinderatssitzung vom 4. März 1932, S. 182.

⁵⁷⁶ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 83 (15. Oktober 1932), Gemeinderatssitzung vom 30. September 1932, S. 805–806.

⁵⁷⁷ Vgl. Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten...“, S. 306.

2. Die Anweisung an die Rechnungsabteilungen, bei Ueberschreitung des Kontingentes die Auszahlungen zu sperren, ebenfalls sofort zurückzuziehen.
3. Die neuen Richtsätze für Zuerkennung von Pflegebeiträgen augenblicklich aufzuheben und die Regelung dieser Angelegenheit dem Ausschuß III zu überweisen.
4. Die für Oktober d.J. angesetzte Verlostrierung der Pflegeparteien zu stornieren.⁵⁷⁸

Im Werk *Aufbau der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien*, herausgegeben vom Wiener Wohlfahrtsamt im Jahre 1928, wird der Aufbau des Wohlfahrtsamtes beschrieben. Die einzelnen Spezialgebiete der Fürsorge in Magistratsabteilungen wurden im Wohlfahrtsamt vereint, sie agierten zwar alle selbstständig, jedoch unter der Leitung des amtsführenden Stadtrates. Die Fürsorgeinstitute, die Bezirksjugendämter und die einzelnen Anstaltsleitungen entsprachen dem zentralen Amt. Als verfassungsmäßige Kompetenz übergeordnet, oblag das Amt dem Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen, aber auch in weiterer Folge dem Stadtsenat und dem Gemeinderat.⁵⁷⁹

Alma Motzko war von 1920 bis 1934 Mitglied dieses Gemeinderatsausschusses. Im Jahr der Antragstellung 1932 hieß er „Ausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung“. Motzko war lediglich in diesem Ausschuss vertreten. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates wurden innerhalb dieses Gremiums die Leitsätze der gesamten Fürsorge festgelegt, die unter anderem besagten: „Die Familie muß, wo es irgend möglich ist, in ihrem Bestand erhalten und geschützt werden. [...] Jede dauernde Unterstützung aus Mitteln der Gemeinde ist zur Sicherung ihres Erfolges durch eine planmäßige fürsorgerische Beratung der Unterstützten zu ergänzen. [...]“⁵⁸⁰ In den Ausführungen des Antrages wurden zwei Mal die „christlichsozialen Mitglieder des Ausschusses III“ genannt, zu welchem Motzko eben selbst zählte. Es wurde darauf angespielt, dass diese über Vorgänge nicht Bescheid wussten, wie beispielsweise bei der Existenzbedrohung von armen, kinderreichen Familien. Die Familie und ihr Zusammenhalt wurde in den Leitsätzen gleich zu Beginn genannt und hatte in der Fürsorge demnach einen hohen Stellenwert.

Auch die KFO setzte sich gegen die Zerstörung der Familie ein, denn genauso wie für die CSP bildete für die KFO die katholische Familie den Hauptpfeiler des Staates und der Gesellschaft.⁵⁸¹ Mit der „katholischen Familie“ war eine Lebens- und Liebesgemeinschaft von Mann und Frau gemeint, die auf einer katholischen Ehe basierte und zum Zwecke der

⁵⁷⁸ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 83 (15. Oktober 1932), Gemeinderatssitzung vom 30. September 1932, S. 805–806.

⁵⁷⁹ Vgl. Gemeinde Wien, *Aufbau der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien*, S. 6.

⁵⁸⁰ Vgl. ebd. S. 6f.

⁵⁸¹ Vgl. Daniela Paul-Sajowitz, *Die christliche Welt der Frau in der Zwischenkriegszeit. Die christlichsozialen und katholischen Frauenzeitschriften in den Jahren 1918 bis 1934* (Diss., Wien 1987), S. 60.

Zeugung und Erziehung von Kindern bestand.⁵⁸² Alma Motzko betonte 1924, wie wichtig es sei sich für das Feld der Familie einzusetzen, denn der Einsatz in diesem Bereich stellte eine starke Gegenströmung gegen die „Wühlarbeit“ der SDAP dar.⁵⁸³ Sowohl für die Christlichsoziale Partei als auch für die Katholische Frauenorganisation stand die Wahrung der Familie an sehr hoher Stelle.

8.2.18 Dringlichkeitsantrag betreffend die Kinoverhältnisse (30. September 1932)⁵⁸⁴

Dieser Antrag wurde von den Gemeinderäten Stöger, Motzko und Kollegen gestellt und handelte von der immer „unerträglicher“ werdenden Situation in den Wiener Kinos. Konkret spielten sie auf einen Film an, welcher in die verbrecherische Unterwelt führte und vom „Dirnentum“ handelte. Die Antragsteller*innen sahen es im Interesse der Bevölkerung, besonders aber der Jugend und der im Kinowesen tätigen Personen als wichtig an diesen Antrag zu stellen:

„Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann an die Regierung ehestens heranzutreten, damit diese baldmöglichst die Voraussetzung für eine Kinozensur schaffe, die einheitlich für ganz Österreich Geltung hat. [...]“⁵⁸⁵

Bereits im Jahr 1921 erschien ein Beitrag über Alma Motzko und einen Entwurf zum Kinogesetz in *Die Frau*⁵⁸⁶. Damals handelte er von einer Legitimationsreform, die vorsah, dass alle zwischen 18- und 20-jährigen Personen stetig dazu bereit sein sollten sich auszuweisen. Unter 18-jährigen Personen sollte es nicht möglich sein, Filme zu besuchen, die vom Inhalt und von den Bildern noch nicht für sie geeignet waren. Die Möglichkeit sich mit einer Legitimation mit enthaltenem Lichtbild auszuweisen, sollte jederzeit möglich sein. Motzko betonte, dass es sich nicht nur um Forderungen von Einzelpersonen handelte, sondern von großen, bedeutsamen Organisationen wie der Zentralorganisation der katholischen Frauen und den bedeutenden Jugendorganisationen (katholischer Schulverein, Reichsbund der katholischen Jugend Österreich, u.v.m.). Konkret wurden sieben Forde-

⁵⁸² Vgl. *Paul-Sajowitz*, Die christliche Welt der Frau in der Zwischenkriegszeit, S. 69.

⁵⁸³ Vgl. *Hauch*, III. Schule- Arbeitsmarkt- Kultur. In: *Hauch*, Frauen. Leben. Linz, S. 366.

⁵⁸⁴ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1932, Nr. 83 (15. Oktober 1932), Gemeinderatssitzung vom 30. September 1932, S. 806.

⁵⁸⁵ ebd.

⁵⁸⁶ Die Zeitung *Die Frau* existierte von 1919 bis 1921, erschien wöchentlich und stand unter der redaktionellen Leitung von Otilie Krautmann. Krautmann war Kassierin und Vorstandsmitglied der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs (Rohö). Vgl. *Die Frau*, online unter: << http://anno.onb.ac.at/info/die_info.htm>>; Otilie Krautmann, online unter: << http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=20022659>> (beides 13. Juni 2019).

rungen veröffentlicht, unter anderem auch jene Filme unter Zensur zu stellen, die ins Ausland gehen, die Schutzgrenze Jugendlicher bis zum 18. Lebensjahr hinaufzudrücken, die Errichtung eines aktionsfähigen Kontrollorgans, die Zensur von der Polizei loszulösen und jugendpflegerischen Stellen und Behörden zuzuführen. Die genannten Punkte wurden den Vertreter*innen in der Nationalversammlung überreicht.⁵⁸⁷

Dieser Antrag fügte sich in das Meinungsbild der KFO. Die Kinozensur bildete auf allen katholischen Frauenvereins-Tagungen einen fixen Tagesordnungspunkt. Sexualität, getrennt von der katholischen Intention der Zeugung einer Familie, bildete häufig eine wichtige Komponente in Filmen.⁵⁸⁸ Die verschiedenen KFOs sorgten sich um die Verwahrlosung der Jugend,⁵⁸⁹ diese Sorge um die Kontrolle der Kinos, Theater, Plakate, etc. fiel in den Zuständigkeitsbereich der Fürsorgesektionen.⁵⁹⁰

8.2.19 Antrag betreffend die Einsetzung eines Ausschusses (7. April 1933)⁵⁹¹

Zu folgendem Antrag gab es keine genaueren Ausführungen, daher ist er aus dem Zusammenhang gerissen, klar ist nur, dass es sich um die Einsetzung eines Ausschusses handelte:

„Es ist unverzüglich ein aus Vertretern des Gemeinderatsausschusses III und aus Fachleuten bestehender Ausschuß einzusetzen, welcher sich mit dem von den christlichsozialen Fürsorgeräten dem Herrn Bürgermeister am 27. Februar 1933 überreichten Memorandum zu befassen und ehestens darüber dem Gemeinderatsausschuß III Bericht zu erstatten und Anträge zu unterbreiten hat.“⁵⁹²

Der Antrag der Stadträtin Motzko wurde abgelehnt.

8.2.20 Antrag betreffend die Feiertagsruhe in städtischen Betrieben (14. Juli 1933)⁵⁹³

Die dringliche Verhandlung des Antrages der Gemeinderät*innen Alma Motzko, Marie Schlösinger und Kolleg*innen, betreffend Feiertagsruhe in städtischen Betrieben wurde

⁵⁸⁷ Vgl. Zum Entwurf eines Kinozensurgesetzes. In: Die Frau, 4. Jg., Nr. 190 (26. November 1921), S. 1.

⁵⁸⁸ Vgl. Hauch, III. Schule Arbeitsmarkt- Kultur. In: Hauch, Frauen. Leben. Linz, S. 365.

⁵⁸⁹ Vgl. ebd., S. 363.

⁵⁹⁰ Vgl. ebd., S. 367.

⁵⁹¹ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1933, Nr. 32 (22. April 1933), Gemeinderatssitzung vom 7. April 1933, S. 289.

⁵⁹² Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1933, Nr. 32 (22. April 1933), Gemeinderatssitzung vom 7. April 1933, S. 289.

⁵⁹³ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1933, Nr. 60 (29. Juli 1933), Gemeinderatssitzung vom 14. Juli 1933, S. 550.

nach einer Pro-Rede der Stadträtin Alma Motzko und einer Gegenrede des Stadtrates Speiser abgelehnt. Es gab demnach keine genaueren Ausführungen.

8.2.21 Antrag betreffend die Enthebung der konfessionslosen Schulleiter (24. Juli 1933)⁵⁹⁴

Im folgenden Antrag und dessen Ausführung bezogen sich Alma Motzko und einige ihrer Kolleg*innen auf die durch einige Gesetzesänderungen wieder geltenden Paragraphen der Schul- und Unterrichtsordnung. Konkret ging es dabei um den §72, der die Überwachungspflicht der Kinder durch die Lehrpersonen bei verbindlichen religiösen Aktivitäten besagte. Der §48 des Reichsvolksschulgesetz setzte die Beaufsichtigung als Aufgabe der Schulleitung fest. Laut Motzko stieß dieser Punkt jedoch bei einigen Schulen auf Widerspruch, immerhin waren zahlreiche Schulleiter konfessionslos: „im bewussten und feindlichen Gegensatz zum katholischen Glauben“⁵⁹⁵.⁵⁹⁶

Für die Eltern katholischer Kinder war dies, laut der Gemeinderätin, eine Zumutung, weshalb der Antrag Motzkos für das Einstellen von katholisch orientierten und das Entfernen der konfessionslosen Schulleiter appellierte:

„Der Herr Bürgermeister wird als Präsident des Wiener Stadtschulrates aufgefordert, unverzüglich an den geschäftsführenden Präsidenten des Stadtschulrates Nationalrat Glöckel die Weisung ergehen zu lassen, daß die konfessionslosen Schulleiter so rasch als möglich von ihren Posten enthoben und diese Stellen mit katholischen Lehrpersonen besetzt werden.“⁵⁹⁷

Der Präsident des Wiener Stadtschulrates war der Sozialdemokrat Otto Glöckel. Er erteilte mit dem Erlass von 10. April 1919, als eine seiner ersten Amtshandlungen, das Verbot, auf Schüler*innen der Volks-, Bürger- und Mittelschulen den Zwang auszuüben an religiösen Aktivitäten ihrer Kirchengemeinschaft teilzunehmen.⁵⁹⁸ Der §48 des Reichsvolksschulgesetzes vom Jahre 1883 verpflichtete den Schulleiter, zur Überwachung der an den religiösen Übungen teilnehmenden Schuljugend, eine konfessionell adäquate Lehrperson bereitzustellen. Diesen Paragraphen fasste Glöckel im weitesten Sinne nicht an, schaffte jedoch eine Alternative: In Wien wurde, als einziges Bundesland, die Möglichkeit ge-

⁵⁹⁴ Vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1933, Nr. 65 (16. August 1933), Gemeinderatssitzung vom 24. Juli 1933, S. 596.

⁵⁹⁵ ebd.

⁵⁹⁶ Vgl. ebd.

⁵⁹⁷ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Amtsblätter der Stadt Wien, Jahrgang 1933, Nr. 65 (16. August 1933), Gemeinderatssitzung vom 24. Juli 1933, S. 596.

⁵⁹⁸ Diese Amtshandlung wurde auch bekannt unter dem Begriff „Glöckel-Erlass“. Vgl. *Olechowski*, Schul- und Bildungspolitik während der Ersten und der Zweiten Republik, S. 100.

schaffen, für die Aufsicht lediglich sich freiwillig meldende Lehrkräfte heranzuziehen.⁵⁹⁹ Es zeigte sich eine Diskrepanz zwischen der Einstellung der christlichsozialen Politiker*innen und der der Sozialdemokrat*innen. Ein weiteres Beispiel war das mit Erlass des Stadtschulrates von 1922 Verweisen des täglichen Schulgebetes vom Regelunterricht in die Religionsstunde.⁶⁰⁰ Bereits am Wiener Parteitag der Christlichsozialen Partei 1926 kritisierte der Stadtrat Karl Rummelhardt⁶⁰¹ die Bestrebungen Glöckels, konfessionslose Personen als Schuldirektoren zu bestellen.⁶⁰²

Am 22. Oktober 1925 stellte der Verfassungsgerichtshof in Frage, ob denn §48, Absatz 2 des Reichvolksschulgesetzes hinsichtlich jener Bestimmung noch anwendbar ist, „daß ein Bewerber um einen Schulleiterposten auch über die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichtes jenes Bekenntnisses verfügen muß, dem die Mehrzahl der Schüler der betroffenen Schule angehört.“ Der Verfassungsgerichtshof berief sich letztendlich in seiner Entscheidung auf den Friedensvertrag von St. Germain, welcher jegliche Benachteiligung eines Menschen aufgrund seiner Religionszugehörigkeit als nicht akzeptabel formulierte. Ab diesem Zeitpunkt war die Übereinstimmung der Religion des Bewerbers und der Religion der Mehrheit der Schüler*innen kein ausschlaggebender Faktor mehr für die Position des Schulleiters.⁶⁰³

Alma Motzko und ihre Kolleg*innen bezogen sich demnach auf den Zustand vor der Bewerbungsänderung 1925. In ihrem Fall entsprach das Einbeziehen der Religionszugehörigkeit des Bewerbers ihren Überzeugungen.

Anhand dieses Antrages lässt sich die Situation christlichsozialer Politiker*innen in der sozialdemokratischen Regierung Wiens in der Ersten Republik nachzeichnen: Tatsachen, Situationen etc., welche in der Zeit der Monarchie noch zu Gunsten der Christlichsozialen ausfielen, begannen sich mit der Ersten Republik und der auf Basis der absoluten Mehrheit regierenden Sozialdemokratie radikal zu verändern, wie anhand der Einbindung der Religion in das Bildungswesen.

Dem Antrag wurde gemäß §18 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit zuerkannt.

⁵⁹⁹ Vgl. *Glöckel*, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 21.

⁶⁰⁰ Vgl. ebd., S. 20.

⁶⁰¹ Karl Rummelhardt war ab 1914 Wiener Gemeinderat und rückte 1922 zum Stadtrat und stellvertretenden Klubobmann der Christlichsozialen Partei auf. Vgl. *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910-1934, S. 92.

⁶⁰² Vgl. ebd., S. 232.

⁶⁰³ Vgl. *Glöckel*, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens, S. 21.

8.3 Conclusio des Kapitels

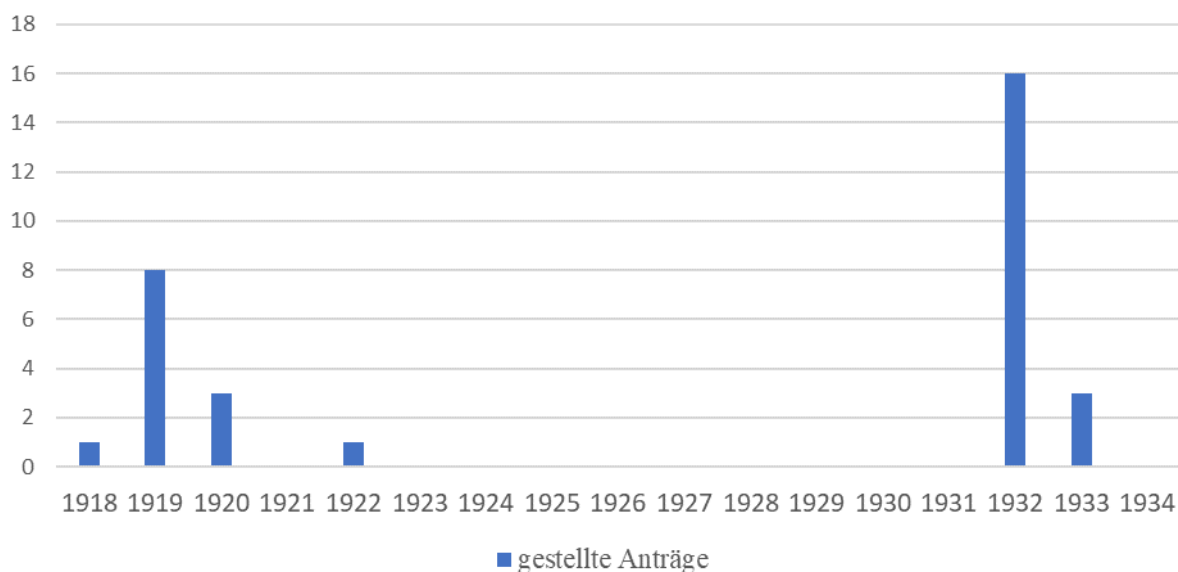


Abb. 22: Anzahl der gestellten Anträge im Wiener Gemeinderat, 1918–1934

Anhand dieses Diagrammes erkennt man die Anzahl der gestellten Anträge Motzkos in ihrer Zeit im provisorischen und im ersten demokratisch gewählten Gemeinderat. In den drei ersten Jahren ihrer Gemeinderatsperiode waren es 12 Anträge. Interessant ist jedoch, dass in den darauffolgenden Jahren, genauer gesagt zehn Jahre lang, keine Anträge von ihr zu finden sind.

Die Amtsblätter in diesen Jahren, in denen Alma Motzko keine Anträge stellte, sehen vom Aufbau her ident aus, wie in den Jahren, in denen Motzko welche stellte. Der Unterschied liegt darin, dass im Inhaltsverzeichnis unter dem Punkt „Gemeinderat. Anträge“ ihr Name nicht zu finden ist.

In der Gemeinderatsperiode 1923 bis 1927 waren, mit Alma Motzko, fünf weibliche CSP-Abgeordnete im Gemeinderat vertreten, dabei wurde lediglich 1926 ein Antrag von Marie Schlösinger und einer von Marie Wielsch eingebracht. Die anderen Jahre blieben antragsfrei. Von 1927 bis 1932 waren es drei Frauen, die CSP-Mandate innehatten, Motzko eingeschlossen. Marie Schlösinger stellte als christlichsoziale Abgeordnete im Wiener Gemeinderat 1928 zwei und 1930 vier Anträge. 1927, 1929 und 1931 findet man keine Anträge von CSP-Mandatarinnen in den Amtsbüchern der Stadt Wien.

1932 stellte Motzko mit 16 Anträgen so viele wie in keinem Jahr vorher oder nachher. Insgesamt stellte Alma Motzko von 1918 bis 1934 32 Anträge, wobei in etwa fünf davon Wohnungs- und Fürsorgeanträge waren, die von konkreten Personen handelten, von denen

lediglich einer genauer ausgeführt wurde. Bei den anderen handelte es sich nur um Anführungen der Titel in den Amtsblättern, eine genaue Erläuterung jener war nicht zu finden.

Die Anträge Alma Motzkos lassen sich ungefähr in folgende Kategorien einteilen:

- anlassfallbezogene Anträge
- Kontroll-Anträge im Namen der Opposition
- programmatische Anträge
- „Kulturkampf“ Christlichsoziale Partei vs. Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Die **anlassfallbezogenen Anträge** bezogen sich immer auf ein aktuelles Thema, mit welchem Alma Motzko gerade konfrontiert wurde. Pensionierte Angestellte der städtischen Straßenbahn beispielsweise wandten sich mit der Bitte an die Gemeinderätin, Freikarten für die Sommermonate zu erhalten. Der Antrag wurde am 20. Juni 1919 gestellt, die Sache war demnach dringend zu behandeln.

Die Anträge bezüglich des Schleichhandels mit der Milch und der „Milchnot“ kann man einerseits bei den anlassfallbezogenen Anträgen, andererseits bei den programmatischen Anträgen einreihen. Die Milchknappheit war Ende des Ersten Weltkrieges für längere Zeit präsent, der Schleichhandel mit dem Nahrungsmittel war eine Folge daraus.

Der Antrag bezüglich der Errichtung einer städtischen Mietheimstelle in einem Haus, welches die Gemeinde Wien geerbt hat, ist ebenfalls anlassbezogen. Dringlichkeitsanträge, wie jener betreffend die Kehrrechtabfuhr oder der Renovierung der Kirche St. Otmar kann man auch zu dieser Kategorie zählen. Als eine an Magengeschwüren erkrankte Hausgehilfin nicht, wie geplant, in ein anderes Versorgungsheim überstellt wurde, forderte Motzko das sofortige Einschreiten der zuständigen Abteilung.

Zu den **Kontroll-Anträgen**, die Alma Motzko als Abgeordnete der Oppositionspartei stellte, zählen die Anträge betreffend die Vorlagen der Rechnungshofberichte. Dabei wies Motzko auf die unkorrekte Vorgehensweise des amtsführenden Stadtrates der Regierungspartei hin: Von zwei Berichten wurde lediglich einer vorgewiesen. Auch beim Antrag betreffend die Aufhebung der Leitsätze für Arbeitsverträge vom 28. Jänner 1932 forderte sie einen amtsführenden Stadtrat zur Vorlage eines Antrages auf. Alma Motzko führt die Rolle der Oppositionspolitikerin in mehreren Anträgen aus. Die Oppositionspartei funktioniert in der Regel als ermahnende, auf Defizite oder Unklarheiten hinweisende Partei.

Die **programmatischen Anträge** nehmen den Großteil der gestellten Anträge Alma Motzkos ein. Auffällig dabei sind die, bereits genannten, Themenblöcke Schule, Fürsorge, Religion, Frauen und Arbeit, aber auch Sittlichkeit und Wohnpolitik im Zusammenhang mit Familien und Ausgesteuerten. Alma Motzko handelte im Sinne ihrer Partei, wie beispielsweise in ihrem Antrag zur Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen⁶⁰⁴ oder in dem Antrag zur Eingliederung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in die letzten Klassen der Mädchenbürgerschule⁶⁰⁵.

Ihr Antrag betreffend die Kinoverhältnisse war ganz im Sinne der CSP, aber vor allem auch der KFO. Die Wahrung der Sittlichkeit der Jugend spielte sowohl für die CSP als auch für die KFO eine tragende Rolle. In Wien zählte man 1926 12,4 Millionen Kinobesucher*innen, 1928 waren es sogar 29,3 Millionen. Der Kinobesuch wurde zum zahlenmäßig bedeutendsten Kulturverhalten der Wiener Bevölkerung.⁶⁰⁶ Eine Entwicklung, die beide Organisationen nicht gerne sahen. In ihrem Programm forderte die Christlichsoziale Partei 1919 das Entgegenwirken der Verherrlichung der Sexualität und des „Lasters“ durch das Handeln des behördlichen Aufsichtsrates.⁶⁰⁷ Die KFO initiierte eigene Fürsorgesektionen „als großes moralisches und organisatorisches Dach“.⁶⁰⁸ Das Kino wurde in den genannten Kontexten der Partei und der Frauenorganisation in einem Satz mit unsittlichem Verhalten genannt.

Einzelne Anträge lassen sich gut dem Punkt **„Kulturkampf“** zuordnen. In der Stadt Wien stand die christlichsoziale Oppositionspartei des Öfteren den Entscheidungen der sozialdemokratischen Regierungspartei gegenüber. Ein gutes Beispiel dafür ist Motzkos Antrag betreffend die Enthebung konfessionsloser Schulleiter. Für die CSP war die Einbindung der Konfession in den Schulunterricht, besonders aber auch in die Organisationsstruktur des Schulwesens, eine Voraussetzung. Mit einem sozialdemokratischen Stadtschulratspräsidenten wurde das Ausüben ihrer Prinzipien erschwert. Otto Glöckel war für die Tren-

⁶⁰⁴ Man vergleiche dazu das Programm der Christlichsozialen Partei von 1919, in dem sie das Einsetzen von genügend sozialen Beamtinnen, wie Wohnungsfürsorgerinnen, etc. fordern. Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 78.

⁶⁰⁵ Im Programm der Christlichsozialen Partei von 1919 findet man auch die Forderung nach hauswirtschaftlichem Unterricht der Mädchen in den Schulen. Hier wurden jedoch keine speziellen Schulen genannt. Vgl. ebd., S. 77.

⁶⁰⁶ Vgl. Siegfried *Mattl*, Kulturpolitik. In: *Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs, S. 629.

⁶⁰⁷ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 74.

⁶⁰⁸ Vgl. *Hauch*, III. Schule-Arbeitsmarkt-Kultur. In: *Hauch*, Frauen, Leben, Linz, S. 365.

nung von Staat und Kirche, der sogenannte „Glöckel-Erlass“⁶⁰⁹ demonstrierte einen Höhepunkt im „Kulturkampf“ der beiden Parteien.

Eine ideologische Kluft existierte auch hinsichtlich der „Allgemeinen Mittelschule“, die Otto Glöckels großes Projekt war. Die Christlichsoziale Partei stand der Einheitsschule skeptisch gegenüber.⁶¹⁰

Die Feststellung, ob Anträge angenommen wurden oder nicht, war schwierig, da die direkte Annahme innerhalb des Gemeinderates eine Seltenheit war. In den meisten Fällen wurden sie zuerst an den Stadtrat weitergeleitet, in den Stadtratssitzungen waren die gesuchten Anträge dann jedoch schwer bis gar nicht auffindbar. Ich versuchte in den Protokollen der Stadtratssitzungen, die kurz nach den Gemeinderatssitzungen stattfanden, die einzelnen Anträge wiederzufinden, leider vergeblich.

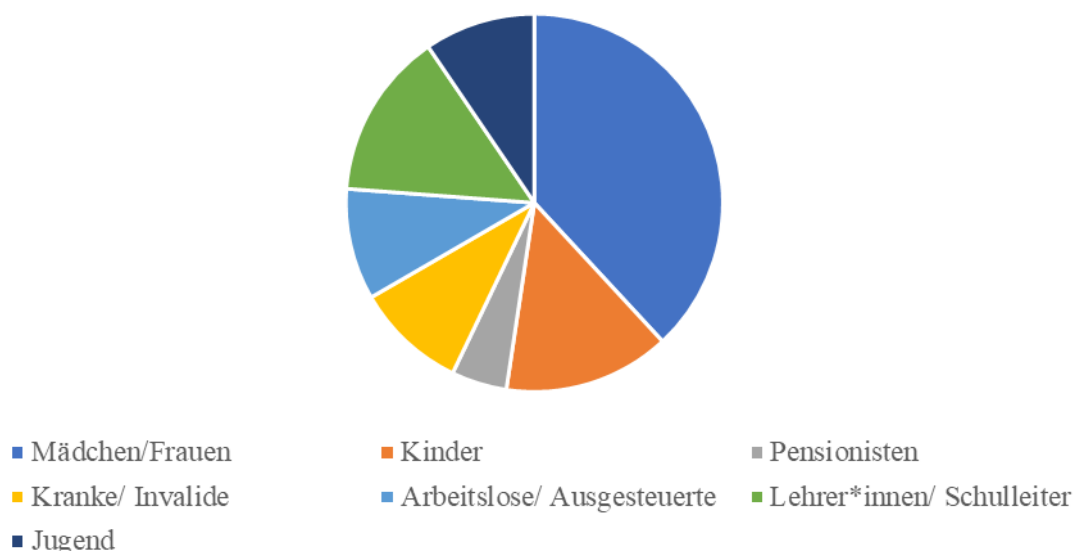


Abb. 23: Personengruppen innerhalb der Anträge, 1918–1934

Anhand des Diagramms soll vor allem ein Überblick über die Personengruppen, die in Alma Motzkos Anträgen eine Rolle spielten, gegeben werden. Es muss jedoch klargestellt werden, dass es häufig Überschneidungen innerhalb eines Antrages gibt, da es sich um mehrere Gruppen, aber auch mehrere Themen handeln konnte. Eindeutig wird, dass **Mäd-**

⁶⁰⁹ Den „Glöckel-Erlass“ traf Otto Glöckel 1919 noch in seiner Funktion als Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium. Es ging darum, dass u.a. die Teilnahme der Schüler*innen an religiösen Übungen nicht mehr in die Benotung des Faches Religion miteinbezogen wurde. Außerdem waren die Lehrer*innen nicht mehr verpflichtet diese Übungen zu beaufsichtigen. Vgl. *Olechowski*, Schul- und Bildungspolitik während der Ersten und der Zweiten Republik, S. 100.

⁶¹⁰ Vgl. ebd., S. 105.

chen und Frauen für Motzko ein großes Anliegen waren, wie allgemein der soziale Aspekt, der sich auch in den Kranken, den Kindern, den Pensionisten, etc. widerspiegelt.

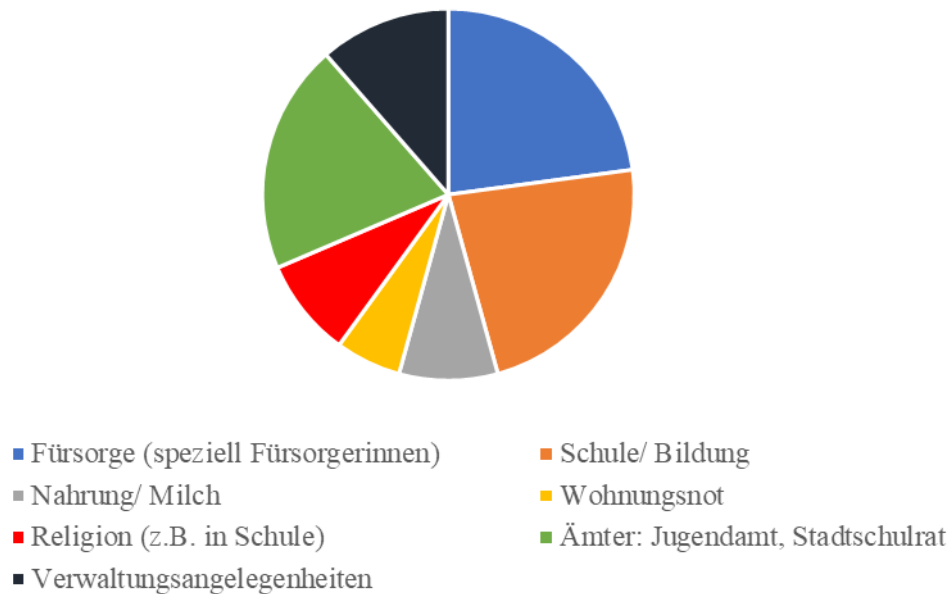


Abb. 24: Themengebiete der Anträge, 1918–1934

Das zweite Diagramm macht deutlich, dass sich Alma Motzko vor allem den Themen **Fürsorge, Bildung und Schule** widmete. Diese standen häufig in Verbindung miteinander, so war ihr beispielweise die Ausbildung der Fürsorgerinnen ein großes Anliegen, genauso wie die gerechte Behandlung derselben. Das Jugendamt oder der Stadtschulrat waren ebenfalls mit den Themen verknüpft, immerhin waren die Fürsorgerinnen in vielen Fällen beim Jugendamt angestellt. Der Stadtschulrat fand des Öfteren Erwähnung, da Alma Motzko unter anderem bei der Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in die Mädchenbürgerschule, aber auch beim Antrag der Entlassung der konfessionslosen Schulleiter beim Stadtschulrat eine hohe Verantwortlichkeit dafür sah.

Fügt man die beiden Diagramme zusammen, zeichnet sich die hohe Relevanz der **Bildung, Fürsorge, Frauen und Mädchen** für Motzko ab, die den Großteil der Anträge bildeten. Wichtig ist jedoch, dabei die Themen in steter Verbindung miteinander zu sehen.

Im Parteiprogramm der Christlichsozialen Partei 1919 findet man als achten Punkt die „Forderungen der Frauen“. Hierbei wurde vermerkt, dass die Wiener Christlichsoziale Partei entschieden für die Forderungen der christlichen Frauen eintritt. Die Rede war von der zustehenden Gleichberechtigung mit den Männern in den öffentlichen Körperschaften und Ämtern.

Die Frau wurde immer auch im Kontext der Familie gesehen: Der CSP war es wichtig gesunde soziale und wirtschaftliche Bedingungen für das Familienleben zu schaffen, wie als kinderreiche Familie ausreichende staatliche Zuschüsse zu erhalten. Auf der einen Seite wurde von Gleichberechtigung geredet, auf der anderen Seite sollten die Mädchen hauswirtschaftlichen Unterricht, besonders aber einen Lehrplan, der den späteren Beruf als Mutter und Frau explizit berücksichtigt, durchlaufen.

Die Mädchen und Frauen wurden im Umfeld des sozialen Wirkens gesehen. Sei es in der Familie, in der Rolle als Mutter und Ehefrau, als Fürsorgerinnen, als Gemeindepflegerinnen, Fabrikpflegerinnen etc. Wie auch Motzko es in einem Antrag betonte, wollte die CSP dem übermäßigen Eindringen der Frauen in die kaufmännischen Berufe entgegenwirken und stattdessen die sozialen Frauenberufe fördern.⁶¹¹

⁶¹¹ Vgl. *Kriechbaumer*, „Dieses Österreich retten...“, S. 77f.

9. Conclusio

In diesem Teil der Arbeit werden noch einmal die zentralen Ergebnisse präsentiert sowie ein Bezug zur heutigen Situation im Wiener Gemeinderat hergestellt. Die Fragestellungen, die zu Beginn der Arbeit aufgestellt wurden, sollen hier noch einmal beantwortet werden.

Alma Motzko, geboren am 1. Juni 1887, verbrachte ihre Kindheit in Niederösterreich, in einem Ort namens Kierling, in der Nähe von Klosterneuburg. Später übersiedelte sie nach Wien. Sie besuchte das Mädchenlyzeum für Beamtentöchter in der Langen Gasse im achten Wiener Gemeindebezirk, bevor sie im Oktober 1908 am Staatsgymnasium in Prag die Gymnasialmaturität bestand. Betrachtet man die Tatsache, dass Frauen 1897/1898 zum Studium an der Universität zugelassen wurden, zählte Alma Motzko zu den ersten weiblichen Studierenden an der Bildungseinrichtung. Ab 1906/1907 an der Philosophischen Fakultät inskribiert, besuchte sie vor allem Kurse in Geschichte und Geografie. In ihrer Dissertation widmete sie sich einem Thema, das Politik und Religion in sich verband – wie es auch in Motzkos Leben der Fall war. Der Titel der Dissertation lautete „Der Landsberger Bund“. 1912 war die 24-jährige Alma Motzko eine von ungefähr 25 Frauen, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen hatten.

1921 heiratete sie den städtischen Ingenieur Ludwig Motzko. Das christlichsozial sozialisierte Paar gab Rätsel über die Innigkeit ihrer Beziehung auf: So dürften sie eine „Josefsehe“ (Ehe ohne Geschlechtsverkehr) geführt und in separaten Wohnungen gelebt haben. Die Ehe blieb kinderlos.

Im selben Jahr ihres Studienabschlusses begann sie als Generalsekretärin der Katholischen Frauenorganisation Niederösterreich zu arbeiten. Diese Funktion hatte sie bis 1918 inne. 1924 wurde sie die Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien. Als nicht adelige Frau, die außerdem einen Abschluss an der Universität hatte, brachte sie einen neuen Wind in die Organisation, welche sich in ihrer Amtszeit vielseitig entwickelte: Die katholische Frauenzeitschrift „Frauenbriefe“ wurde gegründet, die Mitgliederanzahl stieg stetig, Frauenklubs, Jungmütter- und Singrunden wurden veranstaltet und es wurden auch Erholungsheime und Unterkunftsheime für minderbemittelte Frauen betrieben. Zu Motzkos Aufgaben als Präsidentin zählte auch das Auseinandersetzen mit politischen Themen. Ihre Zeit als Präsidentin überschritt sich, bis auf das Jahr 1935, mit ihrer

Zeit im Gemeinderat. Auch thematisch betrachtet gab es häufig Gemeinsamkeiten zwischen ihrer Rolle als Politikerin und als Präsidentin.

Dem Wiener Gemeinderat gehörte Alma Motzko von 1918 bis 1934 an, von Dezember 1918 bis Mai 1919 war sie Mitglied des provisorischen Gemeinderates, am 4. Mai 1919 wurde sie in den Wiener Gemeinderat gewählt – das Provisorium war damit beendet. Von 1920 bis 1934 war sie Stadträtin ohne eigenes Ressort. Motzko saß ihre gesamte Gemeinderatszeit im „Ausschuss für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge“.

Im provisorischen Gemeinderat nahmen 12 Frauen Platz (von insgesamt 165 Mandaten): fünf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, fünf der Christlichsozialen Partei und zwei der Deutschfreiheitlichen Partei. Im Mai 1919 sollte sich dieser Stand ändern: sechs CSP-Mandatarinnen saßen ab sofort 16 SDAP-Mandatarinnen gegenüber. Keine weitere Partei war mit Frauen vertreten. Die Reden der Frauen in der ersten Gemeinderatssitzung wurden auf das genaueste analysiert, ebenso wie ihr Auftreten oder ihre Sitzordnung. Mehrere Zeitungen berichteten von dem Ereignis – viele der Zeitungsredaktionen sendeten ihre weiblichen Mitarbeiterinnen zu dem Spektakel. Alma Seitz meldete sich in der ersten Sitzung nicht zu Wort, sie kam sogar zu spät, damit schaffte sie es in die Medien.

Vergleicht man den damaligen Frauenanteil im Wiener Gemeinderat mit dem heutigen (Stand: August 2019), fällt einem Folgendes auf: Die Mandatsanzahl im Wiener Gemeinderat wurde von 165 auf 100 gekürzt, von diesen 100 Mandaten gehören aktuell 37 weiblichen Abgeordneten. 19 SPÖ-Mandatarinnen stehen vier ÖVP-Mandatarinnen gegenüber.⁶¹² Natürlich kann man die heutigen Parteien nicht 1:1 mit den Parteien der Ersten Republik gleichsetzen, dafür hat sich im Laufe der Zeit zu viel verändert. 2019 ist jedoch ein Jubiläumsjahr: 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Jahre Frauen in der Politik, 100 Jahre Frauen im Wiener Gemeinderat. Deshalb sollte man sich auch ein wenig die Veränderungen dieser 100 Jahre vor Augen halten.

Alma Motzko verband in ihrem Leben stets Religion und Politik. In ihren Anträgen im Gemeinderat, es waren insgesamt 32 Anträge von 1918 bis 1934, zeigte sich dies immer wieder. Eine ausführliche Analyse ihrer Anträge und eine Kategorisierung derer findet

⁶¹² Die zweitstärkste Partei zu dieser Zeit ist die Freiheitliche Partei Österreichs. Sie vergab von 34 Mandaten sieben an Frauen. Vgl. Gemeinderatswahl Wien 2015, online unter: <<https://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR151/GR151-109.htm>> (9. August 2019).

sich im Kapitel 8.3. Festzustellen ist, dass Frauen, Mädchen, Bildung und Fürsorge zentrale Themen der Politikerin waren – hier zeigt sich eine starke Korrelation zu ihrer Rolle als Präsidentin der KFO und ihrem dortigen Engagement. In ihren Anträgen wird aber auch die Kontroll-Funktion gegenüber der Regierungspartei deutlich.

Auch wenn man zahlreiche Archive besucht hat, in denen Alma Motzko Spuren hinterließ, wenn man ihren familiären Hintergrund erforscht, ihre Handlungen und Aussagen in der KFO analysiert, ihre Anträge im Gemeinderat thematisch kategorisiert hat, so lässt sich trotzdem lediglich ein vages Bild der Politikerin zeichnen. Man muss stets die aktuelle Situation Wiens, vor allem aber jene der Frauen in der Ersten Republik mitbedenken, wenn man Aussagen tätigt. Alma Motzko war auch nach der Ersten Republik noch politisch tätig: Während des Austrofaschismus war sie Funktionärin bei der Vaterländischen Front.⁶¹³ Diese Diplomarbeit konzentriert sich auf die Zeit in der Ersten Republik, Alma Motzko war darüber hinaus noch aktiv – hier wäre es möglich weiterzuforschen.

In der Ausstellung „‘Sie meinen es politisch!’ 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich“⁶¹⁴ im Volkskundemuseum Wien findet die „Erste Wiener Stadträtin ohne Ressort“ Platz in der Reihe der namhaften Politikerinnen Österreichs der letzten hundert Jahre. Der Bürgermeister Richard Schmitz betonte, dass der Name Motzko ein Symbol des politischen Erstrebens der Frauen zu Beginn der Ersten Republik sei, genauso dafür, dass die Errungenschaften jener Kämpferinnen bewahrt bleiben.⁶¹⁵

Wir sind heute dafür verantwortlich, dass diese erstrebten Rechte erhalten, ausgebaut und vor allem auch genutzt werden. Wir sind aber auch dafür verantwortlich, dass jene „Kämpferinnen“ der Ersten Republik nicht in Vergessenheit geraten und ihre Geschichte weitererzählt wird.

⁶¹³ Vgl. Ilse *Korotin*, *biografiA. Lexikon österreichischer Frauen*. Bd. 2 (Böhlau 2016), S. 2308.

⁶¹⁴ Ausstellung im Volkskundemuseum: Von 8. März bis 25. August 2019. Vgl. online unter: <<https://www.volkskundemuseum.at/frauenwahlrecht>> (9. August 2019).

⁶¹⁵ Vgl. Personalnachrichten. In: *Wiener Zeitung*, 234. Jg., Nr. 147 (30. Mai 1937), S. 6.



Abb. 25: Alma Motzko, Bild in Ausstellung „Sie meinen es politisch“ 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich⁶¹⁶

⁶¹⁶ Foto: Albert W. Hirschler, Österreichische Nationalbibliothek.

10. Quellen- und Literaturverzeichnis

10.1 Quellenverzeichnis

10.1.1 Archivquellen

Archiv der Erzdiözese Wien:

Nachlass Prälat Franz Loidl, Karton 31, Nachlass Alma Motzko- Seitz/1.

Archiv der Universität Wien:

Rigorosenakte der Philosophischen Fakultät, Alma Seitz, PH RA 3341.

Nationalen der Philosophischen Fakultät, Alma Seitz, Wintersemester 1906/1906 bis Sommersemester 1912.

Österreichisches Staatsarchiv:

Motzko, Ludwig 16.08.1880, Archiv der Republik, AT-OeStA/AdR HBbBuT BMfHuV Allg Reihe Ing Motzko Ludwig 1921 AE 501.

Seitz, Louis Raimund, Finanz- und Hofkammerarchiv, AT-OeStA/FHKA SuS Pers FWNÖ 1456.

Wiener Stadt- und Landesarchiv:

Amtsblätter der Stadt Wien. Berichte der Gemeinderats- und Landtags- und Stadtratssitzungen, Jahrgang 1919–1934.

10.1.2 Zeitungen/ Zeitschriften

Die hier genannten Zeitungen und Zeitschriften wurden mithilfe von ANNO – AustriaN Newspaper Online, einem Service der Österreichischen Nationalbibliothek, ausgewählt.

Arbeiter-Zeitung: 32. Jg., Nr. 323 (24. 11. 1920); 32. Jg., Nr. 323 (24.11.1920); 30. Jg., Nr. 339 (12. Dezember 1918); 30. Jg., Nr. 244 (8.9.1918); 31. Jg., Nr. 141 (23.5.1919); 31. Jg., Nr. 141 (23.5.1919); 31. Jg., Nr. 26 (27.1.1919); 31. Jg., Nr. 201 (24.7.1919); 45. Jg., Nr. 167 (17.6.1932); 45. Jg., Nr. 168 (18.6.1932); 45. Jg., Nr. 164 (14.6.1932);

Arbeiterinnen-Zeitung: 26. Jg., Nr. 18 (4.9.1917);

Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung: 24. Jg., Nr. 19 (10.5.1919); 24. Jg., Nr. 42 (18.10.1919);

Deutsches Volksblatt: 31. Jg., Nr. 10831 (1.3.1919); 31. Jg., Nr. 10817 (15.2.1919);

Die Frau: 1. Jg., Nr. 37 (7.5.1919); 4. Jg., Nr. 190 (26.11.1921);

Die Neue Zeitung: 13. Jg., Nr. 263 (23.9.1920);

Evangelische Kirchen-Zeitung für Österreich: 29. Jg., Nr. 24 (15. Dezember 1912); 34. Jg., Nr. 21 (1. November 1917);

Frauenarbeit und Frauenrecht: 2. Jg., Nr. 10 (1.8.1920);

Illustrierte Kronen Zeitung: 20. Jg., Nr. 6964 (23.5.1919); 11. Jg., Nr. 3868 (7.10.1910); 21. Jg., Nr. 7261 (23.3.1920); 20. Jg., Nr. 7008 (7.7.1919); 32. Jg., Nr. 11455 (11.12.1932);

Mühlviertler Nachrichten. Katholisch-konservatives Wochenblatt für das Mühlviertel: 16. Jg., Nr. 44 (29.10.1904);

Neues Frauenleben: 15. Jg., Nr. 9 (September 1903);

Neue Freie Presse: Nr. 19664 (23.5.1919);

Neues Montagsblatt: 26. Jg., Nr. 46 (17.11.1919);

Neues Wiener Journal: 26. Jg., Nr. 9020 (12.12.1918);

Neues Wiener Tagblatt: 54. Jg., Nr. 76 (17.3.1920); 56. Jg., Nr. 95 (6.4.1922);

Österreichische Illustrierte Zeitung: 28. Jg., Nr. 11 (15. Dezember 1918); 29. Jg., Nr. 5 (2.11.1919);

Reichspost: 27. Jg., Nr. 257 (17.9.1920); 27. Jg., Nr. 263 (23.9.1920); 25. Jg., Nr. 557 (3.12.1918); 26. Jg., Nr. 1 (1.1.1919); 25. Jg., Nr. 523 (12.11.1918); 25. Jg., Nr. 559 (4.12.1918); 25. Jg., Nr. 543 (24. 11.1918); 25. Jg., Nr. 580 (16.12.1918); 26. Jg., Nr. 165 (8.4.1919); 24. Jg., Nr. 568 (8.12.1917); 27. Jg., Nr. 65 (6.3.1920);

Vereinsblatt. Organ des Vereines der Heim- und Hausarbeiterinnen: 6. Jg., Nr. 5 (15.5.1918);

Verordnungsblatt für den Dienstbereich des k.k. Finanzministeriums für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: Jg. 1868, Nr. 6 (19.2. 1868)

Wiener Allgemeine Zeitung: Nr. 12268 (13.3.1919);

Wiener Neueste Nachrichten: (13.1.1919); 24. Jg., Nr. 49 (3.12.1917);

Wiener Zeitung: 234. Jg., Nr. 147 (30. Mai 1937); 228. Jg., Nr. 249 (27.10.1931);

10.1.3 Internetquellen

Informationen zur Familie Seitz/Motzko:

Matricula Online. Taufbuch Kierling. In: Wien, rk. Erzdiözese Wien (östl. Niederösterreich und Wien), Kierling, Taufbuch, 02-Taufe_0125, online unter: <<http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/kierling/01-05/?pg=127>> (15. Mai 2019).

Matricula Online. Trauungsbuch Groß-Enzersdorf. In: Wien, rk. Erzdiözese Wien (östl. Niederösterreich und Wien), Gross-Enzersdorf, Trauungsbuch, 02-08, fol. 17, 03- Trauung_0017, online unter <<http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/gross-enzersdorf/02-08/?pg=20>> (17. April 2019).

Personendaten Jakob Seitz, Friedhof Matzleinsdorf, online unter: <<https://www.evangel-friedhof.at/vs/SearchDetails.php?id=13754455>> (15. März 2019).

Adolph *Lehmann's* allgemeiner Wohnungsanzeiger 1939-1942, 1942, Bd. 1, online unter: <<https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/265578>> (16. April 2019).

Personendaten Ing. Ludwig Motzko, Friedhof Ober St. Veit, online unter: <https://www.friedhofewien.at/grabsuche_de> (19. April 2019).

Datum der Promotion von Alma Seitz:

<<https://scopeq.cc.univie.ac.at/Query/detail.aspx?ID=210725>> (04. April 2019).

Evangelischer Bund:

<http://www.evangelischerbund.at/geschichte>> (19. April 2019).

Duden:

Ausgesteuerter: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Ausgesteuerter>> (31. Mai 2019).

Kanzlist: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Kanzlist>> (23. Mai 2019).

Kommission: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Kommission>> (27. Februar 2019).

mosaisch: <https://www.duden.de/rechtschreibung/mosaisch_juedisch_israelitisch> (1. April 2019).

Privatistin: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Privatist>> (4. November 2018).

Programm: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Programm>> (7. August 2019).

Frauen in Bewegung:

Ilse Arlt, online unter: <

http://fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/ShowPlakat.aspx?p_iBildID=10864272> (10.

Juli 2019).

Marie Schlösinger, online unter: <

[http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=867538](http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675387)

7> (28. Juni 2019).

Schulverein für Beamtentöchter:

<http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=12521670

> (5. April 2019).

Verein „Soziale Hilfe“, online unter: <

http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675538

> (16. April 2019).

Otilie Krautmann, online unter: <<

[http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=200226](http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=20022659)

59>> (beides 13. Juni 2019).

„Verein christlicher Hebammen für die Erzdiözese Wien“, online unter: <

http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675503

> (17. Juni 2019).

„Verband katholischer Beamtinnen und weiblicher Angestellter“, online unter: <

http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675498

> (17. Juni 2019).

Wiedner Mädchenlyzeum, online unter: < <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/>

Informationen zu den Betreuungsprofessoren:

Josef Hirn. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung. Österreichisches Biographisches Lexikon:

<https://www.biographien.ac.at/oebl/oebl_H/Hirn_Josef_1848_1917.xml> (11. April 2019).

Oswald Redlich. In: <<https://geschichte.univie.ac.at/de/personen/oswald-redlich-prof-dr-phil>> (4. April 2019).

Informationen zu den Politiker*innen:

Viktor Mataja, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Viktor_Mataja> (20. Juni 2019).

Wiener Bürgermeister. Chronologische Liste, online unter: <<https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bgmliste.html>> (26. Juni 2019).

Maria Schaumayer, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Maria_Schaumayer> (2. Juli 2019).

Politikerinnen in der Ersten Republik, Wien Geschichte Wiki, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Politikerinnen_in_der_Ersten_Republik> (1. August 2019).

Paul Speiser, online unter: <<https://www.wien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=politiker&Type=K&POLLAY=histpolsuche&PERSONCD=2012062112073860&SUCHNAME=Speiser%20Paul&HP=Y&PERIODE=&RF=02&ICD=2011021810192827>> (31. Juli 2019).

Quirin Kokrda, online unter: <<http://www.dasrotewien.at/seite/kokrda-quirin>> (2. Juni 2019).

Ignaz Seipel. In: Republik Österreich. Parlament, online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01992/index.shtml> (19. Juni 2019).

Anna Holzer. In: Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1921–dato, online unter: <https://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1921.pdf> (19. Juni 2019).

Gesetze/Institutionen/Einrichtungen:

Die Obmännerkonferenz und der Gemeinderat. In: Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft m.b.H, Das Wiener Rathaus im Ersten Weltkrieg, online unter: <

<https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/das-politische-system-die-obmaennerkonferenz-und-der-gemeinderat>> (14. Juni 2019).

Arbeitgeberverbände, online unter: < www.aeiou.at/aeiou.encyclop.a/a662393.htm > (1. Juli 2019).

Kehrichtabfuhr, online unter: < <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Kehrichtabfuhr> > (11. Mai 2019).

Verein „Freie Schule“, online unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Verein_%22Freie_Schule%22> (31. Juli 2019).

Das Baurecht. In: Online Lehrbuch Zivilrecht, online unter: <https://www.uibk.ac.at/zivilrecht/buch/kap8_0.xml?section-view=true;section=6> (1. August 2019).

Gewerkschaft, online unter: < <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gewerkschaft> > (1. Juni 2019).

Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, Reichs-, Staats- und Bundesgesetzblatt 1848–1940, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=sgb1920_0153_00283> (31. Mai 2019).

Verzehrungssteuer: <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Verzehrungssteuer>> (6. August 2019).

Ausstellung/Zeitungen etc.:

Ausstellung im Volkskundemuseum: Von 8. März bis 25. August 2019. Vgl. online unter: < <https://www.volkskundemuseum.at/frauenwahlrecht> > (9. August 2019).

Marianne *Jobst-Rieder*, Politische Plakate in Österreich im 20. Jahrhundert, Österreichische Nationalbibliothek, online unter: <https://www.onb.ac.at/koop-poster/projekte/Oesterr_Platatgeschichte.pdf> (16. Juni 2019), S. 6.

Gemeinderatswahl Wien 2015, online unter: < <https://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR151/GR151-109.htm> > (9. August 2019).

„Frauen-Briefe“, online unter: < http://anno.onb.ac.at/info/ofz_info.htm > (17. Juni 2019).

10.2 Literaturverzeichnis

Ilse *Arlt*, Die Grundlagen der Fürsorge (Wien 1921).

Ilse *Arlt*, Soziale Frauenschulen. In: Dr. Martha Stephanie *Braun*, Ernestine *Fürth*, Dr. Marianne *Hörnig*, Prof. Dr. Grete *Laube*, Dr. Bertha *List-Ganser*, Dr. Carla *Zaglits* (Hg.), Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich (Wien 1930).

Irene *Bandhauer-Schöffmann*, Frauenbewegung und Studentinnen. Zum Engagement der österreichischen Frauenvereine für das Frauenstudium. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990).

Irene *Bandhauer-Schöffmann*, Hausfrauen und Mütter im Austrofaschismus. Gender, Klasse und Religion als Achsen der Ungleichheit. Veronika *Duma*, Linda *Erker*, Veronika *Helfert*, Hanna *Lichtenberger* (Hg.), ÖZG 27 (3/2016). Perspektivenwechsel. Geschlechterverhältnisse im Austrofaschismus.

Arnold *Baumgarten*, Leitfaden der sozialen Fürsorge. Mit besonderer Berücksichtigung der Österreichischen Gesetzgebung und Einrichtungen für Ärzte, Lehrer, Beamte, Fürsorgerinnen und Krankenpflegerinnen (Wien u.a. 1925).

Markus *Benesch*, Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910- 1934. Eine Geschichte der Zerrissenheit in Zeiten des Umbruchs (Wien 2014).

Wolfgang *Benz*, Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5 (Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012).

Martin *Berger*, Daniel *Heitzmann*, Martin *Kaplans*, Herausforderung Zukunft. 110 Jahre Traungau Graz (Wien u.a. 2018).

Klaus *Berchtold*, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967).

Dr. Martha Stephanie *Braun*, Ernestine *Fürth*, Dr. Marianne *Hörnig*, Prof. Dr. Grete *Laube*, Dr. Bertha *List-Ganser*, Dr. Carla *Zaglits* (Hg.), Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich (Wien 1930).

Peter *Csendes*, Ferdinand *Opll*, Wien. Geschichte einer Stadt. Von 1790 bis zur Gegenwart, Bd. 3 (Wien 2006).

Felix *Czeike*, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik (1919–1934), Bd.2 (Wien 1959).

Herbert *Dachs*, Das Parteiensystem. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995).

Markus Rudolf *Einfalt*, Ignaz Seipel im Spannungsfeld zwischen Politik und Kirche. Politischer Katholizismus in den Jahren 1918 bis 1934 (Dipl. Arb., Wien 2004).

Frauen-Jahrbuch 1929 (Wien o.J.)

Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.).

Susanne *Feigl*, Politikerinnen in Wien 1848–2000. Biographien/ Interviews von Brigitte Limbeck (Wien 2000).

Cornelia *Frey*, „Respekt vor der Kreativität der Menschen“. Ilse Arlt: Werk und Wirkung (Opladen 2005).

Astrid *von Friesen*, Gerhard *Wilke*, Generationen-Wechsel, Normalität, Chance oder Konflikt? Für Familien, Therapeuten, Manager und Politiker (Berlin 2016).

Johanna *Gehmacher*, Leben schreiben. Stichworte zur biografischen Thematisierung als historiografisches Format. In: Lucile *Dreidemy* (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Bd. 1 (Wien 2015).

Johanna *Gehmacher*, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können...Frauenbewegung, Partei/Politik und politische Partizipation von Frauen– begriffliche und forschungsstrategische Überlegungen. In: Johanna *Gehmacher*, Natascha *Vittorelli*, Wien Frauenbewegung geschrieben wird. Historiographie, Dokumentation, Stellungnahmen, Bibliographien (Wien 2009).

Gemeinde Wien, Aufbau der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien (Wien 1926).

Otto *Glöckel*, Die Entwicklung des Wiener Schulwesens seit dem Jahre 1919 (Wien 1927).

Hans-Ulrich *Grunder*, Schulreform und Reformschule (Bad Heilbrunn 2015).

Ernst *Hanisch*, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995).

Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus im 20. Jahrhundert in Österreich. Elitenrekutierung durch den Cartellverband. In: Heiner *Timmermann*, Die Rolle des politischen Katholizismus in Europa im 20. Jahrhundert, Bd. 1 (Wien u.a. 2009).

Ernst *Hanisch*, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Wien 1977).

Dr. Hermann *Hartmann*, Die Wohlfahrtspflege Wiens (Gelsenkirchen 1929).

Gabriella *Hauch*, Ambivalenzen in Transformation und Kontinuität. Zur Frage der Geschlechterverhältnisse in der „jungen“ Republik Österreich 1918ff. In: Robert *Kriechbaumer*, Michaela *Maier*, Maria *Mesner*, Helmut *Wohnout*, Die junge Republik. Österreich 1918/19 (Wien 2018).

Gabriella *Hauch*, Das „lange“ 19. Jahrhundert. In: Gabriella *Hauch*, Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013).

Gabriella *Hauch*, Der Erste Weltkrieg. In: Gabriella *Hauch*, Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013).

Gabriella *Hauch*, Die Erste Republik (1918 bis 1933/34). In: Gabriella *Hauch*, Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013).

Gabriella *Hauch*, Die „österreichische Diktatur“. Autoritärer christlicher „Ständestaat“/„Austrofaschismus“. In: Gabriella *Hauch*, Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013).

Gabriella *Hauch*, Frauenbewegungen– Frauen in der Politik: In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995).

Gabriella *Hauch*, Frauenbewegung – Frauen in der Politik in der Ersten Republik. In: Gabriella *Hauch*, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938 (Wien 2009).

Gabriella *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933 (Wien 1995).

Gabriella *Hauch*, III. Schule-Arbeitsmarkt-Kultur. In: Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Linz 2013).

Friedrich *Hauer*, Andre Krammer, Wilde Siedlungen und Kosakendörfer. Zur informellen Stadtentwicklung im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Werner Michael *Schwarz*, Georg *Spitaler*, Elke *Wikidal*, Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis (Basel 2019).

Waltraud *Heindl*, Die konfessionslosen Verhältnisse. Jüdische und katholische Studentinnen. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990).

Waltraud *Heindl*, Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990).

Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990).

Heinrich-Kaufmann-Stiftung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Geschichte und Potenzial der Selbsthilfe. Die Wohnbaugenossenschaften. Beiträge zur 6. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte am 28. und 29. Oktober 2011 im Museum der Arbeit in Hamburg (Norderstedt 2012).

Veronika *Helfert*, Auf dem Boden des Klassenkampfes! Revolutionäre Bewegungen in Österreich 1918/1919. In: Robert *Kriechbaumer*, Michaela *Maier*, Maria *Mesner*, Helmut *Wohnout*, Die junge Republik. Österreich 1918/19 (Wien 2018).

Tomoyo *Kaba*, Arthur Schnitzler und die Wiener Medizin. Über die Darstellung der Krankheit um 1900. In: Daniela *Angetter*, Birgit *Nemec*, Herbert *Posch*, Christiane *Druml*, Paul *Weindling* (Hg.), Strukturen und Netzwerke. Medizin und Wissenschaft in Wien 1848–1955 (650 Jahre Universität Wien–Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 5., Göttingen 2018).

Kammer für Arbeit und Angestellte (Hg.), Handbuch der Frauenarbeit in Österreich (Wien 1930).

Katalog. Wohnen. In: Werner Michael *Schwarz*, Georg *Spitaler*, Elke *Wikidal*, Das Rote Wien 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis (Basel 2019).

Walter *Kleindel*, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur (Wien 1978).

Helmut *Konrad*, das Rote Wien. Ein Konzept für eine moderne Großstadt? In: Helmut *Konrad*, Wolfgang *Maderthaler*, Das Werden der Ersten Republik—...der Rest ist Österreich, Bd. 1 (Wien 2008).

Nina *Kogler*, GeschlechterGeschichte der Katholischen Aktion im Austrofaschismus. Diskurse, Strukturen, Relationen (Wien 2014).

Ilse *Korotin*, biografiA. Lexikon österreichischer Frauen, Bd. 1–3 (Böhlau 2016).

Marie *Köstler*, Die Fürsorgerin. In: Kammer für Arbeit und Angestellte (Hg.), Handbuch der Frauenarbeit in Österreich (Wien 1930).

Robert *Kriechbaumer*, (Hg.), „Dieses Österreich retten...“. Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik (Wien 2006).

Michaela *Kronthaler*, Die Frauenfrage als treibende Kraft. Hildegard Burjans innovative Rolle im Sozialkatholizismus und Politischen Katholizismus vom Ende der Monarchie bis zur „Selbstausschaltung“ des Parlaments (Wien 1995).

Stefan *Leichtfried*, Politische Eliten in der Monarchie am Beispiel der Wiener Obmänner-Konferenz 1914–1918 (Dipl. Arb., Wien 2009).

Andrea *Lösch*, „Die Frau hat ihre Schuldigkeit getan...“ Staatliche Verdrängungspolitik gegenüber erwerbstätigen Frauen. In: Erna *Appelt*, Andrea *Lösch*, Edith *Prost*, Stille Reserve? Erwerbslose Frauen in Österreich (Wien 1987).

Andrea *Lösch*, Probleme der Frauenarbeit in Österreich 1918- 1920. Sozialpolitische Maßnahmen zur Ausgliederung von Frauen aus der Erwerbsarbeit (Dipl. Arb. Wien 1986).

Magistratsabteilung 7, Das Jugendamt der Stadt Wien (Wien 1933).

Magistrat der Stadt Wien, Anleitung für die Geschäftsführung der Armenräte der Stadt Wien (Wien 1920).

Wolfgang *Maderthaler*, Zerrüttete Verhältnisse. Die Geburt des Neuen aus dem Geist der Desintegration. In: Robert *Kriechbaumer*, Michaela *Maier*, Maria *Mesner*, Helmut *Wohn-out*, Die junge Republik: Österreich 1918/19 (Wien u.a. 2018).

Karl *Mang*, Architektur und Raum. Gedanken zum Wohnbau im Roten Wien. In: Historisches Museum der Stadt Wien 17.6.-5.9.1993, Das Rote Wien 1918–1934 (Ausstellungskatalog, Wien 1993).

Maria *Maiss*, Silvia Ursula *Ertl*, Ilse Arlt. (Auto)biographische und werkbezogene Einblicke. Werkausgabe Ilse Arlt, Bd. 3 (Soziale Arbeit–Social Issues 11, Wien 2011).

Isabella *Matauschek*, Lokales Leid – Globale Herausforderung. Die Verschickung österreichischer Kinder nach Dänemark und in die Niederlande im Anschluss an den Ersten Weltkrieg (Wien 2018).

Siegfried *Mattl*, Kulturpolitik. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995).

Gerhard *Melinz*, Das „zweite soziale Netz“ – Kehrseite staatlicher Sozialpolitik. In: Emmerich *Tálos* (Hg.), Herbert *Dachs* (Hg.), Ernst *Hanisch* (Hg.), Anton *Staudinger* (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995).

Gerhard *Melinz*, Fürsorgepolitik(en). In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer*, Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte 1, Wien 2014).

Susanne Birgit *Mittermeier*, Die Jugendfürsorgerin. Zur Professionalisierung der sozialen Kinder- und Jugendarbeit in der Wiener städtischen Fürsorge von den Anfängen bis zur Konstituierung des Berufsbildes Ende der 1920er Jahre. In: L'Homme Z.F.G., 5. Jg., Nr. 2 (1994).

Alma *Motzko*, Die katholische Frauenbewegung in Österreich. In: Der katholische Almanach 1932, 1. Jg. (Wien 1931).

Alma *Motzko*, Weg der Frau zu Recht und Geltung (Wien 1959).

Ludwig *Motzko*, Kälte und Wärme in Erde und Luft. Ausnützung für technische und landwirtschaftliche Zwecke in allen Klimaten der Erde (Wien 1947).

Ludwig *Motzko*, Vollständige und dauernde Austrocknung feuchter Mauern durch strömende Luft. System Ing. Ludwigi Motzko (Wien 1926).

Stephan *Neuhäuser*, „Wir werden ganze Arbeit leisten...“. Der austrofaschistische Staatsstreich 1934 (Neue kritische Texte, Norderstedt 2004).

Klaus *Novy*, Wolfgang *Förster*, Ernst *Koch* (Hg.), Einfach bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlungsbewegung. Ein Projekt des Vereines für Moderne Kommunalpolitik (Wien 1991).

Richard *Olechowski*, Schul- und Bildungspolitik während der Ersten und der Zweiten Republik. In: Erich *Zöllner*, Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme (Schriften des Institutes für Österreichkunde 47, Wien 1985)

Franz *Patzer*, Der Wiener Gemeinderat 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Wien und ihre Volksvertretung (Wien 1961).

Daniela *Paul-Sajowitz*, Die christliche Welt der Frau in der Zwischenkriegszeit. Die christlichsozialen und katholischen Frauenzeitschriften in den Jahren 1918 bis 1934 (Diss., Wien 1987).

Dr. Berta *Pichl*, Haben wir unsere Pflicht getan? In: Frauen-Jahrbuch 1930 (Wien o.J.).

Claudia *Pinger*, Dr. Hildegard Burjan. Erste weibliche Abgeordnete der Christlichsozialen Partei (Masterarb., Wien 2013).

Pia Maria *Plechl*, Vorwort. Alma Motzko – Persönlichkeit, Leben, Werk. In: Alma *Motzko*, mit einem Vorw. von Pia Maria Plechl, Leben, Welt und Gott (Wien 1972).

Verena *Rauch*, Arbeitsmarktpolitik und die Erste Frauenbewegung in Österreich 1916 bis 1920 (Dipl. Arb., Wien 2013).

Hanno *Rebhan*, Entwicklung zur Demokratie in Österreich. Verfassung, Kampf um Gleichstellung und Demokratiedebatten in der Habsburgermonarchie (1867–1918).

Edith *Rigler*, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg (Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien 8; Wien 1976).

Barbara *Scheffl*, Die ÖVP-Politikerin Grete Rohr und ihr Einsatz für Frauen am Beispiel des Hausgehilfengesetz (Dipl. Arb., Wien 2009).

Wolfgang *Schellenbacher*, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938. In: Christine *Schindler*, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien (Wien 2016).

Dietmar *Schiersner*, Politik, Konfession und Kommunikation. Studien zur katholischen Konfessionalisierung der Markgrafschaft Burgau 1550–1650 (Berlin 2005).

Irene *Schöffmann*, Die bürgerliche Frauenbewegung im Austrofaschismus. Eine Studie zur Krise des Geschlechterverhältnisses am Beispiel des Bundes österreichischer Frauenvereine und der Katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien (Diss. Wien 1986).

Irene *Schöffmann*, Organisation und Politik katholischer Frauen im „Ständestaat“. In: *Zeitgeschichte* 11 (1983/1984).

Dr. Angelina *Schlösinger*, Die neue Hauptschule. In: *Frauen- Jahrbuch* 1929 (Wien o.J.).

Johannes *Seidl*, Quellen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zur biografischen Erforschung österreichischer Erdwissenschaftler aus den Beständen des Archivs der Universität Wien (Bericht der Geologischen Bundesanstalt. Bd. 83, Wien 2010).

Alma *Seitz*, Der Landsberger Bund. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im sechzehnten Jahrhundert (Wien 1912).

Alma *Seitz* (Wien), Kriegshilfe der Wiener Frauen (Der Weltkrieg 16; Mönchengladbach o.J.).

Maren *Seliger*, Karl *Ucakar*, Wien. Politische Geschichte 1740–1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Teil 2: 1896–1934 (Wien u.a. 1985).

Maria Dorothea *Simon*, Von Akademie zu Akademie. In: Heinz *Wilfing* (Hg.), Konturen der Sozialarbeit. Ein Beitrag zur Identität und Professionalisierung der Sozialarbeit Wien (Wien 1995).

Anton *Staudinger*, Christlichsoziale Partei. In: Erika *Weinzierl*, Kurt *Skalnik*, Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1 (Graz 1983).

Anton *Staudinger*, Wolfgang C. *Müller*, Barbara *Steininger*, Die Christlichsoziale Partei. In: Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), S. 161.

Friedrich *Steinkellner*, Emanzipatorische Tendenzen im Christlichen Wiener Frauen-Bund und in der Katholischen Reichsfrauenorganisation Österreichs. In: Rudolf G. *Ardelt*, Wolfgang J.A. *Huber*, Anton *Staudinger*, Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl. Zum 60. Geburtstag (Wien 1985).

Barbara *Steininger*, Der Trennungsprozess von Wien und Niederösterreich–rechtliche, politische und ökonomische Aspekte– oder: Szenen einer Scheidung. In: Elisabeth *Loinig*, Stefan *Eminger*, Andreas *Weigl*, Wien und Niederösterreich–eine untrennbare Beziehung? Festschrift für Willibald Rosner zum 65. Geburtstag (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, St. Pölten 2017).

Dieter *Stiefel*, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen– am Beispiel Österreichs 1918–1938 (Berlin 1979).

Irene *Stoehr*, „Organisierte Mütterlichkeit“. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900. In: Karin *Hausen*, Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (München 1983), S. 221–249.

Irene *Stoehr*, „Organisierte Mütterlichkeit“, S. 221–249. Zit. nach: Nadine *Freund*, Die Verwaltungsjuristin Theanolte Bähnisch (1899–1973) und der Deutsche Frauenring. Vom reformorientierten Preußen zur bundesdeutschen Westbindung – eine Wirkungsgeschichte (Diss., Bielefeld 2018).

Réka *Szentiványi*, Béla *Teleky*, Brüche–Kontinuitäten–Konstruktionen. Mitteleuropa im 20. Jahrhundert (Wien 2017).

Emmerich *Tálos*, Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995).

Prof. Dr. Julius *Tandler*, Wohltätigkeit oder Fürsorge? (Wiener sozialdemokratische Bücherei; Wien 1925).

Renate *Tuma*, Die österreichischen Studentinnen der Universität Wien (ab 1897). 1. Studienwahl – Fächerwahl – Studienabschlüsse. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch

Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990).

Marina *Tichy*, 2. Soziale Herkunft, Elternhaus und Vorbildung der Studentinnen. In: Waltraud *Heindl*, Marina *Tichy*, „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück...“. Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (Wien 1990).

Adam *Wandruszka*, Das christlich-konservative Lager. In: Heinrich *Benedikt* (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1977).

Helmut *Weihsmann*, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934 (Wien³ 2019).

Friedrich *Weissensteiner*, Die österreichischen Bundespräsidenten. Leben und Werk, Hauptbd. (Wien 1982).

Heinz *Wilfing* (Hg.), Konturen der Sozialarbeit. Ein Beitrag zur Identität und Professionalisierung der Sozialarbeit Wien (Wien 1995).

Gudrun *Wolfgruber*, Fremdunterbringung zwischen Kontrolle und Partizipation. Ein historischer Abriss (Studie 2015).

Gudrun *Wolfgruber*, Ideale und Realitäten. Von der städtischen Jugendfürsorge zur Kinder- und Jugendhilfe. 100 Jahre Wiener Jugendamt (Stadt Wien, Wien 2017).

Gudrun *Wolfgruber*, Von der Fürsorge zur Sozialarbeit. Wiener Jugendwohlfahrt im 20. Jahrhundert (Wien 2013).

Sarah *Zaussinger*, Die Vorrangstellung des Mannes bei der Bestimmung des Ehenamens. Eine rechts- und kultursoziologische Untersuchung zur Namenswahl bei der Eheschließung in Österreich (Dipl. Arb., Wien 2009).

11. Abstract Deutsch und Englisch

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der Republik formierte sich in Wien der provisorische Gemeinderat. Das erste Mal wurden von den Parteien auch Frauen entsandt. Die Medien zeigten reges Interesse, die Reden der ersten weiblichen Abgeordneten wurden genau analysiert, genauso wie deren Auftreten. Eine dieser Protagonistinnen war die christlichsoziale Alma Seitz, geboren in Kierling in Niederösterreich. Mit der Wahl des Wiener Gemeinderats und Landtages am 4. Mai 1919 wurde es offiziell: Aufgrund der Einführung des geheimen, direkten, allgemeinen und gleichen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts war es Frauen nun erlaubt zu wählen und selbst zu kandidieren. Alma Seitz, welche aus bürgerlichen Verhältnissen stammte, war auch eine der ersten Frauen an der Universität Wien. Sie war an der Philosophischen Fakultät inskribiert, studierte Geschichte und Geografie und promovierte 1912. Im selben Jahr begann sie bei der Katholischen Frauenorganisation Niederösterreich als Generalsekretärin zu arbeiten. Dieses Amt hatte sie bis 1918 inne, von 1924 bis 1935 war sie Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation der Erzdiözese Wien. Der Fokus dieser Diplomarbeit liegt auf den Anträgen Alma Motzkos (sie heiratete 1921 Ludwig Motzko) im Wiener Gemeinderat, deren Inhalte, aber auch deren thematische Verbindungen zur Katholischen Frauenorganisation.

After the end of the First World War and the proclamation of the First Republic the provisional Vienna City council was formed. A few parties also sent women to the panel, for example, the Christian Social Party and the Social Democratic Labor Party. In the election for the Constituent National Assembly in February 1919, it was the first time women were allowed to vote and to run for office. The newly acquired right also applied to the election for the Vienna City Council in May 1919. After the election, 22 women were represented in the Vienna City council: 16 from the Social Democratic Labor Party and six from the Christian Social Party – one of the six was Alma Motzko. This thesis focuses on the christian social councilor Alma Motzko in the first republic. Motzko was also part of the provisional City council. She was born in Kierling, a small village in Lower Austria, close to Vienna. She came from a bourgeois family and studied history as one of the first women at the University of Vienna and graduated in 1912. In addition to her function as a councilor, she worked first for the „Katholische Frauenorganisation“ of Lower Austria and 1924 she became the president of the „Katholische Frauenorganisation“ of the archdiocese Vi-

enna. She always linked politics and religion in one person. This thesis mainly deals with her time in the Vienna City Council – she was part of it from 1918 to 1934. How many applications has she made? Which topics were these applications devoted to? Was there a connection to her topics in the „Katholische Frauenorganisation“? Her main topics as a councilor were: Women, education, social work, but also the control function as the opposition. This thesis should also give an insight into her private life. She was married to the engineer Ludwig Motzko, he was also part of the Christian social community.